

Inhalt

Editorial	9
Schwerpunkt: Stadt und Religion	
<i>Wolfgang Grünberg</i> Stadt und Religion. Religion und Urbanität	19
<i>Jens Wietschorke</i> Urbanität und Mission	39
<i>Alexa Färber, Riem Spielhaus, Beate Binder</i> Von Präsenz zu Artikulation: Islamisches Gemeindeleben in Hamburg und Berlin aus der Perspektive der Stadtforschung	61
<i>Sergiu Novac</i> Post-secular Bucharest? The Politics of Space in the Case of the 'Cathedral of National Redemption'	79
<i>Rauf Ceylan</i> „Muslimische Zigeuner“: Etablierten-Außenseiter-Figuration in einem multikulturellen Stadtteil – am Beispiel von türkeistämmigen Migranten, Westthrakien-Türken und türkischsprachigen Roma	97
Analysen und Kommentare	
<i>Heinz Faßmann, Yvonne Franz</i> Smart Cities oder: Wie intelligent ist smart?	115

<i>Frank Osterhage und Stefan Kaup</i>	
Reurbanisierung als neue Phase der Stadtentwicklung? Eine Analyse der Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung in Deutschland 1999 bis 2009	123
<i>Jan Dohnke</i>	
Monitoringsysteme der sozialen Stadtentwicklung – Stand und zukünftige Herausforderungen	141
Rezensionen	
Heidenreich, Elisabeth (2010): Sakrale Geographie. Essay über den modernen Dschihad und seine Räume. Bielefeld: transcript Verlag.	
<i>Besprochen von Ingrid Breckner</i>	171
Heitmeyer, Wilhelm; Thome, Helmut et al. (2011): Gewalt in öffentlichen Räumen. Zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.	
<i>Besprochen von Herbert Glasauer</i>	173
Frey, Oliver; Koch, Florian (Hg.) (2011): Positionen zur Urbanistik I. Stadtkultur und neue Methoden der Stadtforschung; Positionen zur Urbanistik II. Gesellschaft, Governance, Gestaltung. 2 Bände. Berlin, Münster, Wien, Zürich: Lit Verlag.	
<i>Besprochen von Laura Haddad</i>	175
Herrmann, Heike; Keller, Carsten; Neef, Rainer; Ruhne, Renate (Hg.) (2011): Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadtsoziologie. Wiesbaden: VS-Verlag.	
<i>Besprochen von Christine Lang</i>	178
Belina, Bernd; Gestring, Norbert; Müller, Wolfgang; Sträter, Detlev (Hg.) (2011): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.	
<i>Besprochen von Rainer Neef</i>	182
Glick Schiller, Nina; Çağlar, Ayşe (eds.) (2010): Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants. Ithaca: Cornell University Press.	
<i>Besprochen von Mathias Rodatz</i>	186

Inhalt	7
Kemper, Jan; Vogelpohl, Anne (Hg.) (2011): Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. <i>Besprochen von Bernhard Schäfers</i>	189
Salchner, Günter (2010): Strategisches Management in der Regionalentwicklung. Ein Managementmodell für LEADER-Gebiete. Saarbrücken: VDM Verlag. <i>Besprochen von Jan M. Stielike</i>	193
metroZones (Hg.) (2011): Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt. Berlin & Hamburg: Verlag Assoziation A. <i>Besprochen von Cordula Weißköppel</i>	195
Dokumentation und Statistik	
<i>Jörg Pohlen und Tatjana Merger</i> Monitoring der Städte und Regionen	201
<i>Tatjana Merger</i> Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland – ein Überblick	257
English Abstracts	267
Die Autorinnen und Autoren	271
Die Rezensentinnen und Rezensenten	273
Jahrbuch StadtRegion	274

Editorial

Nicht nur Max Weber verband Modernisierung mit Säkularisierung. Die dem Modernisierungsprozess unterstellte Entzauberung der Welt zeigt sich aktuell als widersprüchlicher Prozess: 1919 waren beinahe alle Deutschen Mitglieder einer christlichen Kirche, knapp ein Jahrhundert später sind es nur noch 62% der Gesamtbevölkerung. Hiervon gehören nach Angaben des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) 24,1 Millionen der evangelischen Kirche und 24,9 Millionen der katholischen Kirche an. Hinzu kommen 1,2 Millionen orthodoxe Christen sowie weitere knapp 366 000, die anderen christlichen Kirchen angehören (Kirchenamt der EKD 2011). Dieser Rückgang spiegelt zum einen den gesamtgesellschaftlichen demographischen Wandel wider (jährlich werden mehr Menschen bestattet, als durch Taufe neu hinzukommen), zum anderen verändern Kirchenaustritte die Mitgliederstatistik (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz 2010).

Doch trotz schwindender Kirchenbesuche und Kirchensteuereinnahmen sowie ihrer Folgen, die sich auch in der Profanierung¹ niederschlagen, bestimmen die großen Sakralbauten der zwei quantitativ relevantesten Religionen weiterhin das Stadtbild. Die Kirchengebäude der christlichen Religionen werden in diversen Städten durch Synagogen und zunehmend auch durch repräsentative Moscheebauten muslimischer Gemeinden ergänzt. Der Blick auf die das Stadtbild dominierenden Sakralbauten übersieht jedoch leicht die in den Städten parallel ablaufenden Entwicklungen im Zusammenhang einer zunehmenden Relevanz von Spiritualität und der Suche nach Gewissheit in der unübersichtlicher werdenden modernen Weltgesellschaft. Dazu gehört die wachsende Bedeutung von Sekten, fernöstlichen Religionen wie auch von Vereinen, Zusammenschlüssen und Angeboten, die mit Verweis auf eine ‚natürliche Ordnung‘ versprechen, dem In-der-Welt-Sein der Individuen Sinn,

¹ Nach Schätzungen der EKD sind bundesweit von den rund 46.000 evangelischen und katholischen Kirchen zufolge etwa zehn Prozent durch bauliche Schäden oder infolge des Mitgliederrückgangs in ihrem Bestand gefährdet (Evangelische Kirche in Deutschland 2008).

Orientierung und Identität zu stiften. Ihre Orte und Räume in der Stadt sind vielen Beobachtern unbekannt und noch weitgehend unerforscht.

In besonderer Verdichtung zeigen gerade Städte sowohl das zunehmende Bedürfnis nach Religiosität und Spiritualität als auch das gleichzeitige Schwinden der Bedeutung der großen Kirchen. Das vorliegende siebte *Jahrbuch StadtRegion* widmet sich diesem komplexen städtischen oder städtisch artikulierten Prozess mit seinem Themenschwerpunkt *Stadt und Religion*. Der baulich-räumliche Niederschlag dieses Prozesses im Stadtraum und seine Folgen für die Stadtentwicklung stehen im Zentrum der Beiträge.

Mit der Wahl dieses Schwerpunkts verfolgen wir das Ziel, zur Verknüpfung zweier Forschungsbereiche, die bislang weitgehend unverbunden nebeneinander existieren, beizutragen. Die Religionswissenschaft beschäftigt sich als Kulturwissenschaft mit Fragen der Religion, ihren Gemeinschaften und Anschauungen. Die Stadtsoziologie beschäftigt sich mit den Aspekten des Sozialen in Stadt und Region. Insofern ist es erstaunlich, dass ein wesentliches Element des Sozialen, nämlich Religion, Spiritualität usw. bislang als Forschungsobjekt des Städtischen weitgehend ausgeschlossen blieb². Die inhaltliche Distanz zwischen den beiden Forschungsfeldern schlägt sich nicht nur in der geringen Anzahl der auffindbaren Arbeiten nieder, sondern auch in einer eingeschränkten Themenvielfalt. Insofern verstehen wir das aktuelle Jahrbuch auch als Aufforderung an die *scientific community*, die Säkularisierungsthese auf dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung von Religiosität und Spiritualität in Städten und urbanen Regionen kritisch zu reflektieren und sich diesem ungewohnten Aspekt von Urbanität neugierig und forschend zu nähern.

Zum Themenschwerpunkt *Stadt und Religion* versammelt das vorliegende Jahrbuch fünf Schwerpunktbeiträge. In dem thematisch einleitenden Aufsatz „Stadt und Religion. Religion und Urbanität“ beschreibt *Wolfgang Grünberg* die Stadt als eine der ältesten und folgenreichsten Erfindungen der Menschheit, deren Geschichte in unserem Kulturkreis mehr als 10 000 Jahre umfasst. Von den gegenwärtig 7 Milliarden Menschen lebt heute mehr als die Hälfte

2 Hinzuweisen ist an dieser Stelle jedoch zum einen auf die aktuelle Publikation des Berliner Urbanisten-Kollektivs ‚metroZones‘, das ebenfalls das Dogma der klaren Trennung von Kirche und Stadtplanung bzw. -entwicklung anzweifelt (vgl. metroZones [Hg.] [2011]: *Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt*. Berlin & Hamburg: Verlag Assoziation A: Berlin). Eine ausführliche Besprechung dieses Buches durch Cordula Weißköppel ist in diesem Jahrbuch in der Rubrik Rezensionen zu finden. Zum anderen thematisiert ein weiteres Herausgeberteam in einer aktuellen Veröffentlichung mögliche Lösungen für den Umgang mit schrumpfenden finanziellen Mitteln und sinkenden Mitgliederzahlen wie Nutzungserweiterungen oder Umnutzungen von Kirchen, wobei der Fokus auf städtebauliche und sozialwissenschaftliche Aspekte erweitert wird (vgl. Gothe, Kerstin; Kunz, Alexa Maria; Nagorni, Klaus [Hg.] [2011]: *Vom Sakralen zum Banalen? Heilige Räume im Wandel*. Evangelische Akademie Baden).

in Städten. Grünberg sieht die Städte immer auch als Orte der Menschen und ihrer Götter. Stadtgeschichte sei somit auch Religionsgeschichte. Die europäische Stadt der Gegenwart sei wieder eine Stadt der Religionsvielfalt und die Säkularisierung habe die Energien der Religion modifiziert, aber nicht eliminiert. Um diese These zu belegen, behandelt er in seinem Beitrag vier exemplarische Beispiele: das Pantheon in Rom, den Kölner Dom, die St. Nikolai-kirche in Leipzig und die Frauenkirche in Dresden. In den Augen Grünbergs bilden Kirchen die Stadtgeschichte ab und fungieren häufig als Symbole ihrer Städte und deren Hoffnungen.

Jens Wietschorke thematisiert in seinem Beitrag „Urbanität und Mission“ die Bedeutung missionarischer Praktiken protestantischer Provenienz für die Großstadt der Klassischen Moderne. Er legt dabei einen besonderen Fokus auf den räumlichen und architektonischen Aspekt. Die verschiedenen Institutionen und Aktivitäten der evangelischen Sozialarbeit und der Inneren Mission mit ihren Spezialbereichen der Bahnhofs- und der Nachtmission versteht er als stadträumliche Interventionen, um dem Wohnungselend, dem städtischen Massenvergnügen und generell der säkularen Stadt die symbolische Ordnung ‚christlichen Lebens‘ entgegenzusetzen. Für die Akteure des sozialen Protestantismus sei die moderne Stadt ein ‚dark continent‘ gewesen, den es zu erschließen und zu kolonisieren galt. Der Autor beschreibt, wie mit den verschiedenen Einrichtungen der Inneren Mission, von der Bahnhofs- und Nachtmission bis zu den städtischen Asylen, Herbergen und Volksheimen, allmählich eine ‚Topographie der Rettung‘ installiert wurde, in der sich die protestantische Vorstellung von der Stadt spiegelte: Der ‚sozialen Problemzone‘ Stadt wurde demnach die Struktur einer ‚evangelikalen Stadt‘ entgegeng gehalten, die sich schließlich in spezifischen Architekturen und Raumfiguren niedergeschlagen habe. Auch heute noch fänden sich missionarische Denkmuster im stadt- und integrationspolitischen Diskurs. ‚Mission‘ erweise sich somit als ein zentrales Thema der neueren Geschichte im Allgemeinen und urbaner Modernisierungsprozesse im Besonderen.

Der dritte Schwerpunktbeitrag, verfasst von *Alexa Färber, Riem Spielhaus* und *Beate Binder*, hat den Titel „Von Präsenz zu Artikulation: Islamisches Gemeindeleben in Hamburg und Berlin aus der Perspektive der Stadtforschung“. Auf der Grundlage eines kontrastierenden Vergleichs der Moscheenlandschaft in Hamburg und Berlin schlägt dieser Artikel eine analytische Perspektive vor, die den Islam als Ausdruck von Urbanität, d.h. von städtischer Lokalspezifität oder sogar Stadtspezifität, versteht. Die zentrale Hypothese des Aufsatzes besagt, dass Muslime und Muslimes in unterschiedlichen historisch gewachsenen stadträumlichen Zusammenhängen leben, die sie als urbane Akteure reflektieren und verarbeiten, auf die sie reagieren und die sie prägen. Für die Ausarbeitung des Beitrages wurden aktuelle Forschungen einbezogen, die sich ausdrücklich mit Prozessen der Verortung und Sichtbarwerdung von islamischem Alltagsleben in der Stadt beschäftigen. Die Autorinnen plä-

dieren dafür, die Präsenz von Muslimen in europäischen Städten nicht ausschließlich als Ergebnis von Migration zu verstehen. Vielmehr solle islamisches Leben als situatives Ergebnis von Aushandlungsprozessen um legitime Formen gesellschaftlicher Präsenz verstanden werden. Deshalb schlagen Färber, Spielhaus und Binder eine Typologie von Moscheen vor, welche die Tragweite und Komplexität von Aushandlungsprozessen in Bezug auf Planung, Realisierung und den Gemeindealltag reflektiert: die Nachbarschaftsmoschee, die Stadtteilmoschee sowie die Stadtmoschee. Die Autorinnen schließen hieraus, dass vor diesem Hintergrund islamische Präsenz in der Stadt sowohl als urbanes wie auch als stadtspezifisches Phänomen verstanden werden kann.

Der englischsprachige Beitrag von *Sergiu Novac* „Postsecular Bucharest? The Politics of Space in the Case of the ‚Cathedral of National Redemption‘“ setzt sich am Beispiel des Projektes einer patriarchalen Kathedrale für Bukarest kritisch mit dem Begriff der ‚postsäkularen Stadt‘ auseinander. Die zentrale These lautet, dass Bukarests Postsäkularität das Resultat einer sich verändernden politischen Machtkonfiguration zwischen der Orthodoxen Kirche und dem rumänischen Staat ist. Diese Konfiguration, so Novac, habe direkten Einfluss auf den städtischen Raum.

Im fünften Schwerpunktaufsatz präsentiert *Rauf Ceylan* am Beispiel von türkeistämmigen Migranten, Westthrakien-Türken und türkischsprachigen Roma („Muslimische Zigeuner“) eine Auseinandersetzung mit einer Etablierten-Außenseiter-Figuration in einem multikulturellen und multireligiösen Stadtteil. Der Autor benennt zunächst zwei zentrale Prozesse, die die Entwicklung multikultureller Stadtteile seit Jahren begleiten: Dies sind zum einen religiöse Prägungen, primär durch islamische Einrichtungen, die vielfältige Einflüsse auf den lokalen Alltag ausüben. Zum anderen handelt es sich um den Zuzug neuer muslimischer und türkischsprachiger Einwanderergruppen aus Osteuropa und aus dem Balkan, die versuchen, sich in die bereits von den türkeistämmigen Muslimen etablierten religiösen und kulturellen Strukturen zu integrieren. Der Beitrag skizziert auf der Basis von Interviews und teilnehmender Beobachtung in einem Duisburger Stadtteil das Verhältnis der türkischsprachigen Muslime aus Bulgarien – als jüngster Einwanderergruppe – zu anderen, ‚alteingesessenen‘ muslimischen und türkischsprachigen Gruppierungen.

In der Rubrik *Analysen und Kommentare* werden ausgewählte aktuelle Diskussionen aufgegriffen und einige für die Stadt- und Regionalforschung relevante jüngere Untersuchungen vorgestellt. Der Beitrag von *Heinz Faßmann* und *Yvonne Franz* widmet sich dem gegenwärtig populären und viel diskutierten Thema „smart cities“. Die Autorin und der Autor streben dabei eine kritische Reflexion der Begrifflichkeiten und des Konzeptes der ‚smart cities‘ an, um die Vielschichtigkeit des Themenfeldes zu verdeutlichen und zu einer differenzierten Betrachtung des Diskurses anzuregen. Die Europäi-

sche Union finanziert bereits eine Vielzahl von entsprechenden Projekten und auch die Forschungsaktivität zu ‚smart cities‘ wird immer stärker. Faßmann und Franz sehen den Eindruck entstehen, als ob die Zukunftsfähigkeit von Städten vorrangig von der Implementierung intelligenter Informations- und Kommunikationstechnologien, ressourcenschonender Technologien innerhalb eines ‚smart grid‘ und von Bestrebungen in der ‚smart e-governance‘ abhänge. Daher stellen die Autoren die Frage, wie ‚smart‘ der ‚smart‘-Begriff tatsächlich ist und was sich hinter diesem diffusen Konzept verbirgt. Sie kritisieren, dass eine klare Begriffsabgrenzung fehle und die inflationäre Begriffsverwendung für eine bessere Verständlichkeit nicht förderlich sei. So neu, wie die ‚smart cities‘ Diskussion zunächst erscheine, sei diese nicht, denn bereits in der Vergangenheit sei im Zusammenhang mit ‚smart growth‘ und der innovativen Wissensgesellschaft umfassend über intelligente und innovative Zukunftsstrategien für Städte und Regionen diskutiert worden. Faßmann und Franz konstatieren, dass die gegenwärtige Reduktion des Begriffes auf eine primär technokratische Planungsauffassung eindeutig zu kurz greife. Die selbstgefällige Intension, die sich in ‚smart‘ verberge, dürfe nicht unreflektiert bleiben, denn zu offensichtlich seien auch die industriellen Interessen im Hinblick auf das Konzept der ‚smart cities‘.

Mit einem weiteren wichtigen und aktuellen Thema der Stadtentwicklung befasst sich der Aufsatz von *Frank Osterhage* und *Stefan Kaup* „Reurbanisierung als neue Phase der Stadtentwicklung?“. In dem Beitrag wird die Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung im Zeitraum 1999 bis 2009 untersucht. Ausgangspunkt der empirischen Analysen ist die seit einigen Jahren aufkeimende Diskussion einer Trendwende in Richtung Reurbanisierung in Deutschland. Die Autoren stellen fest, dass mittlerweile tatsächlich empirische Befunde vorlägen, die für einen solchen Umschwung sprechen würden. Allerdings fallen die Bewertungen der vorliegenden Ergebnisse noch recht unterschiedlich aus: So gibt es Stimmen, die eine neue Phase der Stadtentwicklung identifizieren. Andere Beobachter gehen eher von einem punktuellen, instabilen und vorübergehenden Phänomen aus. Vor diesem Hintergrund stellen Osterhage und Kaup in ihrem Beitrag eine quantitativ-analytische Untersuchung vor, die einen möglichst breiten Überblick über die Entwicklungen in Deutschland im zurückliegenden Jahrzehnt geben soll. Sie schließen aus den Ergebnissen, dass sich bei der Bevölkerungsentwicklung ein bemerkenswerter Übergang von einer Dezentralisierung zu einer Zentralisierung innerhalb der deutschen Stadtregionen vollzogen hat. Gleichzeitig zeigen ihre Analysen, dass das Gesamtbild noch weitere, weniger eindeutige Facetten aufweist. Unter Beachtung dieser Einschränkungen bestätigen die Autoren in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung für die 2000er Jahre jedoch durchaus eine Trendwende.

„Last but not least“ gibt *Jan Dohnke* einen Überblick über den Stand und die zukünftigen Herausforderungen der in den vergangenen Jahren verstärkt

aufkommenden „Monitoringsysteme der sozialen Stadtentwicklung“. Mit Hilfe dieses Instrumentes sollen durch die Beobachtung kleinräumiger Entwicklungen ortsbezogene Handlungsbedarfe erkannt und auf Basis einer empirischen Grundlage entsprechende Maßnahmen abgeleitet werden. Inzwischen hat eine Vielzahl von Städten hohe Kompetenzen bei integrierten Monitoringsystemen ausgebildet, die einzelne Themenfelder miteinander verknüpfen und so die Grundlage für eine datengestützte Stadtentwicklungspolitik liefern. Der Autor hat selbst an einem Städtekooperationsprojekt mitgewirkt, in dessen Rahmen bestehende Monitoringsysteme der Sozialen Stadtentwicklung aus den Städten Berlin, München, Hamburg, Bremen, Leipzig, Mainz und Karlsruhe untersucht und systematisiert wurden. Auf dieser Basis hat Dohnke eine Übersicht des aktuellen Stands integrierter Berichterstattung erstellt und diskutiert aktuelle Begrenzungen und zukünftige Herausforderungen.

Den siebten Band des Jahrbuchs StadtRegion ergänzt die Rubrik *Rezensionen*. Für die Auswahl der besprochenen Publikationen wurden zwei Kriterien zugrunde gelegt: Zum einen handelt es sich um Titel, die in den vergangenen beiden Jahren (2010 und 2011) erschienen sind. Zum anderen konnten aus der Fülle der infrage kommenden Titel lediglich neun ausgewählt werden, die dabei jedoch einen substantiellen Überblick über das interdisziplinäre und thematisch weit gefächerte Spektrum der Stadt- und Regionalforschung nicht nur des deutschsprachigen Raums ermöglichen sollen.

Die Rubrik *Dokumentation und Statistik* präsentiert – traditionsgemäß – das „Monitoring der Städte und Regionen“, welches diesmal von *Jörg Pohlen* gemeinsam mit *Tatjana Merger* erarbeitet wurde. Es behandelt die sozioökonomischen Strukturen von Landkreisen und kreisfreien Städten sowie vertiefend von 18 ausgewählten Stadtregionen im Jahre 2009 und die jüngeren Entwicklungen seit 2005 in fünf ausgewählten Themenbereichen: Geordnet nach den Dimensionen Bevölkerung, Flächen und Siedlungsentwicklung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie Finanzen fassen Merger und Pohlen im Textteil zusammen, wie sich die Indikatoren zur Beschreibung der Themenbereiche in Deutschland räumlich entwickelt haben. Im ausführlichen Tabellenteil werden die Daten vollständig präsentiert. Hervorzuheben ist unter anderem, dass der Wanderungssaldo der Kernstädte der Stadtregionen auch nach den neuesten Daten tendenziell positiv ist.

Ergänzt wird diese Dokumentations-Rubrik aufgrund der großen gesellschaftlichen Relevanz durch einen Überblick zum Thema „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“, den *Tatjana Merger* verfasst hat. Dabei thematisiert die Autorin sowohl die verbesserte Datenlage aufgrund der neueren Erhebungen im Mikrozensus als auch die Beschränkungen der Datenverfügbarkeit auf kleinräumiger Ebene. Darüber hinaus enthält der Aufsatz einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Zuwanderung in Deutschland seit dem Zwei-

ten Weltkrieg und die daraus resultierenden aktuellen Strukturen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern.

Das Jahrbuch bietet somit nicht nur Aufsätze zu hochaktuellen Themen, sondern auch den Service einer komprimierten Zusammenfassung wichtiger aktueller räumlicher Entwicklungstrends in Deutschland.

Für die Redaktion

Jörg Pohlen und Herbert Glasauer

Quellen

Evangelische Kirche in Deutschland (2008): „Weimarer Votum“ gegen Umwidmung von Kirchengebäuden. http://www.ekd.de/aktuell_presse/news_2008_02_21_2_kirchennutzung.html: 13.03.2012.

Kirchenamt der EKD (2011): Evangelische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben. http://www.ekd.de/download/broschuere_2011_mit_Links.pdf: 13.03.2012.

metroZones (2011): Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt. Berlin & Hamburg: Assoziation A.

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (2010): Katholische Kirche in Deutschland. Statistische Daten. http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse/2010_Eckdaten.pdf: 13.03.2012.

Schwerpunkt:
Stadt und Region

Wolfgang Grünberg

Stadt und Religion. Religion und Urbanität

Zusammenfassung: Die Stadt kann als eine der ältesten und folgenreichsten Erfindungen der Menschheit angesehen werden. Ihre Geschichte umfasst in unserem Kulturkreis mehr als 10.000 Jahre und etablierte sich im Mittelmehrraum. So gibt es Kontinuitäten bis in unsere Zeit, z.B. Jericho (Gaza). Von den gegenwärtig 7 Milliarden Menschen leben heute mehr als die Hälfte in Städten. Die Städte waren immer auch Orte der Menschen und ihrer Götter. Stadtgeschichte ist auch Religionsgeschichte. Die europäische Stadt der Gegenwart ist wieder eine Stadt der Religionsvielfalt. Die Säkularisierung hat die Energien der Religion modifiziert aber nicht eliminiert. Dies wird an Hand exemplarischer Beispiele gezeigt: dem Pantheon in Rom, dem Kölner Dom, der St. Nikolaikirche in Leipzig und der Frauenkirche in Dresden. Kirchen bilden die Stadtgeschichte ab und fungieren oft genug als Symbole ihrer Städte und deren Hoffnungen.

1. Hinführung

9/11 oder nine eleven: Das ist ein auf der ganzen Welt bekanntes Kürzel. Die weltweiten Gedenkveranstaltungen anlässlich des 10. Jahrestages der Terroranschläge auf die Twin Towers, das Pentagon und weitere Ziele zeigten dies erneut. Die Bilder der brennenden und schließlich in sich zusammenfallenden Türme sind in das Bildgedächtnis der Menschheit eingegangen. 9/11 wurde zum Symbol einer Zäsur im öffentlichen Bewusstsein. Die Twin Towers fungieren dabei als Symbole mit ganz unterschiedlichen Bedeutungen. Das World-Trade-Center repräsentierte auf der einen Seite den amerikanischen Fortschrittsoptimismus, die Demonstration des ökonomischen und politischen Anspruchs, die einzig verbliebene Supermacht in der Welt zu sein. Die Terroranschläge bewiesen auf der anderen Seite die Verwundbarkeit der Supermacht. Die in sich zusammen fallenden Türme wurden zum doppelt lesbaren Menetekel: Hier vollzieht sich das göttliche Gericht Allahs über den gottlosen Westen – oder: Hier zeigt sich die Unmenschlichkeit des Islam.

Die unterschiedliche religiöse Aufladung dieses Terroranschlages gab nicht nur zu denken. Sie erschreckte, ja, verstörte. Der dann folgende Krieg der USA gegen den Diktator des Irak, Saddam Hussein, kann als Folge einer solchen religiösen und politischen Aufladung verstanden werden. Die religiö-

se Begründung für den Terroranschlag zeigte ebenso die Vitalität – zumindest bestimmter – Religionen, auf der anderen Seite aber auch die Ambivalenz von Religion selbst. War Religion nicht durch Aufklärung und Säkularisierung endlich gezähmt und entmachtet? Die Mischung von high technology, religiösem Sendungsbewusstsein, archaischen Rachestrategien und bis ins Detail ausgeklügelten Plänen eines Terroranschlags und seiner Umsetzung schien in der heutigen Welt nicht mehr vorstellbar. Religion wurde wieder zu einem kontrovers diskutierten Thema, und das war und ist angemessen.

Eine Facette dieser Diskussion, Religion und Stadt, steht hier zur Debatte. Um eine produktive Distanz zur suggestiven Wucht der Erschütterung von 9/11 zu bekommen, aber auch um zugleich die Rolle von Religion in und für die Stadt ansatzweise zu verstehen, wähle ich einen integrierten stadt- und religionshistorischen Zugang zu unserem Thema. Um die Komplexität nicht zu überfrachten, verbleiben die folgenden Ausführungen im jüdisch-christlichen Kontext, ohne die Tatsache zu verdrängen, dass fundamentalistisch begründete Gewalt auch in diesem Kontext noch nicht endgültig bewältigt ist.

2. Historische Annäherungen

Eines der ältesten Symbole der Stadt im abendländischen Kulturkreis ist das alt-ägyptische Sonnenrad: Ein Kreis, der durch ein Achsenkreuz zu einem Rad mit vier Speichen geworden ist. Das Achsenkreuz symbolisiert die vier Himmelsrichtungen, oder, wie es in der Antike auch heißt, die Großen Winde, die, ob sie nun aus dem heißen Süden oder dem kälteren Norden, ob sie Frische vom Osten oder Regen vom Westen bringen, ganz unterschiedliche Wirkungen entfalteten. Winde wie Himmelsrichtungen repräsentierten darum mythische Mächte.

Die Geschichte der europäischen Städte beginnt im Orient. So ist dies Symbol leicht zu verstehen: Die Stadt ist die irdische Sonne. Von ihr geht Orientierung aus. Die Formulierung *ex oriente lux* wird sprichwörtlich. Damit ist mehr gemeint als die formale Angabe einer Richtung. Im Osten wird das Licht der Sonne geboren, vom Westen aus droht das Dunkel.

Die Ostung der Kathedralen wird diese Bedeutung später aufnehmen und wandeln: Der Heilsweg der Gläubigen führt vom Westen – dem Dunkel als Sphäre der Dämonen zum Licht im Osten, wo sich im Chorraum der Kathedralen das Allerheiligste befindet, die lebendige Gegenwart Christi in den geweihten und gewandelten Hostien im Sakramentshaus. Die zentrale Achse der Kathedrale ist Weg und Heilsweg, denn im Osten erstand Jesus Christus von den Toten als jenes lebendige Licht, das alle Mächte der Finsternis, symbolisiert im Tod, besiegt hat.

Als sich die Bedeutsamkeit wichtiger Schlüsselstädte in der Stadtgeschichte, etwa Babylon, Alexandria, Jerusalem allmählich auf Athen und später auf Rom verlagert hatte, kommt ein anderes, nicht minder wichtiges Sprichwort

auf: Alle Wege führen nach Rom. Rom wird zur Capitale, also zum Haupt der antiken Welt. Hier spielt die Weltpolitik. Hier wird über das Wohl und Wehe, über Licht und Finsternis in eroberten oder unterworfenen Ländereien entschieden. Von dort kommen die Waren und Sklaven, die in Rom verkauft werden. Hier wird Weltherrschaft strategisch geplant und politisch wie militärisch umgesetzt. Die so genannten Römerstädte entlang des Rheins zeugen bis heute davon. Alle Wege, zumeist schnurgerade Römerstraßen, führen nach Rom. Besser kann man auch heute nicht illustrieren, was Zentralität und Macht der Metropolen bedeutet: Rom, die Capitale und Metropole, war Ausgangs-, aber auch zum Zielpunkt des Handels und Wandels. Das prägt und verändert eine Metropole. Viele Sprachen, Kulturen und Traditionen fließen hier zusammen. Die Metropole wird immer bunter, um es mit einer heute beliebten Metapher zu sagen. Schließlich war es soweit: Roma caput orbis – Rom ist das Haupt der Welt. Das römische Bürgerrecht, das z.B. der in Tarsus (in der heutigen Türkei) geborene Apostel Paulus besaß, bezeugt anschaulich die damit einhergehende Urbanisierung der Alten Welt.

Zur Welt Roms gehörte freilich, und das wird oft übersehen, nicht nur die irdische Welt. Vielmehr ist die Welt der Götter ebenfalls in Rom präsent. Eine Welt ohne Götter war damals weder vorstellbar noch wünschbar. Die römische Religionspolitik war relativ tolerant, solange der das Reich zusammenhaltende obligatorische Staatskult nicht in Frage gestellt wurde. Dass die oberste Machtausübung einer religiösen oder heiligen Überhöhung, also der Sanktionierung bedurfte, war common sense. Symbolträchtiger Ausdruck der religiösen Kulte verschiedener Götter waren ihre Tempel. Ob nun in Jerusalem der salomonische oder der herodianische Tempel, ob in Athen die verschiedenen Tempel auf der Akropolis oberhalb der Stadt, ohne Götterkult, ohne Tempel, in denen ihnen gehuldet wird, kein Friede im Himmel und auf Erden. In Rom war darum das Pantheon von besonderer Bedeutung. Das zeigt sich auch in der Architektur. Dazu schreibt einer der besten Kenner der historischen Stadtentwicklung in der westlichen Welt, Lewis Mumford:

„Das Pantheon, das schönste Einzelbauwerk, das Rom uns hinterlassen hat, ist symbolischer Ausdruck von Roms Macht und Wollen in ihrer edelsten Form. Das Innere, dessen Kuppel zum Himmel offen ist, erweckt religiöse Empfindungen von einer Tiefe, welche St. Peter in ein Denkmal vulgärer Schaustellerei verwandeln...“ (Mumford 1982: 706)¹.

Die Zeit, in der eine Metropole die ganze Welt dominiert, ist wohl unwiederbringlich vorbei. Aber der Kampf um möglichst umfassende Weltgeltung

1 Selbst wenn man das kritische ästhetische Urteil über Sankt Peter nicht teilt, ist der Vergleich als solcher wichtig und richtig. Denn Neu-Sankt Peter ist Ausdruck des Universalanspruchs des römisch-katholischen, also allumfassenden Christentums. Das Pantheon dagegen ist eine politisch gewollte Wahrung eines politisch gewollten, aber kontrollierten Freiraums religiöser Vielfalt.

ist geblieben. Der Ost-West-Konflikt im Kalten Krieg der 1960er Jahre mit seinen Hauptantipoden Moskau und Washington und dem gemeinsamen Zankapfel Berlin zeugte davon zur Genüge. Berlin, die zerstörte Metropole des nationalsozialistischen Deutschlands, wurde zum Fieberthermometer der Ost-West-Spannungen. Auch in diesen Systemkonflikt waren die westlichen und östlichen ‚Götter‘ immer mit eingebunden. Hier geht es nicht um politische Bewertungen, sondern um den Versuch, die religiöse Aufladung auf beiden Seiten in Ost und West zu thematisieren. Denn beide Systeme kämpften gegeneinander mit einer geradezu apokalyptisch zu nennenden Rhetorik. Aus Sicht des Westens ging es um Freiheit und Wohlstand und um die Befreiung der Unterdrückten im gottlosen Osten. Aus Sicht des Ostens ging es um die endgültige Überwindung des Kapitalismus als Voraussetzung eines Reiches des Friedens und der Volkssolidarität.

Zentraler Streitpunkt in diesem Systemkonflikt war die Interpretation der Funktion von Religion: Hier die Förderung der Religionsfreiheit als Ausweis der Gewissensfreiheit des Einzelnen – dort die Überwindung der Religion als Opium des Volkes, als falscher Schein, der nur die Privilegien der Herrschenden sanktioniere und absichere.

Das spiegelt sich auch im Städtebau der Nachkriegszeit in Ost und West. Drüben, im Osten, kein Kirchenbauprogramm, aber neue sozialistische Stadttürme als Orientierungsmarken der neuen Zeit, um nur ein Beispiel zu nennen.

Das römische Pantheon steht für die Akzeptanz eines religiösen Pluralismus, solange er nicht politisch agiert. Das Pantheon dokumentiert auf der anderen Seite nicht nur die Freiheit privater Religionsausübung, sondern auch die beabsichtigte öffentliche Präsenz von Religion in der Stadt. Ohne sie liegt kein Segen auf der Stadt. Sofern Religionsausübung aber politische Folgen hat, gilt sie, nicht zu Unrecht, als bedrohlich.

Heute scheint es, zumindest in der öffentlichen Meinung, Konsens zu sein: Religion ist Privatsache. Die Religionsgemeinschaften sollen sich politisch neutral verhalten. Der geforderten Entpolitisierung der Religion steht allerdings die Religionsvielfalt entgegen, die es faktisch in allen Großstädten gibt. Die Rückkehr der Religion in ihren vielen Facetten verunsichert freilich eher die, die sich selbst als ‚religiös unmusikalisch‘ definieren. Das Verhältnis von Stadt und Religion wird zumeist so beschrieben, als handele es sich um zwei je für sich bestehende Größen, die für sich beschreibbar sind, um sie sodann unter religionshistorischer, stadthistorischer oder auch theologischer Perspektive aufeinander zu beziehen.

Religion, in welcher Form auch immer, ist schon immer als eine spezifische Energie verstanden worden, die faktisch den Aufbau eines Gemeinwesens mit geprägt hat. Auch heute beeinflusst die Religionsvielfalt städtisches Leben unmittelbar in ihrer baulichen Präsenz und vermittelt dadurch Tradition und Ethos.

Die Kräfte und Energien der Religionen ergeben sich auch heute noch aus ihren, buchstäblich Himmel und Erde umfassenden, Horizonten. Jede Religi-

on bezieht sich auf das Innerste der Person, also auf die eigene Seele, das Herz und das Gewissen und verbindet dieses Innerste mit dem denkbar größten Horizont, mit dem Göttlichen, das auch Natur und Geschichte umgreift. Das Göttliche begründet in diesem Sinn nicht nur das letztlich nicht fassbare Geheimnis der Welt, sondern begrenzt es auch. Denn religiöse Praxis geht davon aus, dass das Göttliche sich dem Menschen als Deutung, Sinn und Ethos des Umgangs mit der Welt mitteilt, also erfahrbar und kommunizierbar ist. Die Würde des Menschen und der Respekt vor allem Lebendigen, religiös gesprochen, ihre Heiligung, ist Gabe und Aufgabe in jeder Religion. Das Heilige und das Profane sind als Dimensionen des Menschlichen anzusehen und zu berücksichtigen, die einander ergänzen und begrenzen. Die Säkularisierung der religiösen Sphäre im 19. Jahrhundert führte faktisch zur Sanktionierung des Politischen (Nipperdey 1998). Das ist weder politisch noch religiös gesehen eine konstruktive Alternative.

3. Der Auftrag der Stadt – Rückblick und Ausblick

Von den Kräften, die religiöse Erfahrung und religiöse Praxis freisetzen, spricht der Nestor der Stadtgeschichtsschreibung, Lewis Mumford, am Ende seiner Universalgeschichte der Stadt im Schlussabschnitt ausdrücklich:

„Der endgültige Auftrag der Stadt besteht darin, des Menschen bewusste Teilnahme am Fortgang von Kosmos und Geschichte zu fördern. Mittels ihrer komplexen und dauerhaften Struktur steigert die Stadt die Gabe des Menschen beträchtlich, diesen Fortgang zu deuten und auf aktive, gestaltende Weise an ihm teilzunehmen, auf daß sich jeder Akt des Dramas, das sich abspielt, in größtmöglichem Umfang das Licht der Bewusstheit, die Prägung einer Absicht und die Färbung der Liebe erhalte. Solche Steigerung aller Dimensionen des Lebens durch gemeinsame Empfindungen, vernünftigen Umgang, technische Meisterschaft und vor allem durch dramatische Darstellung ist der großartige Auftrag der Stadt in der Geschichte gewesen. Sie bleibt auch der Hauptgrund für ihr Fortbestehen“ (Mumford 1980: 673).

Dies ist kein rein historisch gemeintes Fazit. Es geht Mumford um die Stadt der Zukunft. Es sind programmatische Aussagen. Will uns Mumford gleichsam einen Königsweg für die (bessere) Zukunft der Städte verkünden? Wohl kaum. Aber er hält an der Aufgabe fest, dass jede Generation aus der Zerstörungsgeschichte von Städten in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, Lehren ziehen muss. Stellt man diese programmatischen Worte in den historischen Kontext der 1960er Jahre, also in die Zeit des Kalten Krieges, mit ihren Zuspitzungen im geteilten Deutschland und Berlin, dann enthüllen sie ihre Brisanz und ihre hellseherische Qualität.

Die Stadt als komplexes Gebilde ist demnach schon gefährdet, wenn sie nicht mehr möglichst vielen, sondern nur noch wenigen, etwa nur vermögen-

den Menschen Entwicklungschancen eröffnet. Die ökonomisch polarisierte Stadt zerstört die eigentlichen Fundamente der Stadt als Gemeinwesen. Gegen diese Gefahr schreibt Mumford an. Denn sie ist ebenso alt wie aktuell. Neben die Gefährdung tritt für Mumford eine weitere Sicht, die in theologischer Terminologie als „Verheißung“ der Stadt bezeichnet werden kann. Diese liegt darin, den Fortgang von Kosmos und Geschichte zu fördern. Mittels ihrer komplexen und dauerhaften Struktur steigert die Stadt die Fähigkeiten des Menschen beträchtlich.

Die Stadt in ihrer Vielfalt ist der Ort, an und in dem die Bürger mittels ihrer komplexen Austauschmöglichkeiten Zukunftsoptionen für sich selbst, aber auch für das Gemeinwesen als Ganzes ermitteln und gestalten. Die Stadt ist Prozess und Gestalt und spielt in gewisser Weise – im Positiven wie im Negativen – neue Möglichkeiten heraus, die die Menschen ergreifen oder ablehnen können. Die von Mumford angestrebte Stadtutopie wäre demnach die, dass alle Bürger aktiv und in Kommunikation miteinander Wege in die Zukunft entwerfen können und dies auch gefördert wird (vgl. Grünberg 2006). Mumford spricht in diesem Zusammenhang fast pathetisch von mütterlichen, lebenspendenden Funktionen, die seit langem vernachlässigt oder unterdrückt worden sind: „Die Stadt sollte nämlich ein Organ der Liebe sein, und die beste Ordnung der Stadt liegt in der fürsorglichen Pflege des Menschen.“ (Mumford 1980: 673).

Wir waren es lange gewohnt von der ‚Vaterstadt und ihren Ratsherren‘ zu sprechen. Demgegenüber wird hier die Stadt als Mutter ihrer Bürgerinnen und Bürger angesprochen, weil sie kreativ ist, also Neues gebiert. Die in die Stadt neu einziehenden Bürgerinnen und Bürger sollen hier wachsen, sich entwickeln und Fürsorge für einander übernehmen können. Die Stadt als Mutter erfreut sich an der Verschiedenheit ihrer Kinder. Hier wird ein Lob des Pluralismus angestimmt, von dem jedes demokratische Gemeinwesen lebt. Damit wird das Antibild zu einem Gemeinwesen gezeichnet, das von einer herrschenden Klasse oder gar als vom faschistischen Führerprinzip aus autoritativ geführt wird.

Am Ende steigert sich Mumford geradezu in die Vision einer fürsorglichen Stadt hinein, die den Fortgang von Kosmos und Geschichte verwirklicht. Hier sind Natur und Geschichte nicht als Gegenpole gedacht, sondern als einander ergänzende und stabilisierende Prozesse. Fast könnte man hier eine ‚grüne‘ Nachhaltigkeitsvision vorprogrammiert finden. Wie aber wird die Kreativität der Stadtgesellschaft möglich? Mumford spricht von der „dramatischen Darstellung“ als dem „großartigen Auftrag der Stadt in der Geschichte.“ (Mumford a.a.O.).

Die Stadt ist nicht nur Hebamme des Wachsens und Lebens ihrer Kinder, die Stadt ist vor allem öffentliche Bühne des Lebens, Kulisse und Drama zugleich. Der Begriff Kultur wird hier nicht verwendet. Er ist aber im Doppelsinn, als Kultivierungsprozess und als Kunstform mit gemeint. Dem Theo-

logen tritt in diesem Zusammenhang sogleich die etymologische Ableitung des Kulturbegriffs vor Augen: Die Ur-Form der Kultur ist der religiöse Kult. Dass dies mitgedacht ist, spricht Mumford in aller Deutlichkeit an:

„Ursprünglich nahm die Stadt als Wohnstätte eines Gottes Gestalt an – als Ort, wo ewige Werte gegenwärtig waren und göttliche Möglichkeiten offenbar wurden. Zwar haben die Symbole gewechselt, aber die Wirklichkeit dahinter ist geblieben. Mehr denn je wissen wir, dass die verborgenen Möglichkeiten des Lebens weit über die stolzen Formeln unserer Wissenschaft hinausreichen und dass ihre Verheißungen weiterer Wandlungen des Menschen ebenso bezaubernd wie unerschöpflich sind. Es ist zweifelhaft, ob sich ohne die religiösen Perspektiven, welche die Stadt erschlossen hat, mehr als ein kleiner Teil der menschlichen Begabung, zu leben zu lernen, entwickelt hätte.“ (Mumford a.a.O.).

Hier ist die prinzipielle Zusammengehörigkeit von Kult und Kultur in wünschenswerter Klarheit auf den Begriff gebracht: Die Stadt ist die Bühne der öffentlich zu Tage liegenden Dramen des Gemeinwesens. Das ist der Stoff, an dem sich Kult und Kultur abarbeiten. Kult und Kultur sind darum prinzipiell öffentlich. Es ist müßig, sich religionsgeschichtlich zu streiten, ob der (religiöse) Kult als Mutter der Kultur anzusehen ist, oder genau umgekehrt, die Kulturfähigkeit des Menschen den Kult als wichtigstes ‚Theater‘ hervorgebracht hat. Die oben erwähnte Arbeitshypothese, dass Religion ein produktiver Faktor der Erfindung wie der Gestaltung der Stadt sei, wird durch Mumford eindrucklich bestätigt. Dabei muss man den weiten Begriffsumfang des Terminus Drama vor Augen haben. Jedes (größere) Gemeinwesen breitet sie in ihren Gazetten ja täglich aus: die tragischen, komischen, epischen und satirischen Dramen der Stadt. Der Religion wird hier von Mumford geradezu die Kompetenz unterstellt, ja abverlangt, diese Alltagsdramen im Blick auf Sinn und Unsinn zu deuten. Insofern ist ganz praktisch das städtische Leben religions- und kulturproduktiv. Religion und Theater sind und bleiben Geschwister. (Alt 1970: 1). Dass dies für die Zukunft der Stadt ebenso wichtig sein wird, wie es für die Vergangenheit nachweisbar war, betont Mumford ausdrücklich:

„Der Mensch wächst nach dem Bilde seiner Götter und nach den Maßstäben, die sie ihm gegeben haben. Die Mischung aus Göttlichkeit, Macht und Persönlichkeit, welche die antike Stadt ins Leben gerufen hat, muss nach den Begriffen der Ideologie und Kultur unserer Zeit neu angerührt und in neue städtische, regionale und universale Formen gegossen werden.“

Das Heilige, von dem Rudolf Otto als Geheimnis, als *mysterium tremendum et fascinosum*², sprach, das *erschreckt* und *fasziniert*, ist die bis heute wirkungskräftige Definition von Religion, die auch hier vorausgesetzt wird.

2 Fascinosum: Geheimnis, das zugleich ein heiliges Erschaudern wie auch ein heiliges Sehnen hervorruft

(Otto 1917: 34). Die Interaktion zwischen dem Göttlichen und dem Mensch hat eine Fülle von Formen und Erfahrungen religiösen Verhaltens hervorgebracht. Die Begegnung mit dem Transzendenten ereignet sich exemplarisch z.B. an oder in heiligen Orten (Quelle, Hain, Berg, Tempel, Schrein, Kirche, „Kämmerlein“ etc.), in und bei heiligen Handlungen (Opfern, Auslegen oder meditieren heiliger Schriften, Beten, Segnen, heilige Mahlzeiten, Riten, z.B. sakramentale Handlungen an den Wendezeiten des Lebens, von der Geburt bis zum Sterben etc.). Keiner dieser Orte oder Handlungen darf exklusiv verstanden werden.

Die Stadt ist Ort, Prozess, Projektion und Objektivation menschlicher Sehnsüchte, Abgründe und Hoffnungen etc. Die öffentlichen Darstellungen unterschiedlichster Möglichkeiten menschlichen Verhaltens und Erleidens bilden den Stoff aller kulturellen Darbietungen.

Die Formen öffentlicher Kommunikation sind freilich nie wertneutral. Ob man nun an Aufmärsche zum 1. Mai im Osten oder im Westen vor 1989 denkt, oder an die Reichspogrome vom 8./9. November 1938, als Läden jüdischer Besitzer verwüstet, Synagogen geschändet und in Brand gesteckt wurden: In Ihnen spiegeln sich nicht nur menschenverachtende politische Absichten. Sie spiegeln in theologischer Perspektive auch die Ambivalenzen des Menschseins.

Die Stadt als Ort der Selbsterkundung und Selbstverwirklichung kann ebenso verführen wie fördern. Darum braucht jedes Gemeinwesen Institutionen, die die Gewissen der Menschen individuell wie auch als größere Gemeinschaft wach halten. Dies ist traditionell das prophetische Mandat der jüdischen und der christlichen Tradition. Der öffentliche, aber auch der private Umgang mit religiösen Orten und Riten erweist sich als ein Gradmesser für die Humanität bzw. Inhumanität einer Gesellschaft. Darum soll im Folgenden nur noch von den stadtrelevanten Funktionen der christlichen Kirchen die Rede sein. Denn die beiden großen Kirchen sind, nicht nur historisch, sondern auch heute noch die einflussreichsten religiösen Institutionen in unserer Gesellschaft.

4. Die Kirchen als Gedächtnis und Gewissen der Stadt

Die Stadtmitte fast jeder älteren Stadt in unserem Kulturkreis weist drei konstitutive historische Kennzeichen auf: Den Marktplatz, das Rathaus und eine repräsentative Kirche. Der Marktplatz steht für die ökonomischen Kräfte des Gemeinwesens, das Rathaus für die politischen Kräfte. Die Stadtkirche, oft ergänzt durch Theater, Konzertsaal und Kinos, sie stehen für die religiösen und kulturellen Kräfte der Stadt. Alle drei Kräfte haben ein Eigenleben und sind zugleich auf die jeweils anderen Kräfte bezogen. Wo eine dieser Kräfte sich zur einzig dominanten Macht machen konnte, litt die Humanität des

Gemeinwesens Schaden. Es kommt auch heute darauf an, zu einer lebendigen Balance zu finden und keine dieser Kräfte zu ächten.

Die Stadtkirche bzw. der Dom repräsentieren in sich selbst viele Erinnerungen an wesentliche historische Begebenheiten der Stadtgeschichte aus guten wie aus bösen Zeiten. Was bedeutet es eigentlich, wenn die zentrale Stadt- bzw. Rats-Kirche(n) Spuren und Zeichen aus fast jedem Jahrhundert beherbergen?

Ob man nun an die geborstenen Glocken der Lübecker Marienkirche denkt, die zum Mahnmal der Stadtzerstörung der Lübecker Mitte als Vergeltungsaktion der britischen Luftwaffe für die Zerstörung von Coventry durch die deutsche Luftwaffe im November 1940 wurden, oder ob man an die Zerstörung Dresdens und den Wiederaufbau der Frauenkirche im letzten Jahrzehnt denkt: Man kann bis ins Einzelne nachzeichnen, wie hier Spuren der Zerstörung und symbolische Versuche der Wiedergutmachung und Versöhnung geradezu in Stein gehauen wurden, damit dies nicht in Vergessenheit gerate.

Was bedeutet es, dass von Coventry aus eine so genannte Nagelkreuzgemeinschaft initiiert wurde, die sich für Versöhnung und Frieden über allen Gräben einsetzt?

Da fand man in der ausgebrannten Ruine der Kathedrale von Coventry lange Baunägel, die dem Feuer trotzten und schmiedete aus drei langen Nägeln ein Kreuz, das in der Ruine angebracht wurde. Dann wurden weitere Nägel gefunden und auch daraus Kreuze geschmiedet, die an andere Kirchen in Europa, denen ein ähnliches Schicksal wie Coventry beschieden war, in der Solidarität des Leidens und als Geste der Versöhnung übergeben wurden. Die Übergabe des Nagel-Kreuzes war mehr als ein Zeichen gemeinsamer Trauer, auch mehr als eine erinnernde Mahnung. Das Nagelkreuz aus Coventry wurde zum Symbol der aktiv gesuchten und gestalteten Versöhnung.

So entstand als so genannte Nagelkreuzgemeinschaft europäischer Kirchen ein Netzwerk von Kirchen und Gemeinden, die sich zu wechselseitiger Versöhnung und aktiver Friedensarbeit verpflichten. Ehemalige Kriegsgegner, besonders Briten und Deutsche beten, mahnen und arbeiten nun gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit: z.B. in Berlin in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, in Hamburg in Alt St. Nikolai und St. Katharinen, in Kiel in St. Nikolai, in Lübeck St. Marien oder in Dresden in der Kreuz- und Frauenkirche.

All diese Kirchen sanktionieren heutzutage nicht mehr die Siege des Vaterlandes, sondern beklagen ökumenisch und transnational das Leiden der unschuldig Betroffenen auf allen Seiten und verpflichten zu aktiver Friedens- und Versöhnungsarbeit. Die Kirchen der Nagelkreuzgemeinschaft beziehen das Leid der Betroffenen auf das Kreuz Christi und rufen gemeinsam zur Versöhnung auf. Diese in der Asche der zusammengestürzten Kathedrale von Coventry geborene Friedens- und Versöhnungsarbeit hat heute ökumenische,

interreligiöse und politische Dimensionen europäischen, ja weltweiten Ausmaßes. Jede Nagelkreuz-Kirche symbolisiert in ihrer Weise das Leiden und Sterben. Aber durch die Konzentration auf aktive Versöhnung repräsentiert das Kreuz auch die Auferstehungshoffnung durch Versöhnung über alle Grenzen hinweg.

Jüngstes Beispiel dafür, wie damit Grenzen überwunden und Versöhnung eröffnet wird, ist die Versöhnungskapelle an der Bernauerstraße in Berlin. Sie steht auf dem Gelände der am 13. August 2011 offiziell eröffneten nationalen Gedenkstätte für die Opfer an der Berliner Mauer. Im so genannten Todesstreifen stand die völlig intakte neogotische Versöhnungskirche, deren Gemeindegebiet sich ursprünglich beiderseits der späteren Mauer erstreckte. Die Grenzhäuser an der Bernauer Straße wurden 1961 zunächst zugemauert, um nicht mehr als Fluchtort genutzt werden zu können, dann wurden sie abgetragen. Die Versöhnungskirche wurde gesprengt und das Gelände vollständig in den so genannten Todesstreifen integriert. Lediglich die Glocken und wenige liturgische Gegenstände konnten vor der Sprengung gerettet werden. Just an diesem Ort, mitten auf dem ehemaligen Todesstreifen, wurde nun wieder eine Versöhnungskapelle errichtet, die vornehmlich an die Maueropfer, darunter auch einen Volkspolizisten der DDR, erinnert. Auch diese Versöhnungskapelle ist nun mit einem Nagelkreuz aus Coventry in das weltweite Netzwerk der Versöhnungsarbeit über alle Mauern und Grenzen hinweg aufgenommen.

Für den deutschen, zumal protestantischen Horizont, wird damit etwas nachgeholt, was in vielen polnischen Stadt- und Bischofskirchen präformiert war. Auch hier sind viele Kapellen zu Orten geworden, in denen der politischen Opfer der Nazis und der Kommunisten gedacht wird. Die jeweilige Gegenwart soll nicht mehr unter der Perspektive der Sieger, sondern aus der Perspektive der Leidenden und Unterdrückten, also im Geist der Versöhnung gedeutet werden.

5. Tempel und Kirchen als Orte der Begegnung mit dem Heiligen

Ob in Jerusalem, Athen, Rom, zentral für das Wohl und Wehe der Städte war, wie am Beispiel des Pantheons in Rom schon ausgeführt wurde, die Bedeutung der Tempel als Orte der Begegnung mit den Göttern bzw. mit dem Heiligen, verbunden mit der Erwartung, dass die Götter die Macht der Dämonen wenn schon nicht überwinden, sie jedenfalls doch zu begrenzen vermöchten.

Auch die frühen Kirchbauten des Christentums, von denen man erst seit der Konstantinischen Wende nach 325 sprechen kann, stehen faktisch in dieser Tradition, obwohl sie im Blick auf den Kirchbau bewusst nicht an die Tempelarchitektur als Wohnort der Götter angeknüpft haben.

Zunächst sammelten sich die Christen nach ihrer Trennung von der Synagoge – die jüdische Religion galt als *religio licita*, also als staatlich erlaubter Kult – in Privaträumen. Dies war auch ihrem noch ungeklärten rechtlichen Status geschuldet. Das Christentum konnte, nach der ersten gemeinsamen Zeit in den Synagogen, nur in der privaten Sphäre gelebt werden.

Nach der offiziellen Duldung, erst Recht nach der Anerkennung des Christentums als Staatsreligion, wurden die christlichen Gemeinden zu öffentlich relevanten und staatlich geförderten Institutionen. Darum wurde der Kirchenbau als stadtöffentlicher, repräsentativer Versammlungsort bewusst gefördert. Die Kirchen sollten, wie ehemals die Tempel, nun wieder das Stadtbild als öffentliches Bauwerk wie das Gemeinwesen als soziale Gestalt prägen. Auf diese Weise ergab sich eine grundlegende Neuerung: Die christliche Religion war nun doppelt verortet. Die Unterscheidung zwischen der *privaten* Religionsausübung im Wohnbereich des Hauses und der *öffentlichen* Religionsausübung in den Kulträumen der Kirchen bürgerte sich ein. Sie gilt im Prinzip bis heute. Religion ist Privatsache, Kirchen aber sind öffentliche Räume einer öffentlich-rechtlichen Institution. Der Baustil der neuen Kirchen knüpfte allerdings bewusst nicht an die Tempelarchitektur an, sondern an den basilikalen Baustil der öffentlicher Gebäude der Stadt, z.B. der Markt- und Tuchhallen, aber auch der Gerichtsgebäude. Diese standen in der Regel auf öffentlichen Plätzen, die immer auch Märkte waren. Nichts lag darum näher, als Kirchen auch dort im Bereich der öffentlichen Plätze zu verorten. Der Begriff Kirche verweist auf das griechische Nomen *kyrios*: Herr. Die Kirche ist die *κυριακή ἐκκλησία*, in lateinischer Umschrift: *kyriaké ekklesia*. Die Kirche ist demnach die Versammlung des Herrn bzw. der zu ihm Gehörenden. Damit wird Jesus Christus, zum eigentlichen Herrn, quasi zum Besitzer der Kirche. Die Kirche als Bauwerk war darum zwar noch nicht heilig im antiken Sinn. Aber in diesem öffentlichen Raum ging es um das Heil des Menschen und um seine Heiligung durch sakramentale Handlungen: Die Taufe als Initiationsritus der Zugehörigkeit zur christlichen Gemeinde, die Auslegung und Aktualisierung der heiligen Schriften und die Teilnahme an der Eucharistie als leibhaftiges Erleben der Mahlgemeinschaft mit dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn der Kirche. Es ist überdies der tief verankerten Tempeltradition, ihrer Volksfrömmigkeit und der Entwicklung der Sakramente geschuldet, dass der öffentlich am Marktplatz zugänglichen Kirche allmählich wieder eine heilige Aura zuwuchs. Die führenden Schichten der Stadt, die Patrizier, stifteten zunehmend Bilder, Altäre, Gedenkorte für die Toten oder ihre Begräbnisse. So ergaben sich immer häufiger Anlässe, die zentralen Stadtkirchen aufzusuchen. Die offen zugänglichen Kirchen wurden so alltags wie an Sonn- und Feiertags mehr und mehr zu zentralen Orten der individuellen wie kollektiven Kommunikation. In Nöten und Unsicherheiten suchten die Menschen die Nähe zum Heiligen bzw. – vermittelt durch den Priester, – zum Allerheiligsten, dem Sanktuarium oder Sakramentshaus, in

dem die geweihten und zu Fleisch und Blut Christi gewandelten Elemente Brot und Wein aufbewahrt wurden.

Während der basilikale Baustil zunächst den öffentlichen Charakter der Kirche als öffentliche Staatskirche kenntlich machte, hat später die Gotik in großartiger Weise auch das Wesen des christlichen Heilsweges mit ihren verschiedenen Wegmarkierungen sichtbar und exemplarisch begehbar gemacht. In der Einleitung war schon auf die Hauptachse der gotischen Kathedrale von West nach Ost als exemplarischem Pilgerweg hingewiesen worden: Es bildete sich ein Kanon von Bildmotiven heraus, der die christlichen Feste im Jahreskreis berücksichtigte: Von der Ankündigung der Geburt Christi in der Adventszeit bis zum Gedenken der Toten am Ende des Kirchenjahres. Die religiöse Begehung dieses Weges wird obendrein zum Teil durch Stufen vor dem Chorraum oder durch Chorschranken, den Lettner gegliedert. Der erhöht gelegene Chor war nur den geweihten Priestern vorbehalten. Sie allein hatten Zugang zum Allerheiligsten, dem Ort an dem die Hostien als wirkungskräftiges Mittel heiliger Wandlung und Erlösung aufbewahrt wurden. Mit Abstand zum Allerheiligsten außerhalb des Chorraums, also jenseits des Lettners, empfingen die Laien die Hostien aus der Hand des geweihten Priesters

Die zur Kommunion schreitenden Gläubigen gehen, symbolisch gesehen, vom Dunkel zum Licht, Stufe um Stufe, um sodann, gestärkt durch die himmlischen Gemeinschaft mit Christus in der Eucharistie, nun selbst verwandelt und gestärkt in den irdischen Alltag mit seinen Finsternissen zurück zu kehren. Wenn man sich solche Wegeprozessionen in Kathedralen, z.B. im Kölner Dom vorstellt, dann wird sofort erkennbar, welche auch stadtpolitisch wichtige Rolle solch heilige Begehung für die ganze Stadt hat.

Idealtypisch gesprochen, passiert folgendes: Der religiöse Mensch beschreitet nicht nur einen Weg vom Dunkel zum Licht, vom Alleinsein zur Gemeinschaft, von der Enge der eigenen inneren und äußeren Räume des Alltags in die Weite und Tiefe eines himmlisch schönen Raumes. Es geht um eine Begegnung, die durch gewandelte Hostien zu eigener Verwandlung führt. Diese wird durch Gesänge, Farben und Gerüche, durch rituelles Verhalten (z.B. Niederknien) und den Erhalt heiliger Gaben (Hostien, Wein) sinnlich erlebbar.

Selbst der Rückweg, zunächst zum Platz in der Kirche, dann aus der Kirche hinaus ins den Bereich des Profanen – dem Bereich vor dem Heiligtum – zurück in die eigene Behausung wird und soll, verglichen mit dem Hinweg, emotional noch die Spuren eines heiligen Glanzes in sich tragen. Hier wird die Vermittlung zwischen dem Profanem und dem Heiligen im Modus des Gehens, des Pilgerns buchstäblich begangen.

Dieses ‚Rezept‘, durch räumliche Begehung und sinnliche Inszenierung emotionale Verwandlungen herbeizuführen, ist in säkularen Varianten in jeder größeren Stadt täglich zu besichtigen bzw. zu erleben.

(Pseudo-)Sakralisierungen und auch (Pseudo-)Profanierungen als verführerische Prozesse der Wandlung, ja der Verwandlung, all diese Versuche ge-

hören zum Einkaufserlebnis, zu Shopping malls, wie auch zum Flanieren dazu. Der Laufsteg jeder Modepräsentation, der berühmte rote Teppich bei Kinopremieren, die Magistrale z.B. der Stalinallee im Berlin der DDR, überall trifft man auf Heil-versprechende Verführungswege. Sie können als öffentliche Versuche der Übertragung sakraler Anleihen zu merkantilen oder politischen Zwecken verstanden werden. Auch im kulturellen Bereich ist der Weg-Charakter der allmählichen Annäherung an den Ort der Verwandlung z.B. im Kino, Theater oder Fernsehen immer wieder präsent. Man denke nur an die wallfahrtsähnlich inszenierten Begehungen, um auf dem Grünen Hügel das Wagnerfestspielhaus in Bayreuth zu erreichen.

Vielfach wird die Adaption religiöser Riten und Worte zu politischen kulturellen und ökonomischen Zwecken auf Seiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften als Enterbung oder Profanierung verstanden. Kultur und Konsum werden in diesem Zusammenhang dann als Konkurrenz der Religion oder des Kultus verstanden.

Umgekehrt gibt es auch eine triumphalistisch anmutende Attitüde von sich säkular, autonom, areligiös oder postmodern verstehenden Menschen, die sich freuen, dass die Bräuche, Strategien und Konzepte der Kirchen und Religionsgemeinschaften endlich enterbt und in die eigene Regie übertragen wurden. Religiöse Enterbung ist Befreiung! heißt die Parole. Endlich könnten so die ästhetischen Werte ehemals religiös verankerter Kultur zu sich selbst finden und autonom genossen werden.

Aus meiner Sicht sind sowohl die konservativ-pessimistischen Thesen der negativ bewerteten Verwandlung von religiösem Erlebnis in kulturellen, ästhetischen Genuss, als auch der triumphalistische Gestus, mit dem bestimmte Eliten, die subjektiv und eklektisch mit dem religiösen Erbe umgehen, nicht als Endprodukt einer postmodernen säkularen Entwicklung einzuschätzen. Anders als die gängige kulturpessimistische Konsumkritik kann solches Verhalten auch als immer noch vorhandene Sehnsucht nach dem wirklich Anderen meiner selbst und meiner Welt verstanden werden.

6. Die Kirche als Ort der Begeisterung und des Widerstandes: St. Nikolai zu Leipzig

Stand bislang, am Beispiel des Kölner Doms der katholische Typus von Frömmigkeit und Religionsausübung in einer gotischen Kathedrale im Vordergrund, so wenden wir uns abschließend zwei evangelischen Beispielkirchen zu, wobei St. Nikolai zu Leipzig für die Zeit vor der friedlichen Revolution von 1989 steht und der Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden für die Zeit nach 1989.

St. Nikolai in Leipzig ist bekannt geworden durch die wöchentlich stattfindenden Friedensgebete in der Endzeit der DDR und die sich schließlich

daraus entwickelnden friedlichen Demonstrationen im öffentlichen Raum der Stadt.

„Nikolaikirche montags um fünf. Die politischen Gottesdienste der Wendezeit in Leipzig“, so ist eine der besten Studien zu diesen Friedensgebeten überschrieben. (Geyer: 2007). Es ist hier weder möglich noch nötig, auf die großen Folgen dieser montäglichen Friedensgebete in der Spätzeit der DDR einzugehen. Aber St. Nikolai in Leipzig hat ein typisch protestantisches Verhältnis von Religion und Stadt sichtbar gemacht, das bis heute beispielgebend ist.

Wer heute in Leipzig am Nikolaikirchhof draußen vor der Kirche steht, findet sich, mitten auf dem Platz, plötzlich vor einer weiß-grün bemalten steinernen dorischen Säule mit Palmzweigen an seiner Spitze wieder. Der Sinn dieser Säule als Skulptur erschließt sich nur dem, der zuvor den Innenraum von St. Nikolai selbst wahrgenommen hat.

Die Palmsäule auf dem Platz symbolisiert, dass die Kirche gleichsam selbst auf die Straße, in den öffentlichen Raum hinein gegangen ist. Ohne die in St. Nikolai seit Jahren gepflegten Friedensgebete wäre es wohl nie zu jener, das Ende der Staatsmacht der DDR vorweg nehmenden friedlichen Massendemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig gekommen. Aus dem Friedensgebet in St. Nikolai wurde der öffentliche Protest vor St. Nikolai. Daraus erwuchsen die Demonstrationen auf dem Ring um die Altstadt von Leipzig.

Die Folgen sind bekannt. Aber der 9. Oktober 1989 hatte eine lange Vorgeschichte. In den späten Novembertagen des Jahres 1982 wurde in der Nikolaikirche zum ersten Mal in der DDR eine große Schautafel mit dem Motiv der Skulptur Schwerter zu Pflugscharen öffentlich aufgestellt, dessen Original bekanntlich vor dem UN-Gebäude in New York steht. Am Ende des Jahrzehnts Jahre gingen jeden Montag Tausende, dann zehntausende friedliche Demonstranten vom Nikolaikirchplatz auf die Straße, um mit Kerzen und ohne Gewalt für Demokratie, freie Wahlen, Reisefreiheit und am Ende für die Wiedervereinigung Deutschlands zu demonstrieren. St. Nikolai wurde so buchstäblich eine Säule der friedlichen Revolution.

Für mich steht diese mit Palmzweigen gekrönte Säule auf dem öffentlichen Platz vor St. Nikolai für den prophetischen und öffentlichen Auftrag der Kirche generell. Dabei ist diese Säule in ihrer baulichen Substanz uralt. Alt St. Nikolai stammte aus romanischer Zeit. Die Pfeiler der schließlich spätgotisch umgebauten Hallenkirche St. Nikolai wurden später durch Abarbeitung bzw. Antragung eines Stuckmantels in farbig gehaltene Säulen umgestaltet. Die aus ihren Palmenkapitellen aufsprießenden hellgrünen Blätter kaschierten den Ansatz des gotischen Kreuzgewölbes. Alles ist heute auf den Farbakord Weiß-Rosa-Hellgrün abgestellt. Die korinthischen Doppelsäulen tragen die Emporen. Auf diesen saßen in den 1980er Jahren regelmäßig auch Stasi-Mitarbeiter. Wie immer wurden am Ende jeder Friedensandacht alle Anwesenden eingeladen mit Kerzenlichtern ins Freie zu treten, also draußen sicht-

bar auf dem Platz vor der Kirche, also öffentlich in der Stadt für ihre Forderungen zu demonstrieren. Die öffentlichen Demonstrationen auf dem Kirchplatz von St. Nikolai schwollen bekanntlich immer mehr an. So kam es zu der berühmten Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989

Was soll damit illustriert werden? Eine evangelische Gemeinde bzw. Kirche ist im Kern eine Versammlungskirche. Es geht darum, Gottes Wort zu hören, zu beten, zu singen und die Sakramente zu feiern. Der oben geschilderte Prozessionsweg durch die Mittelachse der gotischen Kathedrale bis zum Allerheiligsten ist in Leipzig nun in anderer Weise, man könnte sagen in protestantischer und politischer Adaption aufgegriffen und umgeformt worden. Die Kerzenlichter symbolisierten gewaltfrei das göttliche Licht, das Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit einfordert. Die gewaltfreien, friedlichen Demonstrationen, die immer in der Kirche St. Nikolai ihren Ausgangspunkt hatten, erwiesen sich als stärker als das in Angststarre gefallene Machtzentrum der DDR, das ZK der SED: „Wir hatten alles geplant, wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete“ sagte der frühere Volkskammerpräsident Horst Sindermann kurz vor seinem Tod.

Unter völlig anderen Umständen begegnet uns bei diesen Montagsdemonstrationen wiederum die Dialektik von privater Frömmigkeit und öffentlichem Auftreten als sichtbar gelebte Freiheit eines Christenmenschen, zu der schon Luther in seiner berühmten Freiheitsschrift von 1520 aufgerufen hatte. (Luther 1520: WA 7, 2-38)

Die Kirchen im Stadtgefüge haben sich darum seit alters her auch als Mittelpunkt der Stadt und entsprechend auch der Stadtteile verstanden – nicht nur im geographischen Sinn, sondern in dem Sinn, dass sie Sachwalter für die innere Mitte des Menschen und die Mitte der Stadt sind: Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit bilden die einzig tragfähige innere Mitte der Stadt. Der Stadtfrieden der Bürger gerät ins Wanken, wenn Gerechtigkeit und Freiheit gefährdet sind. Darum ist es auch für die Stadt und ihr Gleichgewicht von großer Bedeutung, dass gerade die Stadtkirchen sich als Sachwalter dieses Gleichgewichts verstehen und entsprechend intervenieren, wie es in Leipzig mit den Friedensgebeten und den Montagsdemonstrationen vorbildlich geschah.

Die weiss-grüne Säule auf dem Nikolaikirchhof, die nach dem Entwurf des Leipziger Künstlers Andreas Stötzner dort seit 1999 als Säule des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit steht, erinnert nicht nur an Montagsdemonstrationen und die Friedlichkeit der Revolution. Sie erinnert auch daran, dass die Kirchen dazu da sind, nicht nur die eigenen Mitglieder zu sammeln, sondern dass eine zentrale Stadtkirche auch ein öffentliches Mandat für sich reklamiert. In kirchlicher Sprache: Den Kirchen obliegt, im Gefolge des prophetischen Auftrags ein Wächteramt im Blick auf das ganze Gemeinwesen. Ist dieses durch Ungerechtigkeit und Unfreiheit bedroht, dann hat die Kirche stellvertretend und öffentlich ihre Stimme zu erheben und Änderungen einzuklagen. Das sind nicht nur angemessene Konsequenzen aus den Er-

fahrungen der bekennenden Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus und der friedlichen Revolution von 1989 in der DDR, sondern Aktualisierungen ihrer prophetischen Funktion für das Gemeinwesen als Ganzes.

Ein freies, gerechtes und friedliches Gemeinwesen ist eine Zielvorstellung, eine notwendige Utopie. Sie ist in ihrer Urform fast 2000 Jahre alt und von ihr ist buchstäblich auf den letzten Seiten der Bibel die Rede. Es ist die Vision einer vom Himmel herab auf die Erde schwebenden Stadt: der Traum vom himmlischen Jerusalem, in dem es keine geschlossenen Stadtmauern, sondern offene und einladende Tore in alle Himmelsrichtungen gib, in dem es keine Kirchen oder Tempel, keine Rathäuser und keine Polizei mehr gibt, weil der Geist Gottes allen ins Herz geschrieben ist. Diese Stadt-Utopie (Offenbarung des Johannes: Kap. 21) zitiert zwar die Wasserströme des verlorenen Paradieses. Aber nicht der paradiesische Garten wird zum Muster gelingenden Lebens sondern eine Stadt, die vom Geist Gottes erfüllt ist und die Menschen zu eigenverantwortlichen Bürgern macht, die nicht mehr auf Kosten anderer leben, sondern mit ihnen in gemeinsamer Teilnahme und Teilgabe.

7. Die Frauenkirche in Dresden als Symbol der Stadt und als Spielraum der Kunst

Die Frauenkirche in Dresden gilt als besonders prachtvolles Zeugnis des protestantischen Sakralbaus und verfügt über eine der größten steinernen Kirchenkuppeln nördlich der Alpen. Sie wurde von 1726 bis 1743 nach einem Entwurf von George Bähr erbaut. Im Luftkrieg des Zweiten Weltkriegs wurde sie während der Luftangriffe auf Dresden in der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 durch den in Dresden wütenden Feuersturm schwer beschädigt und stürzte am Morgen des 15. Februar ausgebrannt in sich zusammen. In der DDR blieb ihre Ruine erhalten und diente als Mahnmal gegen Krieg und Zerstörung. Nach der Wende begann 1994 der 2005 abgeschlossene Wiederaufbau, den Fördervereine und Spender aus aller Welt finanzieren halfen. Aus dem Mahnmal gegen den Krieg sollte ein Symbol der Versöhnung werden.

Für unseren Zusammenhang ist es wichtig, zwei Ergänzungen anzufügen. Als August der Starke von Sachsen aus dynastisch-politischen Erwägungen heraus beschloss, katholisch zu werden, um in Personalunion auch König von Polen werden zu können, wurde die Hofkirche katholisch. Die Bürger der Stadt forcierten daraufhin den Neubau einer kuppelgekrönten evangelischen Kirche. So entstand die größte und wohl schönste evangelische Kirche des Barock jenseits der Alpen. Die Kuppel zitiert St. Peter in Rom. Sie will selbstbewusst ein evangelisches Pendant sein, wie später der Berliner Dom, den Wilhelm II. nach Fertigstellung und Einweihung des Kölner Doms als Symbol der Einheit des Deutschen Volkes und als protestantisches Pendant zum Kölner Dom verstanden wissen wollte.

In vielen Städten sind Kirchen zu Wahrzeichen ihrer Städte geworden. So war die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, genauer der Neubau von Egon Eiermann, zusammen mit der bewahrten Teil-Ruine der alten Turmhalle der zerstörten Kaiser-Wilhelm Gedächtniskirche bis 1989 das entscheidende Wahrzeichen West-Berlins. Die Turmruine der Gedächtniskirche symbolisierte das Leiden an der Zerstörung und Teilung Berlins und Deutschlands. Das mystische Blau des Neubaus der Kirche durch Egon Eiermann symbolisierte die Hoffnung auf eine Überwindung des Leides, die Auferstehung.

Ganz analog stand die Ruine der Dresdener Frauenkirche für das Sterben Dresdens im zweiten Weltkrieg. Ihr Wiederaufbau in historischer Rekonstruktion symbolisiert dagegen die Wiederauferstehung Dresdens. Die biblischen Wurzeln solcher symbolischen Deutungen sind zwar rational nicht immer gegenwärtig, leuchten emotional aber unmittelbar ein.

Das weist auf eine weitere Bedeutungsdimension für den Zusammenhang von Kirche und Stadt hin: Das Gemeinwesen ist wie der einzelne Mensch sterblich. Es ist wie ein Geschöpf gefährdet, leidet, wird bedroht und kann sterben. Aber es kann sich auch wieder wie Phönix aus der Asche erheben, eine in der Spätantike gebräuchliche mythische Redewendung für Unsterblichkeit. Die Christen übernahmen sie als Metapher für die über den Tod als letzte irdische Realität hinausweisende Auferstehung. In diesem Sinn hat eine Stadt viele Leben und stirbt viele Tode. Eine solche Hoffnung kann nur symbolisch dargestellt werden, wie z.B. in ihren Kirchen. Aber genau das braucht ein Gemeinwesen: Symbolisierungen ihrer Geschichte wie auch ihrer Hoffnung!

Jede Stadt symbolisiert sich – häufig ganz unabsichtlich – faktisch selbst. Wappen und Fahnen reichen nicht aus. Vielleicht wurden hierzu häufig Kirchen gewählt, weil sie für eine Hoffnung stehen, die über Zerstörung und Tod hinausgeht. Aber Symbole kann man nicht machen. Stadt-Symbole und Wahrzeichen werden von ihren Bürgern dazu gewählt. Die Frauenkirche symbolisierte schon in der ersten Planungsphase im 18. Jahrhundert den bürgerlichen Protestantismus der Stadt und damit seine (begrenzte) Unabhängigkeit vom Hof des polnischen Königs. Das zeigte sich u.a. daran, dass die Bürger diese grandiose Kirche zu großen Teilen selbst bezahlten – und nicht der Hof.

Als nach dem Feuersturm Dresdens die Kuppel einstürzte und zu Boden sank, wurde eben dieser Schuttberg zum Symbol des Gerichts über das faschistische Deutschland. Er wurde auch zum Zentrum der kirchlichen Gedenkfeiern zum Untergang Dresdens. Ihnen ging es um die Würde der Opfer aber auch um Frieden und Versöhnung über den Gräbern.

Auch die DDR erklärte die Kirchenruine 1966 offiziell zum Mahnmal. Freilich erfolgte keine Gestaltung, so dass die zunehmend baufällige Ruine de facto zur Stadttrache wurde. Der Tag des Untergangs Dresdens wurde aber fortan zu staatlich gelenkten Gekendemonstrationen an der Ruine ge-

nutzt, vornehmlich dazu, die Westmächte und die Nato als aggressiven Imperialismus anzuklagen. So kam es zu konkurrierenden staatlichen und kirchlichen Gedenkfeiern an der Ruine. Ganz im Sinne der Nagelkreuzgemeinschaft von Coventry riefen Dresdner Christen 1982 erstmals zum stillen Gedenken gegen den Krieg an den Trümmern der Frauenkirche auf. Dieser Aufruf führte in den 1980er-Jahren zu Zusammenkünften von Gruppen der DDR-Bürgerrechts- und Friedensbewegung an der Ruine, um stumm des Krieges zu gedenken. Versuche staatlicher Stellen, diese Treffen zu verhindern, hatten kaum Erfolg.

Am Reformationstag 1989 plädierte ein Offener Brief an den Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens dafür, den Wiederaufbau der Frauenkirche neu zu erwägen. Aus einem Kreis gleich gesinnter Dresdner Bürger heraus, der sich im November 1989 traf, entstand der Ruf aus Dresden, der am 12. Februar 1990 (also im Anschluss an die jährliche Gedenkfeier) in alle Welt ging und für den Wiederaufbau warb. Aus der Folgewirkung des Aufrufes wurde die Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche in Deutschland e. V. gegründet, deren Kommission (unter Beteiligung einiger prominenter Dresdner wie Ludwig Güttler) das Konzept für einen archäologischen Wiederaufbau entwickelte. 1991 wurde die Stiftung für den Wiederaufbau Frauenkirche gegründet, die den gesamten Wiederaufbau leiten sollte. Am 18. März 1991 beschloss die sächsische Landessynode formell den Wiederaufbau der Frauenkirche.

Die Wiedererrichtung der Frauenkirche in Dresden war lange umstritten. Zu Anfang waren lediglich 10 Prozent der Dresdener Bevölkerung für den Wiederaufbau. Auch viele Christen und die Kirche waren lange gegen den Wiederaufbau, weil sie befürchteten, dass die mahnende Botschaft der Kriegszerstörung der ganzen Stadt Dresden dann vielleicht in Vergessenheit geraten könnte. Jeder triumphale Gestus sollte vermieden werden. Aber allmählich verschoben sich die Fronten. Wesentlich für den Stimmungswechsel war die Hoffnung, dass der Wiederaufbau mit Spenden aus aller Welt zu einem ökumenischen und friedlichen Miteinander der früheren Feinde führen könnte.

Es ist darum ganz wesentlich auch einzelnen Bürgern und Künstlern zu danken, dass sie in der Frauenkirche nie nur eine Gemeindekirche sahen, sondern ein Kunstwerk, das Dresden als Kulturstadt symbolisierte. Ganz im Sinne dieser Argumentation ist zu unterstreichen, dass die Frauenkirche nicht nur ein kirchliches, sondern auch ein stadtpolitisches Symbol für den Wiederaufstieg der nunmehrigen Hauptstadt des Bundeslandes Sachsen geworden ist. Aber ist damit die weltweite Aufmerksamkeit und Anteilnahme an dem Wiederaufbau zu verstehen?

Die Frauenkirche könnte zum Symbol einer befriedeten und versöhnten Welt werden oder schon geworden sein. Sie ist gebaute Utopie. Sie ist vielleicht geradezu ein gesuchtes und gebrauchtes Symbol von Frieden, Schön-

heit und Versöhnung. Sie ist gerade durch ihre Form ein anderer Ort, eine Heterotopie. Sie gleicht einer Glocke, die zum Frieden mahnt und zur Schönheit verführt. Darum symbolisiert sie auch die Versöhnung von Kunst und Religion als Frucht eines ernsthaften Bemühens, aus der Vergangenheit zu lernen und an der Utopie einer versöhnten Menschheit zu arbeiten

Eine solche Interpretation ist vermutlich zu schön, um wahr zu sein. Sie klingt pathetisch und vielleicht auch kitschig. Die Frauenkirche ist eben auch eine Projektionsfläche für alle nur denkbaren Wünsche. Aber Projektionen sind zumeist verkappte Utopien. Natürlich ist auch die Stadtutopie des himmlischen Jerusalems eine Projektion der Hoffnung.

Aber ist es nicht sogar die Aufgabe der Kirchen, auch in ihrer Funktion als öffentliche Kunstwerke im Stadtraum, eine Sehnsucht wach zu halten, die über das gegebene hinausreicht? Religion ist Hoffnung. Um zu überleben braucht das Gemeinwesen die Bannung der Angst vor Katastrophen und Symbolisierungen von Hoffnungsperspektiven. Die Frauenkirche hat ihre Katastrophe hinter sich. Darum kann sie zum Unterpfand einer Hoffnung werden, das mit der Versöhnung von Schönheit und Frieden, von Kunst und Religion, von Kultur und Technik ein Zeitalter eröffnet wird, welches dem Menschen seine unendliche Würde und Schönheit erfahrbar macht und ihn lehrt, dass diese letztlich unverlierbar ist, weil sie in einer Macht gründet, die geahnt, aber zugleich unfassbar ist, nämlich in Gott.

Die Auferstehung der Frauenkirche ist ein gefühltes, ein ersehntes Hoffnungssymbol. Sie wurde und wird darum auch eine besondere Heimstadt für alle, die selbst nicht resignieren und auf der Suche sind. Die Frauenkirche ist, so könnte man zusammenfassen, ein Bekenntnis gegen den Tod und für das Leben. Derzeit sind die Frauenkirche Dresden und der Kölner Dom jedenfalls die in Deutschland am meisten aufgesuchten Bauten aller Touristenziele.

Der Kölner Dom, im 13. Jahrhundert konzipiert und im 19. Jahrhundert fertig gestellt, die Nikolaikirche in Leipzig, in romanischer Zeit erbaut und im Ausgang des 20. Jahrhunderts ein Ort, der Geschichte geschrieben hat, schließlich die Frauenkirche in Dresden, die schon in ihrer ersten Blüte fast ein Weltwunder war, die dann zum Symbol einer völlig zerstörten Stadt wurde, um schließlich wieder zum Symbol der Auferstehung zu werden, diese drei Kirchen geben wahrlich zu denken. Sie stellen die Frage, ob ein Nachdenken über die Zukunft der Stadt die religiöse Dimension dieser Frage übergehen darf. Es ist an der Zeit, eine Stadt nicht nur funktional zu analysieren oder auch entsprechend zu projektieren.

Die Stadt gehört zu den großartigsten Erfindungen der Menschheit. Sie wieder als Gesamtkunstwerk zu würdigen und zu interpretieren ist überfällig. Zu den tragenden Pfeilern eines solchen Gesamtkunstwerks gehören allemal die Religionen vor Ort, und ihre baulichen Repräsentationen, in unserem Kulturkreis besonders die Kirchen als christliche Gemeinden und als öffentliche Kunstwerke, in denen die schöpferische Freiheit jedes Menschen als Adel

seiner Gotteskindschaft nicht nur verkündet, sondern auch gefordert und gefördert wird. Die Weiterentwicklung der Städte sollte auf die Energie der Religionen und der Kirchen nicht verzichten.

Literatur

- Alt, Heinrich (1970): Theater und Kirche – in ihrem gegenseitigen Verhältnis historisch dargestellt. Berlin 1846', Verlag der Plahnschen Buchhandlung. Fotomechanischer Nachdruck der Originalausgabe. Zentralantiquariat der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig.
- Geyer, Hermann (2007): Nikolaikirche, montags um fünf. Die politischen Gottesdienste der Wendezeit in Leipzig. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt.
- Grünberg, Wolfgang (2006): Was die Stadt im Innersten zusammenhält. Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe. In: Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hg.): Almanach 2005/2006. Berlin.
- Martin, Luther (1520): Sendbrief an den Papst Leo X.: Von der Freiheit eines Christenmenschen. In: Weimarer Ausgabe (WA) der Werke Luthers. Bd. 7. Verlag Böhlau, Seite 2-38.
- Meyer, Olaf (1996): Vom Leiden und Hoffen der Städte. Öffentliches Gedenken an die Kriegszerstörungen in Dresden. Coventry, Warschau und St. Petersburg, Hamburg. In: Wolfgang Grünberg (Hg.): Urbane Theologie Bd. 1. EB-Verlag. Berlin.
- Mumford, Lewis (1980): Die Stadt, Geschichte und Ausblick. Bd. 2. 2. Aufl. Deutscher Taschenbuch Verlag – Wissenschaft. München.
- Nipperdey, Thomas (1998): Deutsche Geschichte 1800–1918. 3 Bände. Verlag Beck. München.
- Otto, Rudolf (1917): Das Heilige. Über das Irrationale in der Idee des Göttlichen und sein Verhältnis zum Rationalen. Verlag C.H.Beck.

Internetquellen:

http://de.wikipedia.org/wiki/Frauenkirche_Dresden (Stand: 02.11.2011: 15.33 Uhr)

Jens Wietschorke

Urbanität und Mission

Zusammenfassung: Der Beitrag beleuchtet das Verhältnis von Großstadt und Religion in der ‚klassischen Moderne‘ des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts unter dem Aspekt missionarischer Raumpraktiken. Für die Akteure des sozialen Protestantismus war die moderne Stadt ein ‚dark continent‘, den es – analog zum ‚dunkelsten Afrika‘ – zu erschließen und zu kolonisieren galt. Mit den verschiedenen Einrichtungen der Inneren Mission, von der Bahnhofs- und Nachtmission bis zu den städtischen Asylen, Herbergen und Volksheimen, wurde sukzessive eine ‚Topographie der Rettung‘ installiert, in der sich die protestantische Stadtimagination spiegelt: Der ‚sozialen Problemzone‘ Stadt wurde die Struktur einer ‚evangelikalen Stadt‘ entgegengehalten, die sich nicht zuletzt in spezifischen Architekturen und Raumfiguren niedergeschlagen hat. Auch heute noch finden sich missionarische Denkmuster im stadt- und integrationspolitischen Diskurs. ‚Mission‘ erweist sich so als ein zentrales Thema der neueren Geschichte im Allgemeinen und urbaner Modernisierungsprozesse im Besonderen.

Die evangelikale Stadt im 19. und frühen 20. Jahrhundert

Der Konnex von Stadt und Religion ist ein überaus aktuelles Thema. Befunde und Thesen zur „Wiederkehr des Religiösen“ (Pollack 2000) im urbanen Kontext regen seit Jahren zur Neureflexion religiöser Praxismuster an, die Koexistenz verschiedener Religionsgemeinschaften und ihrer baulichen Repräsentationen in der Stadt verlangt nach einer permanenten Klärung dessen, an welche zivilgesellschaftlichen Grenzen der Alleinvertretungsanspruch von Religion notwendigerweise stoßen muss.¹ Doch an dieser Stelle lohnt sich auch ein Blick zurück. In der von Detlev J. K. Peukert so genannten „Klassischen Moderne“ als der Hochphase des urbanisierten Kapitalismus – einschließlich seiner großen Krisenmomente in den 1920er Jahren (Peukert 1987) – setzte sich in den christlichen Kirchen ein Handlungsmuster durch,

¹ Vgl. z.B. Burfeind; Heimbrock; Spory 2009, Haustein; Hegner 2010, Hitzer; Schlör 2011. Zum Verhältnis von christlicher Religion und Zivilgesellschaft vgl. Bauerkämper; Nautz 2009.

das in den Kolonien erprobt und bald auf die eigene Gesellschaft übertragen wurde: die Mission. Rebekka Habermas hat vor einigen Jahren für eine integrierte Historiographie der Äußeren und Inneren Mission plädiert und darauf hingewiesen, dass aus den Querverbindungen zwischen ‚Heidenmission‘ und christlicher Sozialarbeit neue Zusammenhänge entstanden sind, „die insbesondere die Debatten über soziale Ordnungen nachhaltig bestimmten“ (Habermas 2008: 631). In diesem Sinne wirft Habermas Fragen auf, die für das Verhältnis zwischen Religion und Stadt geradezu zentral sind: „Was bedeutete es für die Erfahrung und Erklärung der drängenden sozialen Probleme der entstehenden Industriegesellschaft, wenn diese analog zu den außereuropäischen Gesellschaften und ihren Problemen gesehen wurden? Wie sahen Analysen des ‚Wohnungselends‘ oder des ‚Prostitutionsproblems‘ aus, wenn diese sich in einem genuin religiösen Deutungsrahmen bewegten?“ (ebd.: 666).

Der vorliegende Beitrag stellt den Versuch dar, die Bedeutung missionarischer Praktiken protestantischer Provenienz für die Großstadt der Klassischen Moderne herauszuarbeiten. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem räumlichen und architektonischen Aspekt. Denn die verschiedenen Institutionen und Aktivitäten der evangelischen Sozialarbeit und der Inneren Mission mit ihren Spezialbereichen der Bahnhofs- und der Nachtmission können als stadträumliche Interventionen verstanden werden, die dem Wohnungselend, dem städtischen Massenvergnügen und überhaupt der säkularen Stadt die symbolische Ordnung ‚christlichen Lebens‘ entgegensetzten. In ihren baulichen Strukturen – von der provisorischen Wellblechhütte der Bahnhofsmission bis zu den repräsentativen ‚Rettungshäusern‘ und Missionsanstalten – spiegelt sich der Versuch, auch ein materielles Netz aus Stützpunkten protestantischer ‚Liebesarbeit‘ zu etablieren. Zugleich soll hier in Ansätzen auch ein genereller Beitrag zur Sozialgeschichte des Protestantismus geleistet werden. Es soll gezeigt werden, inwiefern der alltagsweltliche Ansatz der Mission Teil eines spezifisch protestantischen Paradigmas war, das der paradoxen Figur einer „religiösen Verweltlichung der Welt“ (Graf 2006) folgte. Erst die evangelische Theologie, die sich der Einteilung der Welt in einen ‚sakralen‘ und einen ‚profanen‘ Bezirk verweigerte, konnte einen so umfassenden Deutungsanspruch entwickeln, dass ihr im engeren Sinne religiöses Anliegen mit dem Gedanken einer umfassenden ‚Zivilisierungsmission‘ städtischen Lebens zusammenfiel. Der von Max Weber benannte protestantische Kerngedanke der ‚innerweltlichen Askese‘ machte erst die Bahn frei für radikale religiöse Deutungen gesellschaftlicher Problemlagen. Am protestantischen Diskurs über die moderne Großstadt lässt sich dies zunächst theoretisch nachvollziehen. In einem weiteren Schritt sollen dann kurz die großstädtischen Institutionen der Inneren Mission und Stadtmission vorgestellt und in ihren raumorganisierenden Praktiken beleuchtet werden. Dabei wird deutlich werden, dass die Arbeiterkirchen und Rettungshäuser, die Volksheime und christlichen Vereinslokale als Widerlager der „inneren Urbanisierung“ (Korff 1985)

interpretiert werden können. Mit ihnen sollte die ‚Vergnügungsmaschine‘ Stadt von ihren eigenen Sehnsüchten kuriert werden, in ihnen sollte sich die symbolische Ordnung einer christlichen Gesellschaft Bahn brechen.

1. Das Modell der evangelikalen Stadt

Seit dem Wittenberger Kirchentag von 1848, auf dem Johann Hinrich Wichern das Problem der kirchlichen Versorgung in den wachsenden Städten thematisiert hatte (Zwickel, Fitschen 2001: 100; zum Kontext Talazko 1998), war das Thema ‚Kirche und Großstadt‘ zu einem problembeladenen und viel-diskutierten Komplex im protestantischen Denken geworden. Zwar war die Stadt in ihrer doppelten Erscheinung als ‚himmlisches Jerusalem‘ und ‚sündhaftes Babylon‘ schon länger ein immer wiederkehrender Gegenstand theologischer Reflexion gewesen (Hawkins 1986), nun aber verlangten die sozialen Problemlagen der modernen Großstadt nach neuen religiösen Rezepten. Vor diesem Hintergrund erschien die Stadt generell als der Ort gravierender ‚Entkirchlichung‘ und sittlich-moralischer Degeneration.² Es dauerte sehr lange, bis es auch zu theologischen Positionsbestimmungen kam, die der Stadt eine durchaus positive Rolle als Motor religiöser Neuorientierung zubilligten. Harvey Cox etwa stellte Mitte der 1960er Jahre in seinem vieldiskutierten Buch „The Secular City“ – in der deutschen Übersetzung: „Stadt ohne Gott?“ – eine „Theologie des Sozialen Wandels“ zur Diskussion, die damals provozierend wirkte (Cox 1965: 119-139).³ Doch solche Vorstöße blieben selten und galten geradezu als skandalös – und so ist die Stadt bis heute ein Schmerzenskind der evangelischen Theologie geblieben.

Die umfassende Negativ-Thematisierung und Problematisierung der Stadt kann durchaus als ein spezifisch protestantisches Phänomen verstanden werden. Zwar setzte sich auch die katholische Kirche immer wieder intensiv mit großstadtseelsorgerischen Problemen auseinander, allerdings erreichte die Kritik an der Großstadt dort selten die ideologische Schärfe, wie sie aus der protestantischen Literatur bekannt ist. Eine generelle Ursache für diesen Un-

2 Inzwischen ist längst darauf verwiesen worden, dass von der um 1900 vielfach konstatierten ‚Entkirchlichung‘ und ‚Entchristianisierung‘ nur bedingt die Rede sein kann. Vielmehr sind zur gleichen Zeit auch Gegenteilstendenzen zu beobachten – bis hin zu einer „kirchenüberschreitenden Durchchristlichung von Gesellschaft und Individuum“ (vgl. Linse 1997: 119). Somit sind hier Krisendiskurs und Zustandsbeschreibung auseinanderzuhalten, um nicht der kirchlichen Innensicht und Problemwahrnehmung aufzusitzen.

3 Cox ging in seiner theologischen Würdigung der Großstadt sogar so weit, zu sagen: „Die Idee der säkularen Stadt gibt uns ein vielversprechendes Leitbild an die Hand, das uns begreifen läßt, was die Schreiber des Neuen Testaments mit dem Gottesreich meinten“ (Cox 1965: 124).

terschied ist darin zu sehen, dass der Protestantismus im Verlauf seiner Geschichte nicht nur eine im engeren Sinn konfessionelle Richtung darstellte, sondern darüber hinaus einen Deutungscode lieferte, der auf das ‚Ganze‘ der sozialen Wirklichkeit und damit immer auch auf bestimmte „Systeme der Lebensführung“ abzielt (vgl. Graf 2004: 111-116). Der Theologe Friedrich Wilhelm Graf hat in einer Überblicksdarstellung unter anderem vier wichtige Dimensionen der protestantischen Deutungstradition herausgearbeitet: Erstens entfaltete der Protestantismus von Beginn an ein besonderes Verhältnis zur „Innerlichkeit“ des Individuums (Graf 2006: 70-79). Zweitens kultivierte er eine Art von „Weltfrömmigkeit“, die im Alltag den „entscheidende[n] Ort christlichen Lebens“ sah (ebd.: 80). Drittens betrieb er die radikale „Moralisierung des Politischen“ – und dies zumeist in einer Weise, die den politischen status quo und die staatlichen Institutionen stützte. Im Hinblick auf soziale Ordnungen war der Protestantismus – von einigen wenigen radikalen Bewegungen politischer Theologie einmal abgesehen – also konservativ orientiert (ebd. 2006: 90-97). Und viertens trat er explizit wie implizit als eine ‚Bildungsmacht‘ auf: Anders als die katholische Kirche war die evangelische von einer besonderen Nähe zum akademischen Milieu geprägt. Aus ihr kam in wesentlichen Teilen das klassische deutsche Bildungsbürgertum, das „seine kulturellen Hegemonieansprüche gegenüber anderen Gruppen durch eine konfessionsspezifische Semantik rechtfertigte“ (ebd. 2006: 98). Bildungs- und Erziehungsfragen waren daher ein elementares gesellschaftliches Anliegen des Protestantismus – nicht zuletzt, um die Geltungsansprüche des eigenen Rekrutierungsmilieus zu legitimieren. Besonders im sogenannten Kulturprotestantismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts fand diese ‚Bildungsreligion‘ ihre theologische Formulierung (vgl. dazu Müller 1992, Hübinger 1994).

Was bedeuten nun diese protestantischen Dispositionen für die hier zu skizzierende Beziehungsgeschichte zwischen Stadt und Mission? Zum einen war die Stadt des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts mit ihren sozialen Problemlagen ein zentrales Feld, auf dem sich die ‚Weltfrömmigkeit‘ des Protestantismus zu bewähren hatte. Dieser Gedanke verlangte geradezu danach, die empirische Realität – und zwar dort, wo sie am schwierigsten zu meistern war – als den Schauplatz praktisch-ethischer Religionsausübung zu begreifen. In seinen Arbeiten über die religiöse Topographie Straßburgs zwischen 1870 und 1914 hat Anthony Steinhoff gezeigt, dass die moderne Großstadt nicht nur Zielscheibe religiöser Kulturkritik war, sondern auch ein Raum, der Sakralisierung und religiöse Praktiken entscheidend beförderte: „Urbanization was as capable of promoting sacralization as it was secularization“ (Steinhoff 2011: 837, vgl. auch Steinhoff 2008). Gerade für das Handlungsfeld der Mission lässt sich das sehr gut zeigen. Zum anderen war es das protestantische Individualitäts- und Bildungskonzept, welches das Handlungsmuster der Mission formierte: Bildungsbürgerliches Sendungsbe-

wusstsein und der pädagogische Gedanke führten dazu, dass die Missionare im Dunkel der Stadt als leuchtende Vorbilder christlicher Sozialmoral auftraten. Umgekehrt musste die Stadt selbst besonders dunkel gezeichnet werden, um das eigene Licht möglichst hell strahlen lassen zu können: Die Idee missionarischer Sendung und die Kritik am ‚Dämon Großstadt‘ verweisen aufeinander und gehören zusammen.

Für die Geschichte protestantischer Sozialreform in der Großstadt ist das Schlagwort ‚social gospel‘ von zentraler Bedeutung. Es bezeichnet eine in sich heterogene Bewegung innerhalb des US-amerikanischen Sozialprotestantismus, deren verbindender Grundsatz die praktisch-ethische Auseinandersetzung mit den Lebenswelten der industriellen Moderne war (Gorrell 1988; Pentz 2005). Zu seinem Repertoire gehörte auch eine Form „christlicher Soziologie“, wie sie etwa der Chicagoer Neutestamentler Shailer Mathews vorschlug (Pentz 2005: 113-118). Überhaupt gab es im social gospel wie in der deutschen Inneren Mission ausgesprochen viele Berührungspunkte zwischen Theologie und Sozialwissenschaften (ebd. 2005: 79-86). Rolf Lindner spricht hier von „evangelikaler Soziologie“, von der sich die Chicago School der 1920er Jahre absetzte (Lindner 2004: 111). Diese evangelikale Stadtforschung war eine „praktische Wissenschaft, die sich an sozialen Problemen (*Big-C-Sociology: Charity, Crime, Correction*) orientiert“ (ebd.: 217), eine „Wissenschaft mit melioristischen Vorannahmen, eng verflochten mit Wohltätigkeitsorganisationen, deren Arbeit auf dem Gefühl christlicher Bestimmung zur Nächstenliebe beruht“ (Lindner 2007: 241). Zentrale Figur dieser Form der Stadtforschung war der *Reformer*: „Für ihn sind andere und fremde Lebenswelten nicht bloß anders und fremd, sondern, gemessen an moralischen und zivilisatorischen Standards, zugleich defizitär“ (ebd.: 264-265). Von ihm wird der städtische Raum als eine Konfiguration ‚pathologischer‘ Punkte wahrgenommen – ein Perzeptionsschema, wie es sich heute beispielsweise in ‚crime maps‘ von Städten (Belina 2010; Wietschorke 2010) oder in der geläufigen Rede von ‚sozialen Brennpunkten‘ wiederfindet, mittels derer „soziale Probleme territorialisiert“ werden (Niedermüller 2004: 8). Nicht von ungefähr gehörten Kartierungspraktiken im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zu den wichtigsten Instrumentarien der reformorientierten Stadtforschung (vgl. Lindner 2004: 84-86, 144-145) – in einer Zeit also, in der sich die scharfe soziale Segregation in den Städten herausbildete und zugleich als räumliches Problem thematisiert wurde.

Wenn im vorliegenden Beitrag von der ‚evangelikalen Stadt‘ die Rede ist, dann ist damit zweierlei gemeint: Zum einen die aus der spezifischen Perspektive protestantischer Reformer wahrgenommene und beschriebene Stadt, zum anderen aber auch die Stadt, deren räumliche Struktur von einem Netz aus Institutionen und Architekturen des *social gospel* und der Inneren Mission durchzogen war. Die ‚evangelikale Stadt‘ bezeichnet damit sowohl einen bestimmten Stadtdiskurs, als auch die Art und Weise, wie sich dieser Diskurs

im Stadtraum niedergeschlagen und materialisiert hat.⁴ Sie verweist auf einen Problemkomplex der Zeit um 1890-1930 und seine spezifisch protestantischen Gegenentwürfe. Ein notorisches Dauerthema der kulturkritischen, evangelikalen Stadt- und Gesellschaftsdiagnostik war die ‚Masse‘ (vgl. Berking 1984). Dieses Thema strukturierte geradezu den Diskurs um Stadt und Moderne aus sozialreformerischer Sicht. Denn ‚Masse‘ war der Gegenbegriff zu ‚Individuum‘, in ihm verdichteten sich wie in keinem anderen die Probleme, die in der Urbanisierung gesehen wurden. Hervorgehoben wurde daher weniger der quantitative, sondern vielmehr ein qualitativer Aspekt: So war die ‚Masse‘ für protestantische Zeitdiagnostiker wie Ludwig Heitmann „nicht identisch mit Menge“ (Heitmann 1913: 38). Denn das „entscheidende innere Kennzeichen der modernen Masse“ war, „daß sie kein organisch gewachsenes soziales Gebilde, sondern ein wild durcheinanderwogendes Chaos von menschlichen Existenzen darstellt“ (ebd. 1913: 39). Für das „Durcheinanderwirbeln der Menschenschicksale“ durch die große „Kraftmaschine“ Stadt findet Heitmann ein Bild, das als paradigmatisch für die protestantische Kulturkritik gelten kann: „Wie ein helles Licht im Dunkeln die Insekten aus allen Schlupfwinkeln hervorlockt und zu einem wilden Tanz um seinen grellen Schein durcheinanderwirbelt, so haben die neuen Kraftquellen und Lebenschancen die Menschen aus Familie, Dorf, Nation herausgerissen und zu einem wild durcheinanderwogenden Kampf um einen neuen Mittelpunkt gesammelt“ (ebd.: 39). Auch wenn Heitmann durchaus ernstgemeint von „Kraftquellen und Lebenschancen“ der Großstadt spricht, überwiegt doch das Negativbild:

„Für unsere Generation, die, noch halb in der alten Zeit stehend, diese soziale Umwälzung in ihrem ersten Ansturm erlebt, die die ‚Masse‘ überall um sich her noch in ihrer undiszipliniertesten Form beobachten muß, ist der Eindruck geradezu niederschmetternd. [...] Wer sich nicht nur als Einzelwesen, sondern als Mensch sozialen Interesses, als Geistlicher, als Lehrer, als Richter, als Politiker, als Verwaltungsbeamter dieser Umwälzung gegenüberge-

4 Für theologisch versierte Leserinnen und Leser sei angemerkt, dass die Verwendung des Begriffs ‚evangelikal‘ in diesem Zusammenhang bewusst frei gehalten ist. Nach Rolf Hille bezeichnet er heute in erster Linie die „pietistisch-erweckliche und reformatorisch-bekennende Bewegung in den verschiedenen evangelischen Landes- und Freikirchen“. Die evangelikale Ekklesiologie geht „von der heilsnotwendigen Wiedergeburtserfahrung und Heiligung des Einzelnen aus. *Sie gründet christliche Ökumene deshalb auf den Zusammenschluss einzelner Christen*, die bewußt Nachfolge Jesu leben wollen, sich zur gemeinsamen Glaubensbasis bekennen, in Mission und Diakonie zusammenarbeiten und Formen geistlichen Lebens miteinander praktizieren“ (Hille 2004: 211-213). Einige Momente dieser Definition lassen sich bei den Akteuren der ‚evangelikalen Stadt‘ wiederfinden: So gingen die protestantischen Sozialreformer in der Mehrzahl von einem eher undogmatischen, am Bibelwort orientierten und gegenüber der Amtskirche durchaus kritisch eingestellten Christentum aus und folgten der evangelikalen Idee von ‚Gemeinschaft‘ und ‚sozialer Verantwortung‘ bzw. Diakonie.

stellt sieht, kommt unter dem ersten Eindruck schwerlich an pessimistischen Anwendungen vorüber. Für ihn ist die ‚Masse‘ der modernen Großstadt ein dunkles Land voll schwerster Probleme und Sorgen. An eine Arbeitspraxis gewöhnt, die feste soziale Verbände voraussetzt, sieht er sich jetzt der altbewährten Stützpunkte seiner Arbeit beraubt. Das Leben der Masse scheint ihm nur negative Kräfte zu enthalten“ (Heitmann 1913: 40).

Hinter diesen „negativen Kräften“ standen oft genug nur die rapiden Modernisierungsprozesse städtischen Lebens um die Jahrhundertwende. Gottfried Korff hat in einem anregenden Aufsatz auf die Stadt als Ort neuer „Kommunikations- und Mentalitätsstrukturen“ verwiesen und dabei den Begriff der „inneren Urbanisierung“ ins Spiel gebracht. In den öffentlichen Raum hinein entgrenztes und durch sogenannte ‚Bettgeher‘ fragmentarisierendes Wohnen, ‚industrialisierte‘ Zeitpraxen, ‚Modellerlebnisse‘ der Vergnügungskultur von ‚Kino, Sport und Tingeltangel‘ sowie die von Willy Hellpach beschriebene ‚sensuelle Vigilanz‘ programmierten die Städter in einer Weise, wie sie der neuen Massengesellschaft entsprach (Korff 1985). Akteure der evangelikalen Stadt sahen hier die traditionellen Ordnungen von Religion, Moral, Familiengemeinschaft und ‚Volksgemeinschaft‘ in Auflösung. Dem von Heitmann beschriebenen künstlichen Licht der Großstadt setzten sie ihre eigene stadträumliche Ordnung von Licht und Dunkel entgegen. Damit begegneten sie der ‚inneren Urbanisierung‘ durch ein Programm der ‚inneren Moralisierung‘, dem Problem der ‚Masse‘ durch eine Orientierung an einerseits dem Individuum, andererseits den sozialen Bindungen von – so Heitmann – „Familie, Dorf, Nation“.

Dieses Programm möchte ich im Folgenden an der Geschichte der Inneren Mission und verwandter Initiativen verdeutlichen. Laut Paul Wursters Handbuch von 1895 sind unter Innerer Mission „die Werke der ‚rettenden, bewahrenden und gewinnenden Liebe‘ im Umkreis der evangelischen Kirche“ zu verstehen (Wurster 1895: 1). Wurster spricht von der „Ausdehnung der kirchlichen Wortverkündigung auf Gebiete, welche von dem geordneten Amt nicht erreicht werden“ (Wurster 1895: 334). Die Innere Mission aber war mehr als nur Wortverkündigung: Sie verfolgte, wie beispielsweise Jochen-Christoph Kaiser gezeigt hat, einen umfassenden „kulturellen Formierungsanspruch“ und sah ihre eigene Arbeit immer „mit Bezug auf das ganze geistig-kulturelle und soziale Leben der Zeit“ (Kaiser 2008: 43, vgl. auch Röper, Jüllig 1998). Dies wird bereits ansatzweise deutlich, wenn Wurster in seiner Darstellung zwischen vier Dimensionen stadtmisionarischer Arbeit unterscheidet: der evangelisch-kirchlichen Armenpflege, der Zusammenfassung evangelischer Vereinsarbeit, der „Fortsetzung und Ergänzung des Pfarramts in Gottesdienst und Seelsorge“ sowie der eigentlichen Mission und Evangelisation (Wurster 1895: 348). Denn in der Praxis waren diese vier Dimensionen eng ineinander verflochten, so dass die soziale Arbeit und Vereinsarbeit von der Evangelisation nicht zu trennen ist. Eben das machte die Kraft der sozial-

moralischen Einflussnahme aus: Denn alle ‚zivilisierenden‘ Maßnahmen waren – so Rebekka Habermas – „empowered“ durch Religion (Habermas 2008: 678), umgekehrt erschien alle religiöse Indoktrination und Evangelisation immer auch im Gewand der allgemeinen Sozialfürsorge und Lebenshilfe. Die organisatorische Form der Stadtmission war teilweise durchaus unabhängig – nicht alle Stadtmissionen waren an das Pfarramt und die Parochialeinteilung gebunden (vgl. Wurster 1895: 350-352), was ebenfalls dazu beitrug, dass die Innere Mission und Stadtmission nicht ausschließlich als religiöses Unternehmen, sondern als umfassende gesellschaftliche Deutungsagentur auftrat und sich der historischen Betrachtung sogar „von ihrer Organisation und rechtlichen Stellung her als Akteur der Zivilgesellschaft empfiehlt“ (Hitzer 2009b: 115).

Eben dieser weite Zuschnitt der Praxisfelder – über die religiöse Unterweisung und Evangelisation hinaus – macht die Innere Mission zu einem Beispiel für moderne ‚Zivilisierungsmission‘. Auch an diesem Punkt werden konfessionelle Unterschiede deutlich: Während man sich in der 1897 gegründeten katholischen Caritas im Sinne der ‚guten Werke‘ auf die subsidiäre Fürsorge – also die materielle Hilfe für sozial Schwache – konzentrierte, verfolgte die protestantische Innere Mission im Sinne Wicherns eine ‚Doppelstrategie‘ und zielte neben der Linderung sozialer Nöte immer auch auf Volksmission im eigenen Land (ebd.: 117). ‚Mission‘: das war in der katholischen Kirche zuallererst die ‚Heidenmission‘ außerhalb Europas; die evangelische Kirche dagegen nahm unter diesem Begriff auch die sozialen Problemlagen der eigenen Gesellschaft ins Visier. Dies führte bald zum Ausbau eines „zu Beginn des 20. Jahrhunderts riesenhaften Netzes“ der Inneren Mission (ebd.: 125) – weit über den Bezugsrahmen der einzelnen Pfarreien hinaus. Im katholischen Wien beschränkten sich die Diskussionen um die Großstadtseelsorge dagegen weitgehend auf die Probleme von Zuschnitt und Ausstattung der Pfarreien. Dass die Pfarrei als der zentrale Akteur der Seelsorge angesehen wurde, war hier Tradition – angefangen bei Joseph II., der durch sein Regulierungsprogramm 1783-1787 die Rolle der Pfarreien im Kirchenwesen erheblich gestärkt hatte, bis hin zu Heinrich Swoboda 1909 erschienenem Standardwerk „Großstadt-Seelsorge“, das ebenfalls für den persönlichen Kontakt „zwischen Seelenhirten und Gläubigen“ im Rahmen der Pfarre plädierte (Weissensteiner 1990).

2. Mission in der Stadt: Institutionen und Raumpraktiken

Wie nun organisierte die Innere Mission ihre vielschichtige Tätigkeit inner- und außerhalb der amtskirchlichen Zusammenhänge? Da die Überzeugung, die noch bis in die 1880er Jahre hinein galt: „More Churches – More Church-

goers“ (Otte 1995) – zunehmend fragwürdig geworden war, musste man andere Wege einschlagen, um die Präsenz der moralisierenden Instanzen zu sichern. Dabei bildete gerade die Innere Mission ein Set religiös fundierter Praktiken aus, die tief in das Innenleben der Städte eingriffen. Die religiöse Topographie der Stadt aus Kirchengebäuden, Pfarr- und Gemeindehäusern wurde erweitert um eine differenzierte Struktur von ‚rettenden‘ Institutionen und Akteuren christlicher ‚Liebesarbeit‘. Wie intensiv die Durchdringung der Stadt mit Institutionen und Aktivitäten der Inneren Mission war, belegen etwa die Zusammenstellungen von Friedemann Green für Hamburg im Zeitraum 1848-1919 (Green 1994: 247-250). Mit Kirchen und Kapellen, Gemeindehäusern und Rettungshäusern, Vereinshäusern und Volksheimen, Obdachlosen- und Lehrlingsheimen, Mägdeherbergen und Asylen, Sonntagsschulen und Arbeiterbildungsvereinen, Bahnhofsmisionen und anderen Einrichtungen war die religiöse Topographie Hamburgs, wie auch anderer protestantisch geprägter Städte, überhaupt stark vom Modell der ‚evangelikalen Stadt‘ bestimmt. Diese Einrichtungen sollten punktuell so etwas wie ‚Heimat‘ etablieren und bildeten ‚vergemeinschaftende‘ Raumfiguren in der Stadt, um diese vor dem Abgleiten in die Dämonie des Säkularismus und den sittlichen Verfall zu bewahren. ‚Heimat‘ war im Diskurs der Inneren Mission gleichgesetzt mit „sittlicher Einfachheit und moralischer Bindung“ (Hitzer 2006: 135-140), damit stand sie dem Schreckensszenario der Großstadt diametral gegenüber. So hießen denn auch die Unterkünfte der Inneren Mission programmatisch „Herbergen zur Heimat“ (Schlör 1994: 156), und sogenannte ‚Volksheime‘ wie das 1901 von Pastor Walter Classen in Hamburg begründete Haus (vgl. Günther 1924) übertrugen den Familien- und Gemeinschaftsgedanken auf die Arbeit an der Gesamtgesellschaft.

Nähert man sich den missionarischen Praktiken der Inneren Mission und ihrer kulturellen Semantik, so fällt zunächst – analog zur außereuropäischen Heidenmission – die Metaphorik des Entdeckens und Erschließens einer neuen Welt auf. Im selben Jahr 1848, als Wichern in Wittenberg seine berühmte Stegreif-Rede hielt, resümierte in London der Sozialreformer Lord Ashley die Arbeit der dortigen, bereits institutionalisierten „city mission“, wies aber mit Nachdruck auf die nach wie vor vorhandenen blinden Flecken auf der kognitiven Landkarte der eigenen Gesellschaft hin:

„Ich glaube, hier in dieser Versammlung sind viele gegenwärtig, die nicht wissen, daß weniger als eine halbe Stunde von ihren bequemen Wohnungen Tausende und aber Tausende von menschlichen Wesen sich befinden, welche ihnen ein zehnfach größeres Feld für all ihre Wißbegierde, für ihre ganze Einsicht, für all ihre Mühen geben würden, als sie auf allen Steppen der Tartarei und auf allen Prärien und Leanos in Nord- und Südamerika jemals entdecken könnten“ (zit. nach Dießenbacher 1986: 210).

Weiter kommt das Motiv des ‚Kampfes‘ an vorderster Front hinzu, an der man die eigenen Einrichtungen und Aktivitäten sah. Der für seinen fanati-

schen Antisemitismus berüchtigte erste Leiter der Berliner Stadtmission Stoecker organisierte – so Hans-Jürgen Teuteberg – „fast generalstabsmäßig geplante ‚Angriffe‘ auf das entkirchlichte Berlin: Kindergottesdienste, Gefangenfürsorge und Kleinkinderschulen entstanden, Nähstuben, Wärmehallen und ‚Feierabend-Häuser‘, aber auch Männer-, Frauen-, Jünglings- und Jungfrauenvereine wurden gegründet und erstmals einfache Arbeiter, Handwerker und Angestellte als Laienhelfer gewonnen“ (Teuteberg 1990: 185). Auch im Begriff der ‚Heilsarmee‘ mit ihren ‚Generälen‘ schwingt die missionarische Kriegsmetaphorik überdeutlich mit (vgl. Gnewekow, Hermesen 1993).

Wie oben angedeutet, galt die Stadt aus Sicht der Inneren Mission als ein Meer von Verbrechen und Sinnenlust, in das man christliche Rettungsanker werfen musste. Zeichen der Degeneration sah man allerorten. So schrieb etwa der Berliner Stadtmissionar Friedrich Schlegelmilch in einem Bericht über „Großstadtnot und -hilfe“: „Überall macht sich die lockende Lust breit, die auf die niedrigsten Instinkte der menschlichen Natur spekuliert: an den Anschlagssäulen und in den Inseratenblättern, in den Schaufenstern und bei den fliegenden Straßenhändlern, in Theatern und Varietés, Kabarets und auf der Straße, bei Tag und bei Nacht. Ist’s da ein Wunder, daß das Verbrechertum zunimmt, besonders auch unter den Jugendlichen, trotz der immer mehr zunehmenden Bildung und Kultur?“ (Schlegelmilch 1912: 57). Und der Hamburger Pastor und Sozialarbeiter Walter Classen monierte: „Da gibt es große Gewalten, die in den Straßen des Volkes herrschen. Da sind das Grundeigentümer- und das Alkoholinteresse, da sind Schwindsucht, englische Krankheit und andere Leiden“ (Classen 1915: 169). Die ‚Straße‘ wurde als ein Raum wahrgenommen, der von billigem Schund und Sinnenreizen, Alkoholkonsum sowie kommerziellen Interessen bestimmt war. Sie stellte sich der bürgerlichen Imagination als ein „Speicher verbotenen Wissens“ dar, eine „Schule der Unmoral“, eine „Lehranstalt der Verwilderung“ (Lindner 1983: 192). Mit ihr wurde „Abwesenheit von Ordnung“ schlechthin (Scharfe 1983: 174) verbunden. Kurz: Die Straße galt als genuin städtischer Ort von „Gefahr, Anonymität, Vermassung, Unkontrollierbarkeit und Unsicherheit“ (Hohm 1997: 12, vgl. auch Wietschorke 2008).

Gerade in Kreisen der Inneren Mission wurden immer wieder die Bilder von der Großstadt als einem grellen, alles verbrennenden Lichtzentrum aufgerufen. So hieß es in einem Informationsblatt der schlesischen Bahnhofsmission 1916/17: „Man muß immer wieder an die Motten denken, die, vom Lampenlicht angezogen, blindlings in die Flammen fliegen, bis sie elend zugrunde gehen“ (zit. nach Hitzer 2006: 35). Die – metaphorisch wie wörtlich gemeinte – Rede vom brandgefährlichen ‚Lampenlicht‘ der Städte verweist auf einen besonderen Teilbereich der Stadtmission, nämlich die sogenannte ‚Nachtmission‘. In einer kämpferischen Broschüre, verfasst vom Berliner Stadtmissionsinspektor Hugo Flemming, heißt es:

„Unsere deutsche Hauptstadt hat den traurigen Ruhm, die vergnügungs- und damit versuchungsreichste Stadt der Welt zu sein. Man beobachte einmal

das nächtliche Leben in der ‚Passage‘, an der ‚bunten Ecke‘, am ‚Scheunenviertel‘! Man sehe, wie sich zwischen 11 und 2 Uhr nachts die Theater und Kinos, die Operetten und Varietés, die Ball- und Kneipsäle entleeren und die sinnenerregte Jugend den Versuchungen der nächtlichen Straße ausliefern. Und nun gehe man mit einem Samariterherzen durch alle diese Gefahren und sei von Gott dazu berufen, ‚der Stadt Bestes zu suchen‘ – wer kann sich da zu Bette legen mit der Selbsttröstung: ‚Ich tat am Tage das meinige. Jetzt muß ich ruhen. Mag ins Verderben rennen, wer will?‘ (Flemming 1913: 2)

Joachim Schlör schreibt in seiner schönen Studie über die Großstadtnacht zwischen 1840 und 1930: „Es waren wohl die christlichen Missionen, die zuerst die große Bedeutung der Nacht entdeckten und vermittelten“ (Schlör 1994: 145). Freilich aus einer spezifischen Perspektive: Für sie waren „Alkoholkonsum, sexuelle Promiskuität, Prostitution“ die „Elemente des Nächtlichen“ und „Symptome drohenden Verfalls“ (ebd.: 214). Diese Nachtseiten der Stadt galt es zu kontrollieren und zu kolonisieren: Auch im Zusammenhang der Nachtmission war die Rede von einem „zum Kampfe ausziehenden Heer“, vom „Nachtfeldzug“ durch die Städte, von „Frontsoldaten“ und „reitenden und fliegenden Patrouillen“ (Flemming 1913: 4, 16). Es gibt eine geradezu formelhafte Episode, die in den Gründungsnarrativen fast aller missionarischer Unternehmungen vorkommt: nämlich die erste erfolgreiche Seelenrettung, die dann zum Modell der gesamten seelsorgerischen oder sozialen Arbeit wird. So auch hier:

„Die Nachtmission *mußte* kommen, wie sie gekommen ist. Es war im Oktober 1906. Da stand ein Stadtmissionsbruder an einer Haltestelle der Straßenbahn und sah einen jungen Mann in Gefahr, den Versuchungen der Straße anheimzufallen. Er trat an ihn heran und sprach: ‚Ich warne Sie in Jesu Namen! Gehen Sie nach Hause!‘ ‚Ich bin ein Jude‘, erwiderte der Angeredete. ‚So warne ich Sie in Gottes Namen‘, war die Antwort. – Er ist dem Warnungsrufe gefolgt und hat sich am anderen Tage herzlich dafür bedankt. Das ist die Geburtsstunde der Nachtmission gewesen“ (Flemming 1913: 2).

In erster Linie also war die Nachtmission ein Kampf gegen das unsittliche urbane Vergnügen. Der Nachtmissionar – so Hugo Flemming 1913 – sieht auch „die blutenden Herzen hinter der Maske der Heiterkeit und Ausgelassenheit [...]. Und so wird die Nachtmission auch in Zukunft Scherz und Freude stören, den unsittlichen Scherz mit lebendigen Menschenseelen, die falsche, wurmstichige Freude, aus der Leid entstehen muß“ (Flemming 1913: 12).

Die Patrouillen der Nachtmissionare bildeten sozusagen eine Raumfigur, die den diagnostizierten sittlichen Untiefen der Städte folgte. Damit waren sie Teil einer ‚Topographie der Rettung‘, die gegen die ‚Topographie der Gefährdung‘ installiert wurde – oder eines „Netzes der Liebe“, wie es Bettina Hitzer in ihrer Studie über die protestantische Berliner Stadt- und Bahnhofsmision formuliert hat (Hitzer 2006). In Berlin als der „Krisenhauptstadt“

(Lisberg-Haag 1998: 130) entstanden zahlreiche Einrichtungen zur Verwahrung und Erziehung delinquenten, devianter und „sittlich heruntergekommenen“ Männer und Frauen: so zum Beispiel das ab 1841 eingerichtete Magdalenenasyl für entlassene weibliche Strafgefangene, die 1884 gegründete „Zufluchtsstätte“ für „Gefallene“ von Stoeckers Stadtmission nahe dem Görlitzer Bahnhof, die seit 1888 bestehende Berliner Heimstätte für unverheiratete Mütter oder das 1877 gegründete Haus Bethabara, in dem erwachsene Prostituierte und entlassene Strafgefangene unterkamen (Hitzer 2006: 357-388). Ergänzend gab es auch Einrichtungen auf dem Land wie die Arbeiterkolonien, mit denen man der „Bindungslosigkeit“ in den Städten geordnete Strukturen entgegensetzen wollte. Diese Idee wurde Anfang der 1880er Jahre von Friedrich von Bodelschwingh skizziert, 1882 entstand denn auch bei Bielefeld die erste solche Kolonie mit dem kaiserlichen Namen Wilhelmsdorf und dem Siedlungs-Wahlspruch „Bet und arbeit“. Bei Bernau gründete Bodelschwingh die Kolonie „Hoffnungstal“ als eine Art Arbeits-Erziehungsanstalt für Obdachlose, die umfassend entmündigt und wie „große Kinder“ behandelt wurden (vgl. Hitzer 2006: 344-353). Die Bodelschwingschen Anstalten Bethel wurden übrigens als „Stadt der Barmherzigkeit“ (Ilgenstein-Katterfeld 1930) bezeichnet – auch darin steckt ein Hinweis darauf, dass der Großstadt eine andere, christliche Idee von Stadt entgegengesetzt werden sollte.

Ursula Röper hat aufgezeigt, dass die Innere Mission einem impliziten architektur- und städtebauästhetischen Programm folgte, das „ihre sozialen und religiösen Ideen, ihre Liebe für den Nächsten, für alle sichtbar spiegeln“ sollte (Röper 1998: 70). Wichern plante 1844 einen Neubau des „Rauhen Hauses“, von dem nur ein Entwurf erhalten geblieben ist. Im Zentrum der Anlage platzierte Wichern einen Kirchenbau nach basilikalem Muster, um den religiösen Bezugsrahmen zu verdeutlichen und einen Ort zu schaffen, wo sich Akteure der Äußeren wie der Inneren Mission im Rahmen gemeinsamer Feste treffen sollten (ebd.: 75-76). Ein angeschlossenes Hospiz war als Raum der Erholung von den Strapazen des urbanen Lebens gedacht: „Die Rekreation des Menschen im Menschen, der erschlaft oder erschöpft oder abgestumpft ist durch die Einförmigkeit und oft rastlose Maschinenbewegung des geschäftlichen oder auch geselligen Lebens, ist ein Bedürfnis, für das nur wenige eine örtliche Befriedigung finden, das aber wohl den Gedanken eines protestantisch-klösterlichen Aufenthaltes schon erzeugt hat, eine geistliche Baderkur haben es andere genannt“ (zit. nach Röper 1998: 76). Schon Zinzendorfs ‚Communio‘ Herrnhut bei Großhennersdorf war als räumliches Abbild der apostolischen Gemeinde konzipiert: Eine um das Gravitationszentrum Kirche herum angeordnete Siedlung, mit Familienhäusern, Räumen für Diakone und Diakonissen, Schule und Krankenstation (ebd.: 77). Von hier aus sollten die Missionare ausströmen und die in Herrnhut räumlich erfahrene Ordnung in die Welt tragen. In Berlin planten Bettina von Arnim und Wilhelm Stier eine „Stadt für die Armen“, die im Grunde dem Kathedralgrund-

riss folgen sollte, für Hamburg wiederum hatte Wichern den Bau eines „Bürgerhofes“ vorgesehen, in dem die Schule als Ort religiös-moralischer Unterweisung im Mittelpunkt gestanden hätte. Im Berliner Johannesstift sollte es schließlich wieder der Kirchenbau sein, der die Anlage dominiert (ebd.: 78-79). All diese Ensembles sind nie gebaut worden – allein die Pläne aber vertragen viel über die Konzepte, mit denen die ‚evangelikale Stadt‘ ihre Wirkung entfalten sollte. Von gebauten Raumstrukturen erwartete man sich erzieherische Effekte, „die Idee des Kreises mit der Kirche im Mittelpunkt macht sichtbar, daß die soziale Hilfe unauflöslich mit dem Missionsgedanken verschmolzen ist und nur von diesem religiösen Zentrum aus gedacht werden soll“ (ebd.: 79).

Dass die Stadtmission den Kampf gegen die urbane Moderne ganz bewusst an den kritischen Punkten der Stadtlandschaft aufnahm, zeigt sich – sehr symbolträchtig – etwa an der ersten Zentralniederlassung der Berliner Stadtmission.⁵ Unter ihrem Leiter, dem berühmten Theologen und Antisemiten Adolf Stoecker, bezog sie 1884 ein geräumiges Gebäude in Kreuzberg, in dem zuvor „Callenbachs Theater-Variété“ untergebracht war (Wesner 2007: 87). Zu dieser Ortswahl dürfte nicht nur der Platzbedarf der Stadtmission bei größeren Missionspredigten beigetragen haben, sondern auch der symbolische Aspekt, dass man damit ein ‚feindliches Territorium‘ des städtischen Massenvergnügens besetzen konnte.⁶ Gleich gegenüber dem erworbenen Gebäude entstand wenig später ein Kirchenneubau: die sogenannte „Stoecker-Kirche“ mit Platz für weit über 1000 Gläubige. Allerdings war der 1944 zerstörte Bau von außen kaum als Kirche erkennbar: Das im Inneren gelegene Kirchenschiff blieb von der Straße aus unsichtbar, das turmlose Gebäude verfügte über mehrere gleich dimensionierte Eingänge und glich damit eher einem historistischen Verwaltungsbau als einer Kirche (ebd.: 87-89).

Als kritische Zonen der Stadtlandschaft galten auch die Bahnhöfe. Die Viertel um die großen Fernbahnhöfe waren Brennpunkte des Konsums, der Prostitution und des leichten Vergnügens. Der Anhalter Bahnhof in Berlin war als „Dunkel- und Gefahrenzone“ berüchtigt (Kirchhof 2011: 98), und speziell für Frauen war der Bahnhof in der evangelikalen Wahrnehmung ein „gefährlicher Ort“ (ebd.: 65). Hervorgegangen aus zwei Verbänden der Mädchenfürsorge – dem „Verein der Freundinnen junger Mädchen“ und dem „Evangelischen Verband zur Pflege der weiblichen Jugend Deutschlands“ (Reusch 1988: 30) –, widmete sich die evangelische Bahnhofsmision der „vorausgehenden“ (präventiven) wie der „mitgehenden“ (begleitenden) Für-

5 Zur Berliner Stadtmission allgemein vgl. Greschat 1990. Ein festschriftartiges, mehr als Quelle denn als Darstellung brauchbares Kaleidoskop zur Berliner Stadtmissionsgeschichte bietet zudem: Berliner Stadtmission 1977.

6 In ähnlicher Weise hatten die Organisatoren der Londoner „Midnight Meetings“ ab 1859 ihre Lager inmitten der städtischen Vergnügungszentren aufgeschlagen, um dort zu Predigt und Verpflegung einzuladen (vgl. Schlör 1994: 216).

sorge an den Bahnhöfen (ebd.: 35). „1866 [...] wartete erstmals eine Diakonie auf einem Berliner Bahnhof auf zuwandernde Dienstmädchen, um diese zu beraten und auf die weit im Norden an der damaligen Stadtgrenze gelegene, noch weithin unbekannte Dienstmädchenherberge Marthashof hinzuweisen (Hitzer 2006: 47-48). Die drohenden Figuren des Schleppers, des unseriösen Stellenvermittlers und des Mädchenhändlers (ebd.: 112-119; Sabelus 2009: 139-148) fungierten als „dunkle“ Antagonisten der Bahnhofsmision“ (Hitzer 2006: 121) und verliehen dem Unternehmen ‚evangelikale Stadt‘ den heroischen Zug eines ‚Kampfes gegen das Böse‘. Die Zimmer der Bahnhofsmisionarinnen – zuweilen auch nur kleine Wellblechhäuschen – wurden als ‚christlicher Schutzraum‘ inszeniert und wahrgenommen, wozu etwa auch die Uniform bzw. die Armbinde der Bahnhofsmisionarinnen gehörte (Kirchhof 2011: 243). Das Missionshäuschen auf dem Schlesischen Bahnhof erschien so als eine „stille Friedensinsel“, deren Inneres mit Blumen, Bildern und Sinnsprüchen dekoriert war, in dem es Wasch- und Kochgelegenheiten gab und wo auch Betten für Ruhebedürftige bereitstanden (ebd.: 114). Die räumliche Ordnung der ‚evangelikalen Stadt‘ basierte damit auf einer imaginären Einteilung in Zonen des ‚Dunkels‘ und Zonen des ‚Lichts‘. Das Problemszenario der Bahnhofsmision stellte sich folgendermaßen dar:

„In ungeahnter Weise sind die Großstädte und ihre Anziehungskraft gewachsen. Einige ziehen hin, um zu lernen, andere zur besseren Verwertung der Kenntnisse und Fähigkeiten, – die meisten leider dem Reize des Neuen und der Ungebundenheit, des Genusses und lockenden Glückes folgend. Trotz warnender Stimmen lassen die Eltern sorglos ihre eben erwachsenen Kinder in die unbekannte Fremde gehen, und wie oft, trügerischen Versprechen folgend, oder aufs Geratewohl in die Großstädte oder gar Hafenplätze zu überseeischer Auswanderung ziehen. Vielfach dienen die Agenten, die oft den Mädchen entgegenfahren, direkt dem Mädchenhandel; durch pekuniäre Abhängigkeit von Gebühren und Verpflegungskosten machen sie die Opfer mürbe, und der sittliche Fall oder ein Selbstmord sind das traurige Ende“ (Bericht über die II. Konferenz 1906: 2).

Unter anderem sollten kleine Texte fiktionaler Literatur für die Bahnhofsmision werben. So bot eine kleine Erzählung von Dora Thiele „Bilder aus der Bahnhofsmision nach dem Leben gezeichnet“ (Thiele 1918a). Der Text einer „Aufführung für junge Mädchen“ mit dem Titel „Nach Berlin!“ sollte – verfasst von der gleichen Autorin – das wohltätige Wirken der Missionen demonstrieren. Die 17jährige Käte Schmidt soll zu ihrer kranken Tante nach Berlin fahren, um diese bei der Erziehung der Kinder zu unterstützen. Glücklicherweise erhält sie von einer Bekannten den Hinweis auf die Dienste der Bahnhofsmision, so dass sie Berlin unter dem Schutz der „Damen mit dem rosa Kreuz“ betreten kann. Auf dem Bahnsteig angekommen, unterhält sie sich mit einer Mitreisenden und führt reichlich schlicht inszenierte Dialoge wie etwa den folgenden:

- „Anna: Was soll ich anfangen in diesem furchbaren Berlin? Ich sterbe noch vor Angst!
- Käte (tröstend): Es gibt auch gute Menschen hier. Die Dame von der Bahnhofsmision ist so nett, sie wird uns schon zurecht helfen“ (Thiele 1918b: 12).

Das ganze Stück endet dann mit dem Satz: „Es ist doch ein Segen mit der Bahnhofsmision“ (ebd.: 20). Bei aller Harmlosigkeit der Erzählungen und Szenen wird doch deutlich, wie sehr gerade Berlin als die – so Friedrich Naumann – „kirchlich verwahrloseste Stadt auf der ganzen Erde“ (zit. nach Zwickel, Fitschen 2001: 100) ein Imaginarium des Bösen und der sittlichen Verkommenheit bildete. Hier musste man sofort intervenieren, noch bevor die Zuwandererinnen überhaupt die eigentliche Stadt erreichten. So heißt es 1928 in einem Band über Evangelische Gefährdetenfürsorge: „Es ist viel schwerer, die begonnenen erzieherischen Maßnahmen fortzusetzen, wenn ein Mädchen sich schon einige Tage und Nächte in der Großstadt herumgetrieben hat, als wenn es sofort auf dem Bahnhof festgehalten wird“ (zit. nach Kirchhof 2011: 50). Der Bahnhof erscheint als neuralgischer Punkt der Stadt: als besondere Gefahrenzone, aber auch als „vielschichtige[s] Transformationsgebäude, in denen zwischen gestern und morgen, vertraut und unvertraut und zwischen nah und fern vermittelt wird“ (Legnaro/Birenheide 2005: 53). Eben das machte ihn aber auch zum Ort einer grundsätzlichen Entscheidung zwischen Gut und Böse, Richtig und Falsch – biblisch gesprochen: zwischen dem breiten und dem schmalen Weg. Doch nicht nur der Bahnhof, sondern auch die Bahnhofsmision lag in einer „Position des Dazwischen“ – zwischen Stadt und Land, urbaner Moderne und patriarchaler Gesellschaftsordnung. Das als sozial harmonisch missverstandene Landleben blieb zwar das zentrale Leitbild der Mission, allerdings fanden sich in Kreisen der Bahnhofsmision auch viele Vertreter einer „ambivalenten bis vorsichtig optimistischen Haltung“ gegenüber der Großstadt (Hitzer 2006: 45-47). Überhaupt darf die Lernfähigkeit derjenigen, die auf der Nachtseite der Stadt unterwegs waren, nicht unterschätzt werden. „Der Heilsarmist, der Missionar im Inneren der Städte, ist als ‚Agent der Herrschenden‘ nur unzureichend charakterisiert“ (Schlör 1994: 216). Die Mission implementierte nicht nur ein ideologisches Modell christlicher Lebensführung, sie muss als eine eigenständige und in ihrem helfenden Zugriff zu respektierende Deutungsagentur der Moderne verstanden werden. Ihre Texte und Praktiken – so Joachim Schlör – „legen Zeugnis ab für die Widersprüchlichkeit der ‚inneren‘ Urbanisierung, in deren Verlauf Kräfte freigesetzt werden, die Angst erregen, und sie setzen einem bedrohlichen Dunkel *ihre* Version von einem helleren Leben entgegen“ (Schlör 1994: 218).

4. Religiöse Topographien in der Stadt heute: ein Ausblick

War die urbane Konfessionslandschaft schon um 1900 erstaunlich komplex, so lässt sich mit Blick auf die stadträumlichen Einschreibungen von Religion heute von einer totalen Pluralisierung und Ausdifferenzierung sprechen. Längst sind die beiden großen christlichen Konfessionen mit ihren Kirchengebäuden und Gemeindezentren nicht mehr die allein dominierenden Repräsentanten von Religion in der europäischen Stadt. Vielmehr ist die Vielfalt religiöser Glaubensrichtungen und Praktiken im Stadtraum sichtbar geworden. In ihrer Publikation über Berlin-Kreuzberg hat Marina Wesner die religiöse Topographie dieses Stadtteils nachgezeichnet und deren ganzes Spektrum – von Stülers evangelischer Jacobi-Kirche über den Hindu-Tempel in der Urbanstraße bis hin zum Islamischen Kulturzentrum der Bosniaken in der Adalbertstraße – aufgefächert (Wesner 2007). Angesichts von so viel pluralisierter Religion in der Stadt ist die alte Kampfachse der Inneren Mission ‚Amtskirche vs. säkulare Stadt‘ längst passé. Die ‚evangelikale Stadt‘ im hier aufgezeigten historischen Sinne existiert nicht mehr. Trotzdem arbeiten sich theologische Publikationen bis heute immer noch an den reichlich anachronistischen Fragen ab, ob die Stadt wohl ein „Menschen- und Religionskiller“ sei (de Bruin, Bröckers 1991: 21), oder ob „der Großstädter Gott und der Kirche den Rücken gekehrt“ habe (ebd.: 62). Buchtitel wie „Menschlich leben in der verstädterten Gesellschaft“ (Bäumler 1993) dokumentieren schon im Aufriss des Themas einen antiurbanen Reflex. Die Stadt wird selbst in neuesten Stellungnahmen nach wie vor unter den Vorzeichen von „Hoffnung und Abgrund“ behandelt (Valtink 2009), und heutige Wunschformeln wie die, dass „unsere Städte wieder zur Heimat zu werden vermögen“ (Valtink 2009: 160), lassen sich bis in den Wortlaut hinein schon in den antiurbanistischen Pamphleten der Inneren Mission der vorletzten Jahrhundertwende finden. Die Großstadt „zwischen Babylon und Jerusalem“ (Theobald, Simon 1988): Für die Kirche und ihre Vertreter scheint im Hinblick auf die Großstadt also noch immer das alte Licht/Dunkel-Modell relevant zu sein, wie es die Bewertung der evangelikalen Stadt im 19. Jahrhundert prägte – auch dies ein Hinweis auf die ungeheure „Persistenz säkularer wie religiöser Deutungsmuster des 19. Jahrhunderts“ (Habermas 2008: 632).

Die Ethnologin Victoria Müller hat in einer kleinen Studie die „spirituelle Topografie“ der Berliner Stadtbezirke Schöneberg und Neukölln untersucht. Sie zeigt zum einen, dass die Herausbildung eines ausdifferenzierten Marktes für Esoterik und Spiritualität nur im urbanen Kontext einer Großstadt wie Berlin möglich ist, dass aber andererseits viele Akteurinnen und Akteure neuer spiritueller Bewegungen „stark antiurbanistischen Überzeugungen“ folgen (Müller 2010: 183-184). „So widerspricht die Stadt in ihrem lebensweltlichen

Differenzierungsgrad zugleich dem innerhalb neuer religiöser Bewegungen geltenden Ideal der ganzheitlichen Erfahrung und der daraus hervorgehenden Harmonie im menschlichen Zusammenleben. Die Stadt gerinnt hier für neu-religiöse Protagonisten [...] zu einem Ort der Illoyalität, Unverbindlichkeit, der Konkurrenz und des Kommerz“ (ebd.: 184). Während heute also viele christliche Theologen – insbesondere protestantischer Provenienz – einer alten Skepsis gegenüber der Stadt verhaftet bleiben, geben sich die Esoteriker und Weltanschauungsanbieter erst recht stadtkritisch. Dabei wären die meisten esoterischen und spirituellen Bewegungen ohne die Großstadt überhaupt nicht denkbar – weder im Hinblick auf ihre Entstehung aus den vielfältigen Reformbewegungen um 1900, noch hinsichtlich ihrer aktuellen existenziellen Abhängigkeit von einem urbanen, im weitesten Sinne ‚alternativen‘ Publikum.

Der historische Blick auf die ‚evangelikale Stadt‘ des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts hat jedenfalls deutlich gemacht, dass der moderne Protestantismus seine sozialmoralischen Konturen ganz wesentlich durch die Auseinandersetzung mit der modernen Urbanität erhalten hat. Seine imaginären Topographien der Mission sind weitestgehend verschwunden, die baulichen Strukturen der ‚evangelikalen Stadt‘ funktionslos geworden. Die Kirchen haben – auch um auf dem Markt der religiösen Weltanschauungen konkurrenzfähig zu bleiben – gelernt, vorsichtiger aufzutreten. Aus den ‚Rettungshäusern‘ sind Sozialstationen geworden, Sakralbauten sind weniger Monumente einer *ecclesia triumphans* als vielmehr urbane Zusatzangebote zur schnellen inneren Einkehr zwischen Bürotermin und Business Lunch. Im Zeichen der religiösen und konfessionellen Pluralisierung haben viele Andachtsräume in der Stadt nur mehr protoreligiösen Charakter, wie etwa der „Raum der Stille“ im Brandenburger Tor in Berlin, über den eine eigene Website vermeldet: „Der Raum der Stille ist keiner Weltanschauung oder Religion gewidmet. Jeder kann ihn frei von der Sorge betreten, für irgend ein Interesse, ein Programm oder eine Institution vereinnahmt zu werden.“⁷ Solche Hinweise verweisen auf eine kritische Sensibilität gegenüber religiös-missionarischen Praktiken. Und doch sind manche Denkschablonen, welche die Geschichte der Mission bestimmt haben, nach wie vor wirksam. In der Idee des korrigierenden Zugriffs auf andere Lebenswelten – sei es im Rahmen von Einwanderungs- oder Sozialpolitik, sei es im Rahmen von Entwicklungshilfe oder auch im Verhältnis zu osteuropäischen Nachbarstaaten – schwingen auch heute noch aus dem 19. Jahrhundert stammende Muster des Paternalismus, des bildungsbürgerlichen Deutungsanspruchs und der religiösen Einflussnahme nach. Eine integrierte und als „zentraler Teil der sogenannten allgemeinen Geschichte“ (Habermas 2008: 631) verstandene Missionsgeschichte, die die

⁷ <http://www.raum-der-stille-im-brandenburger-tor.de/german/gestaltung.htm> (Zugriff am 5. September 2011).

historischen Praktiken im Umgang mit den ‚Anderen‘ – sowohl in der ‚Dritten Welt‘ als auch der eigenen Stadt – aufarbeitet und transparent macht, kann einen wichtigen Beitrag zur Reflexion dieser Muster leisten.

Literatur

- Bauerkämper, Arnd; Nautz, Jürgen (Hg.) (2009): Zwischen Fürsorge und Seelsorge. Christliche Kirchen in den europäischen Zivilgesellschaften seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Campus.
- Bäumler, Christof (1993): Menschlich leben in der verstädterten Gesellschaft. Kirchliche Praxis zwischen Öffentlichkeit und Privatheit. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus
- Belina, Bernd (2010): Kriminalitätskarten – Sinnvolle Visualisierung eines sozialen Problems oder Ideologieproduktion? In: GW-Unterricht 118, S. 5-19.
- Bericht über die II. Konferenz der Deutschen Bahnhofs-Mission in Berlin, am 20. April 1906 (1906). Berlin: Geschäftsstelle der Deutschen Bahnhofs-Mission in Berlin.
- Berking, Helmuth (1984): Masse und Geist. Studien zur Soziologie in der Weimarer Republik, Berlin: Wissenschaftlicher Autoren-Verlag.
- Berliner Stadtmission (Hg.) (1977): Gott liebt diese Stadt. 100 Jahre Berliner Stadtmission 1877–1977. Berlin: Selbstverlag Berliner Stadtmission.
- Bruin, Herman de; Bröckers, Walter (1991): Stadt-Seelsorge. Wege für die Praxis – Wege mit den Menschen. Frankfurt am Main: Josef Knecht.
- Burfeind, Carsten; Heimbrock, Hans-Günter; Spory, Anke (2009) (Hg.): Religion und Urbanität: Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft. Münster: Waxmann.
- Classen, Walter (1915): Großstadttheimat. Beobachtungen zur Naturgeschichte des Großstadtvolkes. 2. Aufl. Hamburg: C. Boysen.
- Cox, Harvey (1965): Stadt ohne Gott? Stuttgart: Kreuz-Verlag.
- Dießenbacher, Hartmut (1986): „Kolonisierung“ fremder Lebenswelten. Über „Menschenfischer“ im eigenen Land, in: Müller, Siegfried; Otto, Hans-Uwe (Hg.): Verstehen oder Kolonialisieren? Grundprobleme sozialpädagogischen Handelns und Forschens. Bielefeld: Kleine, S. 207-226.
- Flemming, Hugo [1913]: Nachtmission. Berlin: Buchhandlung der Berliner Stadtmission.
- Gnewekow, Dirk; Hermsen, Thomas (1993): Die Geschichte der Heilsarmee. Das Abenteuer der Seelenrettung. Eine sozialgeschichtliche Darstellung. Opladen: VS Verlag.
- Gorrell, Donald K (1988): The Age of Social Responsibility: The Social Gospel in the Progressive Era, 1900-1920. Macon: Mercer University Press.
- Graf, Friedrich Wilhelm (2004): Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur. München: C.H. Beck.
- Graf, Friedrich Wilhelm (2006): Der Protestantismus. Geschichte und Gegenwart. München: C.H. Beck.
- Green, Friedemann (1994): Kirche in der werdenden Großstadt. Landeskirche und Stadtmission in Hamburg zwischen 1848 und 1914. Herzberg: Traugott Bautz.
- Greschat, Martin (1990): Die Berliner Stadtmission, in: Elm, Kaspar; Looock, Hans-Dietrich (Hg.): Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Großstadt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Berlin und New York: De Gruyter, S. 451-474.
- Günther, Gerhard (1924): Das Hamburger Volksheim 1901-1922. Die Geschichte einer sozialen Idee, Berlin: Verlag der Arbeitsgemeinschaft.

- Habermas, Rebekka (2008): Mission im 19. Jahrhundert – Globale Netze des Religiösen, in: *Historische Zeitschrift* 56, S. 629-679.
- Haustein, Sabine; Hegner, Victoria (Hg.) (2010): Stadt – Religion – Geschlecht. Historisch-ethnografische Erkundungen zu Judentum und neuen religiösen Bewegungen in Berlin, Berlin: Ringbuch.
- Hawkins, Peter S. (Hg.) (1986): *Civitas. Religious Interpretations of the City*. Atlanta: Scholars Press.
- Heitmann, Ludwig (1913): *Großstadt und Religion*, 1. Teil: Die religiöse Situation in der Großstadt, Hamburg: Boysen.
- Hille, Rolf (2004): Exkurs: Was heißt eigentlich „evangelikal“? Notizen zur Geschichte und begrifflichen Bestimmung der weltweiten evangelikalen Bewegung, in: Herrmann, Christian (Hg.): *Wahrheit und Erfahrung – Themenbuch zur Systematischen Theologie*. Band 1: Einführende Fragen der Dogmatik und Gotteslehre. Wuppertal: R. Brockhaus, S. 210-213.
- Hitzer, Bettina (2006): *Im Netz der Liebe. Die protestantische Kirche und ihre Zuwanderer in der Metropole Berlin (1849-1914)*. Köln: Böhlau.
- Hitzer, Bettina (2009a): Zivilgesellschaft und Konflikt. Protestantische Philanthropie im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Liedtke, Rainer; Weber, Klaus (Hg.): *Religion und Philanthropie in den europäischen Zivilgesellschaften. Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 72-88.
- Hitzer, Bettina (2009b): Protestantische Philanthropie und Zivilgesellschaft in Deutschland: Ein vieldeutiges Verhältnis, in: Bauerkämper, Arnd; Nautz, Jürgen (Hg.): *Zwischen Fürsorge und Seelsorge. Christliche Kirchen in den europäischen Zivilgesellschaften seit dem 18. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Campus, S. 113-130.
- Hitzer, Bettina; Schlör, Joachim (Hg.) (2011): *God in the City. Religious Topographies in the Age of Urbanization*. Special Issue, *Journal of Urban History* 37 (6).
- Hohm, Hans-Jürgen (1997): Einleitung, in: Ders. (Hg.), *Straße und Straßenkultur. Interdisziplinäre Betrachtungen eines öffentlichen Sozialraumes in der fortgeschrittenen Moderne*. Konstanz: UVK, S. 9-19.
- Hübinger, Gangolf (1994): *Kulturprotestantismus und Politik*. Tübingen: Mohr.
- Ilgenstein-Katterfeld, Anna (1930): *Die Stadt der Barmherzigkeit: Bilder aus Vater Bodelschwinghs Leben und Lebenswerk*. Neukirchen: Kolpa.
- Kaiser, Jochen-Christoph (2008): Volksmission als gesellschaftliche Sinnstiftung: Der kulturelle Formierungsanspruch der Inneren Mission, in: ders.: *Evangelische Kirche und sozialer Staat. Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert*, herausgegeben von Volker Herrmann. W. Stuttgart: Kohlhammer, S. 31-43.
- Kirchhof, Astrid Mignon (2011): *Das Dienstfräulein auf dem Bahnhof. Frauen im öffentlichen Raum im Blick der Berliner Bahnhofsmission 1894-1939*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Korff, Gottfried (1985): Mentalität und Kommunikation in der Großstadt. Berliner Notizen zur „inneren“ Urbanisierung, in: Bausinger, Hermann; Kohlmann, Theodor (Hg.), *Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung*. 24. Deutscher Volkskunde-Kongress in Berlin vom 26. bis 30. September 1983, Berlin. Berlin: Staatliche Museen Preussischer Kulturbesitz, S. 343-361.
- Legnaro, Aldo; Birenheide, Almut (2005): *Stätten der späten Moderne. Reiseführer durch Bahnhöfe, shopping malls, Disneyland Paris*. Wiesbaden: VS.
- Lindner, Rolf (1983): Straße – Straßenjunge – Straßenbande. Ein zivilisationstheoretischer Streifzug, in: *Zeitschrift für Volkskunde* 79, S. 192-208.
- Lindner, Rolf (2004): *Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung*. Frankfurt am Main: Campus.

- Lindner, Rolf (2007): Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Campus.
- Linse, Ulrich (1997): Säkularisierung oder neue Religiosität? Zur religiösen Situation in Deutschland um 1900, in: *Recherches Germaniques* 27, S. 117-141.
- Lisberg-Haag, Isabell (1998): „Die Unzucht – das Grab der Völker“, in: Röper, Ursula; Jüllig, Carola (Hg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848-1998. Berlin: Deutsches Historisches Museum, S. 130-137.
- Müller, Hans Martin (1992): Kulturprotestantismus. Beiträge zu einer Gestalt des modernen Christentums. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Müller, Victoria (2010): Spirituelle Topografie. Neue religiöse Bewegungen in Berlins Stadtteilen Schöneberg und Neukölln, in: Haustein, Sabine; Hegner, Victoria (Hg.): Stadt – Religion – Geschlecht. Historisch-ethnografische Erkundungen zu Judentum und neuen religiösen Bewegungen in Berlin. Berlin: Ringbuch, S. 166-186.
- Niedermüller, Peter (2004): Einleitung, in: ders. (Hg.) Soziale Brennpunkte sehen? Möglichkeiten und Grenzen des „ethnologischen Auges“. Münster: LIT, S. 6-10.
- Otte, Hans (1995): „More Churches – More Churchgoers“. The Lutheran Church in Hanover between 1850 and 1914, in: McLeod, Hugh (Hg.): European Religion in the Age of Great Cities 1830-1930. London: Routledge, S. 90-118.
- Pentz, Wolfhart (2005): Sozialprotestantismus in den USA und Deutschland. Social Gospel und christlich soziale Bewegung bis 1914. München: Martin Meidenbauer.
- Peukert, Detlev J. K. (1987): Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pollack, Detlef (2000): Wiederkehr des Religiösen? Neue religiöse Bewegungen im Kontext des religiösen und gesellschaftlichen Wandels, in: *Sociologia Internationalis* 38. Jg., S. 13-45.
- Reusch, Wolfgang (1988): Bahnhofsmision in Deutschland 1897-1987. Sozialwissenschaftliche Analyse einer diakonisch-caritativen Einrichtung im sozialen Wandel. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Röper, Ursula (1998): „Die Basilika der Inneren Mission“, in: Dies.; Jüllig, Carola (Hg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848-1998. Berlin: Deutsches Historisches Museum, S. 70-79.
- Röper, Ursula; Jüllig, Carola (Hg.) (1998): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848-1998. Berlin: Deutsches Historisches Museum.
- Sabelus, Esther (2009): Die weiße Sklavin. Mediale Inszenierungen von Sexualität und Großstadt um 1900. Berlin: Panama.
- Scharfe, Martin (1983): Straße. Ein Grund-Riß, in: *Zeitschrift für Volkskunde* 79, S. 171-191.
- Schlegelmilch, Friedrich [1912]: Bilder aus der Stadtmission. Erster Band. Berlin: Buchhandlung der Berliner Stadtmission.
- Schlör, Joachim (1994): Nachts in der großen Stadt. Paris, Berlin, London 1840 bis 1930. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Steinhoff, Anthony (2008): The Gods of the City: Protestantism and Religious Culture in Strasbourg. 1870-1914. Leiden: Brill.
- Steinhoff, Anthony (2011): Nineteenth-Century Urbanization as Sacred Process: Insights from German Strasbourg, in: *Journal of Urban History* 37 (6), S. 828-841.
- Talazko, Helmut (1998): Märzrevolution und Wittenberger Kirchentag, in: Röper, Ursula; Jüllig, Carola (Hg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848-1998. Berlin: Deutsches Historisches Museum, S. 58-67.

- Teuteberg, Hans-Jürgen (1990): Moderne Verstädterung und kirchliches Leben in Berlin. Forschungsergebnisse und Forschungsprobleme, in: Elm, Kaspar; Looock, Hans-Dietrich (Hg.): Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Großstadt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Berlin und New York: De Gruyter, S. 161-200.
- Theobald, Michael; Simon, Werner (Hg.) (1988): Zwischen Babylon und Jerusalem. Beiträge zu einer Theologie der Stadt. Berlin: Morus-Verlag.
- Thiele, Dora (1918a): Wohin? Bilder aus der Bahnhofsmission, nach dem Leben gezeichnet. Berlin: Verband Evangelische Deutsche Bahnhofs-Mission.
- Thiele, Dora (1918b): Nach Berlin! Aufführung für junge Mädchen. Aus dem Leben und Treiben der Bahnhofsmission. Berlin: Verband Evangelische Deutsche Bahnhofs-Mission.
- Valtink, Eveline (2009): Stadt als Hoffnung und Abgrund, in: Burfeind, Carsten; Heimbrock, Hans-Günter; Spory, Anke (Hg.): Religion und Urbanität: Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft. Münster: Waxmann, S. 155-160.
- Weissensteiner, Johann (1990): Großstadtseelsorge in Wien. Zur Pfarrentwicklung von der josephinischen Pfarregulierung bis in das 20. Jahrhundert, in: Elm, Kaspar; Looock, Hans-Dietrich (Hg.): Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Großstadt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Berlin und New York: De Gruyter, S. 95-128.
- Wesner, Marina (2007): Kreuzberg und seine Gotteshäuser. Kirchen – Moscheen – Synagogen – Tempel, Berlin: Berlin Story.
- Wietschorke, Jens (2008): Die Straße als Miterzieher. Städtischer Raum und Sozialpädagogik im frühen 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung 14. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S. 209-242.
- Wietschorke, Jens (2010): Die urbane Kartierung von Sicherheit und Verbrechen. Zur visuellen Logik thematischer Stadtpläne, in: Bricolage 6. Innsbrucker Zeitschrift für Europäische Ethnologie, S. 74-89.
- Wurster, Paul (1895): Die Lehre von der Inneren Mission. Berlin: Reuther & Reichard.
- Zwiesel, Wolfgang; Fitschen, Klaus (2001): Stadt, in: Theologische Realenzyklopädie, herausgegeben von Gerhard Müller, Band XXXII. Berlin und New York: De Gruyter, S. 90-104.

Alexa Färber, Riem Spielhaus, Beate Binder

Von Präsenz zu Artikulation: islamisches Gemeindeleben in Hamburg und Berlin aus der Perspektive der Stadtforschung

Zusammenfassung: Auf der Grundlage eines kontrastierenden Vergleichs der Moscheenlandschaft in Hamburgs und Berlins schlägt dieser Artikel eine analytische Perspektive vor, die den Islam als Ausdruck von Urbanität, d.h. von städtischer Lokalspezifik oder sogar Stadtspezifik, versteht. MuslimInnen, so die Hypothese, leben in unterschiedlichen historisch gewachsenen stadträumlichen Zusammenhängen, die sie als urbane AkteurInnen reflektieren und verarbeiten, auf die sie reagieren und die sie prägen. Unter Einbezug aktueller Forschungen, die sich explizit mit Prozessen der Verortung und Sichtbarwerdung von islamischem Alltagsleben in der Stadt beschäftigen, plädieren wir dafür, die Präsenz von MuslimInnen in europäischen Städten nicht ausschließlich als Ergebnis von Migration zu verstehen. Vielmehr muss islamisches Leben als situatives Ergebnis von Aushandlungen um legitime Formen gesellschaftlicher Präsenz verstanden werden. Deshalb schlagen wir eine Typologie von Moscheen vor, die die Tragweite und Komplexität von Aushandlungsprozessen in Bezug auf Planung, Realisierung und den Gemeindealltag reflektiert: die Nachbarschaftsmoschee, die Stadtteilmoschee, die Stadtmoschee. Vor diesem Hintergrund kann islamische Präsenz in der Stadt sowohl als urban wie auch als stadtspezifisch verstanden werden.

In der Forschung zum Islam in Europa dominiert nach wie vor eine Perspektive, die islamisches Leben als kontextunabhängiges, gleichermaßen unveränderliches wie fremdes Element versteht. Gegen eine solche Sichtweise schlägt Garbi Schmidt in ihrer Studie über muslimische Identifikationen im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro vor, Ausdrucksweisen des Islams als Ergebnis lokalspezifischer Bedingungen zu interpretieren und deshalb im städtischen Kontext zu betrachten: „One result of such contextualization is that adopting a Muslim identity is shown to be as much a product of local time, place and ways of doing things as of religious conviction.“ (Schmidt 2011: S. 3). Sie grenzt sich damit sowohl von vielfach unreflektierten Versuchen der wissenschaftlichen Thematisierung muslimischer Identität wie auch von der Fokussierung auf sichtbar religiöse Musliminnen und Muslime ab.

Dieser Ansatz hat insofern seine Berechtigung, als „Islam in Europa“ in den letzten Jahrzehnten – schlagwortartig verdichtet – allein als neuartiges, westeuropäisches, auf die Arbeitsmigration der 1960er/1970er Jahre zurückgehendes Phänomen verhandelt wird und dabei systematisch weiter zurückreichende

muslimische Präsenzen ausgeblendet werden (vgl. z.B. im Baltikum und Balkan Larsson/Račius 2010). Vor allem die Anschläge des 11. September 2001 haben diese Sicht nochmals verengt – und dabei zugespitzt: Islam wird nun in erster Linie als ein Sicherheitsrisiko wahrgenommen und damit zugleich als ein Phänomen, das in machtvollen globalen Netzwerken zu verorten ist.

Die Alltagswirklichkeit lokaler Lebenszusammenhänge in europäischen Städten wird durch diese Einordnung und die damit verbundenen Ängste überblendet. Auch deshalb ist „Islam in Europa“, sowohl in der Selbst- als auch in der Fremdwahrnehmung von MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen zum vermeintlich größten „Integrationshemmnis“ avanciert: Die Verbindung von ethnisch-nationalen mit religiösen Hintergründen, dies gar als stadt-räumliche Wohnkonzentration wahrnehmbar, gilt einem Teil der Öffentlichkeit als Indiz für ein Integrations*problem*. Diese umgekehrt als diskriminierend verstandene Wahrnehmung wurde bereits vielfach als diskursiver Kurzschluss kritisiert und dekonstruiert. Auch wenn beide Haltungen in ihren realen Auswirkungen ernst zu nehmen sind, soll dieses polarisierte und äußerst performative Diskursfeld an dieser Stelle jedoch weder widerlegt noch eingehender diskutiert werden.¹ Vielmehr möchten wir eine andere, quer dazu verlaufende Perspektive vorschlagen, die den Ansatz von Schmidt aufgreift und weiter führt: Islam als Ausdruck von Urbanität, d.h. von städtischer Lokalspezifität oder sogar Stadtspezifität zu verstehen.

Mit dem Interesse an urbanen und stadtspezifischen Ausprägungen von Islam in Europa gehen wir davon aus, dass sich islamisches Gemeindeleben in einer Großstadt anders darstellt als in einer Kleinstadt, in einer industriell geprägten Stadt anders als in einer von Verwaltung und Universitäten geprägten Stadt, in Hamburg anders als in Penzberg, in Duisburg anders als in Magdeburg oder Heidelberg. MuslimInnen, so die Hypothese, leben in unterschiedlichen historisch gewachsenen stadträumlichen Zusammenhängen, die sie als urbane AkteurInnen reflektieren und verarbeiten, auf die sie reagieren und die sie prägen. Dabei ist keinesfalls intendiert, MuslimInnen als eine Gruppe zu begreifen. Im Gegenteil verweist der Begriff „urbane AkteurInnen“ darauf, dass sie wie andere StadtbewohnerInnen auch aktiv an städtischen Austauschprozessen teilnehmen und vielfältige Positionen darin beziehen und je eigene Interessen verfolgen.

Die folgenden Überlegungen bieten deshalb keine Analyse des Feldes Islam in Europa und europäischen Städten „an sich“. Vielmehr möchten wir anhand von knappen Fallstudien zur Moscheenlandschaft in Berlin und Hamburg Möglichkeiten aufzeigen, welchen analytischen Gewinn urbane Kontextualisierungen und die Frage nach der Stadtspezifität bieten. Hierfür nutzen wir das Kon-

1 Zu gegenwärtigen Debatten um Islam in Deutschland siehe Halm (2008), deren Beitrag zur Konstruktion muslimischer Subjekte vgl. Spielhaus (2011) und zu den historischen Wurzeln der darin transportierten Islambilder Attia (2009).

zept der Sichtbarkeit, um die Darstellung zu strukturieren und Analysekatégorien zu gewinnen. Sichtbarkeit verstehen wir nicht etwa als ein „natürliches“ Ergebnis von Präsenz in der Stadt. In unserer machttheoretischen Auffassung von gesellschaftlicher „Sichtbarkeit“ resultiert sie vielmehr aus dem Aufeinandertreffen vielschichtiger Kräfteverhältnisse, in denen die gesellschaftlich normativen Vorstellungen von Gender, Rasse/Ethnizität, Klasse und Alter usw. zu wirkmächtigen Kategorisierungen werden. Sichtbarkeit artikuliert sich in Machtverhältnissen und wird in Aushandlungsprozessen hergestellt, in denen um die legitime Übersetzung von Präsenz in Repräsentation gerungen wird.

Von all den möglichen sichtbaren Ausdrucksformen des Islams konzentrieren wir uns im Folgenden auf Moscheevereine.² Während Verbände auf Landes- und Bundesebene versuchen, muslimische Standpunkte in der Öffentlichkeit und gegenüber staatlichen Einrichtungen zu vertreten, artikuliert sich die Organisationsform Moscheeverein im Lokalen in einer Reihe von Repräsentationspraktiken, die eng mit der Stadt interagieren und Momente der Aushandlung von Sichtbarkeit darstellen: Vereinsregister und lokale Verwaltung, Ausbau und Umbau von Immobilien, einhergehend mit Beschreibungen, in Interaktionen mit BesitzerInnen, VermieterInnen, ArchitektInnen, AnwohnerInnen, Lokalpolitik und städtischen Medien u.v.m.

Mit einem knappen Überblick über Forschungen, die sich explizit mit Prozessen der Verortung und damit Sichtbarwerdung von islamischem Alltagsleben in der Stadt beschäftigen, nehmen wir deshalb in einem ersten Schritt eine Perspektivverschiebung auf Islam als urbanes Phänomen vor. Daran anschließend vertiefen wir die Frage nach der spezifischen Form der Sichtbarkeit islamischer Gemeinden exemplarisch anhand der Moscheenlandschaften von Berlin und Hamburg und fragen, ob sich 1. Unterschiede aus der räumlichen Verteilung, den vorhandenen Lokalitäten der einzelnen Vereine und den eigenen symbolischen Verortungen (in diesem Fall der Namensgebung) ergeben. 2. Schlagen wir eine Typologie von Moscheen vor, die es erlaubt, Ähnlichkeiten zu definieren, die auf die Sichtbarkeit von Vereinen in einer urbanen Moscheenlandschaft zurückzuführen sind, und in der Stadtspezifität begründete Unterschiede herauszuarbeiten. Im Rahmen dieses Artikels ist es nicht möglich, die vielschichtigen konfliktären Aushandlungsprozesse detailliert darzulegen. Die einzelnen Studien, auf die wir uns beziehen, arbeiten jedoch sehr deutlich heraus, dass sich in den vielfältigen Formen der Präsenz des Islams in Städten sehr unterschiedliche Prozesse der Aushandlung artikulieren. Somit werden im Folgenden allein zwei für den Stadtraum relevante Aspekte beleuchtet, die jedoch exemplarisch zeigen sollen, wie vom Gebilde Stadt ausgehend die Präsenz von MuslimInnen und Islam in der Stadt als Ergebnis lokal- und damit auch stadtspezifischer Repräsentationsformen verstanden werden können.

2 Zu einer umfassenden Thematisierung der Sichtbarkeit von MuslimInnen in Europa vgl. Jonker/Amiraux 2006.

Stadtbezogene Ansätze zur Erforschung muslimischer Präsenz und Islam in europäischen Städten

Die eingangs genannte Studie von Garbi Schmidt steht für ein in den vergangenen Jahren gewachsenes Interesse am Wirkungszusammenhang städtischer Lebensformen und religiöser Praktiken. In der aktuellen Stadtforschung scheint Einigkeit darüber zu bestehen, dass ein Verständnis gegenwärtiger urbaner Transformationen nicht ohne eine Analyse religiöser Bewegungen in der Stadt zu erreichen ist. Säkularität bildet im 21. Jahrhundert keine passende Interpretationsfolie mehr für Urbanität, wie sie es unter dem Modernisierungsparadigma noch getan haben mag. Vielmehr muss Säkularität als relational zu Religiosität verstanden werden (vgl. Assad 2003), woraus ein historisch unterschiedlich wirksames urbanes Spannungsfeld entsteht (vgl. metro-Zones 2011). Religion, Migration und Stadt bzw. die kommunale Ebene der Stadt sind in dieser wissenschaftlichen Wahrnehmung wie in der Alltagserfahrung drei Seiten des Urbanen.

Eine weitere Fragestellung, die in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Stadtforschung derzeit verhandelt wird, ist in die Untersuchung religiöser städtischer Phänomene dagegen konzeptionell noch nicht eingeflossen: Hierbei geht es um die Möglichkeit der empirischen Erforschung von Stadtspezifika. Die konzeptionellen Vorschläge reichen, mit disziplinären Nuancen, vom anthropomorph-soziologischen „Habitat der Stadt“ (Lindner 2003) über die kulturwissenschaftlich-funktionalistische „kulturelle Logik“ (Schiffauer 1997) bis hin zu unterschiedlichen Auffassungen eines kulturwissenschaftlich medienbezogenen „Imaginären der Stadt“ oder der „Textur der Stadt“ (Lindner 2008, Binder 2009). Die Programmatik der „Eigenlogik der Stadt“ (Berking/Löw 2008) stellt den historisch gewachsenen und in der Gegenwart vorfindbaren „Charakter“ einzelner Städte ins Zentrum des Forschungsinteresses. Eigenlogik meint dann „ein sachliches, zeitliches und räumliches Produkt der Verdichtung“ (Berking/Schwenk 2011, S. 22).³

Nur selten wird Islam in Europa jedoch als ein urbanes⁴ oder stadtspezifisches Phänomen untersucht (vgl. Metcalf 1996 mit ersten Ansätzen). Vielmehr stand bislang die nahe liegende Perspektive auf als Gruppe gedachte MigrantInnen und später MuslimInnen im Vordergrund.⁵ In der Migrations-

3 Die Kritik an diesem Ansatz verweist u.a. auf die Gefahr, mit dem Ansatz der Eigenlogik hegemoniale Bilder von Stadt zu reproduzieren, statt sie zu problematisieren. Vgl. den Tagungsband Kemper/Vogelpohl (2011).

4 Anders bei christlichen Pfingstkirchen, die heute vermehrt unter dem Vorzeichen des Städtischen untersucht werden (vgl. u.a. Semán 2011; für Berlin Hüwelmeier/Krause 2010). Simon Coleman warnt dennoch davor, das Städtische hinsichtlich der spezifischen Ausformung dieser Bewegungen überzubewerten. (Vgl. Coleman 2009).

5 Zur europaweit zu beobachtenden Transformation von „MigrantInnen-“, hin zu „MuslimInnenforschung“ (vgl. Spielhaus 2011).

forschung, die lange Zeit entlang einer Vorstellung ethnisch-kultureller Differenz organisiert war, wird diese Konzeptionalisierung inzwischen als „groupism“ kritisiert. Ihr wird mit – postmigrantischen – Ansätzen begegnet, um unter anderem den differenten Erfahrungsräumen und Lebensrealitäten auch innerhalb migrantischer Zusammenhänge gerecht zu werden (vgl. Anthias 2008; Brubaker 2004). Überlappende soziale Welten und post-migrantische Erfahrungen werden sonst, so der Vorwurf, ähnlich wie durch die Kurzschlüsse des methodischen Nationalismus (vgl. die Kritik daran von Wimmer/Glick-Schiller u.a. 2002), unsichtbar gemacht.⁶ Die konsequent stadtforschende Analyse der Übersetzung von Präsenz in Repräsentation oder andere Formen der Artikulation (Färber 2010) ist eine Möglichkeit, – nicht ohne methodologische Probleme – aus dieser epistemologischen Falle herauszutreten.

Diesen Weg hat die Politikwissenschaftlerin Corinne Torrekens eingeschlagen, die in ihrer ethnographischen Studie über Islam in Brüssel vom räumlichen und politischen Gebilde Stadt ausgehend zwei Ebenen von Sichtbarkeit untersucht hat: die lokale stadträumliche Ebene, auf der sich seit den 1960er Jahren ein Zyklus unterschiedlicher Grade und Formen von Sichtbarkeit abzeichnet⁷, und die politische Ebene, auf der die Teilhabe muslimischer AkteurInnen unterschiedliche AdressatInnen⁸ der Repräsentation und damit ebenfalls der Sichtbarmachung zur Folge hat (Torrekens 2009: S. 56ff. und 120ff.). Beide Ebenen gemeinsam bestimmen die Art und Weise, wie Präsenz in diesem Fall in gesellschaftliche Repräsentation und Sichtbarkeit übersetzt wird; dabei setzt Torrekens voraus, dass es sich um einen Anerkennungsprozess handelt, durch den sich Öffentlichkeit im Stadtraum und die Öffentlichkeit der Stadt manifestieren.

Gerade anhand des Vergleichs von Moscheebaukonflikten lässt sich auch in Brüssel ein differenziertes Bild islamischer Ausdrucksformen zeichnen.⁹

6 Çağlar und Glick-Schiller (2010) bieten deshalb als analytische Perspektive „scales“ an, die gesellschaftlich wirksame Kräfte in Reichweiten und Ebenen unterscheiden und gleichzeitig ihre Verbindungen darstellbar machen.

7 Diesen Zyklus versteht Torrekens nicht als einen Prozess stetig zunehmender Sichtbarwerdung, wie es das in Deutschland gängige Bild von der Hinterhofmoschee zum repräsentativen Moscheebau vermitteln möchte. Vielmehr arbeitet sie heraus, dass Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit stets miteinander verhandelt werden und sich in unterschiedlichen Graduierungen im Stadtraum und der Lokalpolitik niederschlagen (vgl. Torrekens 2009: S. 56).

8 Halima Begum und John Eade (2005) beobachten in ihrer Studie über den Londoner Stadtteil Tower Hamlets ebenfalls milieu- und ethnizitätübergreifende Zusammenschlüsse von muslimischen MigrantInnen, die auf diese Weise eigene Positionen in der Lokalpolitik vertreten.

9 Da der Bau von Moscheen zu den deutlichsten und vielleicht komplexesten Prozessen zählt, in denen Sichtbarkeit in der Stadt verhandelt wird, widmet sich ein Großteil der stadtbezogenen Studien dieser Frage (vgl. Césari 2005; Schmitt 2003; Peraldi/Samson

Die politische Anerkennung der Präsenz des Islams in Form von Moscheen ist, wie in Torrekens Analyse deutlich wird, ein machtvoller Aushandlungsprozess, in dem Präsenz zu politischer Repräsentation führen *kann*, sofern die lokalen politischen Spielregeln eingehalten werden.¹⁰ Dass dies nicht ohne Partizipation im stadtgesellschaftlichen Raum und wie im Fall von Brüssel auch auf der lokalpolitischen Ebene geschehen kann, hat Marcel Maussen am Beispiel von Moscheebauten in Rotterdam und Amsterdam herausgearbeitet. Dabei misst er Moscheebauten vor allem einen symbolischen Wert in einem umfassenderen Prozess der Partizipation bei: „these mosques have come to symbolise Muslim communities’ desire to participate in the social and physical spaces of urban Europe.“ (Maussen 2004: 147) Torrekens stellt anhand ihrer Brüsseler Fallbeispiele dar, wie über den symbolischen Gehalt hinaus Moscheebauprojekte und ihre erfolgreiche oder gescheiterte Umsetzung Partizipationsformen (innerhalb des Integrationsparadigmas) sind, die zwischen Teilnahme und Repräsentation schwanken (Torrekens 2009: S. 137f.). Die detaillierte Analyse zeigt, wie eng bemessen die Spielräume dieser repräsentierenden Artikulationen sind. Letztendlich unterliegen sie einer generellen urbanen Logik der gesellschaftlichen Anerkennung, die wiederum lokalen Verständnissen von Unsichtbarmachungen folgen. Inwiefern diese spezifisch für Brüssel sind, bleibt jedoch offen, weil die Autorin im Format der Fallstudie den dafür notwendigen Vergleich zu anderen Städten nicht zieht.¹¹

Im Anschluss an diese Studien verstehen wir Moscheen und Gebetsräume nicht allein als religiöse, sondern vor allem auch als urbane Orte, die, selbst wenn sie einmal eingerichtet oder gebaut sind und genutzt werden, Räume alltäglicher lokaler Aushandlungsprozesse um Sichtbarkeit und gesellschaftliche Repräsentation sind. Eine Perspektive auf räumliche Verortung, Angebote und symbolische Verortung verläuft deshalb quer zu den Diskursfeldern, die Islam und islamisches Gemeindeleben als ausschließlich religiöse oder ethnische Phänomene in der Stadt betrachten. Zudem gehen wir davon aus, dass sich im Vergleich stadtspezifische Ausformungen von Aushandlungsprozessen herausarbeiten lassen. So könnte beispielsweise anhand einer Stu-

2006, Maussen 2004). Doch auch anderweitiges zivilgesellschaftliches Engagement zählt zu den Feldern, in denen Sichtbarkeit von Islam verhandelt wird (vgl. Amiraux/Jonker 2006; Bentzin et al. 2007).

10 Besonders interessant sind in der Hinsicht die Publikationen, die sich als Handreichungen für die Bewältigung dieses Interaktionsprozesses verstehen (bspw. Leggewie et al. 2002) und sich sowohl an Vereine als auch kommunale Verwaltungen wenden. Vgl. auch Schoppengerd 2008.

11 Péraldi und Samson (2006) gelingt mit ihrer Studie zu politischen Strukturen und Praktiken in Marseille dagegen eine Charakterisierung der Stadt, indem sie Vergleiche zur Pariser Situation und zu anderen Politikfeldern in Marseille ziehen, wo die Stadtspezifik zu jahrelangen, vergeblichen Versuchen geführt hat, eine Zentralmoschee in Marseille zu bauen. Vgl. besonders S. 279-297.

die wie der von Jörn Thielmann, der Aushandlungen um (Un)Sichtbarkeit in Bad Kreuznach untersucht hat, gefragt werden, inwiefern das dort beschriebene Ringen um Anerkennung von der Überschaubarkeit der muslimischen wie nicht-muslimischen Interaktionsfelder einer Mittelstadt geprägt ist (Thielmann 2005). Dieses Ringen wird sich anders artikulieren als Auseinandersetzungen, die sich zwar ebenfalls auf das wirkmächtige national geformte Integrationsparadigma¹² beziehen, aber in einer Hauptstadt mit Repräsentationsanspruch oder einer Großstadt, die sich als Tor zu Welt versteht, verortet sind.

Moscheenlandschaften in Berlin und Hamburg

Um die Frage zu beantworten, wie genau sich islamische Gemeinden in eine spezifische Stadtlandschaft einschreiben und sie prägen, bietet sich der Vergleich als Instrument an.¹³ Wir stellen im ersten Schritt knapp die topographische Situation der jeweiligen islamischen Stadtlandschaften in Berlin und Hamburg vor; daran anschließend gehen wir auf deren symbolische Verortung durch Namensgebungen ein. Diese beiden empirischen Perspektiven sind eng verbunden mit der alltäglichen Sichtbarkeit und Selbstrepräsentation von Moscheevereinen im Stadtraum.

Berlin: Ost-West-Topographie

Eine Langzeitperspektive auf die islamische Stadtlandschaft Berlins zeigt, dass diese in Bewegung ist: Dies betrifft nicht die Summe der Moscheevereine, die seit 1999 zwischen ca. 70-85 schwankt, sondern vielmehr die Anzahl der Gründungen und Schließungen, Verbandszugehörigkeiten und -austritte sowie Namenswechsel. Am auffälligsten waren jedoch lange die Ortswechsel: Vor 1996 sind 15 Berliner Moscheevereine mindestens einmal umgezo-

12 Eine systematische Untersuchung zur Ausformungen des Integrationsparadigmas unter dem Vorzeichen städtischer Eigenlogik steht noch aus und würde die Kritik an dieser dominanten Struktur der Ex- und Inklusion weiter konkretisieren helfen.

13 In Berlin können wir anhand von mehreren systematischen Erhebungen (1996/97 und 2005/06 vgl. Jonker/Kapphan 1999 und Spielhaus/Färber 2006) die Umzüge, Schließungen und Neugründungen von Moscheevereinen nachvollziehen (für keine andere deutsche Stadt ist eine solche Langzeitperspektive möglich). Für Hamburg liegen uns empirische Daten aus unterschiedlichen Untersuchungen vor (Spielhaus 2011; Mihçiyazgan 1990). Diese unterschiedliche Datenlage erlaubt nur einen kontrastierenden Vergleich, d.h. die Ergebnisse zu Berliner Moscheevereinen werden anhand thematischer Stichpunkte der Hamburger Situation gegenübergestellt. Vgl. zur Datengrundlage Berlin Färber/Spielhaus 2010.

gen (einige bis zu vier Mal). Zwischen 1997 und 2006 blieb der Großteil am etablierten Ort, nur noch drei Moscheevereine bezogen neue Räume. Zwischen 2006 und 2010 haben lediglich drei weitere islamische Gebetsräume ihren Standort gewechselt. Die bis in die 1990er Jahre auffällige Mobilität islamischer Vereine kann u. a. als ein Produkt der besonderen stadträumlichen und ökonomischen Situation Berlins nach 1989/90 verstanden werden. So ist die vormals subventionierte Westberliner Wirtschaft seitdem von einer starken Fluktuation im Bereich der Industrie- und Gewerberäume geprägt, die u. a. zu langfristigen Leerständen führte. Moscheevereine haben immer wieder auf eben jene Leerstände von Ladenlokalen oder Fabriketagen mit Anmietung, Umnutzung und Umbau reagiert und diese quasi zwischengenutzt (vgl. Färber 2006).

Zur Veränderung der Topographie islamischer Gebetsräume in Berlin zwischen 1996 und 2009 haben auch Schließungen (etwa zehn) bzw. Zusammenlegungen (drei) beigetragen. Besonders die in Dachverbänden zusammengeschlossenen türkisch-sunnitischen Moscheen haben nach der Phase der ersten Moscheegründungen in den 1970er/1980er Jahren eine „Bedarfsangleichung“ vollzogen. In den Quartieren, in denen sich bis dahin zahlreiche Moscheen angesiedelt hatten, wurden gegen Ende der 1990er Jahre Gebetsräume geschlossen oder zusammengelegt, so dass größere bzw. gleichmäßig große Einzugsbereiche entstanden. Diese Bedarfsangleichung wird die langfristige Planung vermutlich weiter bestimmen.¹⁴

Während die Konstituierung von Moscheegemeinden in möglichst günstig gemieteten Räumen begann, daran anschließend Umzüge und Schließungen keine Seltenheit darstellten und Gemeinden auf diese Weise verschiedene Standorte und Räumlichkeiten „ausprobierten“, befinden sich seit Ende der 1990er Jahre viele der länger bestehenden Gemeinden in einer Phase der Verstetigung. Im Übergang vom Mietobjekt zum Immobilienbesitz¹⁵ materialisiert sich dies auch in der häufig damit einhergehenden stärkeren Sichtbarkeit im Straßenbild: auf Hausfassaden wurden Silhouetten von Minaretten gemalt, stilisierte Minarettaufbauten an Dächern angebracht, aber auch in die Innendekoration wird mit erheblichem Aufwand investiert.

Angesichts der hohen Mobilität und der Zunahme an Immobilienbesitz ist die Tatsache, dass sich eine islamische Stadtlandschaft aus Moscheevereinen in Berlin auf den Westteil der Stadt beschränkt, frappierend. Im Ostteil Berlins befinden sich bis heute ein Gebetsraum, eine private Ausbildungsstätte für Imame und der unter großem Protest errichtete Moscheebau in Berlin-Heinersdorf, der in verdichteter Weise die vielschichtigen, von verschiedenen

¹⁴ Vgl. die Aussage von Verbandssprechern in Färber/Spielhaus 2010: S. 101.

¹⁵ Mit dem Kauf eigener Räume können gefestigte Gemeinden der Unsicherheit auslaufender Mietverträge begegnen, ihre Kosten auf lange Sicht verringern und auch ihr Angebot zielgruppenspezifisch ausweiten, z.B. für Jugendliche und Frauen der Gemeinde.

AkteurInnen vorangetriebenen Aushandlungsprozesse zeigt: neben dem lokalen Moscheeverein und seinem Verband waren an den Auseinandersetzungen und Verhandlungen einzelne und organisierte AnwohnerInnen, LokalpolitikerInnen, SenatorInnen, BundespolitikerInnen, Schlichtungsvereine und der Beauftragte für Integration und Migration beteiligt.¹⁶

In der topographischen Teilung der Stadt zeichnet die (Nicht-)Präsenz von Moscheevereinen den innerstädtischen Verlauf der Mauer auch zwanzig Jahre nach ihrem Verschwinden nach. Diese Teilung ließe sich darauf zurückführen, dass der Ostteil der Stadt für sichtbar Andere, ob phänotypisch oder durch religiöse Symbolik markiert, als Gefahrenzone verstanden wird. Darüber hinaus könnten Wohnortnähe und Verkehrsanbindung alltagspraktische Gründe für die Beibehaltung Westberliner Standorte darstellen (vgl. dazu ausführlich Färber/Spielhaus 2010). Insgesamt lässt sich die Verteilung Berliner Moscheen als de-zentral, um mehrere Verkehrsknotenpunkte in Westberlin gruppiert, charakterisieren. Sichtbarkeit erscheint so als ein momentanes Ergebnis von Aushandlungsprozessen, an denen lokale wie translokale AkteurInnen und Institutionen beteiligt sind.

Hamburg: Zentrum-Peripherie-Topographie

Im Hamburger Stadtgebiet sind etwa 56 Moscheen angesiedelt (Stand 2010), die neben den täglichen Gemeinschaftsgebeten vielfältige Formen religiöser Bildung und Praxis anbieten. Im Gegensatz zu Berlin, wo sich die einzelnen Standorte neben zwei Verdichtungen in Kreuzberg/Neukölln und Wedding über den westlichen Teil der Stadt verteilen, lässt sich in Hamburg eine eindeutige Konzentration von 19 Moscheevereinen im Stadtteil St. Georg (Bezirk Mitte) feststellen.

Ein weiterer Unterschied zu Berlin, wo es bisher lediglich begrenzt erfolgreiche Bemühungen um die Bildung eines übergreifenden Moscheezusammenschlusses gegeben hat, ist die „Schura Hamburg“, einer der ersten regionalen Zusammenschlüsse in Deutschland. Der Hamburger Einigungsprozess war von zwei scheinbar gegenläufigen Entwicklungen geprägt, in denen vielfältige Aushandlungen ineinander gegriffen haben: zum einen die Ausdifferenzierung der Vereinslandschaft mit der Gründung zielgruppenspezifischer Vereine und Gemeinden, die auch kulturelle und ethnische Differenz betonte und in einigen Fällen bestehende Konflikte in den Herkunftsländern vor Ort

¹⁶ Ein Argument von AnwohnerInnen gegen den Bau einer Moschee im nordöstlich gelegenen Stadtteil Heinersdorf war der Verweis auf die wenigen dort wohnenden MuslimInnen und die Befürchtung, dass der Moscheebau zu einem Zuzug führen könnte. Kreuzberg sei für einen solchen Bau der geeignetere Stadtteil. Dass auch dort geplante Moscheebauten schon in den frühen 1980er Jahren auf Ablehnung gestoßen sind, zeigt Uli Bahr (2006).

thematisierte; zum anderen die Vereinigung derselben in einem Verband zur politischen Interessenvertretung gegenüber dem Bundesland Hamburg, die sich aus einem erstarkten Gemeinschaftsgefühl aufgrund der Religionszugehörigkeit speiste und andere Aspekte von Identität und Zugehörigkeiten übertrug (Spielhaus 2011: 105-130).¹⁷ Die Gründung einer einheitlichen, zentralisierten Instanz muslimischer Repräsentation ist Ergebnis lokaler politischer Konstellationen, in denen sich Forderungen von und an MuslimInnen verbanden.¹⁸

Räumlich haben sich diese Ausdifferenzierungs- und Vereinigungsprozesse vor allem in St. Georg um die bereits 1969 von der „Gesellschaft der türkischen Arbeiter zur Gründung und Errichtung einer Moschee in Hamburg und Umgebung e.V.“ gegründete Centrum-Moschee herum vollzogen. Nachdem der Verein zunächst ein Souterrain-Ladengeschäft am Hansaplatz, unweit des Hamburger Hauptbahnhofs, gemietet hatte, erwarb er 1977 das ehemalige Hammoniabad einige Straßen entfernt. Dieses Gebäude wurde schrittweise in eine deutlich sichtbare Moschee umgebaut: Durch die Darstellung einer klassischen osmanischen Moschee in einer Fassadenmalerei und die zwei 1992 aufgesetzten Minarette sowie einen Kuppelaufsatz ist es heute als Moschee deutlich erkennbar.

Aufgrund ihrer Größe und Zentralität war die „Centrum-Moschee“ (trotz ihrer vor allem türkisch dominierten Vereinsgremien) Anlaufpunkt für MuslimInnen verschiedener Herkunft und schließlich Ausgangspunkt für die Diversifizierung muslimischen Vereinslebens. Heute sind in direkter Nachbarschaft 11 islamische Gebetsräume zu finden, die teils von mehreren Gemeinden genutzt werden und sich entlang der Grenzen nationaler Zugehörigkeiten oder religiöser bzw. politischer Orientierungen bildeten. Ein besonderes Merkmal dieses komplexen Zentrums der Hamburger Moscheenlandschaft sind „Minderheitenmoscheen“, die nicht verbandlich organisiert sind und in keinem anderen Stadtteil zu finden sind.

Zugleich avancierte St. Georg, das durch seine Nähe zum Hauptbahnhof gut erreichbar ist und zunehmend eine urbane migrantische Infrastruktur aus Geschäften, Lokalen und Herbergen ausgebildet hat, seit den 1970er Jahren zum Szeneviertel der Stadt. Die sich hier artikulierenden schwulen Lebens-

17 Am Beispiel des Einigungsprozesses zur Schura Hamburg werden Bezüge von der lokalen bis zur europäischen Ebene und darüber hinaus deutlich, die von Narrativen der Identifikation, Viktimisierung und Kommunalisierung, Vorstellungen von Territorialität und Zugehörigkeit begleitet sind (vgl. ebd.).

18 Die Bildung des einheitlichen Ansprechpartners und damit einer zentralisierten Instanz der Repräsentation geht laut darin involvierter muslimischer AkteurInnen auf Repräsentationsanforderung und -angebot zurück: die Forderung von Senatsseite nach einem einheitlichen muslimischen Gegenüber wurde mit dem Angebot verbunden, Anerkennung in Form offizieller Gespräche über den Abschluss eines Staatsvertrags zu führen, die nach Bildung der Schura 2008 aufgenommen wurden und bis heute geführt werden.

weisen werden zunehmend als Kennzeichen einer urbanen Diversität wahrgenommen – jenseits des Bilds einer multikulturellen Gesellschaft (vgl. Haritaworn 2009). Hier wird in besonderer Weise die Aushandlung um Präsenz im Stadtraum sichtbar: Die Konflikte um islamgebundene Homophobie bzw. um gegen MuslimInnen gerichteten Rassismus entzündeten sich hier und werden an diesem Ort ausgetragen. Darin werden die lokalen Kämpfe um urbane Repräsentation wie auch Ambivalenzen von Sichtbarkeit z.B. hinsichtlich von Regulierbarkeit und Angreifbarkeit deutlich (vgl. Schaffer 2008).

Symbolische Verortungen

Neben der *räumlichen* Verortung eröffnet die Namensgebung von Moscheevereinen Anhaltspunkte für die von Vereinsmitgliedern oder Verbänden angestrebte *symbolische* Verortung. Der Vergleich zwischen Berlin und Hamburg liefert in dieser Hinsicht viele Ähnlichkeiten und einige prägnante Unterschiede. Von den vier Namenskategorien, die in der Regel von Moscheevereinen genutzt werden, gehen wir an dieser Stelle nur auf eine, die auf den Stadtraum bezogene ein.¹⁹

Eine Reihe von Moscheevereinen in Berlin und Hamburg trägt Namen, die in erster Linie an ihrer städtischen Lage orientiert sind: u.a. „Neukölln Camii“, „Tegel Selemiye“, „Spandau Yeni Camii“ in Berlin; „Harburg Camii“, „Billstedt Camii“, „Wilhelmsburg 1“ und „2“ in Hamburg. Diese in den Namen eingewobenen Bezeichnungen von Berliner oder Hamburger Stadtteilen bzw. Bezirken verorten die einzelnen Gemeinden innerhalb der Stadt.

Während sowohl in Berlin als auch in Hamburg der türkische Dachverband „Verband Islamischer Kulturzentren“ (VIKZ) eine Metaperspektive auf die Stadt eingenommen hat und durch die Namensgebung eine stadtteilbezogene Orientierung bietet, entwickelte der Hamburger Regionalverband „Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland“ (BIG) eine andere Variante: Die Namen der Moscheen des BIG kombinieren nach einem kohärenten Muster Hamburger Stadtteile mit der Bezeichnung einer repräsentativen osmanischen Moschee in der Türkei und stellen damit translokale Bezüge her, wie z.B. die „Yeni-Beyazit-Moschee“ des Vereins „Islamische Gemeinde Nobistor“, die „Yildiz-Moschee“ des Vereins „Islamische Gemeinde Neugraben“ oder die „Ayasofya-Moschee“ des Vereins „Islamische Gemeinde Wilhelmsburg“. Diese Namen bieten sowohl innerhalb einer Stadt als

¹⁹ Wir unterscheiden folgende vier Kategorien: 1. dialogische, ins Integrationsparadigma eingeschriebene Namen (z.B. „Neuköllner Begegnungsstätte“), 2. auf religiöse Orte/Bauten (z.B. Ayasofya Camii) oder 3. auf Eigennamen oder religiöse Persönlichkeiten verweisende (z.B. Imam Ali Moschee), 4. auf den Stadtraum bezogene (z.B. Spandau Yeni Camii). Vgl. ausführlich dazu Färber/Spielhaus 2010.

auch innerhalb des Angebots eines Verbands Orientierung. Sie können darüber hinaus auch von denjenigen, die diese Gebetsräume nicht nutzen, als eine explizite Sichtbarmachung der lokalen städtischen Verortung gelesen werden. Zudem produzieren sie einen translokalen Raum islamischer Bedeutungsträger.

Urban und stadtspezifisch: Eine Typologie von Moscheen

Die Genese islamischer Stadtlandschaften und die Strategien symbolischer Verortungen haben gezeigt, dass die Ausdifferenzierungen des Feldes „Islam“ in einer Stadt urban und stadtspezifisch sind: Sie sind eng verbunden mit der städtischen Geschichte der Zuwanderung (Arbeitsmarkt, Bildungschancen), dem Immobilienmarkt, orientieren sich an der lokalen Infrastruktur (z.B. ÖPNV) und städtischen Strukturen (z.B. Verwaltungseinheiten) und reflektieren diese in ihren Niederlassungen sowie Namensgebungen. Jeder dieser Aspekte beinhaltet bürokratische, politische, soziale, kulturelle und symbolische Verhandlungsebenen, die zu Aushandlungen innerhalb der Gemeinden und Verbände (z.B. Namensgebung) und zudem häufig zur reflexiven Auseinandersetzung und zu direkten Interaktionen mit anderen städtischen AkteurInnen geführt haben.

In der Gegenüberstellung von empirischen Daten aus Berlin und Hamburg sind deshalb zum einen verbindende Merkmale deutlich geworden, die auf die Etablierung und Ausdifferenzierung islamischer Gemeinden in einer *großen* Stadt zurückgehen (in der z.B. eine Orientierung am ÖPNV und an Stadtteilen notwendig ist). Zum anderen haben sich Aspekte gezeigt, die eine Moscheenlandschaft in Berlin von der in Hamburg unterscheidet und auf die Spezifik der Stadt zurückgeführt werden kann: die markante Konzentration von Moscheevereinen um den Hamburger Hauptbahnhof herum hebt sich deutlich von der an mehreren Verkehrsknotenpunkten verdichteten Westberliner Verteilung ab, in der kein historisch gewachsenes Zentrum der Stadt oder ein zentraler Orientierungspunkt wie ein Hauptbahnhof hineinwirken konnte (Berlin war lange mit de-zentralen Bahnhöfen ausgestattet und der heutige Hauptbahnhof lag in der Phase der Moscheegründungen im (ehemaligen) Grenzgebiet).

Für weitere Forschungen, die mit einer vergleichenden Perspektive der Frage nachgehen, wie urban und stadtspezifisch Islam sein kann, bieten sich als empirisch handhabbare analytische Perspektiven drei Typen von Moscheen an, die wir abschließend vorstellen möchten: die Nachbarschafts-

schee, die Stadtteilmoschee, die Stadtmoschee.²⁰ Sie unterscheiden sich u.a. in der Reichweite und Komplexität der Aushandlungsprozesse, die mit ihrer Planung, Umsetzung und dem Gemeindealltag verbunden sind.

Die *Nachbarschaftsmoschee* bezieht sich auf ein kleinräumiges Quartier mit relativ hohem Anteil an Zugewanderten aus mehrheitlich muslimischen Ländern und ihren Nachkommen. Moscheevereine dieses Typs wurden von der Wohnbevölkerung in der Nachbarschaft gegründet und verleihen ihr als Nachbarschaft überhaupt erst Gestalt, indem sie sie im Lokalen repräsentieren.

Aufgrund dieses starken Bezugs auf das lokale Umfeld, besteht bei der Suche nach einem geeigneten Ort nicht die Notwendigkeit, für eine gute Verkehrsanbindung bzw. ausreichend Parkplätze zu sorgen.²¹ Die über das Gebet hinausgehenden Aktivitäten sind hier am vielfältigsten, weshalb es auch zu Konflikten mit konkurrierenden Einrichtungen und Akteursgruppen im direkten urbanen Umfeld kommen kann (siehe die Kiss-ins von Queers, Drag-Performances, Demonstrationen und Diskussionsveranstaltungen zum Rassismus in der queeren Szene in St. Georg, vgl. Haritaworn 2009); zum anderen tritt die Nachbarschaftsmoschee hier als Repräsentantin einer Gemeinde auch in Interaktion und Kooperation mit anderen (städtischen) Einrichtungen (dem Quartiersmanagement (QM), Volkshochschulen, Kirchen usw.).²² Ob umkämpft oder geteilt – die Nachbarschafts- oder Kiezmoschee definiert sich in großem Maße über den städtischen Nahraum, in dem diese Aushandlungen stattfinden.²³

Die *Stadtteilmoschee* kann sowohl in oben genannten Quartieren liegen, darüber hinaus aber auch in Stadtteilen bzw. Bezirken, die einen wesentlich geringeren Anteil an Wohnbevölkerung mit potenziell muslimischer Herkunft aufweisen. Ihr Standort ist demnach nachrangig auf Wohnortnähe zurückzuführen. Vielmehr zeigt sich, dass hier die von der türkischen Gastarbeitergeneration gegründeten Verbände ein Angebot für ein gesamtes Stadt-

20 Anhand von ästhetischen Kriterien und in Anlehnung an Kraft (2002) und Schmitt (2003) unterscheidet Johanna Schoppengerd fünf Stile von Moscheetypen: 1) traditioneller Stil, 2) Neuinterpretation des traditionellen Moscheebaus, 3) Architektonische Innovationen, 4) Umgebaute Altbauten, 5) Schlichte Gestaltung (Schoppengerd 2008: S. 30f.).

21 Die Parkplatzfrage zählt zu den zentralen Konfliktfeldern im Streit um Moscheebauten und kann gleichzeitig zum Teilen des Konflikts beitragen. (Vgl. Leggewie et al. 2002).

22 Zur besonderen Rolle der Quartiersmanagements in diesem Interaktionsprozess vgl. Hanhörster/Reimann (2007: 77f.).

23 Hier muss gleichzeitig eine notwendige stadtsspezifische Unterscheidung eingeführt werden: Während für Berlin die Bezeichnung „Kiezmoschee“ durchaus plausibel ist und mit „Nachbarschaftsmoschee“ gleichgesetzt werden kann, ist dies für Hamburg eine unbrauchbare Benennung. „Kiez“ meint hier nicht irgendeinen städtischen Nahraum, sondern bezeichnet ausschließlich das Ausgehviertel und vor allem Rotlichtmilieu, das sich um die Reeperbahn in St. Pauli konzentriert.

gebiet geschaffen haben: in Berlin und Hamburg DITIB und VIKZ; in Berlin zudem die Islamische Föderation Berlin, IFB, und in Hamburg das Bündnis Islamischer Gemeinden, BIG.

In Bezug auf das städtische Umfeld stellt sich der zweite Typ als eine potenziell „anonymere“ Form lokaler Präsenz dar mit einem meist weniger weit gefächerten und dafür standardisierteren Angebot. Das Klientel ist unpräziser definiert und wechselnd (zwischen Wochentag und Freitagsgebet, Alltag und Ramadan). Ein Kriterium für die Standortwahl bei diesem Moscheetyp ist ihre gute Verkehrsanbindung.

Die Stadtteilmoschee ist aber vor allem ein Typ, der nur im Plural existiert: Die in engem Kontakt miteinander stehenden einzelnen Vereine sind relativ gleichmäßig im Stadtgebiet verteilt. Die Verbandsperspektive zeigt, dass die Präsenz dieses Moscheetyps auch planerischen Überlegungen unterliegt.²⁴ Diese von den AkteurInnen auf die gesamte Stadt bezogene Perspektive führt aber in Berlin und Hamburg zu unterschiedlichen Gewichtungen: In Berlin ist in nahezu jedem heutigem Westberliner Stadtteil eine entsprechend benannte Moschee von VIKZ und DITIB zu finden. In Hamburg konzentrieren sich diese Stadtteilmoscheen auf den neu zusammengesetzten Bezirk Mitte (inklusive z.B. Wilhelmsburg) und auf Harburg und gehören dem VIKZ und BIG (und darüber hinaus in Altona und Eimsbüttel) an. Eine Rekonstruktion der innerverbandlichen Entscheidungsprozesse, die zu diesem Ergebnis geführt haben, steht noch aus.

Die *Stadtmoscheen*, der dritte Typ eines islamischen Gebetsraumes, stellen nun das genaue Gegenteil zu den Stadtteilmoscheen dar: Sie zeichnen sich durch ihre Einmaligkeit in der Stadt aus. Sie wenden sich an spezifische religiöse Gemeinschaften oder ethnisch-nationale Gruppen, d.h. Minderheiten unter den MuslimInnen in dem jeweiligen städtischen Kontext und heben sich deshalb auch meist sprachlich und durch eine besondere Investition in die symbolische Repräsentation von anderen ab. Temporäre, an bestimmte Ereignisse und Nutzungen gebundene Moscheen können ebenfalls zu diesem Typ gerechnet werden (so z.B. der Sportraum in der TU Berlin oder aber die abwechselnd genutzten Gebetsräume in St. Georg). Eines verbindet diesen Typ von Moschee: Ihr Einzugsgebiet umfasst die gesamte Stadt. Deshalb ist für die Stadtmoschee nicht allein ein verkehrsgünstig gelegener Standort unerlässlich; sie benötigt in einigen Fällen auch eine besonders große Fläche, was in seltenen Fällen in Bauvorhaben mündet. Bei repräsentativen Moschee(um)bauten einer Stadtmoschee ist Sichtbarkeit „unvermeidlich“ und wird mit Verweis auf die besondere Repräsentationsaufgabe gegenüber der

²⁴ Die von Basisvereinen gegründeten Moscheen wurden zu einem bestimmten Zeitpunkt zusammengelegt oder geschlossen, um eine gleichmäßige Verteilung entsprechend wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu realisieren. Ausschlaggebend war hierbei eine langfristige Planung (Vgl. Färber/Spielhaus 2010).

Verwaltung und der meist kritischen Anwohnerschaft angeführt (vgl. bspw. Maschhari-Zentrum und Khadija-Moschee in Berlin; Ibrahim-Khalil Moschee in Hamburg). Dass andererseits gerade die lange etablierten und an orientalisierende Baustile angelehnten Moscheen, wie die Şehitlik-Moschee in Berlin und die Imam Ali-Moschee in Hamburg, auch in touristische Praktiken einbezogen werden, zeigt, dass sie zu den stadtspezifischen Sehenswürdigkeiten und damit zur urbanen Landschaft an sich zählen.

In Berlin gibt es jedoch keine Stadtmoschee, die eine auf urbane und stadtspezifische Charakteristika zurückgehende herausragende Stellung einnimmt wie die Hamburger „Centrum Moschee“. Deren Status als Stadtmoschee geht sowohl auf ihre zentrale Lage zurück – eine stadtspezifische Möglichkeit, die in Berlin aufgrund eines fehlenden Zentrums nicht gegeben ist. Sie lässt sich auch in ihrer auf Sichtbarkeit angelegten gebauten Form feststellen und wird von ihrem Namen repräsentiert: Die Kombination aus Stadtname – auf Türkisch „Hamburg Merkez Camii“ (Merkez = Zentrum) – in dem sich Ortsbezug und Funktionsbezeichnung treffen, artikuliert ihren Bedeutungsanspruch als zentrale Moschee der Stadt, den sie nicht nur für den eigenen Verband, sondern auch für die in St. Georg und darüber hinaus angesiedelten Moscheen selbstbewusst einnimmt – und der sie zur Repräsentantin für andere städtische Institutionen werden lässt.

Diese drei Moscheetypen leiten sich zum einen aus den sie unterscheidenden Charakteristika und ihrem stadtübergreifenden Auftreten her. Wird darüber hinaus die Frage nach der spezifischen Form der Sichtbarkeit als situatives Ergebnis von Aushandlungen gestellt, so sind die Akteurskonstellationen und gegebenenfalls Konfliktstrukturen je nach Typ anders aufgespannt – und in lokalspezifische Politiken eingebunden.

Fazit

Die Präsenz von Islam und MuslimInnen in der Stadt ist sowohl in urbane als auch in stadtspezifische Modi der Artikulation und Repräsentation eingebunden, in dominante gesellschaftliche Vorstellungen von Islam in Europa und darüber hinaus in transnationale Zusammenhänge, die Möglichkeiten der Artikulation von Präsenz vor Ort bestimmen. In diesem Artikel haben wir uns auf die Aspekte der Sichtbarkeit und Repräsentation konzentriert, die es ermöglichen, aktuelle Fragestellungen der Stadtforschung zu nutzen, um die eingetretenen Pfade der Islamforschung zu verlassen. Ausgangspunkt war ein Verständnis von Sichtbarkeit als situatives Ergebnis von Aushandlungsprozessen um die legitime Übersetzung von Präsenz in gesellschaftliche Repräsentation.

Nachdem islamische Präsenz in Europa zunächst unter Migration subsumiert und daran anschließend vom Sicherheitsdiskurs dominiert wurde, ver-

spricht eine Betrachtungsweise von MuslimInnen als urbane AkteurInnen in europäischen Städten zusammen mit Fragen nach der Stadtspezifität komplexere Ergebnisse, die wir hier für zwei Städte vergleichend betrachtet haben. In diesem Sinn sehen wir die vorgeschlagene Typologie als ein Denkangebot, das die urbanen Dimensionen der islamischen Moscheenlandschaften einfängt, die durchaus auch translokale und nationale Machtverhältnisse beinhalten. Darüber hinaus macht sie die Stadtspezifität empirisch greifbar, indem sie Analyseeinheiten mit klaren Kriterien und historisch nachverfolgbaren Spuren schafft.

Ob von einer Stadttypik entlang von Größe und regionaler Stellung ausgehend oder aber von historisch gewachsenen Bedeutungsebenen, wie sie das Imaginäre der Stadt zu umreißen versucht: Im Lokalen beobachtbare Aushandlungsprozesse um Sichtbarkeit werden im Vergleich als urbanes, lokal- und stadtspezifisches Ergebnis eines machtvollen Prozesses lesbar, in dessen Verlauf aus städtischen Präsenzen urbane Repräsentationen werden. Urbane Moscheenlandschaften sind ein Ausdruck dieser Prozesse.

Literatur

- Anthias, Floya (2008): Thinking through the lens of translocational positionality: an Intersectionality frame for understanding identity and belonging, in: *Translocations: Migration and Social Change*, 4, 1, pp. 5-20.
- Asad, Talal (2003): *Formations of the secular: Christianity, Islam, modernity*. Stanford, Calif.: Stanford UP.
- Attia, Iman (2009): *Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Bahr, Uli (2006): Moscheebau in Kreuzberg, in: Spielhaus, Riem; Färber, Alexa (Hg.): *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*. Berlin: Schriftenreihe des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, S. 80-84.
- Begum, Halima; Eade, John (2005): All Quiet on the Eastern Front? Bangladeshi Reactions in Tower Hamlets, in: Abbas, Tahir (Hg.): *Muslim Britain: Communities under Pressure*. London und New York: Zed Books, pp. 179-193.
- Beinhauer-Köhler, Bärbel; Leggewie Claus (2009): *Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung*. München: C. H. Beck.
- Bentzin, Anke; Dayyeli, Jeanine E.; Durdu, Ayfer; Kosnick, Kira; Spielhaus, Riem (2008): *Islam auf Sendung. Islamische Fernsehsendungen im Offenen Kanal*. Berlin: Dayyeli.
- Berking, Helmut; Löw Martina (Hg.) (2008): *Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung*. Frankfurt und New York: Campus.
- Berking, Helmut; Schwenk, Jochen (2011): *Hafenstädte. Bremerhaven und Rostock im Wandel*. Frankfurt und New York: Campus.
- Binder, Beate (2009): *Streitfall Stadtmitte. Der Berliner Schlossplatz*. Köln u.a.: Böhlau.
- Brubaker, Rogers (2004): *Ethnicity without Groups*. Cambridge: Harvard UP.
- Çağlar, Ayşe; Glick-Schiller, Nina (Hg.) (2010): *Locating Migration: Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca: Cornell University Press.
- Césari, Jocelyne (2005): *Journal of Ethnic and Migration Studies* 31, 6.

- Coleman, Simon (2009): The Protestant Ethic and the Spirit of Urbanism, in: Pinxten, Rik; Dikomitis, Lisa (Hg.): When God comes to Town. Religious Traditions in Urban Contexts. New York und Oxford: Berghahn, pp. 33-44.
- Färber, Alexa (2010): Urbane Präsenzen und Repräsentationen. Eine Einleitung, in: Färber, Alexa (Hg.): Stoffwechsel Berlin. Urbane Präsenzen und Repräsentationen, in: Berliner Blätter 53/2010, S. 7-18.
- Färber, Alexa; Spielhaus, Riem (2010): Zur Topografie Berliner Moscheevereine. Stadträumliche Voraussetzungen und urbane Kompetenzen in der Sichtbarmachung, in: Färber, Alexa (Hg.): Stoffwechsel Berlin. Urbane Präsenzen und Repräsentationen, in: Berliner Blätter 53/2010, S. 96-111.
- Halm, Dirk (2008): Der Islam als Diskursfeld. Bilder des Islams in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag
- Hanhörster, Heike; Reimann, Bettina (2007): Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung von Berlinerinnen und Berlinern mit migrantischer Herkunft. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin.
- Haritaworn, Jin (2009): Kiss-Ins and Dragqueens: Sexuelle Spektakel von Kiez und Nation, in: AG Queer Studies (Hg.): Verqueerte Verhältnisse. Intersektionale, ökonomiekritische und strategische Interventionen. Hamburg: Männerschwarm, S. 41-65.
- Hüwelmeier, Gertrud; Kristine Krause (2010): Der Heilige Geist im Gewerbegebiet. Transformationen der religiösen Landschaft Berlins am Beispiel pentekostaler Netzwerke, in: Färber, Alexa (Hg.): Stoffwechsel Berlin. Urbane Präsenzen und Repräsentationen, in: Berliner Blätter 53/2010, S. 83-95.
- Jonker, Gerdien; Amiraux, Valérie (Hg.) (2006): Politics of Visibility. Young Muslims in European Public Spaces. Bielefeld: transcript.
- Jonker, Gerdien/Kapghan, Andreas (1999): Moscheen und islamisches Leben in Berlin. Miteinander leben in Berlin. Die Ausländerbeauftragte des Senats. Berlin.
- Kemper, Jan; Vogelpohl, Anne (Hg.) (2011): Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte – Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Larsson, Göra; Egdūnas, Račius (2010): A Different Approach to the History of Islam and Muslims in Europe: A North-Eastern Angle, or the Need to Reconsider the Research Field, in: Journal of Religion in Europe 3, 3, pp. 350-373.
- Leggiewie, Claus; Joost, Angela; Rech, Stefan (2002): Der Weg zur Moschee – eine Handreichung für die Praxis. Bad Homburg v.d. Höhe: Herbert-Quandt-Stiftung.
- Lindner, Rolf (2003): Der Habitus der Stadt. Ein kulturgeografischer Versuch, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, Band 147, Heft 2 Neue Kulturgeographie, S. 46-53.
- Lindner, Rolf (2008): Textur, *imaginaire*, Habitus – Schlüsselbegriffe der kulturalistischen Stadtforschung, in: Berking, Helmuth; Löw, Martina (Hg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt/Main: Campus, S. 83-94.
- Maussen, Marcel (2004): Policy discourse on mosques in the Netherlands 1980-2002: Contested constructions, in: Ethical Theory and Moral Practice 7, pp. 147-162.
- Metcalf, Barbara Daly (Hg.) (1996): Making Muslim space in North America and Europe. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- metroZones (Hg.) (2011) Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt. Berlin: Assoziation A.
- Miçiyazgan, Ursula (1990): Moscheen türkischer Muslime in Hamburg. Dokumentation zur Herausbildung religiöser Institutionen türkischer Migranten. Hamburg: Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales.
- Peraldi, Michael; Samson, Michael (2006): Gouverner Marseille. Enquête sur les modes politiques marseillais. Paris: La Découverte.

- Schaffer, Johanna (2008): *Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung*. Bielefeld: transcript.
- Schiffauer, Werner (1997): *Fremde in der Stadt*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Schmidt, Garbi (2011): Understanding and approaching muslim visibilities: lessons learned from a fieldwork-based study of Muslims in Copenhagen, in: *Ethnic and Racial Studies* 4, 28, pp. 1-14.
- Schmitt, Thomas (2003): *Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung*. Flensburg: Deutsche Akademie für Landeskunde, Selbstverlag.
- Schoppengerd, Johanna (2008): *Moscheebauten in Deutschland. Rahmenbedingungen, Fallbeispielanalyse, Empfehlungen für die kommunale Ebene*. Dortmund: TU Dortmund.
- Semán, Pablo (2011): Pfingstkirchen als Ausweg aus der Armut? Religiosität und Alltag in Buenos Aires, in: metroZones (Hg.): *Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt*. Berlin: Assoziation A, S. 67-84.
- Spielhaus, Riem (2006): Organisationsformen islamischer Gemeinden, in: Spielhaus, Riem; Färber, Alexa (Hg.): *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*. Berlin: Schriftenreihe des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, S. 12-17.
- Spielhaus, Riem (2011): *Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung*. Würzburg: Ergon Verlag.
- Spielhaus, Riem; Färber, Alexa (Hg.) (2006): *Islamisches Gemeindeleben in Berlin*. Berlin: Schriftenreihe des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration.
- Thielmann, Jörn (2005): The shaping of Islamic fields in Europe – A case study in south-west Germany, in: Nökel, Sigrid; Tezcan, Levent (Hg.): *Islam and the New Europe – Continuities, Changes, Confrontations*. Yearbook of the Sociology of Islam Vol. 6. Bielefeld: transcript, pp 152.177.
- Torrekens, Corinne (2009): *L'islam à Bruxelles*. Brüssel: Université de Bruxelles.
- Wimmer, Andreas; Glick-Schiller, Nina (2002): Methodical nationalism and beyond: nation-state building, migration and the social sciences, in: *Global Networks* 2, 4, pp. 301-334.

Sergiu Novac

Post-secular Bucharest? The Politics of Space in the Case of the 'Cathedral of National Redemption'

Zusammenfassung: Dieser Artikel setzt sich kritisch mit dem Begriff der ‚postsäkularen Stadt‘ am Beispiel des Bauprojekts für eine Patriarchenkathedrale in Bukarest auseinander. Im Folgenden wird herausgearbeitet, dass Bukarests ‚Postsäkularität‘ das Resultat einer sich verändernden politischen Machtkonfiguration zwischen der orthodoxen Kirche und dem rumänischen Staat ist. Diese Machtkonstellatation hat direkten Einfluss auf die Gestaltung städtischen und öffentlichen Raums in Form eines offiziellen Narrativs, welches die Forderungen anderer städtischer Akteure nach Diversität im öffentlichen Raum negiert.

The idea that the world might be stepping into a ‘post-secular’ age and that religion is in the process of becoming public has caused a lot of debates among scholars in recent years. Not only does this imply that religion is given increasing importance in the public sphere and thus in the political field, too, but the post-secular thesis goes further and questions even the political arrangement of Western states, based on a secular modernity ideal. Well known authors such as Habermas (2006) and Taylor (2007) have started to speak of a ‘post-secular society’ and to experiment with the idea of a ‘post-secular turn’ (Habermas 2008, McLennan 2010), according to which religion has to be granted more attention in the public sphere than before.

It is the purpose of the present article to critically engage with this debate and to contribute to the discussion by introducing a case study that reveals alternative interpretations of the post-secularism thesis. Within the broader understanding of ‘post-secularism’, indicating that “within secularized social structures of modern late capitalism, religions [...] are very much present and will not disappear [...]” (Beaumont in Molendijk, Beaumont and Jedan 2010: 6), I will focus on the reemergence of religion in cities, because I share the opinion that using religion “as a distinct conceptual category in the relational conceptualization of urban diversity” (ibid.) can lead to novel results in the analysis of urban spaces. But even with respect to cities, the discussion has to be more detailed because the way in which religion becomes relevant does not follow a uniform pattern and does not always lead to urban diversity. Indeed, in most cases that have been studied in the recent academic literature (Baker and

Beaumont 2011), what is “qualitatively new [...], that might be caught by the term ‘post-secularity’, lies in the processes of global mobility that result in the presence in all global cities of religious sub-populations who have not been shaped by the secularization formed by the cultural history that made the West ‘secular’.” (B. Martin in Molendijk, Beaumont and Jedan 2010: 63)

This article will deal with a case in which the re-spiritualizing of urban space has very different reasons, where global mobility is not the only cause for a qualitatively new understanding of the city through the filter of religion. In contrast to the experiences of migration in the cities of the West, religion has reemerged in Eastern European cities as an act of renegotiating an already present tradition. Religion did not necessarily disappear in Eastern Europe; however, what is meant here by reemergence refers to an attempt of the established churches to become political and regain their influence in society after the fall of socialism. This implies the opposition of the globalizing trend of privatization of religion and taking up a strong anti-secular stance (Hann 2000).

Particularly in countries where Orthodox Christianity was the main religious denomination, re-politicizing religion after the fall of socialism was attempted by reconnecting it to the mythologies of the nation. The strong link between nationalism and Orthodoxy was already present long before the modernist secularizing experiment of socialism. It can be argued that even during socialism, at least with regard to the Romanian case, the Orthodox Church did not lose its privileged position in relation to the state, although other religious denominations had to suffer repeated persecutions (Stan and Turcescu 2007). After the collapse of socialism, this link was reinvented by the Orthodox Church, just as the trope of martyrdom was invented by transferring the responsibility of all social evils to socialism and by portraying the Church as an anti-socialist national Messiah¹. The condemnation of socialism by both the Romanian post-socialist governments and the Orthodox Church re-established the close ties between the two institutions, having direct consequences on the production and representations of urban space. Even if the relation between churches and the state during post-socialism has been approached from a variety of disciplinary perspectives in different countries in the region (Hann 2000, Naumescu and Mahieu 2009, Papkova 2011, Stan and Turcescu 2007, Steinberg and Wanner 2008), it is my point of contention that the very important level of the city has been, with very few exceptions (see, for example Sidorov 2000), mostly ignored by the debate and needs further research.

This article picks up this story for the Romanian case, by looking at the most ambitious project of the Romanian Orthodox Church after the fall of so-

1 This leads to a theological question of redemption that the Orthodox Church is reinterpreting in post-socialism, according to which redemption is not possible on an individual level, but at the level of the entire nation (See Stan and Turcescu 2007, pp. 18-25).

cialism: the construction of the patriarchal “Cathedral of National Redemption”. The question mark in the title is explained first by the uncertainties in the concept of ‘post-secular’, an issue which has already been briefly presented, but also by the fact that up to the moment of publication of the present article, the construction works for the cathedral have not started. It is still unclear whether the Romanian Orthodox Church will have the funds to build such an imposing structure, but what is clear is that after twenty years of conflicting claims over certain sites in Bucharest, the Church has finally settled with the solution of building the cathedral next to the Romanian parliament. Whether or not the cathedral will be actually built is not very relevant for the main question of this article, because the negotiations behind the locations and the repeated claims for spaces in the city have actually fulfilled their scope of establishing the position of the Church as a serious political player, powerful enough to shape the city in an important manner.

The first section of this article will give a short historical overview of the connection between orthodox churches and nation building in Eastern Europe at the end of the nineteenth century and then focus on the particular story of Bucharest. It will be argued that the project for a patriarchal orthodox cathedral in Bucharest is not an idea that has gained contour after the fall of socialism, but goes back as far as the modern Romanian state. The second and the third sections will be ‘archaeologies’ of two sites in Bucharest, sites that have been very important in the cathedral debate after the fall of socialism: Carol Park and the Civic Center. Both are important for the discussion of the connection between religion and the city, because they reveal two different aspects of the story. One site reveals the relation between nationalism and religion, which manifests itself in a struggle with conflicting claims over public monuments located in Bucharest. The other site is important because of the relation of religion to socialism, which it reveals from the perspective of the built environment. It is somehow ironic that the faith of the Civic Center of Bucharest, the reference point in terms of ‘high modernist’ (Scott 1998) urban planning schemes in Romanian socialism², will be sealed by adding a grand patriarchal cathedral to the already existing complex of monumental buildings of the state administration.

Before going on with the first section it might be important to note that I do not perceive ‘Orthodox Church’ or ‘the state’ as monolithic actors, but as institutions that have conflicting internal power dynamics and diverging interests. At the same time, these two collective actors are not alone in the political field, be it at the urban, national or global level, but have to interact and negotiate with other secular and religious actors. It is not only the cathedral project that makes up for Bucharest’s candidacy for post-secularity, but also numerous other religious construction projects, like smaller parish

2 See Section 3 for details.

churches, houses of worship, theological institutes or public shrines belonging to different religious cults. However, I argue that as opposed to other religious cults that negotiate their relation to the state in post-socialism, the case of the Orthodox Church stands out, due to the fact that it claims a privileged position as a 'national' church in its relation to the state, a claim it had successfully consolidated during post-socialism.

1. A Cathedral for Every Capital

There is a long tradition of shared responsibility in exerting power between the secular and the religious authority in Orthodox Christianity. The notion of *symphonia* in the Byzantine Empire stood for a very close interconnectedness between the Patriarch and the Emperor, ideally even for the overlapping of the two functions (see Papadakis in Ramet 1988). By the end of the 19th century, the political environment in Eastern Europe had substantially changed, due to the disintegration of the Ottoman Empire and most emerging nations in the region turned to religion in their self-identifying endeavors. Romania was no exception to the trend and this situation created the opportunity for the Orthodox Church to reinvent its *symphonic* ideal and adapt it to the new political circumstances.

The modernizing process generated a double movement that redefined the relation between the Church and the state. In order to be able to explicitly play a role in defining Romanian national identity, the Orthodox Church had to gain independence from Constantinople. This opportunity was provided by a series of laws meant to modernize the country, mainly by the *Secularization Law* from 1863 (See Stan and Turcescu 2007, pp. 18-25). The Orthodox Church became a state institution as part of this process and the clergymen received the same formal status as state bureaucrats. As an institution, the Orthodox Church became central in the spreading of Romanian national identity, because of a very well developed institutional infrastructure that enabled access to the most remote areas of the country. Some authors even argue that the Orthodox Church, just as the 'nation', is the product of the state (Barbu 2004: 289). The Romanian Orthodox Church did not develop in opposition, or even simultaneously to the state, according to a liberal secular formula. It was the liberal Romanian state that gave the Church its *autocephaly* (1872), the promotion to the status of a *Patriarchate* (1925) and the domination over other religious denominations, through the constitutions of 1923, 1938 and even the later constitutions drafted during socialism (see Barbu 2004, pp. 277 onwards). The Romanian case was not unique, but rather fitted a general pattern that was observable in Eastern Europe from the end of the 19th century onwards.

Together with the emergence of new nation states, new capital cities came into being, cities that became the sites of new constructions for state institutions

and for monuments reflecting the hegemonic public memory. At the same time, the new capital cities were also the seats of the newly emerging 'national' orthodox churches. The new dynamics between orthodox churches and nation states had immediate consequences. For instance, cathedral building became the most common way to celebrate the newly acquired national independence, thus influencing in a decisive manner the built environment of the new capital cities: in Sofia the Alexander Nevsky Cathedral was constructed, celebrating the 1877–78 War, in Belgrade a commission responsible for building the Saint Sava Cathedral was formed in 1895, while Moscow already had its national religious monument by that time, the Cathedral of Christ the Savior, celebrating the Russian Empire's victory over Napoleon³. Around the same period Bucharest also witnessed the organization of several commissions responsible for constructing a grand orthodox cathedral. Even if this cathedral, the seat that the Romanian Orthodox Church was longing for in Bucharest, was not constructed, it signaled the beginning of an ongoing struggle over conflicting urban narratives between secular and religious groups.

After the First World War, this struggle became intensified and expanded over other sites, ranging from public parks or monuments commemorating the First World War, up to any kind of sites in the capital city that were important in shaping the public memory of the nation. The Romanian Orthodox Church also expanded its authority and started to have different claims for representation in a country that had almost doubled its territory after the war, incorporating regions where other ethnic groups and religious denominations represented the majority. Along with the annexation of Transylvania to the national territory, a major competitor, the Romanian Greek-Catholic Church emerged, that threatened the domination of the Orthodox Church over official narratives of national identity (see Stan and Turcescu 2007, chap. 5). Due to these reasons, Bucharest became a prominent space of struggle over representations in commemorating the First World War.

The Romanian Orthodox Church picked up the idea of a grand cathedral immediately after the war and made it one of its main claims. After the promotion in 1925 to the status of a Patriarchate, the highest institutional rank in Orthodox Christianity, the claim split in two: first, the need for a new patriarchal seat, second, as already mentioned, the need to celebrate the nation's successes in the war. The name for the building, the 'Cathedral of National Redemption'⁴, which has not been given up by the Orthodox Church up to this date, had also been decided upon around the same period.

3 See Sidorov (2000) for details about the construction after the Napoleonic War, destruction during socialism and reconstruction in post-socialism of the 'Cathedral of Christ the Saviour' in Moscow.

4 An explanatory note regarding the etymology of the name of the cathedral is necessary: the original Romanian name 'Catedrala Mântuirii Neamului' is not entirely captured by the English 'The Cathedral of National Redemption'. In Romanian, 'nation' has the

The interesting point to be made here is that the Orthodox Church has tried to continue the *symphonic* tradition, as if attempting to reestablish a long lost harmony between church and state, by stressing not so much the necessity of a patriarchal seat, but mainly the role that the Orthodox Church has played in defining national identity, a role that, as the argument went on, had to be properly represented in the built environment of the capital city. In terms of actual struggle for space, this meant that several key memorial war sites were attempted to be brought under the hub of the Church. One of the most important, which will be the subject of the next section, was the monument of the 'Unknown Soldier', a crypt containing the earthly remains of an unidentified World War One hero, symbolizing the people that had sacrificed their lives for the country.

The negotiations for the actual start of the cathedral construction project peaked around the time of the outbreak of the Second World War, in the context of the nationalist discourse based on orthodoxy of the legionnaire's movement that took hold on power for a short while during the war. Yet the developments of the war hindered the commencement of any actual construction works. After the end of the war the project for a patriarchal cathedral completely disappeared from the agenda for a long period of time, only to return after the fall of socialism in a transformed manner.

The following two sections will deal with the re-emergence of the cathedral debate in the Romanian public sphere after the fall of socialism, by focusing on two key sites of the city which came into consideration for the future construction. In the case of the first site, Carol Park, the issue that will be raised by this article will deal with the way in which the Orthodox Church enters into an alliance with the Romanian post-socialist regimes, in a common political program of condemning socialism. The Orthodox Church starts to act as the only institution capable of 'healing' the experience of socialism, by re-spiritualizing sites that were invested with symbolic meanings during socialism. The second case will deal with the projects for the cathedral in the 'Civic Center' of Bucharest, another highly politicized space in the geography of the city, and will look at the way in which, after the unsuccessful attempt to claim Carol Park, the Church actually succeeds to re-negotiate its

equivalent 'națiune', while it is very difficult to find an English correspondent for 'neam' that could fully capture the meaning of the term. The closest translation would be 'kin', or extended family. The use of this term by the Orthodox Church is very relevant for the discussion, because it reveals that the national 'community' is imagined according to blood ties, not according to a rights-based political definition, as in the case of the nation. This brings us back to the theological question of whether orthodox canonic law actually considers redemption at the level of the nation possible. In a situation like the one emerging in Romania at present, where the Orthodox Church and the state tighten their relations, this persistent claim of the Church that the 'nation' is to be identified with the 'kin' ('națiune' with 'neam') has direct effects on the urban production of space, very often refusing the right to alternative narratives on urban diversity.

privileged relation with the Romanian state and receives land for the construction of its patriarchal seat next to the Romanian parliament, in the core of the political-administrative district of Bucharest.

2. The Cathedral in Carol Park

As early as 26 January 1990, only one month after the Romanian revolution, the Orthodox Church sent an official request to the City Hall demanding an adequate location for the 'Cathedral of National Redemption' (Gabor and Petcu 2004). Among the preferred spaces that the Church was proposing, one in particular stood out: Carol Park. The park became one of the main spaces of for struggle in the geography of Bucharest in the following years for a series of reasons, ranging from basic geography to national symbols, that the Orthodox Church tried to capitalize upon. After the fall of socialism, the Romanian Orthodox Church picked up the subject of the 'Cathedral of National Redemption' and made it one of the main issues on its agenda. In addition to the claims already present in the interwar period, the lack of a proper seat for the Patriarchy and the 'traditional' closeness between nation and state, a new one was added, namely the need for reparations from the side of the state after the unjust treatment of the socialist regime towards the Church⁵. The open anti-communist discourse that the Orthodox Church adopted became one of the main symbolic claims over spaces in Bucharest, spaces that could be suitable for the construction of a grand cathedral.

Carol Park is located in a central area of Bucharest, close to the 'old' seat of the Patriarchy – a small church located on an elevated site – and to the building of the Romanian parliament, having one of the few elevations in an otherwise flat city, which would have made it suitable for a monumental construction. However, Carol Park is also important for its symbolic value. It was designed and firstly opened to the public in 1906, celebrating the 40 years long rule of Carol I of Hohenzollern, the first monarch of Romania. It was meant to be an expositional park with national character, inspired by the wave of national and universal exhibitions taking place all around Europe at that time. After the First World War the 'Monument of the Unknown Soldier', already mentioned in this paper, was taken to the park and placed on the esplanade overlooking the city, next to an 'eternal flame'. Even today,

⁵ This continues to be a sensitive issue, because among the religious denominations from Romania, the Orthodox Church had a rather privileged position in relation to the socialist regime and high ranking Church officials were in close collaboration with the upper ranks of the communist party. As a consequence, the Romanian Orthodox Church enjoyed a series of privileges even during socialism, as opposed to a number of other churches, like the Greek-Catholic Church, which was openly persecuted by the regime (see Stan and Turcescu 2007, chap. 5).

visitors to Carol Park walking up the esplanade are reminded by golden plates that ‘this is not a playground’, but a ‘sacred area’ (See Fig. 1). Two permanent military guards watch over the ‘Unknown Soldier’ and the eternal flame, underlining the importance of the place for the public memory of the nation. The history of Carol Park became even more burdened with diverging pieces of heritage during socialism, when the ‘Unknown Soldier’ was moved to another location, outside of town. In 1962 the regime inaugurated another monument, this time dedicated to the ‘Socialist Hero’, on the same spot where the ‘Unknown Soldier’ was located before. The new monument was in fact a mausoleum, an ensemble of crypts containing the earthly remains of the first generation of Romanian socialist leaders, flanked by an imposing statue that oversaw the park (See Fig. 2).

Fig. 1: ‘Attention, sacred area!’⁶ – Warning sign for the tomb of the ‘Unknown Soldier’ on the esplanade in Carol Park (photo by author)



Fig. 2: The esplanade in Carol Park, with the monument of the ‘Socialist

6 The full translation of the warning sign is: ‘Attention, sacred area! / The tomb of the Unknown Soldier / Access with bicycles, rollerblades, scooters forbidden / This is not a playground!’

Hero' in the background and the monument of the 'Unknown Soldier', with permanent military guard, in the foreground (photo by author)



In 1991 all crypts were opened up and the 'heroes of socialism' were removed and transferred to regular cemeteries across Bucharest. The same year, in a symbolic gesture, the 'Unknown Soldier' was taken back to the esplanade during a religious ceremony, headed by the Patriarch, in the presence of the president, prime-minister and the head of the Romanian senate, among other high state officials. Already at this early stage a certain path dependency could be observed, through which the Church attempted to take over the responsibility for putting things back in 'order' after the fall of socialism.

"The transformation now taking place in the former state socialist nations is path dependent, that is it is shaped by cross-nationally (and sub-nationally) variant historical legacies and current conjunctures. Rather than some simplistic and immediate process of abolition of the economic, political and social structures of state socialism and their replacement by those of an idealized Western capitalism, we see a conflictual and contradictory complex of social actions in which differing groups deploy what resources they have available to secure their position in the new order." (Harloe in Andrusz et. al 1996: 10)

One of the ways in which the 'reordering of worlds' takes place, is through a process of what Verdery calls re-politicizing 'dead bodies' and endowing authority and politics with sacrality or a 'sacred' dimension (1999: 36). I think that the same point can be made for more than just the re-politicizing of 'dead bodies', but for re-politicizing urban space in general, just that space was not an empty container waiting to be filled with meaning after the fall of socialism, but was already highly politicized by previous regimes.

Claims by the Orthodox Church for Carol Park had precedents already in the interwar period, when Miron Cristea, the first Patriarch of the Romanian Orthodox Church, demanded that the new cathedral had to be built either next to the 'Unknown Soldier' in the park, or that the monument had to be moved to where the cathedral would be built. The name of the building, 'The Cathedral of National Redemption', was actually given by Cristea and was explained by the first Patriarch's attempt to create a bond between the Orthodox Church and the victims of the First World War. In spatial terms, this bond could have been only possible by bringing the monument of the 'Unknown Soldier' and the cathedral in proximity to each other. Furthermore, the Orthodox Church in the early nineties was clearly experimenting with strategies that were supposed to bring back the status of an important political player for the institution. In order to be able to claim the right to build in the park after the fall of socialism, the Church had to learn how to deal with the complicated heritage that the park was embodying.

Carol Park was a major site of struggle for a series of reasons: the monarchic legacy and the socialist interventions in the landscape, which were still very present through the imposing statue and the 'Socialist Hero'. In terms of 'competing politicizations of space and time' (ibid.), the strategy that the Romanian Orthodox Church used in order to claim Carol Park followed the same line of pursuing the ideal *symphonic* relation between church and state.

The Church was able to use the opportunity created by the collapse of socialism, in order to establish itself as a close partner of the state.

“Part of reordering meaningful worlds is to sacralize authority and politics in new ways. A ready means of presenting the post-socialist order as something different from before has been to reinsert expressly sacred values into political discourse. In many cases, this has meant a new relation between religion and the state, along with a renewal of religious faith. [...] Among the conflict’s many facets are struggles over the sacralization of politics [...]” (Verdery 1999: 37)

The fact that public monuments became ‘symbolic vehicles’ (Verdery 1999) as part of a political act meant to empower certain actors in times of radical political change was not something specific for Romania. The same process could be observed in other former socialist countries, or even in other localities around the world where abrupt political changes occurred. While similar elements of the equation were identifiable from Berlin to Moscow, their combination very much differed from case to case, according to the specific local histories, interests and political alliances and the particular configurations of secular-religious spheres that came into question. The case of Carol Park suggests that Bucharest tends to follow the path of Moscow, where dealing with the socialist past in terms of the built environment became the ‘mission’ of the Orthodox Church. The case of the reconstructed Cathedral of Christ the Savior in Moscow (Sidorov 2000) represents the most pertinent example in this respect. The case of Bucharest adds to this example by the fact that in Bucharest one does not speak about a re-construction, because the city did not have a cathedral which was demolished during socialism. However, the planned cathedral is still perceived as an act of restoration by the Orthodox Church, and by this mainly intended to be a symbolic restoration of the state-church relation and a return to an idealized form of political alliance between the two.

Furthermore, in Bucharest, as opposed to Moscow, the Church faced a series of obstacles that hindered the project. The result was that all through the 1990’s the location for the future cathedral was changed several times, with several committee’s and public architectural contests being organized, all of which ultimately failed to reach a decision.

One of the most surprising obstacles, closely connected to the story of Carol Park, was that the cathedral project faced public opposition. In 2004 the Orthodox Church made a second request for land in Carol Park, after an unsuccessful attempt had already been made in 1997. 2004 was the year of the general elections and the center-left government granted the request, counting on the cooperation of the Church in the coming elections. These hasty pre-election agreements had become the established norm for negotiating particular interests between the Orthodox Church and governing parties in the post-socialist transition period. The fact that the park, including the socialist monument, was listed as a national heritage site was not a serious ob-

stacle for the planned cathedral. The minister of culture took the matter in his own hands and personally declassified the monument from the heritage list, even if from a legal point of view this decision should have been only possible with the written agreement of the independent National Committee for Historical Monuments, an agreement that never existed.

The attempt to disassemble the socialist monument was met by a large number of protesters. The public protest, articulated around the 'Save Carol Park' slogan, was not intended to be an anti-religious campaign and it did not aim directly at the cathedral project or at the Orthodox Church. The protesters motivated their presence in the park through the lack of transparency in the way the monument had been declassified and through the fact that a construction site would substantially reduce the green area of the park. Because it was formulated as a pluralist 'right to the city' protest, it attracted a large number of people and ultimately put the demolition works on halt⁷. Soon afterwards the political party in power lost the elections and Carol Park was given up as a possible location. After the elections, the Orthodox Church started another set of negotiations with the new center-right wing government for yet another location for the cathedral, negotiations that proved to be more successful, as the following section will show.

3. The Cathedral in the 'Civic Center'

There were not many alternative locations to Carol Park, which could have suited the construction of a grand cathedral. One of the few centrally located alternatives was the Civic Center, the new central area of Bucharest built during late socialism. The case of finding a place for the 'Cathedral of National Redemption' somewhere in the area of the 'Civic Center' of Bucharest proved to be at least as contested as Carol Park, but for different reasons. This part of the city represented the most prominent socialist legacy in Romanian architecture and planning, with its landmark, 'The House of People', present day Parliament of Romania, presumably the second largest public building in the world, which unwillingly became the main selling brand of the city after the fall of socialism. The monumental, and still unfinished, complex of administrative buildings, the never-ending 'Unirii' Boulevard, former 'Victory of Socialism' Boulevard, the still unfinished National Library, the empty lot adjacent to the boulevard, where the state celebrations should have taken place and, of course, the 'House of People', create a wasteland punctured, at considerable walking distances, by intimidating monumental buildings.

⁷ The campaign also resulted in a lawsuit against the Ministry of Culture and Cults, which was won, after it was proven that the monument was declassified illegally from the heritage list by the minister of culture.

Before focusing on the plans for the cathedral in this area, a closer view at what it stands for in the geography of Bucharest might be useful. The 'New Civic Center' was the result of a larger program of settlement redevelopment conducted in late Romanian socialism, called *systematization*, a program that was supposed to reshape the entire settlement network of the country, from villages to the capital city, according to the changing needs of the socialist society (Sampson 1984). As opposed to other socialist countries, like the GDR⁸, Romania did not show much interest towards urban centrality until the late sixties. The new perception of total planning, which started to be implemented in the early seventies, changed this situation. The effect was that several new grand construction projects for central urban areas were launched, *civic centers* that were supposed to redefine Romanian cities according to the ideals of the socialist city and take up main political-administrative functions. Among these projects, the one for the 'New Civic Center' of Bucharest was the largest and the most important on the priority list of the government.

After 1989 construction works in the area of the Civic Center were stopped and the project was left partly unfinished. The challenge for the new local governments was to somehow deal with this anachronistic part of the city. The first attempt in this direction did not have anything to do with the cathedral project. The 'Bucharest 2000'⁹ project was meant to be the first master plan initiative for Bucharest after 1989, which should have provided alternatives exactly for the problem at hand: the desertedness of the unfinished new center of town. The winning solution mainly opted for crowding the area with more tall constructions, so as to cover the intimidating dimensions of the already existing public buildings.

After having announced the winning project, the 'Civic Center' was declared a 'development area of national interest', taxes were dropped in order to stimulate investments and a governmental agency called the 'Bucharest 2000 Development Agency' was formed, which was supposed to work in close cooperation with the city in order to oversee the project. However, the political environment and the conflicting interests made the realization of a project of such size impossible at that time.

8 "A principal characteristic of the socialist city concept is the dominance of the city centre. Its special significance is outlined in the *Sixteen principles of urban development*, established by the GDR government in 1950. These state: 'The centre is the heart of the city, it is the political centre for its citizens. The most important political, administrative and cultural establishments are in the city centre. On the central squares, political demonstrations, parades and festivals on public holidays take place. The city centre with squares, main avenues and voluptuous buildings (skyscrapers in the big cities) determines the architectural silhouette of the city. Squares are the structural basis for urban development.'" (Häußermann in Andrusz et. al, 1996: 217)

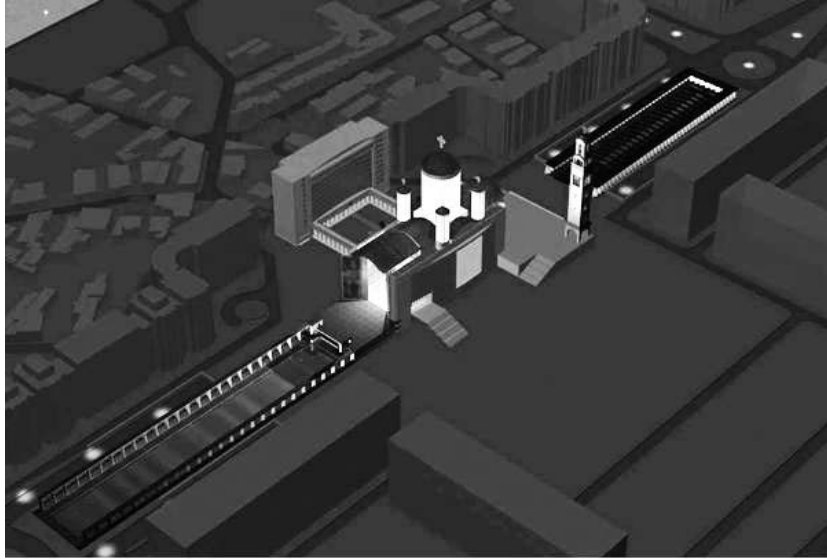
9 See the volume *Bucuresti 2000* (1997), that presents the idea behind the project, the actors involved and the winning solutions.

In 1999, after the first failed attempt of the Church to get Carol Park in its property, the city decided to allocate land for the construction in the Civic Center. This decision made it obvious that the local officials had no intention to push for the initial 'Bucharest 2000' plan anymore and that they were looking for new alternative solutions for the area. The site that was offered for the cathedral was 'Unirii (Union) Square', the main intersection of the Civic Center. The representatives of the Orthodox Church at first seemed very satisfied with this new location. They seized upon the opportunity of the first visit of Pope John Paul II to Romania in order to organize a common religious ceremony, where the Pope and the Patriarch blessed the location of the future cathedral. The same year a public architectural competition was organized by the Orthodox Church for the design of the new cathedral.

Participation in the public competition was very low, because experts considered the site in 'Unirii Square' to be unsuitable for the construction of a large building. The site is one of the busiest traffic nodes of the city and has two underground levels, one for the river that is redirected under the square, the other for the most important metro junction of the city. With no valuable projects in the competition that would have solved the difficulties imposed by the site and without public support, the location had to be given up.

One year later, in 2000, during the first months in office of the new mayor of Bucharest, who would become president of the country four years later, another detailed urban plan was decided upon in a city council meeting placing the cathedral once again in the Civic Center, but this time two blocks further away from the previous location, right in the middle of the 'Unirii' boulevard. The Church accepted this compromise solution and organized a new public competition in 2002, where local architects participated in high numbers. Augustin Ioan, the author of the winning project of this competition (Ioan 2003) explained in his statement the opportunity of a cathedral in that location in similar terms to those of the 'Bucharest 2000' project. His solution opted for placing the cathedral in the middle of the boulevard and directing the traffic underneath the building. By blocking the boulevard, the cathedral would have created a counterpart for the oversized building of the parliament, located at the other end of it. Furthermore, a complex of four urban squares would have been created, facilitating the mobility of pedestrians and considerably decreasing walking distances needed for crossing the Civic Center (See Fig. 3). This second and last public competition for the cathedral represented an interesting compromise between the Church and the architects that were involved. The Church, although unsatisfied with the location and with the somewhat modernist approach of the competing projects, went along with the partnership because it needed public support. Even one of the most radical conditions set by the architectural jury's commission, to give up the pompous name of 'The Cathedral of National Redemption' for 'Saint Andrews Cathedral', was formally accepted by the Romanian Orthodox Church.

Fig. 3: Winning project of a team lead by arch. Augustin Ioan for the 2002 Patriarchal Cathedral competition (credits Augustin Ioan)



Soon afterwards the representatives of the Church engaged in negotiations with construction companies and started to search for possible funding opportunities for the cathedral. It seemed that the walk on the ‘via dolorosa’ of finding a location for the cathedral in Bucharest had finally come to an end. But this turned out to be wrong, because in the meantime the government had negotiated a more profitable investment opportunity with a development company from abroad for a modern multifunctional center, called the ‘Esplanada City Center’, in the exact same location where the cathedral was supposed to be built. The search for a suitable location continued with another failed attempt in Carol Park in 2004, already mentioned in the previous chapter and finally returned to the Civic Center one year later in yet another location.

The final location that is agreed upon by the Church in the Civic Center is next to the imposing building of the parliament, on the hill overseeing the city. The parcel of land that is transferred into the property of the Church by the state is located in the back of the parliament and is surrounded by the parliament fence. The Church takes up the opportunity of constructing the largest religious building of the country next to the main institutions of the state, in order to spatially confirm its close collaboration (See Fig. 4). After all the other failed attempts, the Church enters direct negotiations with the state government, refusing to involve urban experts or the local government in the matter. The authority granted to the Orthodox Church by the new government after 2004

made negotiations on almost equal terms between the two institutions possible and silenced or ignored the voices of other actors that were critical either towards the location of the future cathedral, or to the project itself.

Fig. 4: Vlad Nancă, ‘Proposal for the National Redemption Cathedral’ (2004).¹⁰



Building the patriarchal cathedral next to the parliament, in the monumental complex of the Civic Center, is interpreted by the Orthodox Church as a sort of settling of accounts, after the repeated injustices that previous regimes, especially socialism, had inflicted upon it. However, this decision runs deeper: at least in the present configuration of power, with the governing political party very much favoring the collaboration of the Church in matters that exceed its spiritual attributions, this decision comes as a confirmation of the successful redefinition of the Church-state relations, which was the main point on the agenda of the Orthodox Church since the early nineties.

¹⁰ The image shows a frontal view of the ‘House of People’, present day Parliament of Romania. Vlad Nancă came up with his artistic solution to the debate of where the future cathedral should be placed in 2004, at a point when the final location, next to the Parliament, was not yet an issue. Ironically, the last location that was decided upon for the cathedral confirms Nancă’s poster, because the building will be located behind the Parliament and will be taller than it.

5. Conclusion

While officially insisting upon the fact that a grand cathedral in the core of the political-administrative center of the Romanian state would come as a reparation of the injustices of socialism, the representatives of the Church do not question the fact that this political-administrative center is a product of the centralizing efforts of the same socialist state that they are blaming. It seems almost as if for the Church the problem with the ‘authoritarian high modernist’ (Scott 1998) Civic Center project of Bucharest is not the intimidating size, the unequivocal statement of power, or the fact that entire neighborhoods were destroyed in order to build it, but that the Orthodox Church was not represented in the project from the very beginning. ‘The Cathedral of National Redemption’ is not supposed to constitute a counterpoint for the monumentality of the Civic Center complex, but it is actually supposed to compete with the ‘Palace of Parliament’, by being taller and even more imposing and thus only confirming the statement of power that the area already expresses.

The ‘Cathedral of National Redemption’, built next to the ‘Palace of Parliament’ in the Civic Center of Bucharest, will set the stage for a new understanding of the relation between state and religion. The cathedral does not ‘redeem’ the high-modernist project of the civic center, on the contrary, it enforces the ‘authoritarian gaze of the state’ (Scott 1998). The only difference is that the state starts to have an altered meaning through this process, stepping much closer to the *symphonic* ideal of shared state-religion rule that the Orthodox Church has always been aiming for.

Bucharest continues to be a site of continuous struggle of various social groups over representation in conflicting models of urbanity. It might be too much to say that the post-socialist transformation of the city will be completed through the construction of the patriarchal cathedral, leading to what has been referred to as a ‘post-secular’ city. However, placing the seat of the Patriarchy of the Romanian Orthodox Church at the core of the country’s political-administrative center will certainly shift the state-religion balance in favor of the Romanian Orthodox Church, both on an urban level, as well as on a national level, and radically change the cityscape of Bucharest for years to come.

References

- Barbu, Daniel (2004): *Rebublica absentă: Politică și societate în România postdecembristă*. București: Nemira. For translated version, see (2009) *Die abwesende Republik*, Berlin: Frank & Timme Verlag.
- Beaumont, Justin (2010): *Transcending the Particular in Postsecular Cities*. In Molendijk, Arie L, Beaumont, Justin, and Christoph Jedan, eds. (2010): *Exploring the Postsecular: The Religious, the Political and the Urban*. Leiden: Brill.

- Beaumont, Justin and Baker, Christopher (eds.) (2011): *Postsecular Cities: Religious Space, Theory and Practice*. Continuum Publishing Corporation.
- Bucuresti 2000 (1997): *Concurs international de urbanism*. (International urbanism competition). Bucuresti: Simetria.
- Gabor, Adrian and Petcu, Adrian (2004) *Catedrala patriarhala din Bucuresti – o istorie a esecurilor*. (The patriarchal cathedral in Bucharest – a history of failures). *Revista Rost*, nr. 14-15 (online available on www.rostonline.org, retrieved January 15, 2012)
- Habermas, Jürgen (2006): Religion in the public sphere. In *European Journal of Philosophy* 14 (1): P. 1-25.
- Habermas, Jürgen (2008): Notes on Post-Secular Society. In *New Perspectives Quarterly* 25 (4), 17-29. (Retrieved September 3, 2011)
- Hann, Chris (2000): Problems with the (de)privatization of religion. In *Anthropology Today* 6:14-20.
- Harloe, Michael (1996): Cities in Transition. In Andrusz, Gregory D, Michael Harloe, and Iván Szelényi, eds. (1996) *Cities After Socialism: Urban and Regional Change and Conflict in Post-Socialist Societies*. Oxford: Blackwell.
- Häußermann, Hartmut (1996): From the Socialist to the Capitalist City. In Andrusz, Gregory D, Michael Harloe, and Iván Szelényi, eds. (1996): *Cities After Socialism: Urban and Regional Change and Conflict in Post-Socialist Societies*. Oxford: Blackwell.
- Ioan, Augustin (2003): *Concursuri pentru Catedrala Patriarhală Ortodoxă: 1999–2002*. (Competitions for the Orthodox Patriarchal Cathedral: 1999–2002). București, Noi Media Print.
- Martin, Bernice (2010): Contrasting Modernities: 'Postsecular' Europe and Enspirited Latin America, In Molendijk, Arie L, Beaumont, Justin, and Christoph Jedan, eds. (2010): *Exploring the Postsecular: The Religious, the Political and the Urban*. Leiden: Brill.
- McLennan, Gregor (2010): The Postsecular Turn. *Theory, Culture & Society*, 27 (4) 3-20.
- Naumescu, Vlad and Mahieu, Stephanie (2009): *Churches in-between: Greek Catholic Churches in Eastern Europe*. Berlin: LIT Verlag.
- Papadakis, Aristide (1988): The Historical Tradition of Church-State Relations under Orthodoxy, in Ramet, Pedro, ed.: *Eastern Christianity and politics in the twentieth century*. Durham: Duke University Press.
- Sampson, Steven L. (1984): *National Integration Through Socialist Planning: An Anthropological Study of a Romanian New Town*. Boulder, Colorado: East European Monographs.
- Scott, James C. (1998): *Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*. New Haven: Yale University Press.
- Sidorov, Dmitri (2000): National Monumentalization and the Politics of Scale: The Resurrections of the Cathedral of Christ the Savior in Moscow. In *Annals of the Association of American Geographers* 90(3): 548-572. (Retrieved September 3, 2011)
- Stan, Lavinia, and Turcescu, Lucian (2007): *Religion and Politics in Post-Communist Romania*. Oxford: Oxford University Press.
- Steinberg, Mark D. and Wanner, Catherine (2008): *Religion, morality and community in post-Soviet societies*. Bloomington: Indiana University Press.
- Taylor, Charles (2007): *A secular age*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.
- Verdery, Katherine (1999): *The Political Lives of Dead Bodies: Reburial and Postsocialist Change*. New York: Columbia University Press.

Rauf Ceylan

„Muslimische Zigeuner“: Etablierten-Außenseiter-Figuration in einem multikulturellen Stadtteil – am Beispiel von türkeistämmigen Migranten, Westthrakien-Türken und türkischsprachigen Roma

Zusammenfassung: Die Entwicklung mancher multikultureller Stadtteile in Deutschland wird in der jüngeren Vergangenheit von zwei Prozessen begleitet: Zum einen von religiösen Prägungen, primär durch islamische Einrichtungen, die vielfältige Einflüsse auf den lokalen Alltag ausüben. Zum anderen durch den Zuzug neuer muslimischer und türkischsprachiger Einwanderergruppen aus Osteuropa. Diese versuchen, sich vor Ort in die bereits von den zuvor anwesenden türkeistämmigen Muslimen etablierten religiösen und kulturellen Strukturen zu integrieren. Die vorliegende Abhandlung skizziert auf der Basis von Interviews und teilnehmender Beobachtung in dem Duisburger Stadtteil Hochfeld das Verhältnis der türkischsprachigen Muslime aus Bulgarien – als jüngster Einwanderergruppe – zu anderen, „alteingesessenen“ muslimischen und türkischsprachigen Gruppierungen. Die Analyse und Erklärung dieser komplexen Gruppenbeziehungen im Quartier sollen im Folgenden anhand der Theorie der Etablierten-Außenseiter-Figuration erfolgen.

1. Industrialisierung, Urbanisierung, Migration – am Beispiel des Ruhrgebiets

Das Ruhrgebiet hat sich mit dem Siegeszug des Kapitalismus und der Steigerung der Industrieproduktion in ethnisch-kultureller sowie infrastruktureller Hinsicht zu einem komplexen Mikrokosmos entwickelt. Da die Expansion des industriellen Sektors allein durch Binnenmigration nicht möglich gewesen wäre, sind neben einheimischen Arbeitskräften auch Arbeitsmigranten aus dem Ausland in den wachsenden Ballungsraum zugezogen. Industrielle Revolution und Urbanisierung gingen also mit einer Bevölkerungsexplosion einher (Gerber 2011: 44ff.), wobei letztere insbesondere auf den Zuzug der ‚Ruhrpolen‘ und die durch sie initiierten Kettenmigrationsprozesse seit den 1890er Jahren zurückzuführen ist (Oltmer 2010: 27). Dabei handelte es sich bei den etwa 300.000 immigrierten ‚Ruhrpolen‘ „um eine ethnisch und kulturell homogene Gruppe [...], die im Zuge des damals von Bismarck betriebenen ‚Kulturkampfes‘ eigene nationale Bewusstseins- und Organisationsformen in Deutschland entwickelte (zum Beispiel in polnischen Sparkassen, Verbänden, Chören, Sportvereinen)“ (Kaluza 2002: 699). Die komplementären Strukturen waren vor dem Hintergrund des Assimilationsdrucks im Rah-

men einer Germanisierungspolitik identitätsstiftend und führten zu einer stärkeren Gruppenkohäsion (Oswald 2007: 50). Sie übernahmen eine wichtige Schutzfunktion, indem sie Möglichkeiten zur Befriedigung sozialer und religiöser Bedürfnisse boten und in diesen Räumen die Binnenintegration ermöglichten. Dadurch wurde das polnische Nationalbewusstsein gestärkt und auf der Basis einer stabilen Identität die gesellschaftliche und politische Partizipation der Polen gefördert (Schuleri-Hartje; von Kodolitsch 1989: 32f.).

Die Region Rhein-Ruhr war seit der Etablierung der Wirtschaftsfelder der Stahl- und Eisenindustrie sowie des Steinkohleabbaus – abgesehen von Zeiten wirtschaftlicher Rezession und Stagnation – ein florierender Wirtschaftsraum. So auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Industrienation Deutschland wieder auflebte und der Bedarf an Arbeitskräften wiederum nicht von deutschen Arbeitern gedeckt werden konnte. Wieder wurden ausländische Arbeitsmigranten, die diesmal überwiegend aus südeuropäischen Ländern kamen, (zunächst) für die Arbeit in den Bergwerken benötigt. Nach dem Abschluss von Anwerbeverträgen sollten diese Arbeitsmigranten dann ihren Beitrag zum ‚Wirtschaftswunder‘ in dieser Region leisten (Herbert 2001: 202ff.).

Das ‚Zweite Goldene Zeitalter‘ wirkte bis zum Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre, verblasste dann aber allmählich durch die wirtschaftsstrukturelle Transformation von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft (Wachten; Nadrowski 2005: 351). Infolge von ‚Rationalisierungsprozessen‘ verloren viele Arbeiter ihre Arbeitsplätze. Die Armut in der Ruhrgebietsregion ist in den letzten Jahren massiv angestiegen, besonders deutlich erkennbar an der Zunahme der Hartz-IV-Empfänger (Deutscher Paritätischer Gesamtverband 2011: 8f.). Zwar versuchen die Ruhrgebietsstädte gegenwärtig, mit Projekten wie ‚Metropole Rhein Ruhr‘ auf die Urbanität und die Standortfaktoren dieser Region – mit immerhin 3 Millionen Einwohnern der drittgrößte europäische Ballungsraum – hinzuweisen (Metropole Rhein-Ruhr 2011). Eine Metropole zeichnet sich weder durch wirtschaftliche oder demografische Schrumpfung aus, sondern durch Wachstum.

Obwohl das Ruhrgebiet als polyzentrischer Verdichtungsraum also nicht mehr die wirtschaftliche Attraktivität der Vergangenheit aufweist, sind doch weiterhin Einwanderungsprozesse zu verzeichnen. Die historischen Wurzeln der Migrationsmetropole und die zahlreichen ‚ethnischen Kolonien‘ üben offensichtlich auch gegenwärtig noch eine starke Anziehungskraft auf Migranten aus. Dies verdeutlichen die neuen türkischsprachigen muslimischen Minderheiten aus Bulgarien. Allein im Stadtteil Duisburg-Hochfeld sind in den letzten Jahren laut amtlicher Statistik 1.800 Personen aus Südosteuropa – überwiegend Roma – eingewandert.¹ Die tatsächliche Zahl liegt wahrschein-

1 Der Stadtteil Duisburg-Hochfeld weist eine Migrantenquote von etwa 65% auf. Für nähere Informationen zur Bevölkerungszusammensetzung und Sozialstruktur: Stadt Duisburg u.a. 2010.

lich noch viel höher. So sollen laut Schätzung lokaler Akteure allein 4.100 Roma aus Bulgarien in den genannten Stadtteil zugezogen sein (WAZ 2011). Neben der massiven Diskriminierung und den rassistischen Verfolgungen aufgrund des Herkunftskontexts,² die als Push-Faktoren wirken, besitzen für diese Menschen die in Deutschland vorhandene ethnische Ökonomie und die Existenz sozialer Netzwerke eine maßgebliche Bedeutung – sie fungieren als Pull-Faktoren. Innerhalb der ethnischen Ökonomie sind die Neu-Einwanderer im untersten Segment beschäftigt, zum Beispiel als Tagelöhner auf dem Bau von türkischen Unternehmern. In verschiedenen Gebieten von Duisburg existieren sogar Treffpunkte, wo sich junge Männer jeden Morgen versammeln, um von Bauunternehmern – häufig migrantische Kleinunternehmer – abgeholt zu werden. Der Tageslohn als Estrichverleger oder Maurer beträgt kaum mehr als 30 Euro. Die erkennbare Ausbeutungsstruktur ist schon aus anderen Branchen bekannt, etwa aus der Gastronomiebranche (Ceylan 2006: 233ff.).

Die nachfolgend am Beispiel Duisburg-Hochfelds dargestellten Beziehungen zwischen alten und neuen Einwanderergruppen stützen sich auf langjährige, seit 2001 kontinuierlich durchgeführte Erhebungen und Feldforschungen in Duisburg und im Stadtteil Hochfeld. Der Aufsatz kann außerdem an zentrale Ergebnisse einer größeren systematischen Untersuchung des Verfassers anknüpfen, in der mit Bezug auf Duisburg bereits Mitte der 2000er Jahre erste Konflikte zwischen türkeistämmigen Einwohnern und Westthrakien-Türken erkannt, sowie der Zuzug von vor allem türkischsprachigen Roma erstmals als neues Phänomen diskutiert wurden (Ceylan 2006). Vor diesem Hintergrund stellt der vorliegende Beitrag eine Fortsetzung der längerfristig angelegten Analyse des Beziehungsgeflechtes der drei genannten Gruppen dar. Empirisch basiert er auf neuen Interviews sowie auf teilnehmenden Beobachtungen in Migrantenselbstorganisationen und der lokalen Ökonomie.

2. Alte Außenseiter, neue Etablierte: Türkischsprachige Migranten aus der Türkei und aus Westthrakien

Die türkeistämmigen Migranten in Deutschland blicken mittlerweile auf eine 50-jährige Einwanderungsgeschichte zurück. In diesen fünf Jahrzehnten hat die inzwischen etwa drei Millionen Personen umfassende Migrantenpopulation zahlreiche komplementäre, eigenethnische Strukturen in verschiedenen westdeutschen Großstädten errichtet. Hierzu zählen in besonderer Weise reli-

2 Wie die Abschiebepraktiken des französischen Präsidenten Sarkozy gezeigt haben, bleiben die Roma auch in Ländern mit einer langen Menschenrechtstradition nicht vor staatlichen Übergriffen verschont.

giöse Strukturen bzw. Einrichtungen, von denen in Deutschland etwa 2.500, meist in sozialräumlich segregierten Wohngebieten, existieren. Aufgrund von äußeren Zuschreibungsprozessen und aufgrund der besonderen ‚Paria-Situation‘ sahen die türkeistämmigen Migranten bis in die 1970er Jahre hinein – trotz der offensichtlichen ethnisch-kulturellen Heterogenität und der Binnenkonflikte – in der türkischen Sprache einen gemeinsamen Bezugspunkt. Trotz zahlreicher Segmentations- und Ausdifferenzierungsprozesse innerhalb der türkeistämmigen *Community* können noch heute die gemeinsame Sprache und die besondere Migrationssituation bei gemeinsamen politischen Anliegen wirksam werden (wie etwa in jüngster Vergangenheit in der Initiative gegen die Modifizierung des Zuwanderungsgesetzes in Bezug auf die Erschwerung des Ehegattennachzugs). Die Gemeinsamkeiten und Gemeinschaftsgefühle werden auf lokaler Ebene durch die Aufenthaltsdauer verstärkt, da man sich inzwischen in Wohngebieten wie Berlin-Kreuzberg oder Duisburg-Marxloh als Alteingesessene versteht.

In den 1990er Jahren wurde die auf politische Interessen gestützte Gruppenkohäsion der türkeistämmigen *Community* auf Stadtteilebene durch zwei neue Prozesse herausgefordert: durch Re-Ethnisierungsprozesse unter den türkeistämmigen Kurden, sowie durch den Zuzug von Westthrakien-Türken. Bei den Re-Ethnisierungsprozessen unter den kurdischen Migranten aus der Türkei handelt es sich um eine Fortsetzung der im Herkunftskontext existenten politischen Spannungen, die durch die Gründung kurdischer Vereine in Deutschland reproduziert wurden (Keskin 2005: 224f.). So entflammte nicht nur ein Generationskonflikt zwischen den Kindern und Eltern, die sich überwiegend türkisch und auch kemalistisch definierten, sondern es kam darüber hinaus in einigen Stadtteilen zu interethnischen Konflikten (primär mit der türkischen Population). Dieser Konflikt entwickelte eine Eigendynamik und stärkte auf beiden Seiten – i.e. der türkisch- und der kurdischsprachigen *Community* – (Selbst-)Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Die eigene Identität, wenngleich sie aufgrund sozialer Entfremdung vom Herkunftsland wie im Falle der kurdischen und türkischen Jugendlichen nur eine symbolische Identifikation darstellt, wurde immer in Abgrenzung zum ‚Anderen‘ bzw. mithilfe der dem jeweils ‚Anderen‘ zugeschriebenen Verhaltensweisen definiert und gestärkt. Dieser Prozess war und ist ebenso in anderen europäischen Einwanderungsländern, in denen kurdische Migranten leben, zu beobachten (Amman 2001: 186ff.). Für Minderheitengruppen wie die Kurden bedeuten diese Konflikte eine zusätzliche Exklusion und führen mithin häufig zum Rückzug in die eigenethnische Gruppe. Ähnlich können sich Türken³

3 Eine ähnliche Gefahr ist derzeit im Kontext der Neonazi-Morde zu erkennen, da offensichtlich primär die türkeistämmige Gruppe das Ziel der identifizierten Terrorzelle war. Dieses Mal wird den staatlichen Behörden nicht nur ein Mangel an Schutzmaßnahmen vorgeworfen, sondern ihnen wird zudem eine gewisse ‚Komplizenschaft‘ unterstellt.

verhalten, wenn sie den deutschen Behörden unterstellen, sie nicht ausreichend gegen die Übergriffe seitens kurdischer Gruppen zu schützen (ebd.: 246ff.).

Der andere, für diesen Beitrag interessantere Prozess resultiert aus dem Zuzug der Westthrakien-Türken, die in Form einer Kettenmigration aus Nordgriechenland einwanderten und in der Migrations- und Stadtforschung bislang kaum Berücksichtigung fanden. Historisch hängt die politische und rechtliche Situation der Minderheit der Westthrakien-Türken in Griechenland mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches zusammen (Moser; Weithmann 2002: 97). Die Minderheit der ‚Bati-Trakyalı-Türkler‘ (türk. für Westthrakien-Türken) kämpft seit dem türkisch-griechischen Abkommen zum ‚Bevölkerungsaustausch‘ im Jahre 1923 für den Erhalt ihrer türkisch-muslimischen Identität in der nordgriechischen Region Westthrakien (Riedel 2005: 160ff.). Konfessionell sind die etwa 150.000 Westthrakien-Türken sunnitisch orientiert, wie die muslimische Hauptströmung in der Türkei. Aus einer türkischen Außenperspektive betrachtet, waren die Westthrakien-Türken immer die ‚etwas anderen Türken‘, weil sie seit Jahrzehnten vom Kernland, der Türkei, abgespalten lebten und eigene Normen, Traditionen sowie alt-türkische Dialekte pflegten. Obwohl die Westthrakien-Türken selbst eine heterogene Gruppe sind (ethnische Türken, türkisierte und islamisierte Roma, Pomaken), werden sie lediglich als ‚Bati-Trakyalı-Türkler‘ wahrgenommen. Griechenland forcierte diesen Akt der Homogenisierung durch eine gezielte Assimilationspolitik. Dies verdeutlicht das Beispiel der Pomaken in Westthrakien, die – um den Einfluss Bulgariens einzudämmen – im Rahmen der verfolgten Identitätspolitik als slavisierte und islamisierte Griechen konstruiert und dargestellt wurden (ebd.: 260ff.). In gleicher Weise werden aus politischen Gründen die Westthrakien-Türken bis heute nicht über ihre Sprache oder ihre ethnischen Herkunft definiert, sondern über ihre islamische Religion (Öksüz 2006: 22). Vor diesem Hintergrund konstatiert Samim Akgönül: „The Muslim minority of Western Thrace faces several problems, but ‚confusion of identity‘ is the most significant one. While the minority elite claim themselves to be an ethnic minority (Turkish – which is largely supported by Ankara), the Greek authorities insist that they are instead a religious minority“ (Akgönül 2002: 145). Unabhängig von dem Elitendiskurs der Minderheit sind die Begriffe ‚Westthrakien-Türke‘ und ‚Muslim‘ zu Synonymen geworden. So ist es nicht überraschend, dass auch für die Konstruktion einer eigenen Wir-Identität der Westthrakien-Türken in Deutschland ethnische und sunnitisch-muslimische Faktoren eine zentrale Rolle spielen.

Migrations- und stadtsoziologisch relevant ist vor diesem Hintergrund der Versuch dieser Minderheit, sich als Arbeitsmigranten in die ethnischen, kulturellen, sozialen und religiösen Strukturen der türkeistämmigen Migranten zu integrieren. Denn als Arbeitsmigranten sind die Westthrakien-Türken zeitlich später als die türkeistämmigen Migranten nach Zentral- und Westeuropa

gezogen. Sie zählen nicht zu den türkischen Pioniermigranten, die 1961 nach Deutschland kamen. Politische Repressalien sowie anhaltende ökonomische Probleme – welche nicht unabhängig voneinander zu denken sind – lösten die Migrationsbewegungen aus Westthrakien erst später aus: Nach der Zypernkrise 1974 verschlechterte sich die ökonomisch ohnehin angespannte Situation der Westthrakien-Türken; in Griechenland wurden zusätzliche politische und rechtliche Einschränkungen beschlossen (Ackermann 2000: 51ff.; Oran 1986: 111ff.). In Folge der nach 1974 erfolgten Migrationsprozesse leben gegenwärtig über 15.000 Westthrakien-Türken in Deutschland. Das sind etwa 10% der Gesamtpopulation dieser ethnischen Gruppe in ihrem Herkunftskontext (Ackermann 2000: 57ff.).

Seit den 1990er Jahren versucht diese Migrantengruppe nun, in ihren städtischen Einwanderungskontexten einerseits die eigene Identität als Westthrakien-Türken zu bewahren und andererseits als türkische Muslime von der türkeistämmigen *Community* in Deutschland anerkannt zu werden. Wie am Beispiel der DDR und der BRD zu sehen ist, können zwei Bevölkerungen, die für längere Zeit in unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen lebten, im Laufe von einigen Jahrzehnten eine andere soziale und kulturelle Entwicklung durchmachen und kulturelle Antagonismen (‘Wessis’ vs. ‘Ossis’) ausbilden (Voigt 1998: 241ff.; Geißler 2002: 49ff.). Ein ähnlicher Prozess lässt sich in Duisburg-Hochfeld zwischen den Westthrakien-Türken sowie den türkeistämmigen Migranten bis in die zweite Hälfte der 2000er beobachten. Die Westthrakien-Türken waren Stigmatisierungsprozessen durch die schon länger anwesenden türkischen Arbeitsmigranten ausgesetzt, die ihre Integration in deren bereits fest gefügten sozialräumlichen Strukturen erschwerte. Dieser Vorgang war geprägt durch die Interdependenz von positiven Autostereotypen und negativen Heterostereotypen. Durch dichotome Kategorisierungen wurde das Bild von der eigenen ‘Gruppe’ jeweils in Abgrenzung zu den ‘Anderen’ konstruiert. Diese Stereotypisierung durch verallgemeinernde Charakterisierungen und Kategorisierungen der ‘Anderen’ führte zu selektiv gesetzten räumlichen Demarkationslinien im Stadtteil. Während die ethnisch-ökonomische sowie religiöse Einrichtungen ganz pragmatisch frequentiert wurden, gründeten die Westthrakien-Türken bald eigene soziale und kulturelle Einrichtungen, um ihre Interessen im Stadtteil und in der Kommune besser vertreten und die Gruppenstigmatisierung seitens der etablierten türkeistämmigen Bewohner erfolgreicher abwehren zu können (Ceylan 2006: 199ff.).

3. Neue Außenseiter, alte Mechanismen: Die türkischsprachigen Roma-Gruppen aus Bulgarien

Die Westthrakien-Türken bilden heute infolge neuer Einwanderungsprozesse aus Bulgarien in der Wahrnehmung der türkeistämmigen Bewohner kein „Ghetto im Ghetto“ (Geißler 2002: 204) mehr, die Rivalitäten scheinen abzunehmen. Seit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre ist in Industriestädten wie Duisburg der Zuzug von türkischsprachigen Gruppen aus Bulgarien festzustellen, die überwiegend der Gruppe der Roma zuzuordnen sind. Bevor also eine wirkliche Etablierten-Außenseiter-Figuration (Elias; Scotson 1993) zwischen den Westthrakien-Türken und den türkeistämmigen Migranten entstehen konnte, wurde das Gruppenverhältnis durch den Zuzug neuer Einwandergruppen neu definiert.

In Duisburg-Hochfeld kam es bis zu den frühen 2000er Jahren auch deshalb nicht zu einer Entstehung und Verfestigung einer stabilen Etablierten-Außenseiter-Figuration, weil die Westthrakien-Türken im Stadtteil sehr selbstbewusst auftraten. Trotz einer ungleichen Machtbalance reagierten sie auf Ausgrenzungen und negative Zuschreibungsprozesse durch die schon länger ansässigen türkeistämmigen Bewohner mit Gegenstigmatisierungen. Das Selbstwertgefühl und die starke Kohäsion der als Außenseiter wahrgenommenen Westthrakien-Türken haben die Internalisierung der Außenseiterrolle in den ersten Phasen ihrer Immigration hinausgezögert. Aus verschiedenen Gründen zeigten sie starke Zusammengehörigkeits- und Gruppensolidaritätsgefühle, denn bereits im Herkunftskontext hatten sie sich gegenüber Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozessen politisch wehren müssen. Diese gemeinsamen Erfahrungen in Westthrakien sorgten im untersuchten Stadtteil für eine starke Kohäsion und ein ‚Wir-Gefühl‘. Sie sorgten darüber hinaus auch für eine stärkere Reflexion und die Selbstbewusstwerdung eben dieser positiven Gruppen-Merkmale. Die Re-Formulierung der Gruppen-Charakteristika fiel in der Migrationssituation daher nicht schwer; mussten sie diese im Herkunftsland gegenüber der griechischen Bevölkerung und dem Staat konstruieren und kommunizieren, so müssen sie nun in der Migrationssituation gegenüber den türkeistämmigen Migranten geltend gemacht werden.

Zu erwähnen ist ferner, dass sich die Westthrakien-Türken als Träger der türkisch-osmanischen Kultur verstehen. Trotz aller politischen Repressalien und der Assimilationspolitik Griechenlands hätten sie – nach eigener Darstellung – ihre türkisch-muslimische Identität bewahren können. Dies sei eine Leistung, die, so die entsprechenden Interviewaussagen, ihrer Auffassung nach nur die türkisch-muslimische Minderheit in Westthrakien erbracht hätte. In Ländern wie Bulgarien dagegen, in welchen die Türken slawische Namen annehmen mussten und infolge der anti-türkischen Politik sogar Moscheen geschlossen und türkische Tänze und Hochzeiten verboten wurden (Ludwig 1995: 209ff.), war man nicht so erfolgreich. Der politische Widerstand gegen

Assimilationsversuche ist im historisch-kollektiven Gedächtnis der Westthrakien-Türken besonders präsent. Allerdings ist anzunehmen, dass die Machtposition der alteingesessenen Türkeistämmigen längerfristig ausgereicht hätte, um den Widerstand zu ‚brechen‘ und im untersuchten Stadtteil Duisburg-Hochfeld ein stabil-asymmetrisches Beziehungsgeflecht zwischen Etablierten und Außenseitern herzustellen. Dazu sollte es jedoch nicht kommen. Infolge des Zuzugs von türkischsprachigen Roma aus Bulgarien haben die Gruppenbeziehungen zwischen den türkeistämmigen Migranten und den Westthrakien-Türken in Duisburg-Hochfeld eine andere Qualität bekommen. Eine neue, sozial schwache Gruppe ist nun in diesen Stadtteil migriert und in die Gruppenbeziehungen eingetreten. Anders und eindeutiger als im Falle der Beziehung zu den Westthrakien-Türken haben die türkischsprachigen Roma die Rolle der Außenseiter zugeteilt bekommen und diese dann auch relativ schnell angenommen. Diese konfliktsschwachen neuen Migrantengruppen haben die im Einwanderungskontext erfahrenen Zuschreibungen nicht wie die Westthrakien-Türken relativ früh mit Gegenstigmatisierungen zurückgewiesen; sie haben daher die Entwicklung einer Etablierten-Außenseiter-Figuration auch nicht hinauszögern können.

Die alteingesessenen türkeistämmigen Migranten haben sich im Laufe der letzten fünf Jahrzehnte aus ihrer ehemaligen eigenen Außenseiterrolle heraus zur dominanten Bevölkerungsgruppe im Stadtteil Duisburg-Hochfeld entwickelt (Ceylan 2006: 113ff.). Zahlenmäßig machen sie zwar nur ein Fünftel des Stadtteils aus, doch haben sie einen privilegierten Zugang zu sozialen Ressourcen und lokalen Schlüsselpositionen. Sie verfügen ferner über formelle und informelle Netzwerke, besitzen eine eigene ethnische Ökonomie und haben zahlreiche politische und religiöse Vereine errichtet. Ein Teil von ihnen wohnt in den besser situierten Straßenzügen des Stadtteils. Einige Mitglieder der *Community* stellen politische Vertreter im Rathaus, besitzen eigene Medien (die auch im Stadtteil ihre Räumlichkeiten haben) oder sind erfolgreiche und einflussreiche Geschäftsleute. Allerdings zählen die ökonomischen Aufsteiger und die Immobilienbesitzer im Stadtteil quantitativ zu den Randgruppen; es besteht also keine große sozioökonomische Kluft zu den neu eingewanderten Migrantengruppen. Denn im Stadtteil lebt auch ein großer Anteil von türkeistämmigen Migranten, die Sozialtransferleistungen empfangen oder nur gering entlohnte Arbeiten ausführen. Bedeutsam für die Selbstpositionierung ist, dass die Neu-Belebung des von Deindustrialisierungsprozessen gekennzeichneten Stadtteils – unabhängig von individuellen Lebensläufen – als Kollektivleistung aller türkischen Migranten und somit als gemeinsame Biografie betrachtet wird. Sie selbst haben über Jahre hinweg ihre eigenen Erfahrungen mit der Außenseiterrolle gemacht; umso mehr wollen sie heute ihre neue Machtposition verteidigen.

Aufgrund dieser eigenethnischen Systeme verfügen die ‚alteingesessenen‘ türkischen Migranten darüber hinaus über ein beachtliches politisches Mobi-

lisierungspotenzial und damit über eine Definitionsmacht, welche die soziale Abgrenzung gegenüber den neuen Migrantengruppen ermöglicht. Während den Westthrakien-Türken – trotz eines relativ gleichen sozioökonomischen Status, der gemeinsamen türkischen Sprache und der islamisch-sunnitischen Religion – u.a. den griechischen Einfluss auf ihre ‚kulturellen‘ Lebensweisen vorgeworfen wurde, scheinen die türkisch-muslimischen Roma als Projektionsfläche für alle negativen Entwicklungen des Stadtteils weit besser geeignet zu sein. Wie es Norbert Elias und John L. Scotson in ihrer Studie beschrieben haben, werden dabei die besten Eigenschaften für die eigene Gruppe in Anspruch genommen, obgleich sie nur für einen kleinen Teil der vermeintlich Etablierten gelten:

„Wie die Untersuchung in Winston Parva lehrte, neigte eine Etabliertengruppe dazu, einer Außenseitergruppe die ‚schlechten‘ Eigenschaften der ‚schlechtesten‘ ihrer Teilgruppe, ihrer anomischen Minorität, zuzuschreiben. Und umgekehrt wird das Selbstbild der Etabliertengruppe eher durch die Minorität ihrer ‚besten‘ Mitglieder, durch ihre beispielhafteste oder ‚nomischste‘ Teilgruppe geprägt. Diese pars-pro-toto-Verzerrung in entgegengesetzter Richtung erlaubt es den Etablierten, ihre Glaubensaxiome vor sich und anderen als begründet zu erweisen: sie haben immer Belege dafür parat, dass die eigene Gruppe ‚gut‘ ist und die andere ‚schlecht‘“ (Elias; Scotson 1993: 13).

Neben ökonomischen Erfolgen sowie der dominanten Infrastruktur wird der gemeinsame Normenkanon, die ‚türkische Kultur‘, akzentuiert. Somit steht eine Teilgruppe stellvertretend für die Gesamtgruppe. Den türkischsprachigen Roma aus Bulgarien dagegen wird ein Normenverfall attestiert. Verstärkt wird diese Sichtweise dadurch, dass die neuen Bewohnergruppen innerhalb des Stadtteils in den schlechtesten Straßenzügen wohnen. Assoziiert werden mit ihnen Phänomene wie Prostitution, Bettelmafia, Kriminalität und Schwarzarbeit,⁴ obwohl entsprechende Verknüpfungen bereits vor dem Einzug der neuen Migrantengruppen mit den türkischen Männer-Cafés innerhalb der Netzwerke der türkeistämmigen Einwohner hergestellt wurden (Ceylan 2006: 207ff.). Diese Zuschreibungen können den Charakter einer *Self-fulfilling prophecy* einnehmen, die im Rahmen der Theorie des *Labeling Approach* zutreffend beschrieben wird. Demnach ist Devianz ein Produkt sozialer Zuschreibungen:

„Der Mechanismus der Etikettierung treibt Menschen in abweichende Karrieren, zur Übernahme devianter Lebensstile und in abweichende Subkulturen. Dabei spielt es eine Rolle, von sozialen Bezügen abgeschnitten zu werden. [...]. Auf diese Weise trägt die Gesellschaft gerade durch die Etikettierung einiger Mitglieder als abweichend sowie durch deren Aus-

4 So hat sich z.B. der Hochfelder Verein „Zukunftsstadtteil Hochfeld“ in einem als ‚Notruf‘ deklarierten offenen Brief an den NRW-Innenminister Ralf Jäger über den Zuzug der Roma aus Bulgarien beschwert und in ironischer Weise auf alle Missstände wie Prostitution hingewiesen. Hier werden die lokalen, negativen Assoziationen nochmals überregional kommuniziert; siehe „*Das Wunder von Hochfeld*“, URL: <http://www.notruf.zukunftsstadtteil.de> (Zugriff: 20.12.2011).

schluss aus dem konventionellen Leben in Wirklichkeit zur Erhaltung des Verhaltens bei“ (Sack; Lindenberg 2007: 190).

In diesem Zusammenhang ist wiederum auf Elias' und Scotsons empirische Beobachtungen zu verweisen, die herausstellten, dass die kollektive negative Etikettierung der Außenseitergruppe zur Akzeptanz und zur Internalisierung dieser Zuschreibungen führte. Dieses Phänomen schlug sich auch im Verhalten im Wohngebiet nieder und zeigte weitreichende Konsequenzen wie beispielsweise die Herausbildung intellektueller und emotionaler Defizite (Elias; Scotson 1993: 26). Wie sich diese Stigmatisierungen langfristig auf die nächsten Generationen der türkisch-muslimischen Roma-Gruppen auswirken werden, ist noch nicht abzusehen. Sicher scheint jedoch, dass sie von türkeistämmigen Migranten sowie den Westthrakien-Türken gegenwärtig für die Kennzeichnung der Roma als eine ‚Sie-Gruppe‘ beliebig funktionalisiert werden können, nach dem Motto: ‚Sie‘ sind all das, was ‚wir‘ nicht sind.

In diesen Prozess der Stigmatisierung sind die Westthrakien-Türken ebenso involviert, die nun gemeinsam mit den türkeistämmigen Migranten eine Definitionsmacht ausüben können. Für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden ursprünglich ‚verfehdeten‘ Gruppierungen scheint die Kombination aus Reziprozitäts- und Kontrastprinzip verantwortlich zu sein. Damit taucht nun eine Gruppe auf, die sich in der Wahrnehmung der türkeistämmigen Migranten im Vergleich zu den Westthrakien-Türken durch eine viel größere Anomie auszeichnet. Durch diesen Kontrast nehmen die Stigmatisierungen gegenüber den Westthrakien-Türken ab, und sie werden als Verbündete gegen die neuen Einwanderergruppen akzeptiert. Die Älteren erscheinen als Gruppe sozial attraktiver als die Neuen. Dieses Entgegenkommen fordert laut der Reziprozitätsregel, dass sich die Westthrakien-Türken quasi als Gegenleistung den türkeistämmigen Bewohnern anschließen, wodurch sie weitere soziale Sanktionen vermeiden (zur Reziprozitätsnorm vgl. Aronson; Wilson; Akert 2008: 352ff.). Der Eigennutz für die Gruppe liegt auf der Hand, da auf diese Weise nicht nur weitere Stigmatisierungen abgewendet werden, sondern zugleich das Selbstwertgefühl als Gruppe stabilisiert wird. Somit können die Westthrakien-Türken sukzessive die ursprünglich klar markierten sozialen Grenzen der türkeistämmigen Migranten überschreiten. Die neuen Grenzen gegenüber den Roma werden hingegen zugleich stabilisiert und die soziale Kohäsion der türkeistämmigen Einwohner sowie der Westthrakien-Türken im Quartier forciert. Die gegenseitige Abhängigkeit der ungleichen Positionierung wächst und wird verstetigt. Aufgrund dieser Figuration, die sich in den letzten fünf Jahren herauskristallisiert und zunehmend selbstverstärkend konsolidiert hat, werden die Diskriminierung und die wirtschaftliche Ausbeutung der Roma erleichtert. Gerade im Rahmen wirtschaftlicher Beziehungen werden Tabus flexibler zur Geltung gebracht, da die Roma ausgebeutet werden können. Bei Beziehungen auf ‚Augenhöhe‘ müsste ansonsten mit sozialen Sanktionen gerechnet werden. Denn, „wer Pech an-

fasst, besudelt sich. Daher riskiert ein ‚Insider‘, der mit ihnen verkehrt, dass sein Status in der Etabliertengruppe sinkt. Er könnte die Achtung der anderen Mitglieder verlieren – könnte den Anschein erwecken, dass er nicht länger teilhat an dem höheren menschlichen Wert, den sich seine Gruppe beimisst“ (Elias; Scotson 1993: 19).

4. „Mesjid Roma“ – Gründung einer religiösen Organisation zur Durchbrechung der Etablierten-Außenseiter-Figuration

Die Westthrakien-Türken haben sich seit ihrer Ankunft im Stadtteil Duisburg-Hochfeld Selbsthilfestrukturen in Form von Sozial- und Kulturvereinen aufgebaut, welche auch als Informations- und Kommunikationskanäle dienen. Das ‚Wir-Gefühl‘, das Selbstbewusstsein als Gruppe sowie ihr Mobilisierungspotenzial wurden dadurch gestärkt. Dies trug dazu bei, die Entstehung einer stabilen Etablierten-Außenseiter-Figuration lange Zeit hinauszuzögern – bis zu dem Zeitpunkt, als die muslimischen Roma die neue Außenseiterrolle einnahmen (bzw. einnehmen mussten). Religiöse Vereine wurden von den Westthrakien-Türken interessanterweise nicht gegründet. Trotz der von ihnen erfahrenen Ausgrenzungen besuchten sie die Moscheen der türkeistämmigen Muslime, allerdings nur zur Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse. Als Interessenvertretung fungierten für die Westthrakien-Türken ihre Sozial- und Kulturvereine.

Die muslimischen Roma aus Bulgarien haben hingegen seit ihrer Ankunft und trotz der bestehenden Kettenmigrationsprozesse bisher keine Sozial- und Kulturvereine gegründet. Anders als die Westthrakien-Türken haben die Roma jedoch vor zwei Jahren einen Moscheeverein, die „Mesjid Roma“, gegründet. Von der Etablierung religiöser Strukturen erhoffen sie sich eine Binnenintegration sowie die Sozialkontrolle über die eigene ethnische Gruppe. Durch den Aufbau religiöser Strukturen – die vor allem seitens konservativer türkeistämmiger Muslime ein hohes Ansehen genießen könnten – wollen die Gründer des Moscheevereins zum einen die Selbstorganisation und -hilfe sowie die Akzeptanz im Stadtteil vorantreiben. Denn die Moschee soll nach Aussagen der Gründungsmitglieder für den Erhalt von Normen und Werten, für Stabilität und Tradition stehen. Zugleich soll sie eine sozio-kulturelle Funktion erfüllen, welche für religiöse Vereine in Migrationsgesellschaften durchaus typisch ist. Ganz nach dem Assoziationsprinzip sollen die positiven Eigenschaften, die mit muslimischen Gotteshäusern seitens der etablierten türkeistämmigen Migranten in Verbindung bringt, auf die muslimischen Roma übertragen werden. Durch diese Assoziationen soll die Gruppe der muslimischen Roma nach Aussagen ihrer Gründer aufgewertet werden

(Cialdini 2007: 188ff.). Damit würde auch die geringere Aufenthaltsdauer der muslimischen Roma relativiert: Die Moschee und die Funktion, die sie für die muslimische *Community* seit dem 7. Jahrhundert erfüllt, könnte als ‚Kontinuum‘, als Bestandteil einer gleichen Identität, wahrgenommen werden.

Die Pioniermigranten aus der Türkei haben in den 1970er Jahren mit der Gründung des ersten Moscheevereins als religiös-kulturelle Begegnungsstätte positive Erfahrungen sammeln können. Neben religiösen Ritualen wurden dort die Familienzusammenführungen und andere amtliche Angelegenheiten organisiert. Die Moschee bot Orientierungshilfen, emotionale Sicherheit und stärkte das labile Selbstbewusstsein. Die muslimischen Roma versuchen heute, mit ihrer institutionellen Antwort auf die neuen sozialen, kulturellen sowie materiellen Herausforderungen aus ihrer Außenseiterrolle auszubrechen, zumal die sozialen und familialen Netzwerke im Stadtteil auch weiterhin Migrationsentscheidungen aus der Heimat begünstigen. Der erste Moscheeverein soll den Neuankömmlingen durch seine Orientierungs- und Schutzfunktion dabei helfen, sich zu integrieren.⁵

5. Fazit

Multikulturelle Stadtteile haben eine hohe Persistenz hinsichtlich ihrer Anziehungskraft auf neue Migrantengruppen. Diese können neue stadtteilinterne Gruppenprozesse auslösen, anhand derer sich kleinräumige Gruppenkonflikte sowie Integrations- und Exklusionsprozesse gut beobachten lassen. Denn die räumliche und soziale Mobilität üben vielfältige Einflüsse auf die lokalen Gruppenbeziehungen aus. In der vorliegenden Abhandlung wurde zunächst ein Rollentausch nachgezeichnet, d.h. konkret, wie die türkeistämmigen Bewohner eines Stadtteils im Verlauf mehrerer Jahrzehnte von Außenseitern zu Etablierten wurden. Ihre gesamtstädtische bzw. gesamtgesellschaftliche Außenseiterrolle konnten sie dagegen noch nicht überwinden. Noch immer werden sie von den Deutschen – aber auch von den Spätaussiedlern⁶ – als die unbeliebteste bzw. unsympathischste Gruppe bewertet (Böckler; Ceylan; Frazetto 2009: 130f.).

In bestimmten Stadtteilen – wie im untersuchten Duisburg-Hochfeld – erlangten die türkeistämmigen Migranten in den vergangenen Jahren eine mächtigere Position. In ihrer Selbstwahrnehmung bewerten die türkeistämmigen

5 Wie sich der erste Moscheeverein der Roma in Reaktion auf die weitere Entwicklung der Akzeptanz der muslimischen Roma verändern wird, wird vom Verfasser des vorliegenden Beitrags gegenwärtig empirisch näher untersucht. Wenn erste Ergebnisse vorliegen, können nähere soziologische Erklärungen zur Funktion und zum Einfluss dieser Organisation auf die Binnen- sowie Stadtteil-Integration erarbeitet werden.

6 Die Migration der Aussiedler ist zwar jüngeren Datums als das der türkeistämmigen Migranten, allerdings werden sie eher als Deutsche, zumindest nicht als typische Migranten, wahrgenommen.

Migranten in Duisburg-Hochfeld ihre Geschichte heute als eine Erfolgsgeschichte, weil sie aus einem ‚Arbeitslosenstadtteil‘ ein besseres Wohngebiet mit einer sehr attraktiven Einkaufsstraße als Lebensader geschaffen haben. Trotz vorhandener Binnenkonflikte existieren im Wohngebiet enge und tragfähige soziale Netzwerke (Nachbarschaften, Verwandtschaften, Bekanntschaften und berufliche Beziehungen). Ihre Gruppen-Selbstwahrnehmung auf lokaler Ebene zeichnet sich – trotz zahlreicher unterschiedlicher Milieus – durch ein überhöhtes ‚Wir-Ideal‘ aus. Sie alle verbindet die gemeinsame – mit all den positiven und negativen Erfahrungen verbundene – Historie im Stadtteil, die sich bis in die 1960er Jahren zurückverfolgen lässt.

Wie in dem vorliegenden Beitrag dargestellt, zogen in den 1990er Jahren Westthrakien-Türken in das Wohngebiet ein, die mit massiven Stigmatisierungen und Abwehrhaltungen der türkeistämmigen Migranten konfrontiert wurden. Als Ausschlusskriterien konnten gegenüber den Westthrakien-Türken keine eindeutig ethnischen bzw. religiösen Argumentationen genutzt werden. Daher wurden die ‚griechischen Einflüsse‘ auf ihre ‚Kultur‘ zum Vorwand genommen, um sie als neue Außenseiter zu brandmarken. Trotz der relativen Machtposition der türkeistämmigen Migranten konnten die Westthrakien-Türken jedoch die zugeschriebenen negativen Gruppenmerkmale aufgrund ihres formellen und informellen Organisationsgrades abwehren und teilweise unterbinden.

Die Tatsache, dass sich eine Etablierten-Außenseiter-Figuration als interdependentes Beziehungsgeflecht zur Zementierung der Außenseiterrolle der Westthrakien-Türken nicht verfestigen konnte, hängt vor allem mit dem Zuzug türkischsprachiger, muslimischer Roma zusammen. Gegenüber dieser neuen Gruppe kam es zur Solidarisierung zwischen den türkeistämmigen Migranten und den Westthrakien-Türken. Eine solche Figuration muss nicht entlang ethnisch-religiöser Linien verlaufen; hier reicht allein der zeitliche Faktor aus, wie Elias und Scott in ihrer empirischen Untersuchung gezeigt haben. Bei den thematisierten Gruppen sind zwar ethnisch-religiöse Differenzen instrumentalisiert worden, doch die Allianz mit den Westthrakien-Türken hat gezeigt, dass ihre Aufenthaltsdauer dabei eine ganz wesentliche Rolle spielte. So kam es, dass mit einem Male scheinbar alle ‚ethnisch-kulturellen‘ Differenzen bedeutungslos wurden. Der deutliche Ausschluss der muslimischen Roma als neuer Außenseitergruppe konnte dagegen, anders als bei den Westthrakien-Türken, vor allem deshalb gelingen, weil sie aufgrund eines fehlenden größeren Zusammenhalts sowie eines Mangels an nach außen vertretenen gemeinsamen Normen und Werten die Stigmatisierungen nicht mit Gegenstigmatisierungen erwidern konnten.⁷ Dadurch konnten die

7 Darauf deuten u.a. die geringe Akzentuierung des ‚Wir-Gefühls‘ in den Interviews hin – und die gegenseitigen Schuldzuweisungen der Roma untereinander bei dem Versuch, ihr schlechtes Image zu erklären. Anders als bei den Westthrakien-Türken wehren sie

etablierten türkeistämmigen Migranten, die jetzt auch die Westthrakien-Türken anerkannten, ihre eigene Binnenintegration und Definitionsmacht stärken. Die Ausgrenzung der neuen Einwanderergruppe führte zum Schulterschluss der alten Etablierten und Außenseiter gegenüber den Neuen.

Das rekonstruierte Beispiel zeigt darüber hinaus, wie auf lokaler Ebene immer wieder neue Machtbalancen entstehen und ausgehandelt werden. Neue Gruppen von Unterprivilegierten ziehen in bereits als soziale Problembezirke stigmatisierte multiethnische Wohngebiete ein und versuchen, sich in die etablierten Stadtteilstrukturen zu integrieren bzw. bei Ausgrenzungen neue Nischen für die Selbstorganisation zu finden.⁸ An dieser Stelle ist noch mal zu betonen, dass für die sozialen Rangdifferenzen in Duisburg-Hochfeld nicht Faktoren wie Einkommen, Bildung etc. bestimmend sind. So weisen die Statistiken über diesen Stadtteil eine hohe Armut in materieller und kultureller Sicht auch für die Längeransässigen aus. Relative Armut wird geerbt und weitervererbt.⁹

Interessant ist im Kontext der vorliegenden Untersuchung der Versuch, durch die Errichtung religiöser Strukturen zur Aufwertung des eigenen Gruppen-Bildes beizutragen und damit die gewünschte Akzeptanz zu erlangen. Mit der Vereinsgründung möchten die neuen Außenseiter aus ihrer disprivilegierten Rolle heraustreten. In der Stadt- und Migrationsforschung wurden der Faktor Religion, sowie die Funktion religiöser Institutionen bislang nur selten ins Zentrum der Untersuchung gestellt. Das behandelte Beispiel der muslimischen Roma erinnert daran, dass religiöse Einrichtungen in der Migrationssituation aufgrund ihrer wichtigen soziokulturellen Funktionen eine große Rolle spielen können. Religion und Religiosität prägen die Stadtteil-Strukturen in multiethnischen Quartieren mit und eröffnen neue Möglichkeiten der Partizipation für ihre Bewohner.

Literatur

- Ackermann, Michael (2000): *Die türkische Minderheit in West-Thrakien. Geschichte und Gegenwart*. Ulm.
- Akgönül, Samim (2002): *Religious Institutions of the Muslim Minority in Greece*, in: Shadid, W. A. R.; van Koningsveld, P. S. (eds.): *Religious Freedom and the Neutrality of the State. The Position of Islam in the European Union*. Leuven, pp. 145-157.

also die erfahrenen Stigmatisierungen nicht ab oder stellen die Zuschreibungen in Frage, sondern suchen ‚Verantwortliche‘ in ihren eigenen Reihen.

⁸ Dies trifft auch auf die Migranten aus Rumänien zu, die in Duisburg-Hochfeld gegenwärtig nur als Pendelmigranten in Erscheinung treten. Interessanterweise begann der Niederlassungsprozess der Westthrakien-Türken und der türkischsprachigen, muslimischen Roma ebenfalls mit dieser Migrationsform. Die Etablierten-Außenseiter-Figuration scheint daher im sozialräumlichen Kontext eine historische Persistenz aufzuweisen.

⁹ Die intergenerationale Weitervererbung von Armut ist in Duisburg besonders dramatisch. Vgl. hierzu Deutscher Paritätischer Gesamtverband 2011: 8.

- Amman, Birgit (2001): Kurden in Europa. Ethnizität und Diaspora, in: Borck, Carsten; Savelsberg, Eva; Hajo, Siamend (Hg.): *Kurdologie*. Bd. 4. Münster, S. 254-287.
- Aronson, Elliot; Wilson, Timothy D.; Akert, Robin M. (2008): *Sozialpsychologie*. München.
- Böckler, Stefan; Ceylan, Rauf; Frazetto, Alessandra et al. (2009): *Integration zwischen Distanz und Annäherung. Die Ergebnisse der ersten Duisburger Integrationsbefragung*. Duisburg.
- Ceylan, Rauf (2006): *Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés*. Wiesbaden.
- Cialdini, Robert B. (2007): *Influence. The Psychology of Persuasion*. New York.
- Deutscher Paritätischer Gesamtverband (Hg.) (2011): *Von Verhärtungen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland*. Berlin.
- Elias, Norbert; Scotson, John L. (1993): *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt a. M.
- Geißler, Rainer (2002): *Die Sozialstruktur Deutschlands*. 3. Auflage. Wiesbaden.
- Gerber, Kim (2011): *Räumliche Mobilität im Wandel. Wanderungen im Lebenslauf und ihre Auswirkungen auf die Stadtentwicklungen in Nordrhein-Westfalen*. Wiesbaden.
- Herbert, Ulrich (2001): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. München.
- Kaluza, Andrezej (2002): *Zuwanderer aus Polen in Deutschland*, in: *UTOPIE kreativ*, 141/142, S. 699-709.
- Keskin, Hakki (2005): *Deutschland als neue Heimat. Eine Bilanz der Integrationspolitik*. Wiesbaden.
- Ludwig, Klemens (1995): *Ethnische Minderheiten in Europa. Ein Lexikon*. München.
- Metropole Rhein-Ruhr (2011): URL: <http://www.metropoleruhr.de/metropole-ruhr/daten-fakten.html> (Zugriff: 06.12.2011).
- Moser, Brigitte; Weithmann, Michaela W. (2002): *Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten*. Regensburg.
- Öksüz, Hikmet (2006): *Bati Trakya Türkleri*. Corum.
- Oltmer, Jochen (2010): *Migration im 19. und 20. Jahrhundert*. München.
- Oran, Baskın (1986): *Türk-Yunan ilişkilerinde Bati Trakya sorunu*. Ankara.
- Oswald, Ingrid (2007): *Migrationssociologie*. Konstanz.
- Priddat, Birger P. (2005): *Alt/Jung. Sich verschärfende Unterscheidungen*, in: Jansen, Stephan A.; Priddat, Birger P.; Stehr, Nico (Hg.): *Demographie. Bewegungen einer Gesellschaft im Ruhestand. Multidisziplinäre Perspektiven zur Demographieforschung*. Wiesbaden, S. 15-49.
- Riedel, Sabine (2005): *Die Erfindung der Balkanvölker. Identitätspolitik zwischen Konflikt und Integration*. Wiesbaden.
- Sack, Fritz; Lindenberg, Michael (2007): *Abweichung und Kriminalität*, in: Joas, Hans (Hg.): *Lehrbuch der Soziologie*. Frankfurt und New York, S. 169-197.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina; von Kodolitsch, Paul (1989): *Ethnische Vereine. Teil 5 der Reihe Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien*. Berlin.
- Stadt Duisburg et al. (Hg.) (2010): *Sozialbericht 2010. Schwerpunktthema Wohnen. Handlungskonzept „WohnVision Duisburg“*. Duisburg und Bremen.
- Voigt, Peter (1998): *Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1949-1990*, in: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang (Hg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen, S. 247-258.
- Wachten, Kunibert; Nadrowski, Steffen (2005): *Planungskonzepte im gesellschaftlichen Wandel*, in: Schulte, Karl-Werner (Hg.): *Immobilienökonomie. Stadtplanerische Grundlagen*. Bd. III. München, S. 315-359.
- WAZ (2011): *Duisburger Verein beklagt sich beim Minister über ‚Bulgaren-Problem‘*. URL: <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/duisburger-verein-beklagt-sich-bei-minister-ueber-bulgaren-problem-id6128978.html> (Zugriff: 18.12.2011).

Analysen und Kommentare

Heinz Faßmann, Yvonne Franz

Smart Cities oder: Wie intelligent ist smart?

Zusammenfassung: Das Konzept der *smart cities* ist ein populäres und gegenwärtig viel diskutiertes Thema. Eine Vielzahl von Projekten wird durch die Europäische Union finanziert und die Forschungsaktivität zu *smart cities* wird ebenfalls immer stärker. Es entsteht der Eindruck, als ob die Zukunftsfähigkeit von Städten vorrangig von der Implementierung smarter Informations- und Kommunikationstechnologien, ressourcenschonender Technologien innerhalb eines *smart grid* und von Bestrebungen in der *smart e-governance* abhängt.

Doch wie *smart* ist der *smart*-Begriff tatsächlich und was verbirgt sich hinter diesem diffusen Konzept? Eine klare Begriffsabgrenzung fehlt und die inflationäre Begriffsverwendung ist für eine bessere Verständlichkeit nicht förderlich. So neu, wie die *smart cities* Diskussion zunächst erscheint, ist diese nicht: In der Vergangenheit wurde bereits im Zusammenhang mit *smart growth* und der innovativen Wissensgesellschaft umfassend über intelligente und innovative Zukunftsstrategien für Städte und Regionen diskutiert. Die gegenwärtige Reduktion des Begriffes auf eine rein technokratische Planungsauffassung greift eindeutig zu kurz. Die selbstgefällige Intension, die sich in *smart* verbirgt, darf nicht unreflektiert bleiben, denn zu offensichtlich sind auch die industriellen Interessen im Hinblick auf das Konzept der *smart cities*.

Dieser Artikel strebt daher eine kritische Reflexion der Begrifflichkeiten und des Konzeptes der *smart cities* an, um die Vielschichtigkeit zu verdeutlichen und die differenzierte Betrachtung des Diskurses anzuregen.

Ausgangslage: Weltbevölkerung, Verstädterung und Ressourcenverbrauch

Im Jahr 2011 wird die Weltbevölkerung die Sieben-Milliarden-Grenze überschreiten, 2050 könnten bis zu zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben. Seit 2008 lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, bis 2050 soll dieser Anteil sogar auf 70% anwachsen. Auch wenn es keine verbindlichen Definitionen für Städte und städtische Bevölkerung gibt, so ist der Trend unwidersprochen. Gab es vor zehn Jahren nur 20 Städte weltweit mit mehr als einer Million EinwohnerInnen, so sind es heute mehr als 450 Städte mit einer Größe von über einer Million – die Tendenz ist weiterhin steigend. Prognosen zufolge wird es bis 2050 27 Megastädte mit mehr als zehn Millio-

nen EinwohnerInnen geben (United Nations 2007: 1ff.; Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien e.V. 2011: 4ff.).

Dazu kommt eine wachsende Wohlstandsentwicklung eines Teils der städtischen Bevölkerung. Immer mehr Menschen beanspruchen mehr Wohnraum, konsumieren ein Mehr an Gütern und wollen auch am motorisierten Individualverkehr teilnehmen. Sie sehen es als legitim an, einen wachsenden Anteil an Ressourcen für sich zu reklamieren und zeigen wenig Verständnis für eine eurozentristische Argumentation, die mit dem Hinweis auf die globale Ressourcen- und Umweltfrage von ihnen eine Selbstbeschränkung einfordert.

In den Städten der Zukunft werden nicht nur mehr Menschen leben, sondern es werden in Städten auch mehr Ressourcen verbraucht und ein Großteil an Treibhausgasen produziert. In einschlägigen Quellen ist zu finden, dass derzeit bereits 80% aller CO₂-Emissionen in Städten produziert und circa 75% der Energie konsumiert werden (Satterthwaite 2008: 540). Sowohl der Anteil als auch die absoluten Werte werden noch ansteigen. Das unterstreicht die Notwendigkeit, über Lösungen der Umwelt- und Ressourcenfrage im urbanen Kontext, denn der ist in Zukunft entscheidend, nachzudenken.

Diffuse Begrifflichkeit: Substituiert „smart“ die sustainability?

Vor diesem Hintergrund hat sich eine Diskussion über *smart cities* entwickelt. Sie stellt im Wesentlichen eine technische Antwort auf die Umwelt- und Ressourcenprobleme einer wachsenden und urbanisierten Weltbevölkerung dar. Die Zukunftsfähigkeit von Städten wird vorrangig in der Implementierung einer neuen Generation von Informations- und Kommunikationstechnologien, in der Ressourcenschonung durch *smart grids* und in der Realisierung von *smart e-governance* gesehen. Das Konzept der *smart cities* ist ein populäres und gegenwärtig viel verwendetes Etikett. Die Zukunft ist *smart* – das zeigt auch eine Vielzahl von Projekten, die durch die Europäische Union finanziert werden oder die Forschungsaktivität zu *smart cities*, die ebenfalls immer stärker wird. Die Anzahl an Städten, die sich *smart* nennen, ist ausgesprochen lang: Amsterdam, Edinburgh, Wien, Dubai, Brisbane, Singapur. *Smart cities* sind rund um den Globus vertreten und werden immer zahlreicher. Das World Forum on Smart Cities schätzte bereits 1997, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre bis zu 50.000 smarte Initiativen in Städten zu erwarten seien (Hollands 2008: 304).

Das Verlockende am Begriff „*smart*“ ist der Optimismus, der dabei mit-schwingt, sowie die breite Assoziationsfähigkeit. Was „*smart*“ im Detail sein kann, bleibt unscharf, aber dass „*smart*“ etwas Anzustrebendes ist, erscheint eindeutig. Auch wenn der Ursprung laut Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2011: 8) bereits in die 1990er Jahre zurückreicht

(„*smart homes*“), fehlt bis heute eine klare Begriffsabgrenzung und die inflationäre Begriffsverwendung ist für eine bessere Verständlichkeit auch nicht förderlich. „*Smart*“ findet sich weder im Großen Brockhaus noch im Lexikon der Geographie. Auch ein Blick in Ausgaben englischsprachiger Enzyklopädien zeigt, dass auch hier der Begriff „*smart*“ fehlt. Weder das Oxford Dictionary of Geography (1997), noch The Dictionary of Human Geography (2000) haben den Begriff im Zusammenhang mit „*smarten*“ Konzepte aufgenommen. Lediglich die Encyclopedia of the City (2005) enthält eine Fundstelle mit den Begriffen *smart community* und *smart growth*. Interessanterweise wird hier nicht auf die Definition von *smart* per se eingegangen, sondern die auf Informations- und Kommunikationstechnologien basierende Gesellschaft als *smart community* bezeichnet und der Gegentrend zu Suburbanisierung und Zersiedelung als *smart growth* beschrieben.

Das vom Österreichischen Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2011) finanzierte Projekt „Smart Cities“ definiert den Begriff „[...] ganz allgemein als eine zukunftsfähige städtische postfossile Gesellschaft [...]“. Das ‚smarte‘ an Umsetzungsmaßnahmen für die zukunftsfähige städtische postfossile Gesellschaft ist hier nicht ausschließlich durch intelligente (IKT-)vernetzte Infrastrukturen definiert, sondern soll auch einen Mehrwert durch Berücksichtigung von Schnittstellen und Integration im System Stadt ausdrücken.“

Auch das aktuelle Österreichische Raumentwicklungskonzept 2011 formuliert eine ähnliche Begriffsabgrenzung:

„Als „*smart city*“ werden jene Städte bezeichnet, bei denen Forschung und Entwicklung, Prozess- oder Produktinnovation und unternehmerische Anwendung mit einem hohen Grad an Vernetzung und Mitbestimmung ein- und umgesetzt werden. Die Übergänge von der Wissensproduktion bis hin zum Investment sollen dabei friktionsfrei funktionieren [und es wird mit dem Konzept die Erwartung verbunden,] Wachstum, sozialen Zusammenhalt, Ressourcenverbrauch und Mobilität in Einklang zu bringen und gleichzeitig die standortbezogene Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. [...]“ (Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz 2011: 86).

Versucht man dennoch eine eigene Definition von *smart*, dann würde diese in etwa folgendermaßen lauten: „*Smart*“ kennzeichnet die Fähigkeit einer Stadt, eines Unternehmens oder einer sonstigen natürlichen oder juristischen Person, auf eine veränderte Umweltsituation so zu reagieren, dass der eingesetzte Ressourcenaufwand ein relatives Minimum darstellt und der erzielte Ertrag hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit oder einer umfassend definierten Lebensqualität ein Maximum ergibt. Eine besondere Bedeutung nehmen dabei technologische Entwicklungen im Bereich der Informationsverarbeitung, des Energiemanagements, der Verkehrssteuerung und Verkehrstechnologie ein, aber auch schlanke, adaptionsfähige und partizipatorische Strukturen im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind ein Bestandteil von „*smart*“.

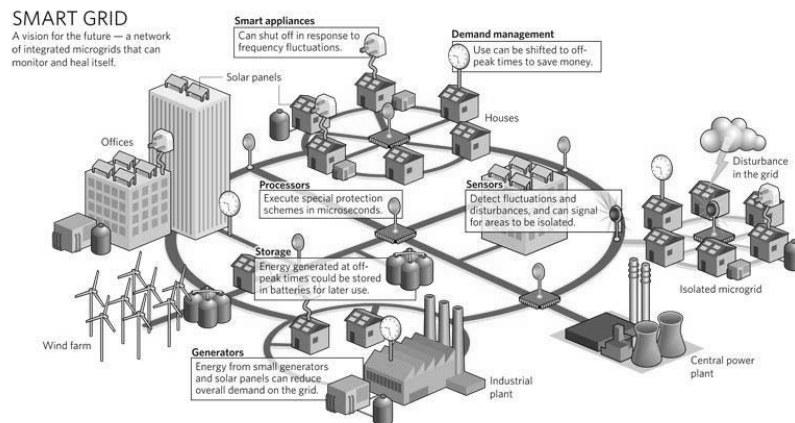
„*Smart*“ ist nach unserem Verständnis also eine spezifische Handlungseigenschaft. Städte, Unternehmen, aber auch Akteure können diese Handlungseigenschaft besitzen, daher kann es *smart cities* genauso geben wie eine *smart governance*, eine *smart economy* oder eine durch Verkehrsplanung erzeugte *smart mobility*. Wesentlich ist eben immer die Fähigkeit auf Umweltveränderungen rasch, flexibel und ressourceneffizient zu reagieren und dabei technologische Innovationen bewusst zu fördern und einzusetzen. Wenn es gelingt, durch eine intelligente Verkehrsführung Staus zu vermeiden und das vorhandene Straßennetz effizienter auszunutzen, dann ist das ebenso *smart* wie eine Stadtverwaltung, die durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien Verwaltungsprozesse schneller, effizienter und zur Zufriedenheit der Bürger abwickelt.

Der Kern des Konzepts: Gestaltbarkeit der Zukunft durch technischen Fortschritt

Politische Diskurse nützen sich ab und um dennoch Aufmerksamkeit wachzuhalten oder neu zu schaffen, sind auch neue Schlüssel- und Signalbegriffe notwendig. Der lange Aufmerksamkeitszyklus des Begriffes „Nachhaltigkeit“ neigt sich zu Ende und vielleicht kann der Begriff „*smart*“ seine Nachfolge antreten. Auch wenn viele Ähnlichkeiten zu verzeichnen sind, so liegt in der Betonung der Gestaltbarkeit der Zukunft auf den technischen Fortschritt der wohl wichtigste Unterschied zum älteren Begriff der Nachhaltigkeit. Wer die unternehmerische Herkunft der Proponenten des Begriffes kennt, der ist darüber auch nicht verwundert.

2009 veröffentlichte das IBM Institute for Business Value eine Arbeit über „A vision of smarter cities“. Darin werden die Schwächen der derzeitigen Stadtentwicklung gekennzeichnet und Lösungen konzipiert. Das IBM Institute (2009: 4ff.) identifiziert diese Schwächen für spezifische städtische Schlüsselfunktionen wie beispielsweise städtische Dienstleistungen, die sich im Spannungsfeld von Individualisierung der Bürger und fiskalischen Engpässen befinden. Eine weitere Schwäche der derzeitigen Stadtentwicklung kann in der weiteren städtischen Expansion, die ungeregelt und flächenintensiv abläuft, gesehen werden. Im Bereich der Wirtschaft stehen die Städte vor der Herausforderung, eine sinnvolle Balance zwischen Regulierung auf der einen Seite und Reduzierung von kostspieliger Administration und Bürokratie auf der anderen Seite zu finden. Schließlich kosten ineffiziente Transportsysteme die Städte eine Unmenge an öffentlichen Geldern und gefährden damit langfristig die Standortqualitäten einer Stadt.

Abbildung 1: Die Struktur eines Smart Grid



Quelle: www.consumerenergyreport.com

Für all diese Herausforderungen gibt es bereits mehr oder weniger konkrete Lösungsansätze – nicht nur, aber vorrangig aus dem Privatsektor: Eine *smart environment* wird mit dem Einsatz von erneuerbaren Energien gewährleistet. Eine wichtige Rolle spielt dabei der *smart grid*, das intelligente Stromnetz, welches mittels kommunikativer Vernetzung aller Beteiligten nicht nur eine optimale Energieversorgung sicherstellt, sondern auch die Energieeffizienz erhöht (siehe Abb. 1). Kommunikation und Informationsverarbeitung sind ebenfalls essentiell für *smart mobility*, wo mittels Verkehrsleitsysteme eine reibungslose Mobilität auf allen Verkehrswegen gewährleistet wird. Etwas vage wird es bei *smart economy*, die sich rascher an neue Konsumwünsche anpassen und energieeffizienter produzieren soll. Der Bevölkerung soll mittels *e-government* die Partizipation ermöglicht werden, um schon bald von *smart government* sprechen zu können. Diffus wird es in den weniger technologischen und eher sozialen Bereichen, wo unter *smart people* strenggenommen die optimal versorgte Bevölkerung mit Gütern der allgemeinen Daseinsvorsorge verstanden wird, damit schlussendlich unter dem Aspekt des *smart livings* die Lebensqualität aller in einer *smart city* erhöht werden kann.

Jeder einzelner Bereich ist für sich genommen nichts Neues. Das Neue steckt im *smart cities* Konzept in der Vernetzung mittels Informations- und Kommunikationstechnologien und der Optimierung aller Bereiche unter Zuhilfenahme von intelligenten und innovativen Technologien. Fraglich bleibt jedoch, für welche Städte dieses Konzept relevant sein soll und in Zukunft sein wird: Lediglich für historisch gewachsene Städte Europas und Nordamerikas oder auch für die (Mega-)Städte in Afrika oder Asien? Betrachtet man den gegenwärtigen Diskurs, so entsteht der Eindruck, dass sich die Anwend-

barkeit primär auf „reiche“ europäische Städte oder junge und auf dem Reißbrett geplante Städte des Nahen Ostens oder Asiens beschränkt. Alle anderen Städte können sich die Implementierung nicht leisten, insbesondere dann nicht, wenn es sich um ärmere Volkswirtschaften handelt und gewachsene historische Strukturen eine Realisierung nochmals verteuern.

Grenzen und Barrieren

Aus einer technologisch determinierten Perspektive beansprucht der Begriff *smart cities*, das Leben in Städten durch Technologien effizient und ressourcenschonend zu gestalten. Gleichzeitig wird mit *smart cities* impliziert, dass dieser Prozess ohne Konflikte und ausgeglichen abläuft. Probleme gibt es in der Transformation zu einer *smart city* offensichtlich keine (Hollands 2008: 305ff.). Dabei sind die Grenzen einer „smarten“ Entwicklung und einer *smart city* offensichtlich:

- Auch wenn Netze optimal ausgenutzt werden, können diese bei wachsender Bevölkerung oder zunehmenden Verbrauch an ihre Grenzen stoßen. Traditionelle Maßnahmen der Aufschließung, des Ausbaues, der Expansion werden nicht erspart bleiben. Die technologische Entwicklung verschafft den Städten eine etwas längere Atempause, enthebt diese aber nicht von den grundsätzlichen Aufgaben der Infrastrukturbereitstellung. Diese bleibt in den rasch wachsenden Städten, insbesondere der sich entwickelnden Welt des Südens, eine große Herausforderung.
- Auch ist die Verteilungsfrage einer technologisch determinierten Perspektive der smarten Stadtentwicklung ernsthaft zu thematisieren, was bisher nicht oder nur ungenügend geschehen ist. Es sind ganz offensichtlich die einflussreichen Großunternehmen wie Siemens, IBM oder Cisco oder von marktführenden Energieversorgern wie E.ON oder Vattenfall, die neue Geschäftsmöglichkeiten erwarten und damit Umsatz und Gewinn. Was den Großunternehmen aber an Umsätzen zufließt, muss von den öffentlichen und privaten Haushalten bereitgestellt werden und was zur Installation und Teilnahme an „intelligenten Lösungen“ aufgewendet wird, steht für andere Bereiche nicht zur Verfügung. Profitieren werden daher nutzungsintensive Haushalte sehr viel mehr als nutzungsschwache und damit mit Sicherheit auch einkommensstarke und jüngere Haushalte sehr viel mehr als ältere und einkommensschwache Haushalte.
- Schließlich ist zu berücksichtigen, dass jede technologische Innovation in bestehenden sozialen Systemen implementiert werden muss und dabei zeigen sich immer wieder Widerstand und Beharrung. Ein *smart government*, welches auf einem *e-government* basiert und partizipativ, effizient und kostenschonend funktioniert, ist alles andere als einfach zu realisieren. Alleine schon die immer wieder angestrebten Verwaltungsre-

formen, die jeweils mit großen Zielen beginnen und in gerade noch wahrnehmbaren Kleinprojekten enden, zeigen, wie optimistisch-naiv manche Perspektiven in dem Zusammenhang gezeichnet werden.

Ausblick

Trotz des Technologie-Determinismus und einer zu starken normativen Dimension muss dem *smart cities* Konzept zu Gute gehalten werden, dass Stadtentwicklung eine neue Dynamik erfährt, die motiviert und neue Ideen entstehen lässt. Es wäre jedoch fatal, diese Ideen nur kurzfristig anzugehen. Vielmehr wird sich auch dieses Konzept nur dann als erfolgreich beweisen können, wenn es langfristig ausgelegt wird, alle Beteiligten und Ebenen berücksichtigt und dadurch Bestand erhält.

Der Begriff „*smart cities*“ muss auch zugutegehalten werden, dass er intelligent gewählt wurde. Er ist unscharf, breit und optimistisch und welche Stadt will keine smarte Entwicklung für sich beanspruchen? Doch bei aller Aufbruchsstimmung sei auch hier vor blindem Gehorsam gewarnt, denn wer garantiert, dass immense Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien in smarten Wachstum oder einer strukturellen Neuausrichtung und damit in dauerhafter Wettbewerbsfähigkeit resultieren (Hollands, 2008: 314ff.)? Und bei aller Sympathie für den mit dem Begriff und Konzept verbundenen Optimismus: Die ernsthaften Herausforderungen der zukünftigen Stadtentwicklungen – demographisches Wachstum, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, soziale und ethnische Fragmentierungen – sind nicht mit Technologie und nicht mit *smart* alleine zu lösen.

Literatur

- American Planning Association (2002): Planning for Smart Growth. A Survey of State Planning Reforms and Smart Growth Measures in Order to Manage Growth and Development. www.planning.org: 22.08.2011.
- Bitkom, Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien e.V. (2011): „Smart Cities“ – Grüne ITK zur Zukunftssicherung moderner Städte. Diskussionspapier zur 5. Jahreskonferenz BMU/UBA/BITKOM, Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2011): SmartCitiesNet. Evaluierung von Forschungsthemen und Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen für „Smart Cities“. Zwischenbericht, Wien.
- Caves, Roger W. (2005): Encyclopedia of the city. UK: Routledge.
- Consumer Energy Report: „Smart Grid“. <http://www.consumerenergyreport.com/wp-content/uploads/2010/04/smartgrid.jpg>: 22.08.2011.
- European Smart Cities. <http://www.smart-cities.eu/>: 22.08.2011
- Fassmann, Heinz (2009): Stadtgeographie I. Allgemeine Stadtgeographie. Braunschweig: Westermann Verlag.

- Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) (2011): Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2011, Wien.
- Giffinger, Rudolf; Fertner Christian et al. (2007): Smart cities – Ranking of European medium-sized cities: http://www.smart-cities.eu/download/smart_cities_final_report.pdf: 22.08.2011
- Hollands, Robert G. (2008): Will the real smart city please stand up? Intelligent, progressive or Entrepreneurial? in: *City*, 12, 3, pp. 303-320.
- IBM Global Business Services (2009): A vision of smarter cities. How cities can lead the way into a prosperous and sustainable future, Somers, US.
- Johnston, R. J.; Gregory, Derek; Pratt, Geraldine; Watts, Michael (2000): *The Dictionary of Human Geography*. Fourth Edition. UK: Blackwell.
- Mayhew, S. (1997): *A Dictionary of Geography*. Second Edition. Oxford University Press.
- Satterthwaite, David (2007): Cities' contribution to global warming: notes on the allocation of greenhouse gas emissions, in: *Environment and Urbanization*, 2008, 20, pp. 539-549.
- SmartCitiesNet: <http://www.smartcities.at/netzwerke-2/das-smartcitiesnet-projekt/#Begriffsabgrenzung%20Smart%20Cities>: 22.08.2011
- United Nations (1987): *Report of the World Commission on Environment and Development*, New York, US.
- United Nations (2008): *World Urbanization Prospects. The 2007 Revision*. New York: Population Division, Department of Economic and Social Affairs, United Nations. New York, US.

Frank Osterhage und Stefan Kaup

Reurbanisierung als neue Phase der Stadtentwicklung? Eine Analyse der Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung in Deutschland 1999 bis 2009

Zusammenfassung: Seit einigen Jahren wird für Deutschland intensiv eine Trendwende in Richtung Reurbanisierung diskutiert. Und tatsächlich liegen mittlerweile empirische Befunde vor, die für einen solchen Umschwung sprechen. Die Bewertung der vorliegenden Ergebnisse fällt jedoch noch recht unterschiedlich aus: Während einige Stimmen eine neue Phase der Stadtentwicklung ausrufen, gehen andere Beobachter eher von einem punktuellen, instabilen und vorübergehenden Phänomen aus. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Beitrag eine quantitativ-analytische Untersuchung vorgestellt, die einen möglichst breiten Überblick über die Entwicklungen in Deutschland im zurückliegenden Jahrzehnt gibt. Die Ergebnisse zeigen, dass sich bei der Bevölkerungsentwicklung ein bemerkenswerter Übergang von einer Dezentralisierung zu einer Zentralisierung innerhalb der deutschen Stadtregionen vollzogen hat. Gleichzeitig wird deutlich, dass das Gesamtbild noch weitere, weniger eindeutige Facetten aufweist. Unter Beachtung dieser Einschränkungen lässt sich in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung für die 2000er Jahre aber durchaus eine Trendwende feststellen.

1. Stand der Forschung: Anzeichen für eine Reurbanisierung

Die Siedlungsentwicklung in Westdeutschland wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch unterschiedliche Stadien der Suburbanisierung dominiert. In Ostdeutschland setzte unter den besonderen Rahmenbedingungen der Nachwendezeit zu Beginn der 1990er Jahre eine Phase der beschleunigten Suburbanisierung ein, die spezifische Erscheinungsformen hervorbrachte. Aber auch in den westdeutschen Stadtregionen kam es in den 1990er Jahren zu einer Hochphase der Suburbanisierung; starke internationale und interregionale Wanderungsgewinne bewirkten einen wachsenden Siedlungsdruck und verstärkten die zentrifugalen Entwicklungskräfte. Um der funktionalen Anreicherung und zunehmenden Eigenständigkeit des Umlandes Rechnung zu tragen, wurde hierbei vielfach der Begriff der Postsuburbanisierung verwendet.

Angesichts der Dynamik der Suburbanisierung in den 1990er Jahren geriet schnell in Vergessenheit, dass noch wenige Jahre zuvor damit begonnen wurde, über eine Wiederkehr der Stadt und die Möglichkeit einer Reurbanisie-

rung zu spekulieren (vgl. u. a. Spiekermann 1992; Kujath 1988; Häußermann/Siebel 1987). Und auch als kurz nach der Jahrtausendwende erste empirische Hinweise (Hallenberg 2002; Herfert 2002) und thesenhafte Überlegungen (Läpple 2004) für eine erneute Trendverschiebung zu Gunsten der Kernstädte sprachen, fanden diese Stimmen zunächst keine besondere öffentliche Aufmerksamkeit. Doch dies sollte sich bald ändern: Mitte der 2000er Jahre vollzog sich eine diskursive Wende, die in kurzer Zeit eine beachtliche Eigendynamik entfaltete. Marktstudien der Immobilien- und Wohnungswirtschaft, Experteneinschätzungen und Medienberichte sorgten im Zusammenspiel dafür, dass sich das Stimmungsbild wandelte. Plötzlich wurde überall von einer Wiederentdeckung der Städte oder sogar von einer neuen Phase der Reurbanisierung gesprochen (vgl. v. a. Brühl et al. 2005). Da die empirischen Befunde mit dieser veränderten Diskurslage nicht Schritt halten konnten, entstand zeitweise der Eindruck, dass die Trendwende zumindest ein Stück weit herbeigeredet wurde (vgl. Hesse 2008). Mittlerweile mehren sich aber auch die statistischen Analysen, die – über einzelne Fallstudien hinaus – für eine vergleichsweise günstige Entwicklung der Städte und ihrer zentralen Gebiete in den letzten Jahren sprechen.

Geppert und Gornig (2010) haben die Bevölkerungsveränderungen zwischen 1999 und 2008 analysiert und festgestellt, dass die Mehrzahl der großen Städte gegen den allgemeinen Trend in Deutschland Einwohner hinzugewinnen konnte. Basierend auf einem Vergleich der Einwohnerveränderungen in Kern und Umland für 78 deutsche Stadtregionen konnten Herfert und Osterhage (2011) einen weit verbreiteten Übergang zur intraregionalen Zentralisierung im Laufe des ersten Jahrzehnts der 2000er Jahre herausarbeiten. Und auch in Bezug auf die Wanderungssalden innerhalb der Stadtregionen zeigt die von Hirschle und Schürt (2010) für Regionen aus dem gesamten Bundesgebiet vorgenommene Analyse, dass zuletzt eine zunehmend verbreitete Umkehr zu einem Plus der Umland-Stadt-Wanderungen auszumachen ist. Nach Pohlan (2010) zeigt sich mit Blick auf die Veränderung der Wanderungssalden seit 1997/1998 ein deutlicher Trendbruch zu Gunsten der größeren Städte. Diese Entwicklung setzte offensichtlich in Ostdeutschland vergleichsweise früh ein und führte in einigen Stadtregionen schnell zu intraregionalen Wanderungsgewinnen der Kernstädte (vgl. Köppen et al. 2007; Pohlan 2005). Der Trend zur räumlichen Zentralisierung bei der Bevölkerungsentwicklung scheint sich auch innerhalb der Städte fortzusetzen. Die kleinräumige Untersuchung von Jessen et al. (2011) macht deutlich, dass nach 2005 zumeist die Innenstadt und der Innenstadtrand am stärksten von der positiven Entwicklung der Städte partizipieren konnten. Die Auswertungen von Gödecke-Stellmann (2011) für den Zeitraum von 2000 bis 2009 lassen ebenfalls die im Vergleich zum Stadtrand günstige Bevölkerungsentwicklung in der Innenstadt erkennen, verdeutlichen aber gleichzeitig die erheblichen Unterschiede zwischen den Städten bei der innerstädtischen Entwicklung.

Zu den wenigen empirischen Studien, die auch die wirtschaftliche Entwicklung mit in die Auswertungen einbeziehen, zählt die bereits erwähnte Analyse von Geppert und Gornig (2010) für 14 kreisfreie Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern. Nach ihren Ergebnissen ist die Beschäftigtenentwicklung in den 2000er Jahren in den Städten vergleichsweise günstig verlaufen – günstiger als in den weniger verdichteten Gebieten sowie ländlichen Regionen und günstiger als im Umland der Städte. Hierbei bestehen erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Branchen. Während bei der Bevölkerungsentwicklung bislang vor allem die jungen mobilen Menschen als Träger der Reurbanisierung anzusehen sind, sind bei der wirtschaftlichen Entwicklung überregional orientierte Aktivitäten wie die industrielle Produktion und vor allem wissensintensive Dienstleistungen herauszuheben (vgl. u. a. Gornig/Mundelius 2011).

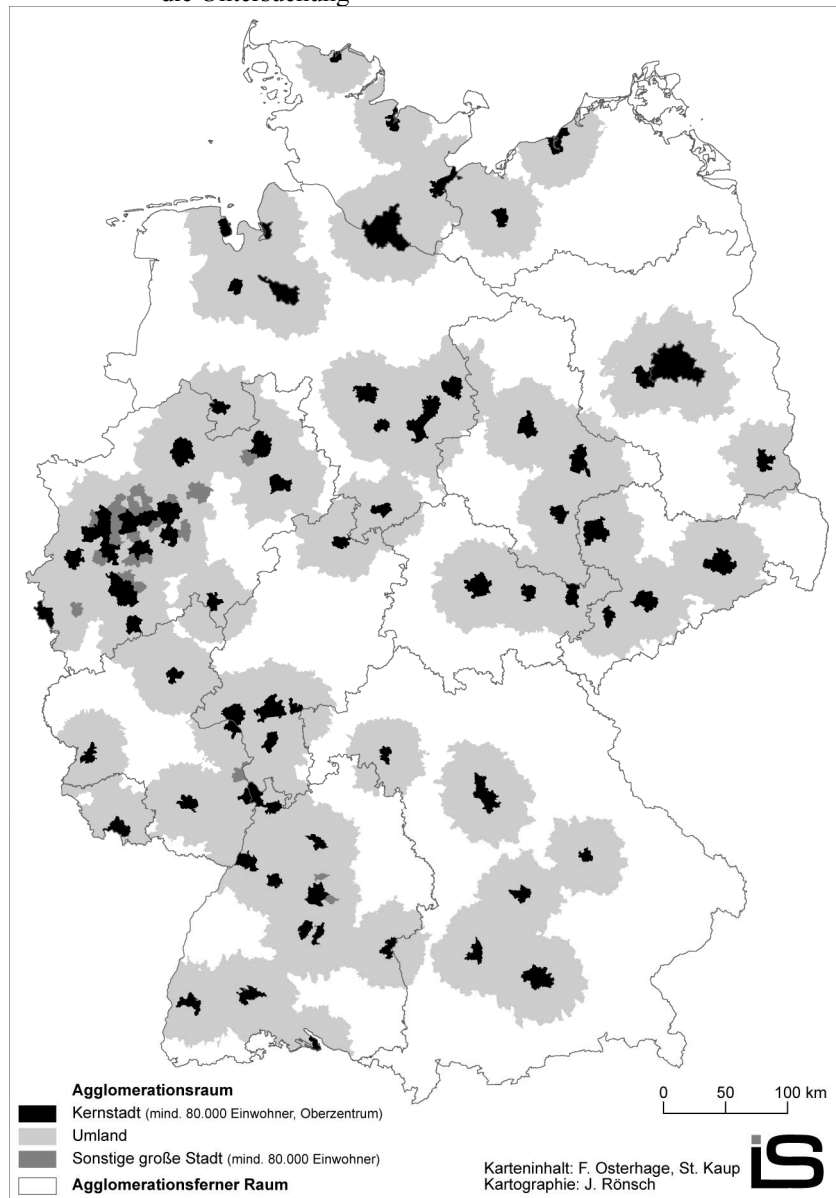
2. Untersuchungsansatz: Betrachtung von 78 Stadtregionen

Vor dem Hintergrund des skizzierten Forschungsstandes ist es Ziel dieses Beitrages, mittels empirischer Analysen herauszuarbeiten, inwieweit es im Laufe der 2000er Jahre zu einer Trendwende in Richtung Reurbanisierung gekommen ist. Hierbei soll ein möglichst breiter Überblick über die Entwicklungen in Deutschland gegeben werden. Im Gegensatz zu vielen vorliegenden Arbeiten wird neben der Bevölkerungs- auch die Beschäftigtenentwicklung betrachtet. Schwerpunktmäßig bewegen sich die Analysen auf einem intraregionalen Maßstab, so dass die Situation in den deutschen Stadtregionen im Mittelpunkt steht. Ergänzend zu dieser stadtreionalen Betrachtung werden jedoch auch großräumige und innerstädtische Verschiebungen in den Blick genommen.

Abgrenzung der Stadtregionen

Als Grundlage für die Untersuchung der Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung wurde eine einfache Abgrenzung von Stadtregionen vorgenommen. Den Ausgangspunkt hierfür bildeten alle deutschen Städte, die eine Einwohnerzahl von mindestens 80.000 Einwohnern aufweisen und als Oberzentrum eingestuft sind (Stand: 31.12.2009). Diese zwei Kriterien treffen auf insgesamt 78 Städte aus dem gesamten Bundesgebiet zu. Um die Grenzen dieser Kernstädte wurde ein 25-km-Puffer gelegt. Städte und Gemeinden, die sich mit mehr als der Hälfte ihres Gebietes innerhalb dieses Puffers befinden, bilden das Umland einer Kernstadt. Allerdings wurden Städte, in denen selbst 80.000 oder mehr Personen leben, auf Grund ihrer eigenen Größe und Zentralität nicht dem Umland zugeordnet. (vgl. Abbildung 1)

Abbildung 1: Definition unterschiedlicher Raumkategorien als Grundlage für die Untersuchung



Räumliche Betrachtungsebenen

Eine mögliche Trendwende in Richtung Reurbanisierung kann sich auf verschiedenen räumlichen Betrachtungsebenen vollziehen. Es lassen sich mindestens drei Ebenen unterscheiden:

- Interregionaler Maßstab: Bei diesem Maßstab geht es um großräumige Verschiebungen zwischen Agglomerationsräumen und (eher) agglomerationsfernen Räumen. Es werden die Städte und Gemeinden gegenübergestellt, die sich innerhalb bzw. außerhalb der betrachteten 78 Stadtregionen befinden.
- Intraregionaler Maßstab: Bei diesem Maßstab werden Verschiebungen in den betrachteten 78 Stadtregionen in den Blick genommen und die Entwicklungen von Kern und Umland untersucht.
- Intraurbaner Maßstab: Bei diesem Maßstab sind Verschiebungen in den Kernstädten Gegenstand der Analysen. Beispielhaft werden innerstädtische Daten für 14 der 15 größten Städte Deutschlands ausgewertet.

Unterschiedliche Messkonzepte

Bei den vorliegenden quantitativ-analytisch orientierten Untersuchungen werden aber nicht nur unterschiedliche räumliche Betrachtungsebenen angesprochen. Zudem wird der Begriff der Reurbanisierung offensichtlich unterschiedlich verstanden bzw. operationalisiert. In diesem Beitrag sollen drei Messkonzepte zur Anwendung kommen, die in aktuellen Arbeiten besonders häufig anzutreffen sind. Am Beispiel der intraregionalen Ebene – die in diesem Beitrag im Mittelpunkt steht – lassen sich diese Messkonzepte folgendermaßen beschreiben:

- Reurbanisierung = Wachsende Stadt: Nach diesem Messkonzept wird von Reurbanisierung gesprochen, wenn eine Stadt (wieder) Einwohner bzw. Beschäftigte hinzugewinnt. Die Entwicklung im Umland bleibt weitgehend unbeachtet oder dient lediglich als eine von mehreren Vergleichsgrößen.
- Reurbanisierung = Günstigere Entwicklung der Kernstadt: Nach diesem Messkonzept wird von Reurbanisierung gesprochen, wenn die Bevölkerungs- bzw. Beschäftigtenentwicklung in der Kernstadt (wieder) günstiger als im Umland verläuft. Hierbei muss die Kernstadt nicht unbedingt Einwohner bzw. Beschäftigte hinzugewinnen.
- Reurbanisierung = Wanderungsgewinne der Kernstadt: Nach diesem Messkonzept wird von Reurbanisierung gesprochen, wenn die Kernstadt gegenüber dem Umland (wieder) Wanderungsgewinne erzielt. Die Umland-Stadt-Wanderungen müssen also die Stadt-Umland-Wanderungen übersteigen. Dieses Messkonzept lässt sich aus Gründen der Datenverfügbarkeit nicht auf die Beschäftigtenentwicklung übertragen.

Verwendete Datengrundlagen

Für die Analysen wurden verschiedene Datengrundlagen genutzt: Die Daten zum Bevölkerungsstand der Städte und Gemeinden stammen aus dem Gemeindeverzeichnis, das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegeben wird. Die kleinräumig gegliederten Daten zum Bevölkerungsstand unterhalb der Gemeindeebene konnten über die Arbeitsgemeinschaft Kommunalstatistik (AG KOSTAT) erworben werden. Bei der Auswertung nach Raumkategorien erfolgte ein Rückgriff auf die innerstädtischen Lagetypen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Die gemeindebezogenen Wanderungsstromdaten wurden aus der Wanderungsstatistik der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (FDZ) abgerufen. Aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) stammen die Zahlen zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort auf Gemeindeebene. Kleinräumige Beschäftigtendaten nach dem Arbeitsortprinzip stehen nicht zur Verfügung. Um die Grenzen der Kernstädte und Umlandgemeinden konstant zu halten, wurden die Bevölkerungs- und Beschäftigtendaten auf den Ende bzw. Mitte 2009 geltenden Gebietsstand umgerechnet.

3. Untersuchungsergebnisse: Differenzierte empirische Befunde

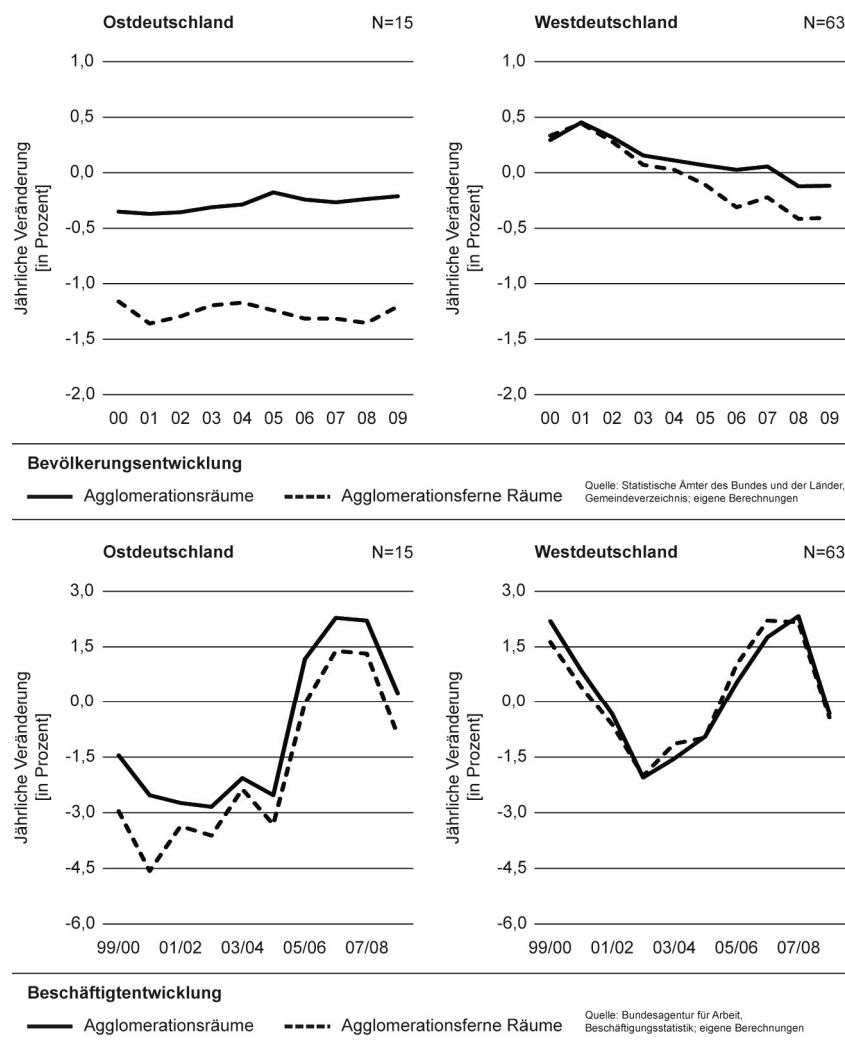
3.1 Interregionaler Maßstab

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland war in den 2000er Jahren durch den Übergang vom Wachstum zur Schrumpfung gekennzeichnet. Seit 2003 bis zum Ende des Jahrzehnts verzeichnete Deutschland in sieben aufeinander folgenden Jahren rückläufige Bevölkerungszahlen. Nachdem sich Ostdeutschland durch lang anhaltende Verluste bereits nahezu flächendeckend zu einem Schrumpfungsraum entwickelt hatte, wurden mit dem fortschreitenden demographischen Wandel in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts auch in Westdeutschland immer größere Teile des Landes von einem Bevölkerungsrückgang erfasst.

In Ostdeutschland wie in Westdeutschland ist die Bevölkerungsentwicklung der Agglomerationsräume – in diesem Beitrag als Gruppe der Städte und Gemeinden in den 78 Stadtregionen definiert – im Untersuchungszeitraum günstiger als in den agglomerationsfernen Räumen verlaufen. In Ostdeutschland zeigt sich ein über das Jahrzehnt sehr konstantes Bild: Die Agglomerationsräume verzeichnen noch als moderat einzustufende Verluste, während die agglomerationsfernen Räume jedes Jahr einen Bevölkerungsverlust von fast 1,5 Prozent hinnehmen müssen. In Westdeutschland ist ein eher

sanfter, aber kontinuierlicher Übergang vom Wachstum zur Schrumpfung zu beobachten. Der Abstand zwischen den Agglomerationsräumen und den agglomerationsfernen Räumen wird hierbei im Laufe des Jahrzehnts merklich größer. (vgl. Abbildung 2, oben)

Abbildung 2: Jährliche Bevölkerungs- und Beschäftigtenveränderung
31.12.2000 bis 31.12.2009 bzw. 30.06.1999 bis 30.06.2009,
Agglomerationsräume und agglomerationsferne Räume



Die Beschäftigtenentwicklung in Deutschland wurde in den 2000er Jahren stark durch konjunkturelle Einflüsse geprägt. In der ersten Hälfte des Jahrzehnts zeigt sich eine mehrjährige Phase mit Verlusten, während im zweiten Abschnitt mehrere aufeinander folgende Jahre mit Gewinnen hervortreten, bevor es – als Auswirkung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise – am Ende des Jahrzehnts wieder zu Verlusten kommt. In der Summe bewirken diese Schwankungen, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Laufe des Jahrzehnts leicht zurückgegangen ist.

Dieser wechselhafte Verlauf bestimmt auch die Entwicklungslinien für die unterschiedlichen Gebietskategorien, so dass bei der Beschäftigtenentwicklung die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen zunächst in den Hintergrund treten. Trotz der erheblichen Schwankungen verzeichnen in Ostdeutschland die Agglomerationsräume wiederum durchgängig eine günstigere Entwicklung als die agglomerationsfernen Räume. Im Vergleich hierzu ist die Situation in Westdeutschland nicht so eindeutig, wobei aber auch hier die Agglomerationsräume über den gesamten Betrachtungszeitraum knapp vorne liegen. (vgl. Abbildung 2, unten)

3.2 Intraregionaler Maßstab

Als Schwerpunkt der Analysen in diesem Beitrag soll ein Überblick über die Entwicklungen in den deutschen Stadtregionen gegeben werden. Obwohl der Untersuchungszeitraum rund zehn Jahre nach der Wiedervereinigung beginnt, werden die Ergebnisse für Ostdeutschland und Westdeutschland getrennt dargestellt. Wie bereits die Betrachtung auf interregionaler Ebene gezeigt hat, lassen sich zwar zunehmend analoge Raummuster erkennen, doch zeigen sich ebenso erhebliche Unterschiede hinsichtlich Ausprägung und Verlauf der Entwicklungen. Die unterschiedlichen räumlichen Entwicklungspfade der letzten Jahrzehnte in den ostdeutschen und westdeutschen Stadtregionen wirken offensichtlich noch nach.

Bevölkerungsentwicklung

Wenn Reurbanisierung über eine wachsende Einwohnerzahl bestimmt wird, trifft das Phänomen der Reurbanisierung zu Beginn des Jahrzehnts lediglich auf jede fünfte der 15 betrachteten Kernstädte in Ostdeutschland zu. Mit dem Jahr 2003 steigt die Zahl der wachsenden Städte jedoch an und verbleibt bis zum Ende des Betrachtungszeitraums auf einem Niveau von rund 50 Prozent, was in einem ansonsten deutlich von Schrumpfung geprägten Umfeld als ein bemerkenswerter Wert anzusehen ist. In Westdeutschland trotzen viele Städte dem sich in den 2000er Jahren ausbreitenden Trend rückläufiger Bevölkerungszahlen. Nachdem der Anteil der wachsenden Städte zum Startpunkt der

Betrachtungen rund 50 Prozent betragen hat, können Ende der 2000er Jahre rund 60 Prozent der 63 betrachteten Kernstädte Einwohnergewinne verbuchen. Das zu Beginn des Jahrzehnts bestehende Niveau kann damit leicht übertroffen werden. (vgl. Abbildung 3)

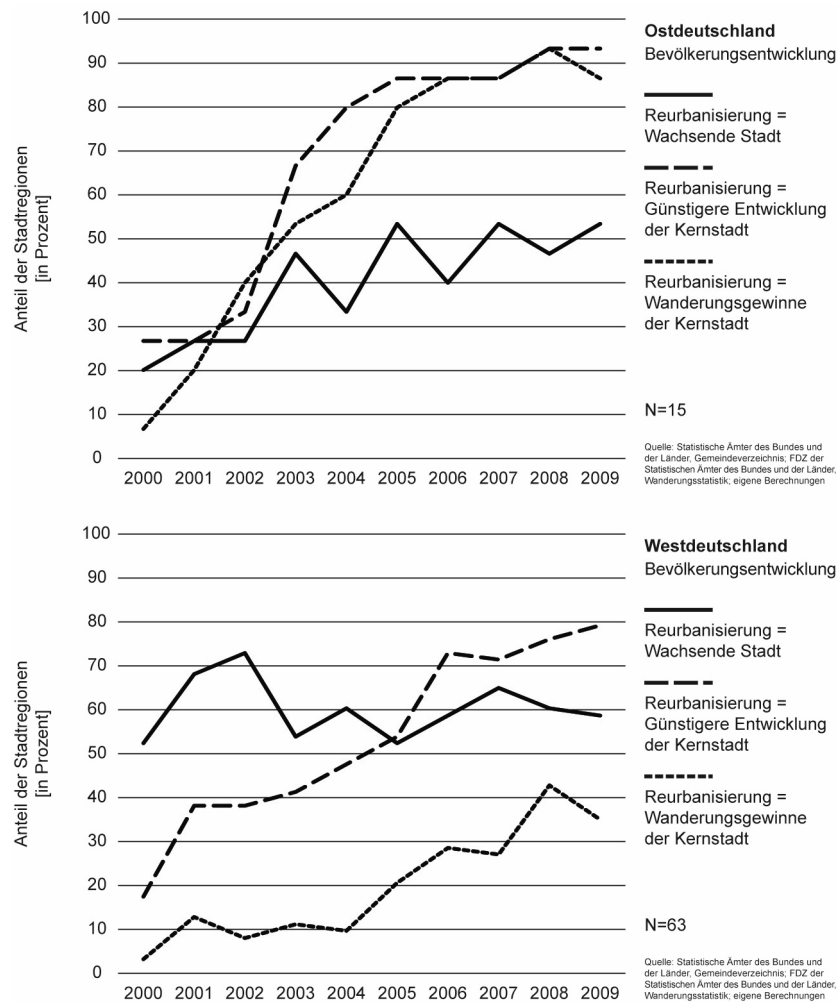
Besonders ins Auge fallen die hohen absoluten Gewinne, die einige der größten Städte in Deutschland verzeichnen können. München (81.000 Einwohner), Berlin (55.000) und Hamburg (39.000) wachsen insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts deutlich. Und mit Köln, Frankfurt am Main in Westdeutschland sowie Dresden und Leipzig in Ostdeutschland weisen noch weitere Großstädte innerhalb von fünf Jahren ein Bevölkerungswachstum von mehr als 20.000 Personen auf. Auch wenn hierbei teilweise die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer als Auslöser eines statistischen Effekts zu berücksichtigen ist, haben diese für deutsche Verhältnisse spektakulären Zahlen die Diskussion in den letzten Jahren stark beeinflusst. Doch nicht alle großen Städte können in den 2000er Jahren Bevölkerungsgewinne verbuchen. Vor allem in altindustriell geprägten Regionen müssen einige Großstädte recht hohe Verluste hinnehmen. Und beim Blick auf die relative Bevölkerungsentwicklung sind viele Städte aus der zweiten Reihe wie Mainz, Potsdam oder Tübingen ganz weit oben in der Rangliste zu finden.

Ein erstaunlich klares Bild ergibt sich, wenn nicht die Bevölkerungsentwicklung der Kernstadt allein, sondern der Vergleich der Einwohnerveränderungen in Kern und Umland herangezogen wird, um Reurbanisierung zu messen. Im Jahr 2000 fällt zwar auch dieser Vergleich in Ostdeutschland erst in wenigen Stadtregionen zu Gunsten der Kernstädte aus, doch erhöht sich die Zahl kurze Zeit später sprunghaft. Am Ende des Betrachtungszeitraums verläuft mit Ausnahme von Berlin in allen betrachteten ostdeutschen Stadtregionen die Bevölkerungsentwicklung im Kern günstiger als im Umland. Unter Anwendung dieses Messkonzeptes kann also von einer weit verbreiteten Reurbanisierung in Ostdeutschland gesprochen werden. Und auch für die westdeutschen Stadtregionen lässt sich im Laufe des Jahrzehnts eine deutliche Verschiebung zu Gunsten der Kernstädte beobachten. Noch um die Jahrtausendwende ist hier in der großen Mehrzahl der Regionen eine Dezentralisierung der Bevölkerung festzustellen. Doch steigt der Anteil der Stadtregionen, in denen die Bevölkerungsentwicklung im Kern günstiger als im Umland verläuft, von 2000 bis 2009 schrittweise von unter 20 auf rund 80 Prozent an. (vgl. Abbildung 3)

Der Unterschied bei der Bevölkerungsentwicklung zwischen Kern und Umland ist in vielen ostdeutschen Stadtregionen besonders groß. Als auffällige Beispiele lassen sich die Regionen Dresden, Leipzig, Magdeburg und Jena nennen. Hier ist in ausgeprägter Form eine absolute Zentralisierung zu beobachten: Während die Kernstädte Einwohner gewinnen, verlieren die Umlandgemeinden Einwohner. Im Mittel der betrachteten ostdeutschen Stadtregionen fällt die Bevölkerungsveränderung pro Jahr im Umland am Ende des Betrachtungszeitraums fast einen Prozentpunkt schlechter aus als im Kern.

Im Gegensatz dazu liegen die Veränderungen der Bevölkerungszahl in den zwei Teilräumen der westdeutschen Stadtregionen zumeist nicht sehr weit auseinander. Von einer Entkopplung der Entwicklungen in Kern und Umland kann daher hier kaum gesprochen werden, wohl aber von einem auffallenden Umschwung zu Gunsten der Kernstädte.

Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung: Verbreitung der Reurbanisierung in Ostdeutschland und Westdeutschland in den 2000er Jahren unter Anwendung unterschiedlicher Messkonzepte



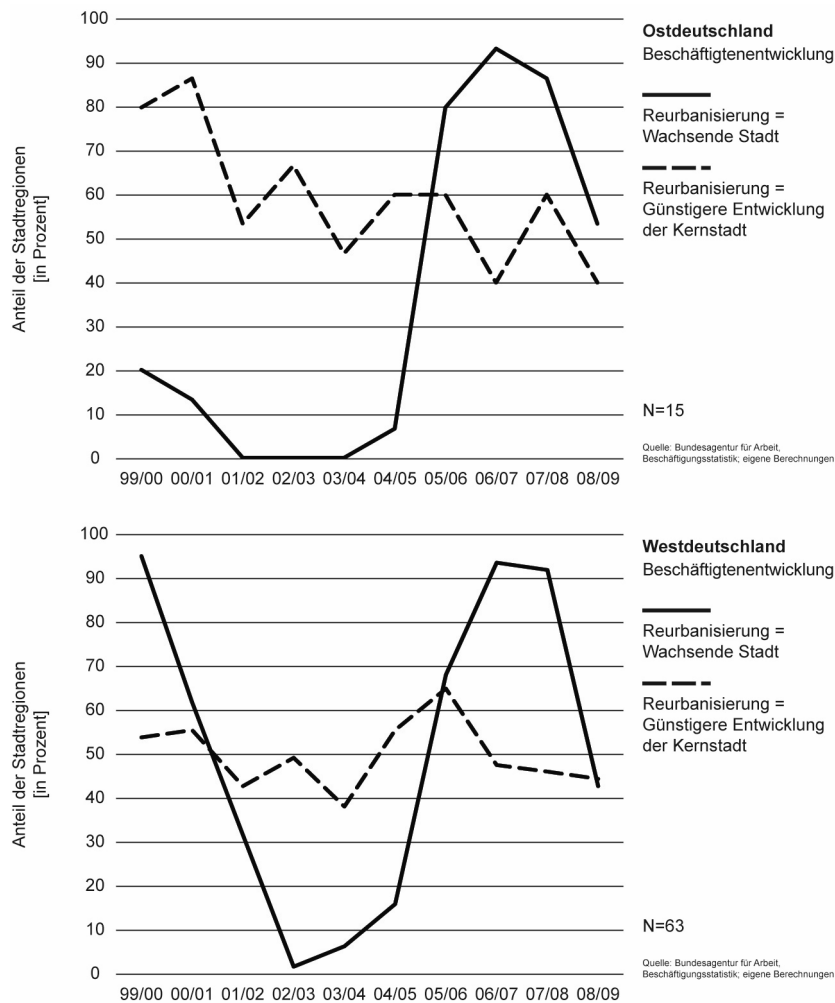
Wenn intraregionale Wanderungsgewinne als Voraussetzung gesehen werden, um von einer Reurbanisierung zu sprechen, ergeben sich wiederum andere empirische Befunde. Zu Beginn der 2000er Jahre sind Wanderungsgewinne der Kernstadt gegenüber dem Umland eine seltene Ausnahme. Zu dieser Zeit übersteigen gerade einmal in einer ostdeutschen und in zwei westdeutschen Stadtregionen die Umland-Stadt-Wanderungen die Stadt-Umland-Wanderungen. In Ostdeutschland verschieben sich diese Verhältnisse in der Folgezeit rasch, so dass bereits im Jahr 2005 für vier von fünf Kernstädten intraregionale Wanderungsgewinne notiert werden können. In Westdeutschland setzt der Umschwung bei den Wanderungsbewegungen erst später gegen Mitte des Jahrzehnts ein und bewegt sich zudem auf einem erheblich niedrigeren Niveau. Immerhin steigt der Anteil der Kernstädte, die Wanderungsgewinne gegenüber ihrem Umland vermelden können, zwischenzeitlich auf über 40 Prozent an, bevor dieser Wert im Jahr 2009 wieder leicht zurückgeht. (vgl. Abbildung 3)

Am Ende des Betrachtungszeitraums weisen unter den ostdeutschen Kernstädten nur noch Berlin und Potsdam einen negativen Stadt-Umland-Wanderungssaldo auf. In Westdeutschland sind es verstärkt die Stadtregionen mit einem wachsenden Kern (u.a. Hamburg, Frankfurt am Main, Stuttgart und München), in denen weiterhin Wanderungsverluste gegenüber dem Umland zu verzeichnen sind. Es gibt aber auch wachsende Städte mit Gewinnen und ebenso schrumpfende Städte mit Verlusten bei den Nahwanderungen.

Beschäftigtenentwicklung

Zwei der drei Konzepte zur Messung von Reurbanisierung lassen sich auch bei den Analysen zur Beschäftigtenentwicklung verwenden. Wenn das Messkonzept einer wachsenden Zahl an Beschäftigten herangezogen wird, ergeben sich bei einer Betrachtung der jährlichen Veränderungen extreme Schwankungen. In der ersten Hälfte der 2000er Jahre kann unter den betrachteten Kernstädten zeitweise deutschlandweit nahezu keine Stadt ein Beschäftigtenwachstum verbuchen. Im Gegensatz dazu erzielen in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts für kurze Zeit fast alle Kernstädte wachsende Beschäftigtenzahlen. Angesichts der starken Schwankungen erscheint es sinnvoll, bei der Analyse der Beschäftigtenentwicklung der Kernstädte mehrere Jahre zusammenzufassen und den insgesamt zehn Jahre umfassenden Untersuchungszeitraum in zwei Abschnitte zu unterteilen. Während in den ersten fünf Jahren keine ostdeutsche Stadt Beschäftigte hinzugewinnt, sind es im zweiten Fünfjahresabschnitt 53 Prozent der 15 betrachteten Kernstädte. Unter den 63 betrachteten Kernstädten in Westdeutschland steigt der Anteil von 33 Prozent im ersten auf 83 Prozent im zweiten Untersuchungsabschnitt an. (vgl. Abbildung 4)

Abbildung 4: Beschäftigtenentwicklung: Verbreitung der Reurbanisierung in Ostdeutschland und Westdeutschland in den 2000er Jahren unter Anwendung unterschiedlicher Messkonzepte



Auffällig sind erneut die hohen absoluten Gewinne, die einzelne große Städte aufweisen. München zeigt in beiden Zeitabschnitten eine nahezu gleichmaßen positive Entwicklung, die sich über zehn Jahre auf ein Plus von rund 47.000 Beschäftigten addiert. Ansonsten setzt das Beschäftigtenwachstum eher im zweiten Untersuchungsabschnitt ein, was vor allem in Hamburg

(70.000), Berlin (64.000), Düsseldorf (26.000), Frankfurt am Main (26.000) und Köln (20.000) innerhalb von fünf Jahren zu einem hohen Zuwachs bei der Zahl der Beschäftigten führt. Wie bei der Bevölkerungsentwicklung auch, stehen hinter den sichtbaren Haupttrends erhebliche Unterschiede zwischen den betrachteten Städten, die spezifische Entwicklungspfade widerspiegeln. So weisen zwar viele der großen Städte in altindustriell geprägten Regionen erneut eine eher ungünstige Entwicklung auf, doch gibt es auch hier Ausnahmen wie Dortmund, wo in beiden Zeitabschnitten ein leichtes Plus bei der Beschäftigtenentwicklung erzielt wird. Zudem soll nicht unerwähnt bleiben, dass die höchsten relativen Gewinne für unterschiedlich geprägte Kernstädte mittlerer Größe – wie Wolfsburg und Ingolstadt oder Erlangen und Münster – notiert werden können.

Beim Vergleich der Beschäftigtenentwicklung in Kern und Umland ergeben sich keine Anzeichen für eine Trendverschiebung in Richtung Reurbanisierung im Laufe der 2000er Jahre. In Ostdeutschland ist der Anteil der Stadtregionen, in denen die Kernstädte einen günstigeren Verlauf als die Umlandgemeinden aufweisen, sogar zurückgegangen. Nachdem in den ersten Jahren des Jahrzehnts noch für vier von fünf Regionen eine intraregionale Zentralisierung festgestellt werden konnte, ist dieser Wert in den folgenden Jahren auf rund 40 Prozent abgesackt. In Westdeutschland lag der Anteil der Stadtregionen mit Zentralisierungstendenzen im zehnjährigen Betrachtungszeitraum relativ konstant bei rund 50 Prozent. (vgl. Abbildung 4)

Die Unterschiede bei der Beschäftigtenentwicklung zwischen Kern und Umland sind zum Teil sehr groß. Über den gesamten Betrachtungszeitraum betragen sie in einigen Fällen bis zu 20 Prozentpunkte. Dies trifft sowohl auf Regionen mit einer Tendenz zur Zentralisierung als auch auf Regionen mit einer Tendenz zur Dezentralisierung zu. Eindeutige Zusammenhänge zur Größe der Städte, zu ihrer Lage oder zur bestehenden Entwicklungsdynamik sind hierbei nicht zu erkennen.

3.3 Intraurbaner Maßstab

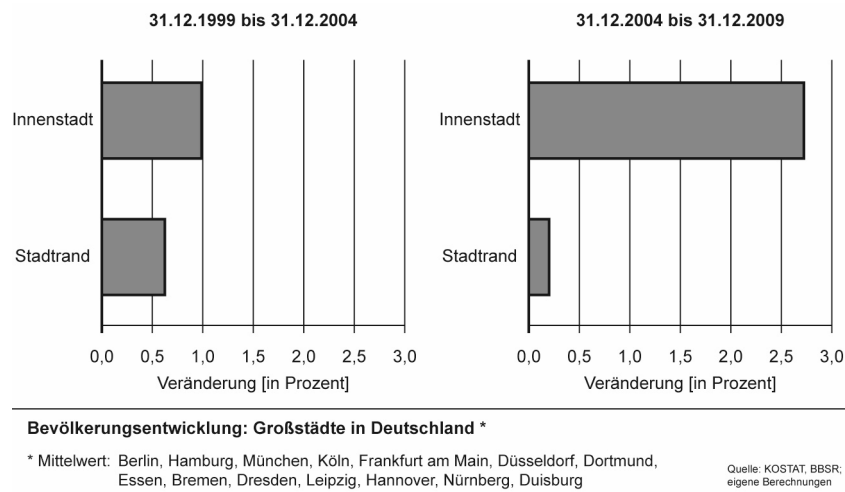
Als Ergänzung zur Betrachtung auf stadtregionaler Ebene soll kurz darauf eingegangen werden, wie die Bevölkerungsentwicklung in den 2000er Jahren innerhalb der Kernstädte verlaufen ist. Beispielhaft werden hierzu 14 der 15 größten Städte in Deutschland betrachtet und die zwei Lagetypen Innenstadt und Stadtrand unterschieden. Stuttgart wurde nicht in die Berechnungen einbezogen, da die vorliegende Datenreihe nicht konsistent auf einen Bevölkerungsbegriff abgestellt ist.

In der ersten Hälfte des Jahrzehnts können die Gebiete sowohl in der Innenstadt als auch am Stadtrand leichte Bevölkerungsgewinne verzeichnen. Der Zuwachs fällt in den Innenstadt-Gebieten zwar etwas stärker aus, der

Abstand zwischen den Lagetypen ist aber nicht besonders ausgeprägt. Für den zweiten Untersuchungsabschnitt ergibt sich ein anderes Bild: Während die Bevölkerungsgewinne in der Innenstadt deutlich zunehmen, verliert die Bevölkerungsentwicklung am Stadtrand merklich an Dynamik.

Besonders in den zwei ostdeutschen Städten Dresden und Leipzig verläuft die Entwicklung im gesamten Betrachtungszeitraum in der Innenstadt deutlich günstiger als am Stadtrand. Dagegen hat sich in Städten wie Köln oder Düsseldorf die Situation deutlich zu Gunsten der zentralen Gebiete verschoben. Insgesamt scheint sich somit in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die Tendenz zur Zentralisierung auch innerhalb vieler Städte fortzusetzen. (vgl. Abbildung 5)

Abbildung 5: Bevölkerungsentwicklung nach innerstädtischen Lagetypen des BBSR 31.12.1999 bis 31.12.2004 und 31.12.2004 bis 31.12.2009, Großstädte in Deutschland



4. Fazit: Trendwende bei der Bevölkerungsentwicklung feststellbar

Prozesse wie Reurbanisierung und Suburbanisierung erweisen sich immer wieder als ungemein facettenreich, da sie sich auf viele unterschiedliche Teilaspekte räumlicher Entwicklung beziehen lassen. Die in diesem Beitrag vorgestellten Auswertungen greifen verschiedene Aspekte auf und führen so zu einem differenzierten Gesamtbild.

In den 2000er Jahren ist sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch die Beschäftigtenentwicklung in den Agglomerationsräumen deutlich günstiger verlaufen als in den agglomerationsfernen Räumen. Als besonders bemerkenswert ist jedoch der Übergang von einer Dezentralisierung zu einer Zentralisierung der Bevölkerung anzusehen, der sich im zurückliegenden Jahrzehnt innerhalb der deutschen Stadtregionen vollzogen hat. Zudem ist auch innerhalb der Kernstädte vielfach eine vergleichsweise günstige Bevölkerungsentwicklung der innenstadtnahen Gebiete zu beobachten.

Weniger auffällig als die intraregionale Zentralisierung ist die leichte Zunahme des Anteils wachsender Kernstädte, die sich gegen den Trend insgesamt rückläufiger Bevölkerungszahlen in Deutschland vollzogen hat. Und in Bezug auf die Wanderungssalden können zwar erhebliche Veränderungen festgestellt werden, aber dennoch verliert am Ende des Jahrzehnts in Westdeutschland die Mehrzahl der Kernstädte noch immer Einwohner gegenüber den Umlandgemeinden. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass sich bei der Beschäftigtenentwicklung in den 2000er Jahren – im Gegensatz zur Bevölkerungsentwicklung – keine nennenswerte Zentralisierung innerhalb der Stadtregionen erkennen lässt.

In der Zusammenschau der skizzierten Befunde bietet somit insbesondere die weit verbreitete Trendwende bei der intraregionalen Bevölkerungsentwicklung Anlass dafür, von einer neuen Phase der Reurbanisierung zu sprechen. Immerhin weist in vielen Stadtregionen der Kern erstmals seit Jahrzehnten über einen Zeitraum von mehreren Jahren eine günstigere Entwicklung als das Umland auf. Gleichzeitig liefern die Ergebnisse zum Teil aber auch Argumente dafür, bei der Bewertung der gegenwärtigen Entwicklungen etwas mehr Zurückhaltung an den Tag zu legen. Bei der intraregionalen Beschäftigtenentwicklung zeigt sich, dass der Trend zur Reurbanisierung offensichtlich nicht alle Bereiche der Raumentwicklung gleichermaßen erfasst hat. Und die weiterhin bestehenden zentrifugalen Kräfte beim stadtreionalen Wanderungsgeschehen sind ein Grund dafür, weshalb vielfach von einer Gleichzeitigkeit von Reurbanisierung und Suburbanisierung gesprochen wird.

Für die raumwissenschaftliche Forschung bleibt das Thema „Reurbanisierung“ spannend. Mittlerweile sind einige empirische Arbeiten entstanden, die zusammen genommen einen recht guten Überblick über die Entwicklungen in den letzten Jahren geben. Die systematische Untersuchung der hinter den zu beobachtenden Trends stehenden Ursachen wurde jedoch bislang vernachlässigt. Abgesehen von wenigen Ausnahmen fehlt es insbesondere im deutschsprachigen Raum an konzeptionellen Beiträgen, die über die Aufzählung von einzelnen Erklärungsansätzen hinausgehen und somit zu einer zeitgemäßen Theorie stadtreionaler Entwicklungen führen könnten. Gleichzeitig sind für ein besseres Verständnis weitere empirische Arbeiten notwendig, die im Sinne von „Tiefenbohrungen“ unter Berücksichtigung der vorliegenden empirischen Erkenntnisse einzelne Fragestellungen im Detail behandeln. Eine solche Fortentwicklung des Forschungsstandes würde die Grundlagen schaffen,

um fundierte Vorhersagen zum zukünftigen Verlauf der Entwicklungen in den deutschen Stadtregionen treffen zu können.

Literatur

- Brühl, Hasso; Echter, Claus-Peter; Frölich von Bodelschwingh, Franciska; Jekel, Gregor (Hg.): Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance? Difu-Beiträge zur Stadtforschung 41, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Geppert, Kurt; Gornig, Martin (2010): Mehr Jobs, mehr Menschen: Die Anziehungskraft der großen Städte wächst, in: Wochenbericht des DIW 77, 19, S. 2-10.
- Göddecke-Stellmann, Jürgen (2011): Renaissance der Großstädte – eine Zwischenbilanz. BBSR-Berichte KOMPAKT, 9/2011.
- Gornig, Martin; Mundelius, Marco (2011): Reurbanisierung und wissensbasierte Ökonomie, in: Brake, Klaus; Herfert, Günter (Hg.): Reurbanisierung. Zwischen Diskurs und Materialität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (im Erscheinen)
- Hallenberg, Bernd (2002): Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der Stadt-Umland-Wanderung unter besonderer Berücksichtigung der Wohneigentumsbildung, in: vhw Forum Wohneigentum 3, S. 133-142.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Hurfert, Günter (2002): Disurbanisierung und Reurbanisierung. Polarisierte Raumentwicklung in der ostdeutschen Schrumpflandschaft, in: Raumforschung und Raumordnung 60, 5/6, S. 334-344.
- Hurfert, Günter; Osterhage, Frank (2011): Wohnen in der Stadt: Gibt es eine Trendwende zur Reurbanisierung? Ein quantitativ-analytischer Ansatz, in: Brake, Klaus; Herfert, Günter (Hg.): Reurbanisierung. Zwischen Diskurs und Materialität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (im Erscheinen)
- Hesse, Markus (2008): Reurbanisierung? Urbane Diskurse, Deutungskonkurrenzen, konzeptionelle Konfusion, in: Raumforschung und Raumordnung 2008, 5, S. 415-428.
- Hirschle, Michaela; Schürt, Alexander (2010): Wanderungstrends in Stadtregionen – neben Suburbanisierung auch Reurbanisierung? In: Dittich-Wesbuer, Andrea; Knapp, Wolfgang; Osterhage, Frank (Hg.): Postsuburbanisierung und die „Renaissance der (Innen-) Städte“ – Neue Entwicklungen in der Stadtregion. Detmold: Verlag Dorothea Rohn, S. 27-43.
- Jessen, Johann; Siedentop, Stefan; Zakrzewski, Philipp (2011): Rezentralisierung der Stadtentwicklung? Kleinräumige Analyse des Wanderungsgeschehens in deutschen Großstädten, in: Brake, Klaus; Herfert, Günter (Hg.): Reurbanisierung. Zwischen Diskurs und Materialität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. (im Erscheinen)
- Köppen, Bernhard; Mai, Ralf; Schlömer, Claus (2007): Reurbanisierung in Ostdeutschland – möglicher Leittrend zukünftiger Stadtentwicklung? In: Geographische Zeitschrift 94, 4, S. 211-230.
- Kujath, Hans Joachim (1988): Reurbanisierung? Zur Organisation von Wohnen und Leben am Ende des städtischen Wachstums, in: Leviathan 16, 1, S. 23-43.
- Läpple, Dieter (2004): Thesen zur Renaissance der Stadt in der Wissensgesellschaft, in: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlen, Jörg (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2003. Schwerpunkt: Urbane Regionen. Opladen: Leske + Budrich, S. 61-77.

- Pohlan, Jörg (2010): Monitoring der Städte und Regionen, in: Hannemann, Christine; Glasauer, Herbert; Pohlan, Jörg; Pott, Andreas; Kirchberg, Volker (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2009/10. Schwerpunkt: Stadtkultur und Kreativität. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 191-249.
- Pohlan, Jörg (2005): Monitoring der Städte und Regionen, in: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/05. Schwerpunkt: Schrumpfende Städte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 207-276.
- Spiekermann, Klaus (1992): Reurbanisierung der Bevölkerung? In: RaumPlanung 59, S. 215-226.

Jan Dohnke

Monitoringsysteme der sozialen Stadtentwicklung – Stand und zukünftige Herausforderungen

Zusammenfassung: Durch die Beobachtung kleinräumiger Entwicklungen mittels integrierter Monitoringsysteme sollen ortsbezogene Handlungsbedarfe erkannt und auf Basis einer empirischen Grundlage entsprechende Maßnahmen abgeleitet werden. Viele Städte haben mittlerweile hohe Kompetenzen bei integrierten Monitoringsystemen entwickelt, welche einzelne Themenfelder miteinander verknüpfen und so die Grundlage für eine datengestützte Stadtentwicklungspolitik liefern.

Im Rahmen eines Städtekooperationsprojekts wurden acht bestehende Monitoringsysteme der Sozialen Stadtentwicklung aus den Städten Berlin, München, Hamburg, Bremen, Leipzig, Mainz und Karlsruhe untersucht und systematisiert. In ihrer Gesamtheit bieten diese eine Übersicht des aktuellen Stands integrierter Berichterstattung und erlauben die Diskussion aktueller Limits und zukünftiger Herausforderungen.

1. Einleitung

Der Betrachtung kleinräumiger Veränderungen in der Sozialstruktur von Städten liegt seit etwa zwei Jahrzehnten zunehmend im Fokus der Stadtforschung. Ziel ist es, durch die Beobachtung kleinräumiger Entwicklungen ortsbezogene Handlungsbedarfe zu erkennen, und auf Basis einer empirischen Grundlage entsprechende Maßnahmen ableiten zu können. Die Anfänge der Berichterstattung liegen im Bereich der Sozialplanung, aber auch in anderen Bereichen der Verwaltung hat sich inzwischen eine Vielfalt von integrierten und sektoralen Monitoringsystemen etabliert. Bis dato überwiegen sektorale Ansätze, aber viele Städte haben mittlerweile hohe Kompetenzen bei integrierten Monitoringsystemen entwickelt, welche einzelne Themenfelder miteinander verknüpfen und so die Grundlage für eine datengestützte Stadtentwicklungspolitik liefern (vgl. Mardorf 2006).

Die Annahme, dass Stadtquartiere als Lern- und Sozialisationsraum eine räumliche Wirkung entwickeln, die sich maßgeblich auf die aktuellen wie zukünftigen Lebensumstände ihrer Bewohner auswirken kann, bildet den theoretischen Hintergrund für ein (integriertes) Monitoring sozialer Stadtent-

wicklung. Denn besonders in Quartieren, in denen sich als Folge von Segregationsprozessen soziale Problemlagen akkumulieren, können neben der bereits schwierigen sozialen Lage einiger ihrer Bewohner zusätzliche Quartiereffekte entstehen, die zu weiteren Benachteiligungen führen (vgl. Friedrichs/Blasius 2000; Keller 1999; Häussermann 2003).

Als mögliche weitere Benachteiligungen gelten erstens die Sozialisation in einem Umfeld bzw. Milieu, welches sich sukzessive von gesamtgesellschaftlich anerkannten Normen entfernt. Beispielsweise, weil eine stabile Erwerbsbiographie und die entsprechenden Tagesabläufe eine Ausnahme sind oder Kleinkriminalität eine in Teilen akzeptierte Tätigkeit darstellt. Von diesem Effekt sind auch diejenigen betroffen, die zwar nicht diesem Milieu angehören, aber mit diesem täglich konfrontiert werden. Das gilt besonders für Kinder und Jugendliche, bei denen das Quartier als „Ort des Lernens“ eine wichtige Rolle spielt (vgl. Häussermann 2008). Zweitens kann eine weitere Benachteiligung durch eine mangelhafte Infrastrukturausstattung des Quartiers in Form der physisch-materiellen Umwelt stattfinden. Und drittens ist es das negative Image mit dem solche Quartiere oft behaftet sind, welches in Form von Eigen- und Fremdbildern zu weiterer Benachteiligung in Form von Stigmatisierung führen kann. Dementsprechend ist das themenübergreifende Erkennen von Akkumulationen sozialer Problemlagen in städtischen Teilräumen das Ziel von Monitoring sozialer Stadtentwicklung, um so benachteiligte Quartiere zu bestimmen. Auf diese Weise dient es als Grundlage und der Vorbereitung stadtentwicklungspolitischer Entscheidungen (vgl. Mardorf 2006).

Im Rahmen des Städtekooperationsprojekts „Kleinräumiger Städtevergleich“ hat das Deutsche Institut für Urbanistik zusammen mit *res urbana* im Jahr 2010 bestehende, integrative Monitoringsysteme der Sozialen Stadtentwicklung untersucht und systematisiert. Ziel war es, einen Überblick über die verschiedenen Ansätze und die praktizierten Möglichkeiten systematischer kleinräumiger Datenerfassung und -analyse zu erhalten, und die sich daraus ableitenden Probleme und Herausforderungen zu erschließen. (vgl. Dohnke et al. 2010a)

Unter einem Monitoring sozialer Stadtentwicklung wird in diesem Kontext die systematische und regelmäßige Analyse räumlich differenzierter soziostruktureller Entwicklungen im Stadtraum mittels dafür geeigneter Indikatoren und Indices verstanden, die diese Entwicklungen in ein Verhältnis zueinander und/oder zur Entwicklung in der Gesamtstadt stellt.

Charakterisiert wird ein Monitoring zur Sozialen Stadtentwicklung im Modell durch folgende Eigenschaften (Dohnke et al 2010a):

- regelmäßige (jährliche bis zweijährliche) Durchführung;
- einheitliche, kleinräumige Basis;
- Kontinuität der verwendeten Indikatoren;

- Vergleichbarkeit, Bezug und Analyse thematisch unterschiedlicher Indikatoren zueinander;
- Verständlichkeit.

Viele Städte realisieren regelmäßige Datensammlungen auf kommunaler bzw. kleinräumiger Ebene zur sozialen Situation, die in entsprechenden Berichten wie z.B. Sozialreports bearbeitet und ausgewertet werden. Die methodischen Ansätze und Datensammlungen, welche sich mit den eingangs formulierten Kriterien vereinbaren lassen und damit einem kleinräumigen Monitoring sozialer Stadtentwicklung im bereits dargestellten Sinne entsprechen, sind in dieser Synopse enthalten. Im Folgenden werden dementsprechend Monitoringansätze aus den Städten Berlin, München, Hamburg, Bremen, Leipzig, Mainz und Karlsruhe beschrieben. Einige der Ansätze befinden sich im fortgeschrittenen Entwicklungsstadium, andere sind schon seit Jahren erprobt und kontinuierlich verbessert worden.

Von den untersuchten Städten wurden zur Erstellung dieser Synopse jeweils Grunddaten sowie Informationen zur Methodik zur Verfügung gestellt. Diese Informationen wurden mittels Internetrecherche und durch Fachgespräche weiter vervollständigt und aktualisiert.

Inhaltlich gliedert sich die Synopse wie folgt: Nach den grundlegenden Zielstellungen werden die Daten zum erstmaligen Durchführungsdatum und der Durchführungsfrequenz sowie über Zahl und Charakteristika der beobachteten räumlichen Einheiten dargestellt. Danach wird auf die verwendeten Indikatoren und Indices eingegangen und anschließend die Methodik der einzelnen Ansätze geschildert. Im letzten Abschnitt werden die Herausforderungen und Probleme, welche sich für ein Monitoring sozialer Stadtentwicklung ergeben, diskutiert. Dies umfasst sowohl die Erfassung und Verwendung von Indikatoren als auch die Methodik, mit der diese ausgewertet und Ergebnisse gewonnen und interpretiert werden.

2. Synopse der untersuchten Monitoringsysteme zur Sozialen Stadtentwicklung

Ziele

Das Ziel aller untersuchten Monitoringsysteme liegt darin, Entwicklungen in einzelnen Teilräumen der Stadt zu beobachten, in Vergleich zueinander zu stellen und auf diese Weise Gebiete mit einem besonderen Handlungsbedarf in sozialer oder städtebaulicher Hinsicht zu identifizieren. Dabei lassen sich Systeme mit einem eher *problemorientierten* Ansatz von solchen mit einem *umfassenden* Ansatz unterscheiden, die Stadträume hinsichtlich ihrer allge-

meinen Entwicklung (die Identifizierung sozialer Problemlagen eingeschlossen) beobachten.

Der *problemorientierte* Ansatz beobachtet, analysiert und bewertet Gebiete, „damit sozialräumliche Disparitäten, die Ballung spezifischer Problemlagen sowie ein daraus abzuleitender Handlungsbedarf sichtbar gemacht werden“ (Stadt Leipzig 2010: 125). Der *umfassende* Ansatz erlaubt stattdessen durch die selektive Kombination einzelner Themenfelder eine umfangreichere Charakterisierung einzelner Teilräume und stellt so eine Entscheidungsgrundlage für gezielte, angepasste Maßnahmen einzelner Ressorts dar. Das zeigt sich in der angewendeten Methodik und der Auswahl der Indikatoren.

Erstmaliges Erscheinungsdatum und Durchführungsfrequenz

Zwei der untersuchten Ansätze haben 2010 ihre erste Durchführungsphase durchlaufen (Hamburg, München). Beide Systeme werden nach dieser Phase erneut überarbeitet und auf Basis erster Erfahrungen angepasst. Speziell die Münchner *Stadtteilstudie* dient als Prototyp für ein späteres Stadtteilmonitoring (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Grunddaten der untersuchten Monitoringsysteme

	Berlin	Bremen	Bremen	Hamburg
Name	Monitoring Soziale Stadtentwicklung	Kleinräumiges Monitoring Soziale Stadt	Sozialindikatoren	Sozialmonitoring
erstmaliges Erscheinungsdatum	1997	2008	1991	2010
Frequenz	seit 2007 jährlich	alle 2 Jahre	alle 2-3 Jahre	jährlich beabsichtigt
räumliche Einheiten	447 Planungsräume*	2065 Baublöcke	78 Ortsteile	941 statistische Gebiete*
Durchschn. EW-Zahl	7500	300	6500	2000
	Mainz	München	Leipzig	Karlsruhe
Name	Sozialraumanalyse – Lebenslagenindex	Stadtteilstudie	Sozialreport – sozialräumliche Differenzierung	Stadtmonitoringsystem
erstmalig erstellt	1996	2010	2009	2002
Frequenz	alle 5 Jahre	alle 3-5 Jahre	jährlich	jährlich
räumliche Einheiten	65 Stadtbezirke	456 Stadtbezirksviertel*	63 Ortsteile	70 Stadtviertel
Durchschn. EW-Zahl	3000	3000	8200	4200

* Anzahl der Gebiete vor Filtern einwohnerarmer Gebiete

Quelle: Angaben der Städte, eigene Darstellung

Andere Ansätze sind aus der Weiterentwicklung bestehender Monitoringsysteme entstanden: Das *Kleinräumige Monitoring Soziale Stadt* der Stadt Bremen wurde erstmals 2008 durchgeführt und ist eine Weiterentwicklung der *Sozialindikatoren*, welche seit 1991 existieren. Die Leipziger *sozialräumliche Differenzierung* wurde 2009 erstmals durchgeführt und ist integrierter Bestandteil des seit 2005 jährlich erscheinenden *Sozialreports*. Gleiches gilt für den Lebenslagenindex der Mainzer *Sozialraumanalyse*, die erstmals 1996 erschienen ist. Das Karlsruher *Stadtmonitoringsystem* wird seit 2002 durchgeführt, das Berliner *Monitoring Soziale Stadtentwicklung* erschien erstmals 1997.

Die meisten Monitoringsysteme werden in Frequenzen von ein bis drei Jahren durchgeführt. Eine Ausnahme bildet die *Sozialraumanalyse* der Stadt Mainz. Wegen der niedrigen Frequenz ist dieses Monitoringsystem noch nicht im Zusammenhang mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und der neuen Sozialgesetzgebung überarbeitet worden. Dies ist bei der späteren Betrachtung der Indikatorensets zu berücksichtigen.

Zahl und Charakteristika der beobachteten räumlichen Einheiten

Die Zahl der Gebietseinheiten je Stadt und ihre durchschnittliche Einwohnerzahl variieren deutlich zwischen den Städten. Innerhalb der einzelnen Städte gibt es ebenfalls große Schwankungen bei der Einwohnerzahl der einzelnen Teilräume. Das erschwert zum einen die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den Teilräumen, zum anderen sind die Einwohnerzahlen in manchen Gebieten so niedrig, dass starke Verzerrungen zu befürchten sind.

Aus diesem Grund filtern einige Städte bevölkerungsarme Teilräume aus der Analyse. In Berlin liegt die Schwelle bei 200 Einwohnern, in Hamburg bei 300 Einwohnern, in München bei 400 Einwohnern/ Teilraum. In Berlin werden außerdem Planungsräume, die bei geringer Einwohnerzahl besondere Charakteristika aufweisen und deren Werte deswegen „Ausreißer“ darstellen, ebenfalls nicht in die endgültige Analyse mit einbezogen. Die Anzahl der untersuchten Gebiete reduziert sich entsprechend (in Berlin zuletzt um 13 Planungsräume, in Hamburg um 112 statistische Gebiete und in München um 81 Stadtbezirksviertel). Die verbleibenden Gebiete beinhalten dennoch weiterhin über 99 Prozent der jeweiligen Stadtbevölkerung.

Die Untersuchungsgebiete sind in einigen Städten mit durchschnittlich 8.000 (z.B. Berlin) Einwohnern eher bevölkerungsreich. In anderen Städten ist die Einwohnerzahl mit ca. 3.000 bis 4.000 Einwohnern oder sogar durchschnittlich 2.000 Einwohnern (Hamburg) deutlich niedriger. Eine Ausnahme stellt Bremen dar: Sind für die *Sozialindikatoren* die Ortsteile mit ca. 6.500 Einwohnern maßgeblich, wird das *Kleinräumige Monitoring Soziale Stadt* stattdessen auf Baublockebene mit ca. 300 Einwohnern/ Raumeinheit durch-

geführt (s. Tabelle 1). Baublöcke mit ähnlichen Ergebniswerten werden im Laufe der Monitoringanalyse aggregiert und bilden so größere räumliche Einheiten – ein Verfahren, das unter „Methodik“ genauer erläutert werden wird.

Verwendete Indikatoren und Indices

Die Anzahl der verwendeten Indikatoren ist bei den einzelnen Monitoringssystemen sehr unterschiedlich und reicht von drei Indikatoren (*Kleinräumiges Monitoring Soziale Stadt* Bremen) bis zu 29 Indikatoren (*Strukturindikatoren* Hamburg). In der Regel liegen alle Indikatoren auf kleinräumiger Ebene vor und werden entsprechend verwendet. Problemorientierte Ansätze arbeiten tendenziell mit einer geringen Anzahl an Indikatoren, die außerdem eine „Problemkomponente“, also ein wertendes Element, beinhalten. Ein hoher Anteil von Beziehern von Transferleistungen nach SGB II in der lokalen Bevölkerung in einem städtischen Teilraum gilt beispielsweise als problematisch.

Tabelle 2: Indikatorenkategorien

Sachgebiet	Berlin	Bremen*	München	Hamburg*	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
Anzahl Indikatoren	12	3/ 20	28	7/ 29	11	10	22
Demographie	1	1/ 7	5	2/12	2	–	2
Soziale Lage	8	1/ 7	4	4/8	5	6	3
Migration	3	-/ 2	3	-/3	0	–	–
Bildung	–	1/ 1	2	1/5	2	2	4
Kriminalität	–	-/ 1	–	-/-	1	–	2
Partizipation	–	-/ 2	–	-/1	–	2	1
Wohnen/Wohnumfeld	–	-/-	14	-/-	1	–	10

* Unterteilung Bremen: Kleinräumiges Monitoring Soziale Stadt/Sozialindikatoren; Hamburg: Aufmerksamkeitsindikatoren/Strukturindikatoren;

Quelle: eigene Darstellung

Die einzelnen Indikatoren sind nach Sachgebieten strukturiert und zugeordnet (s. Tabelle 2). So werden thematische Schwerpunkte deutlich. Diese Gliederung dient dem besseren Überblick und einer verbesserten Vergleichbarkeit und deckt sich nicht mit der thematischen Strukturierung der einzelnen Monitoringsysteme. Als Kategorien wurden gewählt: Demographie, Soziale Lage, Migration, Bildung, Kriminalität, Partizipation und Wohnen/Wohnumfeld. Die Kategorien sowie die dazu gehörigen Indikatoren werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Demographie

Diese Kategorie umfasst Indikatoren, die Auskunft über die demographische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und der einzelnen Haushalte geben, sowie Angaben zur Herkunft. Daten aus dieser Kategorie stehen i.d.R. über die Melderegister der Kommunalstatistik zur Verfügung.

In allen Städten, mit Ausnahme von Leipzig, werden Indikatoren zur Demographie verwendet. Dominant sind dabei Indikatoren zur Herkunft der Bevölkerung, speziell der Indikator „Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ sowie „Anteil Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund unter 18 Jahre in % der Bevölkerung unter 18 Jahren“. Wurde noch vor einigen Jahren der Indikator „Ausländer“ verwendet, sind mittlerweile fast alle Monitoringsysteme auf den Indikator „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ umgestellt.

Indikatoren zur Alterszusammensetzung der Bevölkerung (Jugend- und Altenquotienten) und zu Haushalten von Alleinerziehenden sind ebenfalls von Bedeutung. Mit altersbezogene Indikatoren wird versucht, die Herausforderungen abzubilden, die entweder mit einem hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung in einem Sozialraum, oder mit einer zunehmenden Überalterung derselben einhergehen. Der Fokus auf Haushalte von Alleinerziehenden bzw. auf Kinder und Jugendliche, die in Haushalten mit nur einem Elternteil aufwachsen, ergibt sich zum einen aus dem erhöhten Armutsrisiko und zum anderen aus den spezifischen Problemsituationen wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Haushalte von Alleinerziehenden betreffen.

Soziale Lage

Diese Kategorie umfasst alle Indikatoren, die Auskunft über sozioökonomische Merkmale der Bevölkerung geben, insbesondere in Form von Arbeitslosigkeit und Armut. Daten aus dieser Kategorie sind ebenfalls über die Sozialverwaltung für die Kommunalstatistik leicht verfügbar.

Es überrascht daher nicht, dass diese Kategorie Bestandteil aller untersuchten Monitoringsysteme ist. Die soziale Lage wird in jedem Monitoringssystem mit mindestens einem Indikator abgebildet, ein besonderes Gewicht legen die Monitoringsysteme aus Berlin, Hamburg und Leipzig auf diese Kategorie. Indikatoren zur sozialen Lage stellen in diesen Fällen jeweils mindestens die Hälfte aller verwendeten Indikatoren.

Bei allen Systemen ist ein Indikator zur Arbeitslosigkeit vertreten, i.d.R. wird hier die Arbeitslosenziffer, also der Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung verwendet. Von sehr hoher Bedeutung sind ebenfalls die Indikatoren zum Bezug von Leistungen nach SGB II („Hartz IV“), Jugendarbeitslosigkeit (jeweils sechs Städte) und Langzeitarbeitslosigkeit (vier Städte). Eine wichtige Rolle spielen außerdem Indikatoren zur „Kinder-

armut“, definiert als der Anteil der nicht-erwerbsfähigen Empfänger von Sozialgeld an der Altersgruppe der 0 bis unter 15-jährigen, und die Altersarmut, also der Bezug von Leistungen nach SGB XII. Speziell diese beiden Indikatoren haben im Zuge einer beständig steigenden Kinder- und Altersarmut eine wachsende Bedeutung. In einigen Fällen wird der Bezug von Transferleistungen ausländischer Mitbürger erfasst, da häufig Daten zum Transferbezug von Menschen mit Migrationshintergrund nicht gesondert vorliegen.

Zwei besondere Indikatoren werden von den Städten Mainz und Karlsruhe verwendet: in der Mainzer *Sozialraumanalyse* gibt es den Indikator „Spannungspotential“, welcher das Verhältnis zwischen arbeitslosen Jugendlichen und der älteren Bevölkerung beschreibt. Hintergrund ist das Konfliktpotential, welches zwischen diesen Gruppen bestehen kann (vgl. Stadt Mainz 2005). In Karlsruhe gibt es hingegen einen Indikator, welcher die „Anzahl der Zwangsräumungstermine im Durchschnitt der vorangegangenen drei Jahre“ (Angaben der Stadt Karlsruhe) angibt.

Mobilität/Migration

Diese Kategorie beinhaltet alle Indikatoren, die Auskunft über Wanderungsbewegungen während des Untersuchungszeitraums geben. Auch diese stehen häufig über die Melderegister der Kommunalstatistik zur Verfügung

Nicht alle Städte verwenden Migrationsindikatoren, Mainz, Leipzig und Karlsruhe verzichten vollkommen darauf. Die übrigen Städte nutzen v.a. Indikatoren, welche das „Wanderungsvolumen“ und den „Wanderungssaldo“ angeben, um so Anhaltspunkte für mögliche „Abstimmungen mit den Füßen“ als Folge von Unzufriedenheit mit den lokalen Wohn- und Lebensverhältnissen vor Ort zu erhalten. In Berlin wird außerdem der Wanderungssaldo von Kindern unter sechs Jahren als Indikator für das Mobilitätsverhalten von Familien verwendet, da Familien mit Kindern i.d.R. sehr sensibel auf negative soziale Entwicklungen reagieren.

Bildung

Diese Kategorie umfasst alle Indikatoren, die Bildungsdaten verwenden. Die Operationalisierung und Verwendung solcher Bildungsindikatoren durch die unterschiedlichen räumlichen Zuschnitte von z.B. Schuleinzugsgebieten sowie der Zuordnung und Vergleichbarkeit der Daten erheblich erschwert. Dennoch greifen mittlerweile die meisten Städte auf einen bis vier Indikatoren zurück.

Einer der am häufigsten verwendeten Indikatoren dieser Kategorie stellt die „Übergangsquote“ bzw. die „Übertrittswahrscheinlichkeit aufs Gymnasium“ dar, welcher von drei Städten genutzt wird. Ein weiterer wichtiger Indikator ist „Schulentlassene der Hauptschule ohne Bildungsabschluss“.

Kriminalität

Einige Städte nutzen den Indikator „Falldichte Jugendgerichtshilfe“, um das Ausmaß schwieriger sozialer Lagen auf andere Weise zu erfassen. Karlsruhe erfasst zudem mittels einer Bürgerumfrage die Wahrnehmung des sozialen Umfelds bzw. die Kriminalitätswahrnehmung.

Partizipation

Diese Kategorie umfasst alle Indikatoren, welche bürgerschaftliches Engagement oder die aktive Teilnahme am politischen Leben beschreiben. Die Städte Bremen, Leipzig und Karlsruhe verwenden je ein bis zwei Indikatoren aus dieser Kategorie. Dabei handelt es sich mit einer Ausnahme um Indikatoren zur Wahlbeteiligung bei den letzten Kommunal- oder Bundestagswahlen. Problematisch bei der Verwendung dieser Daten ist, dass eine jährliche Aktualisierung auf Grund der längeren Wahlperioden nicht möglich ist, so dass Untersuchungszeitpunkt und die Aktualität der Daten nicht immer übereinstimmen. Leipzig benutzt zusätzlich den Indikator „Anteil der ehrenamtlich Engagierten“.

Wohnen/Wohnumfeld

Diese Kategorie umfasst alle Indikatoren, die Aussagen zu Zustand und Zugänglichkeit von Wohnraum oder zu Eigenschaften und Ausstattung des Wohnumfelds machen. Die Hälfte der untersuchten Systeme nutzen Indikatoren aus dieser Kategorie, München und Karlsruhe setzen hier einen besonderen Schwerpunkt mit 14 bzw. 11 Indikatoren (vgl. Tab. 2). Dabei handelt es sich um Indikatoren, welche über georeferentielle Daten erfasst werden (München), um die qualitative Einschätzung verantwortlicher Behörden und um Bürgerumfragen (Karlsruhe, Mainz). Auf diese Weise lassen sich neue Sachverhalte erfassen. Allerdings wird durch die qualitative Einschätzung der Verwaltung die rein quantitative, und damit „objektivierte“ Ebene der Erfassung und Analyse verlassen, und ein stärker subjektiv geprägtes bzw. strategisch beeinflusstes Element hinzugefügt. Bürgerumfragen bieten außerdem eine direkte Einschätzung durch die Bewohner, sind aber nur mit vergleichsweise hohem Aufwand durchführbar und beinhalten diverse methodische Probleme die beachtet werden müssen. (vgl. Atteslander 2000, Reuber/ Pfaffenbach 2005)

Methodik der städtischen Monitoringsysteme

Die untersuchten Monitoringsysteme verfügen jeweils über eine komplexe, den Zielvorgaben angepasste Methodik, die über die Jahre hinweg teilweise mehrfach aktualisiert wurde. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen Monitoringsystemen mit einem problemorientierten und einem umfassenden Ansatz. Über den ersten werden Teilräume bestimmt, die wegen einer Häufung sozialer Probleme als Problemgebiete gelten können. Über die zweiten soll darüber hinaus für einzelne Themenfelder beobachtet und ermittelt werden, ob in einzelnen Teilräumen ein politischer Handlungsbedarf besteht.

Berlin, *Monitoring Soziale Stadtentwicklung*

In Berlin wird ein gestuftes Index-Berechnungsverfahren angewendet, welches dem problemorientierten Ansatz zuzuordnen ist. Einerseits beschreibt es den aktuellen Zustand der einzelnen Teilräume, andererseits werden Veränderungen seit der letzten Durchführung direkt erfasst und verarbeitet. Auf diese Weise wird Entwicklungsdynamiken direkt Rechnung getragen.

Zu diesem Zweck werden zwei Indikatorensets mit jeweils sechs Indikatoren zur Bildung eines *Status-Index* und eines *Dynamik-Index* genutzt. Zur Bildung der Einzelindices werden die zugehörigen Indikatoren standardisiert, wobei den minimalen und maximalen Extremwerten die Werte 0 bzw. 100 zugeordnet werden. Jeder Indikatorwert wird gemäß seiner relativen Position auf dieser „Mini-Max“-Skala eingeordnet, entsprechend der folgenden Formel:

$$\frac{\text{Wert}_{\text{Teilraum}} - \text{Wert}_{\text{min}}}{\text{Wert}_{\text{max}} - \text{Wert}_{\text{min}}} * 100$$

Anschließend werden die so standardisierten Indikatorenwerte aufsummiert und erneut mit dem gleichen Verfahren zum *Status-* bzw. *Dynamik-Index* standardisiert. Zur Klassifizierung werden die Werte auf beiden Indices in Dezile eingeteilt (vgl. Tabelle 3):

Tabelle 3: Klassifizierung des Berliner Monitoring Soziale Stadtentwicklung

Status- Index	Dynamik- Index
Hoch (oberste 2 Dezile)	Positiv (oberste 2 Dezile)
Mittel (3.-8. Dezil)	Mittel (3.-8. Dezil)
Niedrig (9. Dezil)	Negativ (9.- 10. Dezil)
Sehr niedrig (10. Dezil)	

Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2010, eigene Darstellung

Die Teilräume der Stadt können anschließend auf einer Kreuztabelle entsprechend ihres Status und ihrer Dynamik eingeordnet und verglichen werden, um so Aufschluss über Entwicklungstendenzen in der Stadt zu erhalten.

In einem letzten Schritt wird der *Entwicklungsindex* durch Addition von *Status-* und des *Dynamik-Index* (im Verhältnis 3:2) gebildet. Die höhere Gewichtung des Status erklärt sich aus dessen höherer Bedeutung für die aktuelle Lebenssituation in den einzelnen Teilräumen. Analog zum beim *Status-Index* verwendeten Verfahren werden die einzelnen Gebiete erneut in Dezile eingeteilt (s. Tabelle 3). Der *Entwicklungsindex* erlaubt es, alle Teilräume der Stadt abschließend auf einer Skala zu vergleichen (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2010).

Bremen, *Kleinräumiges Monitoring Soziale Stadt*

Das *kleinräumige Monitoring Soziale Stadt* der Stadt Bremen wird auf Ebene der Baublöcke mit nur drei Indikatoren durchgeführt, ist problemorientiert und bildet eine Entscheidungsgrundlage für die Ausweisung von Programmkulissen der lokalen Städtebauförderung. Für jeden Teilraum wird der lokale Wert mit dem entsprechenden gesamtstädtischen Durchschnittswert (= 100) in Bezug gesetzt. Die einzelnen Indikatorenwerte werden anschließend addiert und durch 3 geteilt; sollte sich auf diese Weise ein Wert über 200 ergeben, also eine durchschnittlich doppelt so hohe Problemlage bei allen Indikatoren wie in der Gesamtstadt, so werden diese Teilräume als *Vermutungsgebiete* klassifiziert.

In einem weiteren Schritt werden die so ermittelten Baublöcke mit angrenzenden *Vermutungsgebieten*, die vergleichbare Charakteristika aufweisen, zu *Nachbarschaften* zusammengeführt. Abschließend werden über qualitative Rückkopplung mit Akteuren vor Ort sowie den Landesbehörden die *Vermutungsgebiete* als Gebiete mit einer Häufung sozialer Problemlagen bestätigt, spezifiziert oder auch verworfen. Die ausgewählten *Nachbarschaften* werden in 8 Gruppen eingeteilt, zum einen differenziert nach Bevölkerungszahl, zum anderen nach dem Ausmaß der Problemdichte, indem Teilräume mit vergleichbaren Werten bei der Bevölkerungszahl und bei den Indikatorwerten gruppiert werden. Dieser Ansatz ermöglicht einen flexiblen und passgenauen Zuschnitt der städtischen Problemgebiete. Da der räumliche Zuschnitt sich je nach aktueller Entwicklung ändern kann, ist eine räumliche Kontinuität der städtischen Problemgebiete allerdings nicht zwingend gegeben (vgl. Freie Hansestadt Bremen 2008).

Bremen, *Sozialindikatoren*

Die verwendeten Indikatoren dieses problemorientierten Ansatzes werden themenbezogen zu insgesamt vier Indikatorensets zusammengefasst. Die je-

weiligen Einzelwerte werden mittels z-Transformation standardisiert und anschließend für die einzelnen Indikatorensets die jeweiligen Mittelwerte gebildet. Die einzelnen Indikatoren werden je nach erwarteter Wirkung mit positiven oder negativen Vorzeichen versehen oder nicht in die Rechnung einbezogen. Der Mittelwert der vier Einzelindices ergibt zuletzt den *Benachteiligungsindex*, mit welchem die einzelnen Ortsteile direkt miteinander verglichen werden können (vgl. Freie Hansestadt Bremen 2010).

München, *Stadtteilstudie*

Die Münchener *Stadtteilstudie* ist ein umfassender Monitoringansatz, da nicht nur die Häufung sozialer Problemlagen untersucht, sondern die Ergebnisse auch mit anderen Themenbereichen gekoppelt werden können. Beginnend mit den demographischen Indikatoren und denen zur soziale Lage werden die einzelnen Indikatorwerte mittels „Mini-Max“-Verfahren (s.o.) standardisiert und die Ergebnisse aufsummiert. Zur Klassifizierung wird die durchschnittliche Gesamtpunktzahl aller Stadtbezirksviertel berechnet. Alle Stadtbezirksviertel, deren Ergebnis um weniger als 20 Prozent von diesem Wert abweicht, gelten als „durchschnittlich“. Gebiete mit Werten darüber haben eine „überdurchschnittliche“, solche mit Werten darunter eine „unterdurchschnittliche soziodemographische Herausforderung“.

Dieses Verfahren wird ebenfalls für alle themenbezogenen Indices angewendet, damit wird für alle Indikatorengruppen eine Klassifizierung möglich. Die Ergebnisse der einzelnen Indikatorensets können jetzt miteinander gekoppelt und verglichen werden. Die Wechselwirkungen zwischen ihnen werden so sichtbar, die einzelnen Untersuchungsgebiete lassen sich themenspezifisch und themenübergreifend miteinander in Bezug setzen (vgl. Landeshauptstadt München 2010).

Hamburg, *Sozialmonitoring*

Das Sozialmonitoring Hamburg arbeitet mit einem Set von sieben *Aufmerksamkeitsindikatoren* und einem Set von 28 *Strukturindikatoren*. Die Systematik der *Aufmerksamkeitsindikatoren* besitzt einen deutlich problemorientierten Fokus, die Strukturindikatoren dienen der ergänzenden und umfassenden Charakterisierung der städtischen Teilräume. Während die Systematik der *Aufmerksamkeitsindikatoren* bereits weit entwickelt ist, werden Ergebnisse und Methodik der Strukturindikatoren noch auf Relevanz und Anwendbarkeit geprüft. Deshalb wird im Folgenden nur auf die *Aufmerksamkeitsindikatoren* eingegangen.

Mit einem Indexverfahren, welches an das Berliner „Monitoring Soziale Stadt“ angelehnt ist, werden die einzelnen Indikatoren beobachtet und ausgewertet. Es besteht ebenfalls eine Differenzierung in Status- (7) und Dyna-

mikindikatoren (4), die methodischen Unterschiede „zwischen den beiden Verfahren liegen [...] in der Standardisierungsmethode und in der Klassifizierung der Indizes“ (Freie und Hansestadt Hamburg 2010, S. 41).

Zur Standardisierung wird an Stelle des Mini-Max- Verfahrens die z-Standardisierung verwendet, wobei für die Dynamikindikatoren jeweils die Summe der Veränderungen der vergangenen drei Jahre genutzt wird. Anschließend werden die Werte zu einem Status- und Dynamikindex aufsummiert. Eine Klassifizierung der Gebiete erfolgt anschließend erneut mittels Standardabweichung und z-Standardisierung (s. Tabelle 4):

Tabelle 4: Klassifizierung des Sozialmonitoring Hamburg

Status-Index	Dynamik-Index
Hoch (< -1.0)	Aufwärts (< 1.0)
Mittel (-1.0 bis 1.0)	Stagnierend (-1.0 bis 1.0)
Niedrig (> 1.0)	Abwärts (> 1.0)
Sehr niedrig (> 1.5)	

Quelle: Freie und Hansestadt Hamburg 2010, eigene Darstellung

Beide Indices werden abschließend miteinander ohne weitere Berechnungen zu einem „Gesamtindex“ überlagert. Alle Gebiete mit einem sehr niedrigen Status sowie Gebiete mit einem niedrigem Status und einer Abwärtsdynamik werden gesondert ausgewiesen, da in diesen von kumulierten Problemlagen bzw. in letzterem Fall von der Gefahr eines baldigen „Abrutschens“ und eines entsprechenden Handlungsbedarfs ausgegangen wird (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg 2010).

Mainz, Sozialraumanalyse – Lebenslagenindex

Der *Lebenslagenindex* ist ebenfalls stark problemorientiert und besteht aus vier Einzelindices, die den Grad der Belastung in vier thematisch unterschiedlichen Entwicklungsbereichen repräsentieren. Zur Erstellung der Einzelindices werden die jeweils zugehörigen Indikatorenwerte der einzelnen Teilräume mit dem gesamtstädtischen Durchschnittswert in Bezug gesetzt, mittels einer Transformationsfunktion standardisiert und der durchschnittliche Wert aller in diesem Index zusammengefassten Indikatoren berechnet. Die Ergebnisse für die Einzelindices werden anschließend gewichtet (Beschäftigung & Erwerbsleben 35%; Wohnen & Wohnumfeld 15%; Bildung 20%; Soziale Situation 30%) zum Lebenslagenindex zusammengefasst. Zur Klassifizierung wird abschließend der Grad der Belastung in den einzelnen Entwicklungsbereichen herangezogen (s. Tabelle 5); (vgl. Stadt Mainz 2005).

Tabelle 5: Klassifizierung des *Lebenslagenindex* der Stadt Mainz

Grad der Belastung	Einordnung
Sehr hohe Belastung in allen Entwicklungsbereichen	Überwiegend Werte zwischen -5 und -7 in allen Bereichen
Hohe Belastung in allen Entwicklungsbereichen	Überwiegend Werte zwischen -2 und -4 in allen Bereichen
Belastung in einigen Entwicklungsbereichen	Überwiegend Werte zwischen -1 und +1
Ohne besonderen Interventionsbedarf	Überwiegend Werte > +1

Quelle: Stadt Mainz 2005, eigene Darstellung

Leipzig, *Sozialreport – Sozialräumliche Differenzierung*

Die im Rahmen des *Sozialreports* vorgenommene *sozialräumliche Differenzierung* ist ein problemorientierter Ansatz. Für vier Themenbereiche (Dimensionen) werden Indices erstellt. Zur Standardisierung werden die einzelnen Indikatoren auf einer Skala eingeordnet, die durch den Wertebereich zwischen der niedrigsten und höchsten Ausprägung des jeweiligen Indikatorwerts gebildet wird. Zur Klassifizierung wird diese Skala gedrittelt und den Werten ein entsprechender geringer, mittlerer oder hoher Handlungsbedarf zugeordnet. Die Ausprägungen der einzelnen Indikatoren werden anschließend gleich gewichtet zusammengefasst (vgl. Stadt Leipzig 2010).

Karlsruhe, *Stadtmonitoringsystem*

Das *Stadtmonitoringsystem* ist ein problemorientierter Ansatz und dient der Ermittlung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, definiert als ein hoher städtebaulicher und sozialer Handlungsbedarf.

Die einzelnen Indikatoren werden themenbezogen in vier Indikatorensets zusammengefasst, die Werte standardisiert und anschließend addiert. Anschließend werden diese Einzelindices gewichtet zu einem Gesamtindikator zusammengeführt (Segregation 25%, Soziale Ungleichheit 25%, baulicher Handlungsbedarf 40%, Infrastruktur 10%), wodurch sich die einzelnen Gebiete mittels eines Rankings vergleichen lassen. Die Klassifikation erfolgt mittels Diskriminanzanalyse, so dass auf diese Weise der Handlungsbedarf abgeleitet werden kann (Angaben der Stadt Karlsruhe).

3. Zukünftige Herausforderungen bei der Wahl der Indikatoren und der Methodik

Die vorgestellten Monitoringsysteme beziehen sich in hohem Maße auf Daten der Sozialstatistik als sichere, regelmäßig verfügbare und ohne nennenswerten zusätzlichen Aufwand verwertbare Datengrundlage. Diese Vorge-

hensweise ist pragmatisch und inhaltlich schlüssig. In Einzelfällen besteht allerdings die Gefahr, aktuelle Entwicklungen und relevante Bereiche zu übersehen, die eine große Bedeutung bei der Entwicklung und Verfestigung sozialer Benachteiligung spielen. Das betrifft die Relevanz einiger Indikatoren wie auch die mögliche Verwendung bisher noch wenig nutzbarer Indikatorenbereiche. Gleichzeitig setzt die angewendete Methodik bei der Klassifizierung städtischer Teilräume auch Grenzen, die bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden müssen.

Indikatoren

Die Aussagekraft einzelner Indikatoren ist auf Grund jüngerer gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen zurückgegangen. Das betrifft vor allem den Indikator „Arbeitslosigkeit“, der zwar die registrierte Arbeitslosigkeit widerspiegelt, aber nur noch begrenzt Rückschlüsse auf Einkommensarmut zulässt. So bestehen starke Unterschiede zwischen der Lebenssituation von arbeitslosen Beziehern von Leistungen nach SGB II und SGB III oder zwischen kurzzeitig Arbeitslosen, Langzeitarbeitslosen und Beziehern von „Hartz IV“. Gleichzeitig sind Personen, deren Erwerbseinkommen nicht zur Deckung ihrer grundlegenden Bedürfnisse ausreicht, zwar nicht arbeitslos aber dennoch von Einkommensarmut betroffen. Wirtschaftliche Konjunktur und ein entsprechender Beschäftigungsanstieg können so den Anschein erwecken, dass sich ein Rückgang der Armut in den Städten vollzieht. Diese ist aber durch die Schaffung und Ausweitung eines Niedriglohnsektors in Form dauerhaften Transferleistungsbezugs weiterhin vorhanden. Gleichzeitig ist darüber nachzudenken, die Armutssituation bestimmter Altersgruppen zu erfassen, um genauere Aussagen über zukünftige Entwicklungen in städtischen Teilräumen, zum Beispiel im Hinblick auf Altersarmut im Kontext des einsetzenden demographischen Wandels, zu erhalten. Diese Untersuchung spezifischer Altersgruppen sollte aber inhaltlich den Zielstellungen des Monitoring angepasst werden und muss nicht immer mit einer Häufung sozialer Problemlagen einhergehen.

In diesem Kontext hat sich der Indikator „Kinderarmut“, also der Anteil nicht-erwerbsfähiger Empfänger von Sozialgeld unter 15 Jahren an allen Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren als aussagekräftiger Indikator für die soziale Lage von Minderjährigen herausgestellt. Zum einen erfasst er die von Einkommensarmut betroffenen Minderjährigen, zum anderen lässt er Rückschlüsse auf die Einkommenssituation der Haushalte mit Kindern im Gebiet zu. Die Verwendung dieses Indikators ist daher geeignet, die Verfestigung von Armutssituationen in bestimmten Stadtquartieren abzubilden. „Kinderarmut“ ist besonders relevant wegen der potenziell dauerhaften Folgen für die betroffenen Kinder und der Potenzierung durch ihre räumliche Konzentration.

Ein weiterer Indikator, der häufig zur Erfassung sozialer Problemlagen eingesetzt wird, ist der „Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund“. Es besteht eine große Übereinstimmung zwischen der Häufung sozialer Probleme in bestimmten städtischen Teilräumen und einem hohen Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund. Mit der Anpassung von Indikatoren, welche vorher einen Bezug zu „Ausländern“ hatten, wurden zudem aktuelle Erkenntnisse über die möglichen Auswirkungen von Migration über das Etikett „Staatsbürgerschaft“ hinaus berücksichtigt.

Der Indikator ist dennoch unpräzise in der Abbildung sozialer Probleme. Erstens ist die Betroffenheit von sozialen Problemlagen je nach spezifischem Migrationshintergrund sehr unterschiedlich, die Situation von Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund ist in der Regel sehr unterschiedlich zur Lebenssituation von Personen aus der westlichen Europäischen Union. Zweitens bestehen deutliche sozioökonomische Unterschiede auch innerhalb einer Personengruppe mit einem spezifischen Migrationshintergrund, so dass die Gefahr besteht, falschen Verallgemeinerungen oder Stigmatisierungen Nahrung zu geben. Und drittens handelt es sich beim Migrationshintergrund um ein Attribut, welches nicht abgelegt werden kann und welches unabhängig von wirtschaftlicher Konjunktur besteht. Seine Verwendung als „Problem“-Indikator bedeutet deshalb, dass die Präsenz eines beständig wachsenden Teils der städtischen Bevölkerung in einem Teilraum als potenziell „negativ“ gewertet wird, ohne dass eine Möglichkeit besteht, diese Situation nachhaltig zu ändern, es sei denn, man will Abwanderungsprozesse befördern. Dieser Logik entsprechend ist der Indikator als Entscheidungsgrundlage für Handlungsempfehlungen kaum geeignet. Es sollte deswegen versucht werden, die sozialen Probleme, die in Verbindung mit einem hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund auftreten können, z.B. ein niedriger Bildungsgrad durch begrenzte Sprachkenntnisse oder eine überdurchschnittliche Einkommensarmut, direkt und gezielt zu erfassen, anstatt den Umweg über die Herkunft zu nehmen. Auf diese Weise lässt sich auch die überproportionale Gewichtung vermeiden, die durch die gleichzeitige Verwendung des Indikators „Migrationshintergrund“ und anderer Indikatoren aus der Sozialstatistik zur Abbildung von Einkommensarmut entstehen kann.

In diesem Zusammenhang werden die Schwierigkeiten deutlich, wenn Daten außerhalb der Sozialstatistik, vor allem zur Bildung erfasst werden sollen. Dieser Themenbereich ist äußerst relevant als Indikator für soziale Problemlagen, kann aktuell aber nur begrenzt genutzt werden. Die räumliche Zuordnung von schulbezogenen Daten zu den Raumeinheiten der Kommunalstatistik ist schwierig, da diese häufig nicht wohnortsbezogen erfasst werden. Die Schuleinzugsgebiete variieren deutlich in ihrer Größe, was die Verwendung einer einheitlichen räumlichen Basis für ein Monitoring deutlich erschwert. Es ist daher notwendig, Bildungsdaten wohnortbezogen zu erfassen bzw. entsprechend zu systematisieren, um sie im Sinne eines Monitoring sozialer

Stadtentwicklung verwenden zu können.¹ Außerdem ist das Bildungssystem starkem Reformdruck ausgesetzt, was eine Kontinuität der verwendeten Bildungsindikatoren in Frage stellen kann. Und zuletzt sind bei einigen Indikatoren die Fallzahlen so gering, dass nicht nur statistische Verzerrungen, sondern auch Probleme des Datenschutzes auftreten können. Dies gilt beispielsweise für die Zahl der Schulabbrecher ohne Bildungsabschluss, ist aber auch für andere Indikatoren denkbar.

Methodik

Die untersuchten Monitoringsysteme ermöglichen den Vergleich der städtischen Teilräume untereinander sowie mit der gesamtstädtischen Situation. Auf diese Weise entstehen Rankings, wobei am unteren Ende der Skala Handlungsbedarfe vermutet oder festgestellt werden. Entscheidend ist dabei die Methode der Klassifizierung, welche letztendlich darüber entscheidet, was ein „Problemgebiet“ ist. Die verwendeten Methoden, sowohl die Einteilung in Dezile als auch die Definition über die Verteilung mittels z-Standardisierung setzen dabei „weiche“ Grenzen, die zwangsweise „Gewinner“ und „Verlierer“ produzieren. Das liegt daran, dass es immer ein unterstes Dezil oder überdurchschnittlich stark vom Mittelwert abweichende Gebiete (z.B. z-Wert > 1,0) geben muss. Das Wohlfahrtsniveau in einem einzelnen Teilraum ist deswegen weniger entscheidend, als seine Position gegenüber den übrigen Teilräumen in der Stadt. In Folge dessen ist es manchmal schwer zu bestimmen, ob in einem Teilraum eine positive Entwicklung stattgefunden hat, da das Verlassen der hinteren Plätze im stadtinternen Ranking nicht nur dadurch erfolgen kann, dass es eine Verbesserung der lokalen Situation gegeben hat, sondern auch dadurch, dass andere Gebiete sich vergleichsweise ungünstiger entwickelt haben.

Zuletzt kann durch die Verwendung von Abweichungen und Dezilen als rein relationale Schwellenwerte eine potentielle Blindheit gegenüber existierenden Problemniveaus oder negativen Entwicklungsdynamiken entstehen. Da nur die Teilräume am unteren Ende der Skala bzw. die stark abweichenden Entwicklungen als „problematisch“ gefiltert werden, können städtische Teilräume in die Kategorie „mittel“ oder „durchschnittlich“ fallen, die zwar ein ausgeprägtes Problemniveau besitzen, aber auf Grund ihrer vergleichsweise besseren Situation gegenüber den „Problemvierteln“ knapp unterhalb der Schwellenwerte liegen.

1 In einigen Städten, wie z.B. Hamburg und Bremen wurde dies bereits durchgeführt.

4. Fazit und Ausblick

Die untersuchten Systeme eines Monitoring sozialer Stadtentwicklung zeigen, dass die Methoden zur Erfassung und Ermittlung einer Häufung sozialer Problemlagen in städtischen Teilräumen bereits weit entwickelt sind. Viele Städte haben ihre bestehenden Ansätze weiterentwickelt und verfügen über ein gutes Instrumentarium, welches erlaubt, die Gebiete mit der größten Akkumulation sozialer Probleme im jeweiligen städtischen Kontext zu identifizieren. Das ermöglicht zum einen den Fokus auf die städtischen Teilräume, in welchen der größte Handlungsbedarf besteht, zum anderen besteht eine „versachlichte“ Entscheidungsgrundlage, um Handlungsempfehlungen auszusprechen.

In einigen Bereichen gibt es noch die Möglichkeit die bestehende Systematik von Monitoring sozialer Stadtentwicklung zu ergänzen und auszubauen. Das betrifft zum einen die Wahl der Indikatoren, die zur Identifikation sozialer Problemlagen herangezogen werden. Hier scheint es sinnvoll, darauf zu achten, dass Redundanzen vermieden und Problemlagen gezielt erfasst werden. Das läuft auf eine Straffung und Präzisierung von Indikatorensets hinaus, die anschließend themenspezifisch und je nach Fragestellung durch weitere Indikatoren ergänzt werden können.

Zum anderen sind es die Möglichkeiten, Problemniveaus und Entwicklungen zu messen, bei denen eine Weiterentwicklung denkbar ist. Das gilt vor allem im Bezug auf die Messung und Einordnung langjähriger Entwicklungstrends und die potentielle „Blindheit“ gegenüber Problemniveaus. Die qualitative Rückkopplung mit der Verwaltung und Akteuren vor Ort ist daher grundsätzlich sinnvoll und notwendig, um die Ergebnisse eines Monitoring zu ergänzen und Handlungsempfehlungen aussprechen zu können. Es sollte aber über Möglichkeiten nachgedacht werden, Akkumulationen sozialer Problemlagen auch über lokale relationale Schwellenwerte hinaus festzustellen, ohne dabei absolute Schwellenwerte, die letztendlich häufig politischen Stimmungen ausgesetzt sind, festzulegen. Daher ist es logisch, die Möglichkeiten eines stadtübergreifenden Vergleichs zu erörtern, um lokale Entwicklungen besser einordnen zu können oder bestimmte stadtentwicklungspolitische Problemstellungen, wie z.B. den demographischen Wandel zu definieren. Diese spezifischen Fragestellungen werden die Forschung zu Monitoring sozialer Stadtentwicklung in den kommenden Jahren prägen. Dabei gilt es, die Balance zwischen Aufwand und dem Ergebnis eines aussagekräftigen, leicht anwendbaren und nachvollziehbaren Instruments zu erhalten.²

² Erste Forschungsansätze sind dazu bereits unternommen worden, zu nennen ist hier u.a. das Projekt „Kleinräumiger Städtevergleich“ am Deutschen Institut für Urbanistik, aus welchem die Grundlagen für diese Synopse hervorgegangen sind (vgl. Dohnke et al 2010b).

Literatur

- Atteslander, Peter (2000): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin: Walter de Gruyter
- Dohnke, Jan; Häussermann, Hartmut; Seidel-Schulze, Antje (2010a): Synopse der Monitoringsysteme zur sozialen Stadtentwicklung der Städte im Pilotprojekt „Kleinräumiger Städtevergleich“; Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, res urbana.
- Dohnke, Jan; Häussermann, Hartmut; Seidel-Schulze, Antje (2010b): Projektbericht „Kleinräumiger Städtevergleich zur sozialen Stadtentwicklung und sein Beitrag zur Evaluierung“, unveröff. Manuskript, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Freie Hansestadt Bremen (2008): Endbericht – Monitoring „Soziale Stadt“ 2008. Bremen: Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa; Senatorin für Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.
- Freie Hansestadt Bremen (2010): Sozialindikatoren 2009. Aktualisierung der Sozialindikatoren. Bremen: Senatorin für Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.
- Freie und Hansestadt Hamburg (2010): Pilotbericht – Sozialmonitoring im Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung (RISE). Hamburg: Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung.
- Friedrichs, Jürgen; Blasius, Jörg (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen.
- Häussermann, Hartmut (2003): Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4.2003 (Themenheft: Soziale Benachteiligung und Stadtentwicklung), S. 147 – 159.
- Häussermann, Hartmut (2008): Wohnen und Quartier. Ursachen sozialräumlicher Segregation; in: Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 335-349.
- Keller, Carsten (1999): Armut in der Stadt. Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mardorf, Ulrike (2006): Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung. Eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Landeshauptstadt München (2010): Münchner Stadtteilstudie 2009. Zielsetzung, Vorgehensweise, erste Ergebnisse. München: Referat für Stadtplanung und Bauordnung.
- Reuber, Paul; Pfaffenbach, Carmella (2005): Methoden der empirischen Humangeographie. Braunschweig: Westermann.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2010): Monitoring Soziale Stadtentwicklung. Fortschreibung für den Zeitraum 2008 – 2009. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.
- Stadt Mainz (2005): Sozialraumanalyse Mainz 2005. Analyse der sozialräumlichen Struktur für die Fenster der sozialen Stadt im Vergleich mit anderen Sozialräumen der Stadt Mainz. Mainz.
- Stadt Leipzig (2010): Sozialreport 2010. Leipzig. Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule.

Tabelle A1: Indikatoren – Demographie

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
	Anteil Bevölkerung mit Migrationshintergrund an Bevölkerung (S)	Anteil Bevölkerung mit Migrationshintergrund an Bevölkerung (St)	Bevölkerung mit Migra- tionshintergrund (S)	Anteil Ausländer an Gesamtbevölkerung		Anteil Bevölkerung mit Migrationshintergrund an Bevölkerung
Kinder/Jugendliche mit Migrationshin- tergrund unter 18 Jah- ren in % der Einwoh- nerInnen unter 18 Jahren (S)	Kinder/Jugendliche mit Migrationshin- tergrund unter 18 Jah- ren in % der Einwoh- nerInnen unter 18 Jahren (V + S)	Kinder/Jugendliche mit Migrationshin- tergrund unter 18 Jah- ren in % der Einwoh- nerInnen unter 18 Jahren (St)	Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren in % der EinwohnerInnen un- ter 18 Jahren (A)			Kinder/Jugendliche mit Migrationshin- tergrund unter 18 Jah- ren in % der Einwoh- nerInnen unter 18 Jahren
	Anteil alleinerziehenden Haushalte an allen Haushalten (S)	Anteil alleinerziehenden Haushalte an allen Haushalten (St)	Alleinerziehende (S)			
	Zahl der <1-jährigen Kinder pro 100 Frauen 15-<45 Jahre (S)		Kinder von Alleinerzie- henden in % der Kinder (A)			
	Anteil jugendlicher 12-18 Jahre an Bevöl- kerung (S)	Anteil Haushalte mit Kindern an allen Haushalten (St)	Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren (S)			
	Männer pro 100 Frau- en >=65 Jahre (S)		Zahl Kinder und Ju- gendliche (S)			
	Personen >=65 Jahre pro 100 Personen <15 Jahre (S)	Anteil Bevölkerung >70 Jahre an Ge- samtbevölkerung (St)	Ältere EinwohnerInnen/ Einwohner (S)			
			Ältere EinwohnerInnen/ Einwohner mit Migrati- onshintergrund (S)	Bevölkerungsdichte in EW/km ²		
			Hochbetagte Einwohne- rInnen/ Einwohner (S)			
			Bevölkerung (S)			
			Haushalte (S)			
			Haushaltsgröße (S)			
			Einpersonenhaushalte			

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
(S)						
Einpferkshaushalte						
Älter (S)						

Tabelle A2: Indikatoren – Soziale Lage

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
Arbeitslose in % der 15-65 jährlgen (SGB II+III) (S)	Arbeitslosenziffer (S)	Arbeitslose in % der 15-65 jährlgen (SGB II+III) (St)	Arbeitslose in % der 15-65 jährlgen (Arbeitslosenrate) (A)	Anteil Arbeitslose in % aus Summe sozialpflichtig Beschäftigte und Arbeitslose	Arbeitslose in % der 15-65 jährlgen (Arbeitslosenrate)	Arbeitslose in % der 15-65 jährlgen (SGB II+III)
	Anteil SGBII-Bezieher pro 1000 Einwohner (S)		Anteil der Personen im SGBII-Bezug an Gesamtbevölkerung (A+S)	Anzahl Sozialhilfeempfänger/1000 EW	Anteil SGBII-Leistungsempfänger	Anteil der Personen im SGBII-Bezug an Gesamtbevölkerung
Arbeitslose unter 25 Jahren in % der 15-25 jährlgen (SGB II+III) (S)	Anteil der Personen im SGBII-Bezug an Gesamtbevölkerung (V)	Arbeitslose unter 25 Jahren in % der 15-25 jährlgen (SGB II+III) (St)	Jugendliche SGB II-Empfänger (S)	Anteil Arbeitslose unter 25 Jahren in % aus Summe sozialpflichtig Beschäftigte und Arbeitslose unter 25 Jahren	Arbeitslose unter 25 Jahren in % der 15-25 jährlgen	
Nicht-erwerbsfähige Empfänger von Existenzsicherungsleistungen in % der EinwohnerInnen unter 15 Jahren (S)			Nicht-erwerbsfähige Empfänger von Existenzsicherungsleistungen in % der EinwohnerInnen unter 15 Jahren (Kinder in Mindestsicherung) (A)			
Arbeitslose mit einer Bezugszeit von > 1 Jahr in % der 15-65 jährlgen (S)		Anteil Langzeitarbeitslose an Arbeitslosen (SGB II+III) (St)		Anteil Langzeitarbeitslose an Arbeitslosen (SGB II+III)	Arbeitslose mit einer Bezugszeit von > 1 Jahr in % der 15-65 jährlgen	

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
Nicht-arbeitslose EmpfängerInnen von Existenzsicherungsleistungen in % der EinwohnerInnen (S)			Anteil SGB-II Empfänger >60 Jahre und Empfänger von Leistungen nach SGB XII >60 Jahre (Mindestsicherung im Alter) (A)			
	Arbeitslosenziffer (ausl. Mitbürger) (S)		Ausl. Erwerbsfähige SGB II-Empfänger (S)			
	Anteil ausl. SGBII-Empfänger pro 1000 ausl. Mitbürger (S)	Anteil der Personen in Ausl. Jugendliche Bedarfsgemeinschaften an Gesamtbevölkerung (St)	SGB II-Empfänger (S)			
Veränderung des Anteils der deutschen EmpfängerInnen von Leistungen nach SGB II, III und XII gegenüber dem Vorjahr in %-Punkten (D)	Falldichte Sozialdienst 18-25 Jahre (S)		Anteil der Personen im SGBII-Bezug an Gesamtbevölkerung (S)	Spannungspotential (Verhältnis über 60-jährige zu Arbeitslosen unter 25 Jahren)	Anteil Personen mit persönlichem Nettoeinkommen <700€	Zwangsräumungstermine wegen Mietrückständen pro 1.000 Einw., Durchschnitt der letzten 3 Jahre
Veränderung des Anteils der ausländischen EmpfängerInnen von Leistungen nach SGB II, III und XII gegenüber dem Vorjahr in %-Punkten (D)	Falldichte Sozialdienst 26-60 Jahre (S)		Beschäftigungsquote (S)		Anteil Einkommen aus Erwerbsarbeit	

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
Veränderung des Anteils der Nichterwerbsfähigen Empfänger von Existenzsicherungsleistungen unter 15 Jahren gegenüber dem Vorjahr in %-Punkten (D)	Falldichte Sozialdienst über 60 Jahre (S)		Alleinerziehende SGB II-Empfänger/innen (S)			

Tabelle A3: Indikatoren – Migration

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
Wanderungsvolumen in % der Einwohnerinnen (D)	Zuzüge pro 1000 Einwohner (S)	innerstädtische Wegzüge je 100 Personen über die Stadtbezirksgrenze (St)	Wanderungsvolumen (S)			
Wanderungssaldo in % der Einwohnerinnen (D)	Wegzüge pro 1000 Einwohner (S)	Wegzüge von Kindern bis 14 Jahren je 100 Kinder über die Stadtgrenze (St)	Wanderungssaldo (S)			
Wanderungssaldo von Kindern unter 6 Jahren in % der Einwohnerinnen unter 6 Jahren (D)		Wegzüge von Personen im Alter von 60+ je 100 Personen im Alter von 60+ über die Stadtgrenze (St)	Wanderung älterer Menschen (S)			

Tabelle A4: Indikatoren – Bildung

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
	Anteil der SchülerInnen mit Sprachstand "0" oder "1" an Gesamtzahl der SchülerInnen (V)		Vereinhalbjährige mit Sprachförderbedarfen (S)			
	Schulabschlüsse in Relation zu Schulabgängern ohne Abschluss (S)		Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss (A)	Schulwahlverhalten, Anteil Schüler, welche nach 4. Klasse auf Hauptschule gehen	Anteil Mittelschulabgänger ohne Abschluss	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss, Durchschnitt der letzten 3 Jahre
	Übertrittswahrscheinlichkeit von Grundschulern aufs Gymnasium (St) (S)		Schulentlassene mit Fach-/Hochschulreife (S)			Übergangsquote zum Gymnasium, Durchschnitt der letzten 3 Jahre
	Anteilswahrscheinlichkeit der Kinder mit mindestens 3 Kindergartenjahren (St)		Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss mit Migrationshintergrund (S)	Anteil Kinder nicht deutscher Herkunftssprache (ausl.) im Grundschulalter an allen Kindern in der Altersklasse		Ausländeranteil an Grundschule
			Hilfen zur Erziehung (S)		Anteil Lernförderschüler/innen	Anteil Hilfen zur Erziehung an Kindern/Jugendlichen unter 18 J.
			Schulentlassene mit Migrationshintergrund und Fach-/Hochschulreife (S)			
			Vereinhalbjährige mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarfen (S)			

Tabelle A5: Indikatoren – Kriminalität

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
	Falldichte Jugendgerichtshilfe (Anklagen) (S)			Jugendgerichtshilfe in % der wohnberechtigten Bevölkerung zwischen 14 und 21 Jahren	Jugendgerichtshilfe in % der wohnberechtigten Bevölkerung zwischen 14 und 21 Jahren	Jugendgerichtshilfe in % der wohnberechtigten Bevölkerung zwischen 14 und 21 Jahren
						Bewertung „schlechtes soziales Umfeld/ Kriminalität“ (Bürgerumfrage)

Tabelle A6: Indikatoren – Partizipation

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
	Wahlbeteiligung Bürgerschaftswahl (S)		Wahlbeteiligung (S)		Wahlbeteiligung Kommunalwahl 2009	Wahlbeteiligung Bundestagswahl
	Wahlbeteiligung Bundestagswahl (S)				Anteil der ehrenamtlich Engagierten	

Tabelle A7: Indikatoren – Wohnen/Wohnumfeld

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
	Anteil Sozialwohnungen die 2008-2015 aus der Bindung fallen/Gesamtzahl Wohnungen (St)			Qualitative Einschätzung der Wohnqualität (durch Mitarbeiter Stadtplanungsamt)		Wohnräume /Einwohner
	Anteil Personen die zu Fuß (500m) keinen Lebensmittelmarkt mit mind. 300m² erreichen können (St)					Bewertung Stadtplanungsamt

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
		Anteil Personen > 65 die zu Fuß (300m) keinen Lebensmittelmart mit mind. 300m ² erreichen können (St)				Bewertung Grünflächenamt
		Anteil Personen in Wohngebäuden mit hoher Lärmbelastung durch Straßenverkehr (> 65db) (St)				Bewertung Tiefbauamt
		Anteil Personen die an oder in der Nähe einer stark befahrenen Straße mit durchschnittl. Mind. 4000 Fahrzeugen/Tag wohnen (St)				Bewertung Wohnqualität (Bürgerumfrage)
		Anteil der mit Grün- und Freiflächen auf Nachbarschafts-, Wohngebiets- und Stadtebene unversorgt (<4m ²) Bewohner (St)				Bewertung Grünflächen (Bürgerumfrage)
		Anteil der mit Grün- und Freiflächen auf Nachbarschafts-, Wohngebiets- und Stadtebene deutlich unterversorgen (>4m ² bis <10m ²) Bewohner (St)				Bewertung Spielflächen (Bürgerumfrage)
		Anteil der mit Grün- und Freiflächen auf Nachbarschafts- und Wohngiebelsebene unversorgt (<2,5m ²) Bewohner im Alter 0-15 und >60 Jahre (St)				Bewertung Nachteil Verkehr (Bürgerumfrage)
		Anteil der mit Grün- und Freiflächen auf Nachbarschafts- und Wohngiebelsebene deutlich unterversorgt (>2,5m ² bis <6m ²) Bewohner im Alter 0-15 und >60 Jahre (St)				Bewertung Nahversorgung (Bürgerumfrage)
		Versorgungsgrad mit Kinderkrippen (max. 750m) (St)				Versorgungsgrad (m ² /Einwohner)

Berlin	Bremen	München	Hamburg	Mainz	Leipzig	Karlsruhe
		Versorgungsgrad mit Kindergärten (max. 750m) (St)				
		Versorgungsgrad mit wohnungsna- hen Spielflächen (max. 200m) für Kleinkinder (0-5 Jahre) (St)				
		Versorgungsgrad mit wohnungsna- hen Spielflächen (max. 200m) für Schulkinder (6-11 Jahre) (St)				
		Versorgungsgrad mit wohnungsna- hen Spielflächen (max. 200m) für Jugendliche (12-17 Jahre) (St)				

Abkürzungen:

Berlin: Strukturindikatoren (S), Dynamikindikatoren (D)
 Bremen: Sozialindikatoren (S), Vermutungsindikatoren (V)
 Hamburg: Aufmerksamkeitsindikatoren (A), Strukturindikatoren (S)

Rezensionen

Heidenreich, Elisabeth (2010): *Sakrale Geographie. Essay über den modernen Dschihad und seine Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. 328 Seiten. ISBN: 978-3-8376-1604-0. Preis: 27,80 Euro

Der Titel des Buches signalisiert als Gegenstand räumliche Dimensionen religiöser Praktiken in Verbindung mit modernem islamistischem Handeln. Die von Heidenreich gewählten religionsgeschichtlichen, kultur- und sozialwissenschaftlichen sowie psychologischen Zugänge zum islamistischen Terror der Gegenwart stellen diese Aktivitäten in ihren zeitlich, räumlich und sachlich vielschichtigen geistigen und seelischen Kontext. Dabei wird deutlich, wie wichtig es ist, die Komplexität solchen Denkens, Fühlens und Handelns aufzuschließen, um die Überzeugung bei Tätern und Unterstützern von der Legitimität ihres Handelns und die Schwierigkeit, sie von ihrem Pfad abzubringen, nachzuvollziehen.

Die Autorin erkundet die Räume des Handelns, Denkens und Fühlens von islamistischen Terroristen und entwickelt ihre Argumentation entlang eines „Triptychon(s) aus technischen, sakralen und seelisch-geistigen Räumen“ (7), die in den drei zentralen Kapiteln der Arbeit aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven in Essayform wissenschaftlich kundig ausgeleuchtet werden.

Das erste große Kapitel des Buches (19-67) ist in vier Abschnitte gegliedert, in denen unterschiedliche Aspekte *technischer Räume* entfaltet werden. Die Autorin betrachtet sie als „Schlacht- und Operationsfeld“ der Dschihadisten und fasst darunter „Räume des Verkehrs, der Versorgung, Kommunikation und Information“, deren Funktionalität stets „materielle Träger“, „Maschinen, Geräte und Apparaturen“ sowie „Anlagen“ voraussetzt (22). Strukturell handelt es sich dabei immer um dynamische Räume, die die Autorin – anknüpfend an ihre Habilitation über Wasserwege – „Fließräume“ nennt. In ihnen fließen gedankliche Energien in Form materialisierten Wissens, Antriebsenergien wie Elektrizität, Benzin, Kerosin oder früher Dampf sowie psychische Energien der Nutzenden, die alle – so Heidenreich – auch als Waffen eingesetzt werden können. Ein historischer Rückblick auf die – zunächst mit der Dampfmaschine und später mittels Elektrizität – zunehmend Simultaneität ermöglichenden Techniken der Bewegung und Kommunikation dient dazu, Bezüge zwischen Technikentwicklung und terroristischen Praktiken aufzuspüren. Anschließend werden die energetischen Potenziale geschlossener technischer Gehäuse und psychologische Möglichkeiten ihrer destruktiven Nutzung diskutiert. In Anlehnung an den in Grenzsituationen balancierenden „Akrobaten“ sowie an Überlegungen von Michael Balint zu Angst und Regression nutzt die Autorin die Figur des „Philobaten“, um sich der Schnittstelle zwischen Mensch und Technik im islamistischen Terrorismus anzunähern. Solche Persönlichkeitstypen genießen „die Spannung und die Reize von Grenzüberschreitungen“ in der Hoffnung auf phantastische Er-

lebnisse jenseits bekannter Grenzen. Sie sind bereit, sich für den Nervenkitzel in höchster Präzision an jeweils gegebene Rahmenbedingungen anzupassen. Das „philobatische Weltkonzept“ (Balint) eröffnet nach Heidenreich einen Zugang zu „Erlebnissen im technischen Raum (...) jenseits seiner normalen Nutzung (...), die mit religiösen vergleichbar sind“ und „liefert (...) Anhaltspunkte für die psychische und geistige Situation von Selbstmordattentätern kurz vor und während eines Anschlags“ (55). Der letzte Abschnitt dieses Kapitels ist schließlich dem Verhältnis von technischen und sakralen Räumen und darin eingebetteten Möglichkeiten gewidmet, gesellschaftliche Wirklichkeiten mit technischen und religiösen Mitteln zu transzendieren.

Sakrale Räume stehen als territoriale, gedankliche und seelische Orte des „heiligen Krieges“ im Zentrum der Ausführungen im zweiten Kapitel (69-177). Zunächst wird die mittelalterliche „sakrale Geographie des Islam“ als ein zwischen „Kriegsgebiet“ und „Islamgebiet“ geteilter Kosmos erläutert (71ff.). Letzteres sei das heilige Territorium, in dem die muslimische Gemeinde allein Gottes Gesetz folgt. Im „Kriegsgebiet“ existieren hingegen mehrere gesellschaftliche Regulationen nebeneinander (75); eine Universalisierung islamischen Glaubens muss hier erst erkämpft werden. Anders gesagt ist die Trennung zwischen sakralem und profanem Raum im „Islamgebiet“ aufgehoben; deshalb erübrigen sich hier auch Kirchen vergleichbare Institutionen. Der reine muslimische Gottesstaat gilt als Ideal, das möglichst weltweit – und sei es mit kriegerischen Mitteln – durchgesetzt werden soll (79). Kriegserfolge von „Glaubensmärtyrern“ werden im heiligen Territorium mit einem privilegierten Zugang zum Paradies belohnt. In den anschließenden Abschnitten des zweiten Kapitels rekonstruiert die Autorin unter Verwendung vieler Originalquellen den Prozess der Modernisierung und Globalisierung des terroristischen Kampfes vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Dabei werden Verschränkungen zwischen technischen Räumen, kolonialen Praktiken und geistigen Konfliktsituationen konkretisiert, die den historischen, geistigen und gesellschaftspolitischen Kontext des Handelns islamistischer Selbstmordattentäter erläutern. Ihre Taten sind nach Heidenreich in eine „Leidensgeographie“ eingebettet, die auch als „*Geographie des Anspruchs*“ (Herv. i. Orig.) auf ein zukünftiges einheitliches und harmonisches muslimisches Weltreich gelesen werden könne (138 und 163ff.).

Im dritten und letzten Kapitel stehen das Selbstmordattentat und die *seelisch-geistigen Räume* seiner Inszenierung im Vordergrund. Ausgangspunkt dieser Ausführungen ist die Entwicklung von Selbsttechniken seit der Antike, die in unterschiedlichen weltlichen Macht- und Herrschaftskonstellationen sowie in religiösen Praktiken erprobt und differenziert worden sind. Heidenreich erkennt in diesem Prozess die moderne Technik als „Maske“ und gleichermaßen als „Mentor“ für riskantes grenzüberschreitendes Handeln, weil sie gehorsame Unterwerfung, präzise Selbst- und Umweltbeobachtung, Fehlerkorrekturen und Risikofreude erzwingt (205). Anschließend erfolgt unter

Rückgriff auf unterschiedliche geschichtliche Anwendungsfelder eine Typisierung von unterschiedlichen – agonalen, pathetischekstatischen, apathischekstatischen – Selbsttechniken, die in den Prozessen der Vorbereitung und Durchführung von islamistischen Selbstmordattentaten (grafisch zusammengefasst auf Seite 290) in jeweils bestimmten Kombinationen zur Anwendung kommen.

Peter Waldmann spricht in seinem Nachwort von einem eigenwilligen, nuancierten und einfühlsam „untersuchenden Essay“ (316). Diesem Urteil schließe ich mich gerne an, denn Heidenreich überrascht mit der Verknüpfung unterschiedlicher „Denkstile“ und „Denkkollektive“ (L. Fleck), die sie überzeugend in ihrer Argumentation zusammenführt. Die Lektüre ermöglicht einen lohnenden und vielseitigen intellektuellen Ausflug, sofern Leserinnen und Leser dazu bereit sind, sich auf komplexe Wege einer Annäherung an kaum Vorstellbares über disziplinäre Tellerränder und in geschichtliche Tiefen entführen zu lassen.

Ingrid Breckner

Heitmeyer, Wilhelm; Thome, Helmut et al. (2011): Gewalt in öffentlichen Räumen. Zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 238 Seiten. ISBN: 978-3-531-18654-2. Preis: 34,95 Euro

Obwohl das Buch den eindeutigen Titel „Gewalt in öffentlichen Räumen“ trägt, wird bereits aus der Verlagsankündigung deutlich, dass es eigentlich um das *Potential* für Gewaltbilligung bzw. -bereitschaft geht, die nach Ansicht der zahlreichen MitarbeiterInnen der DFG-Studie in der Struktur des sozialen Zusammenlebens in Problemstadtteilen angelegt sein kann. Dies ist die erste Irritation, denn detaillierte Indikatoren für die tatsächliche Gewaltbelastung, für Devianz und Kriminalität in den untersuchten Quartieren – Duisburg-Marxloh, Frankfurt-Gallus und Halle-Silberhöhe – finden sich nirgends. Für die fundierte Interpretation von Gewaltbilligung bzw. -bereitschaft scheint mir dies jedoch eine hilfreiche und unerlässliche Kontextvariable.

Die zweite Irritation resultiert aus den Auswahlkriterien für die Untersuchungsgebiete, i.e. problembelastete und ethnisch unterschiedlich formierte Wohnquartiere. Problembelastet meint, dass die gängigen so genannten Problemindikatoren überproportional ausgeprägt sind, also über dem Durchschnitt für die Gesamtstadt liegen. Dies bedeutet aber faktisch auch, dass die überwiegende Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner in diesen Quartieren von den angesprochenen Problemlagen nicht betroffen ist. Weitaus proble-

matischer scheint mir jedoch die ethnische Fokussierung. Auch wenn dies keineswegs die Intention der Autorinnen und Autoren ist, so kann die Kopplung von Gewaltphänomenen und Ethnie an hegemonial vorherrschende Denkschablonen anknüpfen, wenn es um das Thema Gewalt im öffentlichen Raum geht: Gewalt im öffentlichen Raum geht vorwiegend von jungen Männern bestimmter ‚Ethnien‘ bzw. von ‚Ausländern‘ aus, Gewalt scheint eine Missfunktion bestimmter genetischer Dispositionen. Polizeiliches Vorgehen gegen Demonstranten oder gar Elemente struktureller Gewalt stehen nicht im Fokus der AutorInnen.

Die dritte Irritation betrifft die möglichen Schlussfolgerungen, die wir aus verbal geäußelter Gewaltbereitschaft und -billigung ziehen mögen, oder, in den Worten der Autoren, ob und inwieweit die verschiedenen ethnischen Konstellationen das Auftreten von individueller Gewalt beeinflussen, begünstigen oder verhindern können. Aus zahlreichen Untersuchungen zum Verhältnis von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten wissen wir, dass aus Verhaltensabsichten und Intentionen keineswegs auf mögliches Verhalten geschlossen werden kann. Auch wenn dies hier für positiv sanktionierte Normen als gesichert gelten kann, so gibt es bislang keinen Hinweis, dass dies nicht ebenso für den Bereich negativer Sanktionen gleichermaßen zutreffen sollte.

Kann man sich mit diesen Irritationen bzw. Einschränkungen arrangieren, so bietet die Veröffentlichung von Heitmeyer, Thome et al. einen interessanten Einblick in mögliche Zusammenhänge zwischen individuellen Integrations- und Desintegrationsgraden, den Problemwahrnehmungen im Stadtteil und den individuellen Reaktionsweisen. Dieses zentrale Forschungsinteresse wird in den Beiträgen im Analyseteil des Bandes in eine Vielzahl interessanter Thesen zu unterschiedlichen Fragestellungen umgesetzt, die in elaborierten statistischen Analysen behandelt, kritisch reflektiert und ausgiebig beantwortet werden. Die Vielfalt der Einzelergebnisse kann im Rahmen dieser Rezension nicht detailliert dargestellt und gewürdigt werden. Daher sollen an dieser Stelle nur einige wenige der zentralen Ergebnisse aus dem Fazit referiert werden:

- Ähnlich wie in anderen Studien zeigte sich die Gewaltbereitschaft als eng verknüpft mit männlicher Geschlechtszugehörigkeit, Adoleszenz und niedrigem Bildungsniveau, wobei eine pessimistische Prognose der persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse wie auch die Wahrnehmung abweichenden Verhaltens anderer verstärkend wirkt. Egoistischer Individualismus und ‚machiavellistische‘ Selbstbehauptungseinstellungen begünstigen diese Bereitschaft, während Viktimisierungserfahrungen eher irrelevant sind.

- Die subjektiv wahrgenommenen politischen Integrations- und Partizipationspotentiale sind, wie nicht anders zu erwarten, besonders gering, wenn die individuelle Orientierungslosigkeit ausgeprägt ist.
- Die Forderung nach stärkerer Wachsamkeit und Unterstützung durch die Polizei sowie die Ausweitung ihrer Kompetenzen wird vor allem von der türkischen Bevölkerung erhoben, wobei die Wahrnehmung von als abweichend erachtetem Verhalten sowie so genannter Incivilities diese Position begünstigt.

Trotz der aufgeworfenen Fragen scheinen mir die Ergebnisse der Studie, die mit sehr unterschiedlichen Methoden erhoben wurden, durchaus anregend und nachdenkenswert. Ärgerlich ist jedoch, dass dem Buch offensichtlich eine kompetente Endkorrektur vorenthalten wurde: Ein intensives Studium des Buches erweist sich auf Grund der zahlreichen formalen Fehler und der (fast) durchgängigen Schlampigkeiten im Layout als ausgesprochen mühsam.

Herbert Glasauer

Frey, Oliver; Koch, Florian (Hg.) (2011): Positionen zur Urbanistik I. Stadtkultur und neue Methoden der Stadtforschung; Positionen zur Urbanistik II. Gesellschaft, Governance, Gestaltung. 2 Bände. Berlin, Münster, Wien, Zürich: Lit Verlag. Band 1: 301 Seiten. ISBN: 978-3643502469. Preis: 24,90 Euro; Band 2: 407 Seiten. ISBN: 978-3643503121. Preis: 24,90 Euro

Was bedeutet und wofür steht der Begriff „Urbanistik“? Dieser Frage gehen Oliver Frey und Florian Koch in dem von ihnen herausgegebenen zweiteiligen Sammelband „Positionen zur Urbanistik I und II“ nach. Mit ihrem ambitionierten Unterfangen versuchen sie, die disziplinär unterschiedlichen Strömungen der Stadtforschung fruchtbar miteinander in Bezug zu setzen, um damit dem Wesen der Stadt als zugleich kulturellem, sozialem, ökonomischem und ästhetisch-architektonischem Forschungsgegenstand gerecht(er) zu werden.

Dass es sich hierbei um den programmatischen Versuch handelt, „Urbanistik“ als „Postdisziplin“ (79) der Stadt- und Raumforschung zu etablieren, wird vor allem in den zwei Einführungen der beiden Bände deutlich. Im ersten Band werden zu Beginn „Impulse zur Weiterentwicklung der Stadt- und Raumforschung durch die interdisziplinäre Zusammenführung raumbezogener Wissenschaften“ (13) formuliert. Hier geht es vor allem um die akademische Einordnung und Justierung von Urbanistik als eigenständiger Fachrichtung. Schnell wird klar, dass der Gegenstand, zu dem hier Position bezogen werden soll, selbst noch nicht klar bestimmt ist. Wozu der Begriff „Urbanis-

tik“? Die Herausgeber erläutern in dieser ersten Einführung die Notwendigkeit einer veränderten, einer integrativeren Sicht auf „das Städtische“ (14) und begründen dies mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen und daraus erwachsenden neuen Herausforderungen für die Stadt- und Raumforschung.

So weit, so klar. Man könnte annehmen, dass diese These nun von allen Beiträgen in beiden Bänden auf unterschiedliche Art und Weise bestätigt und gefüllt wird. Doch die Herausgeber haben Mutigeres im Sinn. Sie stellen sich ganz bewusst zwei Herausforderungen: Zum einen beschränken sie sich thematisch nicht auf einige mögliche Bereiche der Stadtforschung, sondern stellen auch innerhalb eines Buchabschnitts die unterschiedlichsten Beiträge ohne Scheu nebeneinander. *Frey & Koch* sehen hierin keineswegs eine „Disziplinlosigkeit“ (24), sondern vielmehr eine Tugend ihrer Herangehensweise.

Die zweite Herausforderung erwächst aus dieser Schau der Unterschiedlichkeiten. Nicht genug, dass sich die inhaltlichen Beiträge kaum unter einen Hut bringen lassen, übergeben Frey & Koch in der Einleitung von Band II elf prominenten ExpertInnen der Stadtforschung das Wort und lassen diese in einem „vieltimmige[n] [virtuellen] Gespräch im weiten Feld der Urbanistik“ (13) relevante Themen und divergierende Positionen ausdiskutieren.

Hier zeigt sich, wie Streitbar der Ansatz der Herausgeber zur Schaffung einer wissenschaftlichen Urbanistik unter den befragten ExpertInnen ist. Während *Sibylla Zech*, Professorin für Regionalplanung und Regionalentwicklung an der TU Wien, auf die Frage nach ihrem Verständnis von Urbanistik antwortet: „Urbanistik kittet das zusammen, was Urbanität ausmacht“ (14), ist *Friedrich von Borries*, Architekt und Professor für Designtheorie, weit weniger überzeugt: „Man könnte unterstellen, dass das der Versuch ist, einer von Identitätskrisen und Profillosigkeit geplagten Kulturwissenschaft durch die Schöpfung neuer ‚Fächer‘ neue Standbeine in anderen Disziplinen zu erkämpfen. Ich brauche das nicht“ (15). Ebenso betont *Klaus R. Kunzmann*, Professor für Raumplanung, seine Skepsis und unterstellt, Grund für eine Umbenennung sei schlicht: „[...] weil Urbanistik einfach schicker klingt als Stadtplanung“ (16). Natürlich kommen auch ForscherInnen zu Wort, die den interdisziplinären Zugriff der Urbanistik im Gegensatz zum Ansatz der orthodoxen Stadtplanung befürwortend in den Blick nehmen, wie z.B. *Ingo Witzel*, Professor für Stadtplanung, der sich davon eine „Erweiterung des fachspezifischen ‚Tunnelblicks‘“ (18) verspricht. Insgesamt ist es erfrischend, dass sich einige ForscherInnen nicht mit den von den Herausgebern vorgegebenen Gliederungs- und Forschungsbereichen identifizieren können und dies auch offen kommunizieren. So macht Friedrich von Borries keinen Hehl daraus, dass er mit dem Begriff „Stadtkultur“ nichts anfangen könne.

Die Idee, die ExpertInnen einzeln zu relevanten Themen wie Steuerungsstrategien, Zukunft der Stadt und Stadtkultur zu befragen und die Aussagen dann miteinander in Bezug zu setzen, ist nicht nur sehr unterhaltsam zu lesen,

sondern verdeutlicht auch die Bandbreite der verschiedenen Positionen innerhalb der von den Herausgebern selbst als „weit“ (13) klassifizierten Urbanistik. Sie beweisen damit Mut, auch nonkonforme Stimmen gelten zu lassen und so ein Stück weit den eigenen Ansatz in Frage zu stellen. Wie ein roter Faden führt das Konzept des virtuellen Gesprächs durch beide Bücher. Genauso wie die ExpertInnen jeweils unterschiedliche Aspekte von Stadtforschung betonen und je nach Perspektive die Stadtgesellschaft (wie *Jens Dangschat*) oder die Gestaltung des öffentlichen Raums in den Vordergrund rücken (*Sibylla Zech*), so widmen sich auch die einzelnen Artikel sehr differenten Problemen. Die Bandbreite innerhalb eines thematischen Abschnitts reicht von „Freiraum und Mikroklima“ (*Katrin Hagen*) bis hin zu „Architektur der Arbeit“ (*Julia Girardi*). Im ersten Band folgt auf den sehr experimentellen Forschungsbericht „Die Stadt als Ganzes und als materieller Gegenstand“ (*Joanna Kusiak*) ein Artikel über die „Qualität von Städterankings und deren Rolle im Stadtmarketing“ (*Gudrun Haindlmaier*). Beide Artikel beschäftigen sich schließlich mit dem übergeordneten Thema „Neue Methoden der Stadtforschung“.

Auffällig und positiv hervorzuheben ist die Tatsache, dass viele junge ForscherInnen zu Wort kommen und damit in die Lage versetzt werden, ihre teils noch nicht fertig gestellten Projekte der Öffentlichkeit vorzustellen. So geschehen bei *Joanna Kusiak*, die mit ihrem Bericht „Die Stadt als Ganzes und als materieller Gegenstand“ eine wahrhaft experimentelle Methode zur Erfassung der „Physis Tirana“ präsentiert. In ihrem spannenden Forschungsbericht nimmt sie die Leserin mit auf die Reise nach und durch Tirana und lässt sie auch an den Unvorhersehbarkeiten empirischer Forschung teilhaben. Als Teil einer sechsköpfigen Forschergruppe hat sich Kusiak die Stadt Tirana „systematisch [...] erlaufen“ (260) und dabei sowohl eine digitale Karte der Stadt erstellt, in der auch die inoffiziellen Straßen (von denen es einige zu geben scheint) vorkommen, als auch eine photographische sowie protokollarische Dokumentation der Stadt produziert. Der theoretische Hintergrund dieser aufwendigen Methode ist die Annahme, dass Städte eine Materialität besitzen, die durch Worte allein nicht eingefangen werden kann. Diese Materialität kann aber Aufschluss über die Wechselbeziehung zwischen sozialer und intentionaler Ebene der Stadt sowie dem physikalischen, manifesten städtischen Körper geben. Obwohl die präsentierten Ergebnisse analytisch eher ungenau bleiben, ist der Ansatz sehr innovativ und sicherlich wert, weiter verfolgt zu werden.

Weniger holistisch ist das Konzept von *Carsten Schaber*. In seinem Aufsatz „Die Innenstadt im Fokus – über die Planungspraxis deutscher Großstädte“ untersucht der Autor empirisch für 18 deutsche Großstädte anhand von Planungskonzepten und Experteninterviews, worauf die Planungsszenarien abzielen und wie sie sich voneinander unterscheiden. Schaber stellt insgesamt sechs Profile näher vor, indem er auch auf die historischen Besonderheiten

der jeweiligen Städte eingeht. Insgesamt konstatiert er einen grundlegenden Wandel in der Stadtplanung und stellt fest, dass Bürgerbeteiligungsverfahren an Bedeutung gewonnen haben. Seine Erklärung für diese Entwicklung ist die „Homogenisierung“ (237) der Innenstädte, gegen die sich die Verantwortlichen zu wehren versuchen. Die zunehmende Angleichung deutscher Fußgängerzonen schaffe weder Identifikation nach innen, also bei den StadtbewohnerInnen, noch nach außen, in der außerstädtischen Wahrnehmung. Ob der von Schaber beobachtete Trend tatsächlich die fortschreitende Gleichförmigkeit deutscher Innenstädte abwenden kann, bleibt abzuwarten.

Diese beiden Artikel zeigen exemplarisch, wie unterschiedlich nicht nur die thematische Bandbreite, sondern auch die methodischen Zugänge der insgesamt 28 Beiträge der zwei Bände sind. Besonders die Einführungskapitel bestechen durch ihre teils ungewöhnlichen, teils sehr persönlichen, aber stets vielstimmigen Zugänge. In diesem Sinne setzt auch der Kurzbeitrag von *Gerhard Matzig* „Wer reinkommt, ist drin“ auf vier unterhaltsamen, ironisch-kritischen Seiten einen gleichsam humor- wie gehaltvollen Akzent und dekonstruiert dabei die inflationäre Verwendung des Begriffs „Urbanität“.

Der Ansatz der Herausgeber ist in mehrfacher Hinsicht grenzüberschreitend: Urbanistik wird hier nicht nur interdisziplinär, sondern auch transdisziplinär (im Sinne einer Integration von theoretischen und anwendungsorientierten, praktischen Konzepten) und versuchsweise eben auch „postdisziplinär“ (79) konstruiert. Diese konzeptionelle Rahmung macht die Lektüre des Sammelbandes durchaus anregend.

Laura Haddad

Herrmann, Heike; Keller, Carsten; Neef, Rainer; Ruhne, Renate (Hg.) (2011): *Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadtsoziologie*. Wiesbaden: VS-Verlag. 347 Seiten. ISBN 978-3-531-17844-8. Preis: 24,95 Euro

Wenn Stadtsoziologen fragen, was die „Besonderheit des Städtischen“ ausmacht, dann wird das Selbstverständnis der Disziplin angesprochen. Zwar ist die Frage nach dem Besonderen der „Stadt“ und des „Städtischen“ alles andere als neu, sie begleitet die Stadtsoziologie seit ihrer Etablierung als eigenständige soziologische Disziplin. Doch in dem Maße, wie die Bedeutung urbanen Lebens zunimmt, sich „städtische“ Strukturen, Kulturen und Praktiken verbreiten und damit ihre Spezifik verlieren, wird diese Frage immer brennender, so der Ausgangspunkt der Herausgeber des hier besprochenen Sammelbands. Der Band baut auf Beiträgen zur Jahrestagung 2009 der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie auf und möchte sowohl „grundlegende Entwicklungslinien der Stadt(soziologie)“

als auch „sich heute (neu) stellende, stadt spezifische Forschungsfragen und -ansätze“ (7) behandeln. Dies soll in insgesamt 16 Beiträgen geschehen, gegliedert in vier thematischen Abschnitten: *Das Städtische: zentrale Perspektiven*, *Städtische Kulturen*, *Umkämpfte Räume* sowie *(Innen)Stadtquartier und Suburb*.

Warum genau diese Themenbereiche als „Besonderheit des Städtischen“ gefasst werden, begründen Carsten Keller und Renate Ruhne in ihrer Einleitung zum Band. Keller & Ruhne gehen von einer offenen Definition des „Städtischen“ aus und betonen, dass es „in seiner jeweiligen Bestimmung von gesellschaftlichen Themenstellungen und Problemlagen sowie unterschiedlichen stadtsoziologischen Perspektiven abhängig“ ist (10). Die ausgewählten Themen stellen für sie heute „besonders virulente“ Fragestellungen dar und werden damit als aktuell spezifisch „städtische“ Phänomene ausgemacht. Keller & Ruhne geben eine gute Einführung in diese Forschungsfelder und die einzelnen Beiträge und setzen die Frage nach dem Gegenstand des „Städtischen“ zugleich in Bezug zur Entwicklung soziologischer Perspektiven auf die „Stadt“ seit dem 19. Jahrhundert.

Die Frage nach der „Besonderheit des Städtischen“ steht auch im ersten Abschnitt *Das Städtische: zentrale Perspektiven* im Vordergrund. Mit den Beiträgen von Jürgen Friedrichs und Martina Löw werden zwei sehr unterschiedliche Blickwinkel nebeneinander gestellt: die quantitative, an der Rational Choice Theorie orientierte Stadtsoziologie und der aktuell viel diskutierte sinnverstehende Ansatz der „Eigenlogik der Städte“. Hier wird die Perspektivenabhängigkeit der Bestimmung des „Städtischen“ deutlich. Während Friedrichs die Stadt in klarer Abgrenzung von einer raumbezogenen Perspektive als „Opportunitätsstruktur“ begreift, die sich unter Rückgriff auf die von Louis Wirth definierten Merkmale einer Stadt Diversität/Heterogenität, Dichte und Größe bestimmen lässt, betrachtet Löw Städte als je besondere, „sich unterscheidende Erfahrungsräume“. Die „Eigenlogik“, die es zu untersuchen gelte, sind „die verborgenen Strukturen der Städte als vor Ort eingespielte, zumeist stillschweigend wirksame Prozesse der Sinnformung mitsamt ihrer körperlich-materiellen Einschreibung“ (63). Der folgende Beitrag von Thomas Krämer-Badoni nimmt insofern eine sehr wichtige Rolle im Band ein, als er die Frage nach der Besonderheit des Städtischen selbst in den Blick nimmt und die kontinuierliche Auseinandersetzung mit ihr in der Disziplin-geschichte hervorhebt. Aufbauend auf einem eigenen 20 Jahre alten Text – was an sich schon dieses wiederkehrende Interesse verdeutlicht – zeigt Krämer-Badoni den engen Zusammenhang zwischen Stadtbegriffen und gesellschaftstheoretischen Annahmen in der Geschichte der Soziologie auf. Er vertritt einen „historisch geprägten Stadtbegriff, der als städtische und zu erforschende Problemlagen die Probleme begreift, die in jeweils spezifischen historischen Situationen als städtische Problemlagen identifiziert werden“ (78). Krämer-Badoni möchte die wiederkehrende Frage nach dem „Städtischen“

aber nicht für obsolet erklären. In der erneuten Diskussion sieht er dagegen die „Chance“, einen „gesellschaftstheoretisch begründeten Stadtbegriff zu entwickeln“ und sich von der „gesellschaftstheoriefreien“, empirisch-quantitativen Stadtsoziologie zu lösen (82).

Die weiteren Beiträge des Bandes thematisieren die Frage nach dem „Städtischen“ nicht explizit, sondern untersuchen bestimmte „städtische“ Phänomene. Im Abschnitt *(Neue) Städtische Kulturen* sind dies die so genannte Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Migranten und ihre Nachkommen. In jeweils zwei Beiträgen werden konträre Ansätze zu diesen Themenbereichen gegenübergestellt – ein an sich lobenswerter Gedanke, der aufgrund der unterschiedlichen Relevanz der Beiträge jedoch etwas gewollt erscheint. *Silke Steets* betrachtet sehr kritisch die große Aufmerksamkeit, die in der Stadtentwicklungspolitik der „Kultur- und Kreativwirtschaft“ und ihrem potentiellen ökonomischen Nutzen zukommt. Anhand einer ethnographischen Studie eines Leipziger Kellerclubs untersucht sie in Abgrenzung zu einer solchen Perspektive die Frage, wie die Akteure der „Kultur- und Kreativwirtschaft“ Räume herstellen und deuten und plädiert für einen differenzierteren Blick auf die „Kultur- und Kreativwirtschaft“ in der Stadtsoziologie. *Joachim Thiel* argumentiert dagegen aus dem von Steets kritisierten Blickwinkel. Er vertritt eine „sozialökonomische Perspektive auf Kreativwirtschaft und Stadt“ und appelliert an die Stadtsoziologie, sich mehr mit der „Verzahnung von Ökonomie und Stadtgesellschaft zu befassen“ (106). Thiels anwendungs- und verwertungsbezogenes Interesse wird – nicht nur im Kontrast zu Steets – deutlich, wenn er von der „Profilierungschance der Stadtsoziologie“ in diesem Themenbereich schreibt (120). Das Thema Migration und städtische Kulturen eröffnet *Erol Yildiz* mit seinem engagierten Plädoyer für einen Blickwechsel. Migration und Diversität sollten als wesentliche Elemente der Entwicklung von Städten und des städtischen Alltags wahrgenommen werden, ein Argument, das er mit Beispielen einer ethnographischen Studie zur von Migranten geprägten Keupstraße in Köln untermauert. Yildiz betont dabei die „Erfolgsgeschichte“ dieser Straße im Gegensatz zu ihrer öffentlichen Negativwahrnehmung sowie die transkulturellen Praktiken der Bewohner, die sich einseitigen kulturellen Zuschreibungen entziehen. Dieser deutlich positiven Perspektive auf Migration und städtische Kulturen steht die ebenso deutlich defizitorientierte Perspektive von *Lothar Bertels* und *Friedhelm Steffens* gegenüber. Mittels empirischer Daten über türkische Mitarbeiter der Kölner Fordwerke gehen die Autoren ihrer These der anhaltenden „residentiellen Segregation“ der türkeistämmigen Bevölkerung Kölns nach.

Der Abschnitt *Umkämpfte Räume* behandelt die von den Herausgebern aufgestellte These, „dass Städte und Räume wieder stärker zu einem Feld sozialer Kämpfe werden“ (17). Die drei Beiträge umfassen dabei verschiedene Konfliktdynamiken. *Talja Blokland* setzt sich, ausgehend von einer Untersuchung über mehrere Rotterdamer Stadtviertel, sehr differenziert mit zwei ge-

gensätzlichen Annahmen über den Zusammenhang von Diversität, Konflikten und (Un-)Sicherheitsempfinden in städtischen Räumen auseinander. Sie argumentiert für einen komplexeren theoretischen Ansatz, der nicht grundsätzlich davon ausgeht, dass Diversität für urbane Konflikte eine Rolle spielt, sondern die jeweiligen Praktiken und Deutungsmuster in den Blick nimmt. Konflikte rund um die Angst vor der sozialen Abwertung eines Stadtviertels werden von *Marie Cartier, Isabelle Coutant, Olivier Masclet & Yasmine Siblot* thematisiert. Anhand einer ethnographischen Studie zeigen sie die vielschichtigen sozialen Dynamiken und Spannungen in einer Eigenheimsiedlung in der Region Paris auf. Im letzten Beitrag des Abschnittes behandelt *Andrej Holm* Konflikte im Zusammenhang mit der Aufwertung von Stadtvierteln. In einer Analyse des Gentrifizierungsprozesses in verschiedenen Quartieren von Berlin arbeitet er unterschiedliche Konfliktodynamiken und Protestformen heraus, die er auf die jeweiligen „immobilienwirtschaftlichen Inwertsetzungsstrategien“ zurückführt.

Der vierte Abschnitt (*Innen-)Stadtquartier und Suburb* ist thematisch breiter gefasst als die vorhergehenden Abschnitte. Er beginnt mit einem Beitrag von *Rainer Neef*, der verschiedene Beziehungen zwischen Quartier und sozialen Klassen anspricht. Die drei weiteren Beiträge befassen sich mit dem Wandel von städtischen Milieus und Lebensformen in Innenstädten und Vororten. *Tim Butler* präsentiert eine interessante Analyse der sozialen Dynamiken und Polarisierungstendenzen im Kontext der Gentrifizierungsprozesse in London. Auch im Beitrag von *Susanne Frank* ist Gentrifizierung Thema. Mit ihrem Fokus auf Geschlechterverhältnissen und Familienmodellen gelingt es ihr, die übliche Gegenüberstellung von Gentrifizierung bzw. innenstädtischen Wohn- und Lebensformen und Suburbanisierung zu kritisieren. Statt eines solchen Gegensatzes könnten vielmehr Prozesse der „Urbanisierung von Suburbia“ und der „Suburbanisierung der Städte“ (297) beobachtet werden. Die Frage nach dem Wandel suburbaner Lebensmodelle steht im Zentrum des Beitrags von *Marcus Menzl*. An drei Fallbeispielen untersucht er die Alltagsarrangements junger Familien mit verschiedenen Lebensentwürfen in einer Hamburger Vorortgemeinde. Im Ergebnis stellt er eine „Persistenz starker normativer Ordnungsmuster in suburbanen Räumen“ (316) fest, die immer weniger den sich verändernden Lebensformen entsprechen.

Der Bezug zur Frage nach der „Besonderheit des Städtischen“, die bei der Lektüre der Beiträge zu einzelnen „städtischen“ Phänomenen gelegentlich aus dem Blick geraten sein mag, wird im Schlusskapitel von *Heike Herrmann* wieder hergestellt. Das „Besondere“ des Städtischen sei, wie Herrmann mit Bezug auf den Beitrag von Thomas Krämer-Badoni betont, eine Frage der jeweiligen wissenschaftlichen Betrachtung und Konstruktion von Stadt und damit immer auch verknüpft mit gesellschaftstheoretischen Überlegungen: „Die Stadt“ sei demnach „kein Forschungsgegenstand sui generis“ (322). Ausgehend von einem Überblick über die Entwicklung stadtsoziologischer

Forschungsperspektiven arbeitet Herrmann eine aktuell an Gewicht gewinnende Perspektive auf das Städtische heraus, die sie als „Stadt des Sowohls-auch“ beschreibt: Die Betrachtung von Stadt als Raum sozialer und kultureller Vielfalt ebenso wie von Konflikten und Polarisierung, als Raum von Möglichkeiten und Kreativität ebenso wie von Gefahren und Auflösungstendenzen. Das Kapitel bildet auf diese Weise einen synthetisierenden und anregenden Abschluss des Sammelbandes.

Ohne Zweifel stellt der Band einen lohnenden Anstoß und Beitrag zur Diskussion über das „Besondere“ des Gegenstands „Stadt“ dar. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst der Einleitung und des Schlusskapitels, die die vielfältigen, bis auf sehr wenige Ausnahmen lesenswerten Beiträge gelungen rahmen. Positiv hervorzuheben ist speziell die Rückbindung von aktuellen stadtsoziologischen Forschungsfeldern an die Entwicklung soziologischer Perspektiven auf das „Städtische“ sowie die Einbettung in gesellschaftstheoretische Überlegungen. Sicherlich hätte die Diskussion über die „Besonderheit des Städtischen“ auch von einer theoretischen, zumindest konzeptionell folgenreichen Berücksichtigung der „Raum“-Kategorie profitieren können. So unterstreichen *Keller & Ruhne* in der Einleitung, dass die „Ausrichtung des Blicks auf räumliche Aspekte des Sozialen“ eine „mehr oder weniger durchgängige und durchaus eigenständige Perspektive“ (10) der Stadtsoziologie darstelle; in den folgenden Beiträgen bleiben Raumfragen jedoch meist implizit. Dass ein Sammelband aber nicht jeden Aspekt vertieft behandeln kann, versteht sich von selbst.

Christine Lang

Belina, Bernd; Gestring, Norbert; Müller, Wolfgang; Sträter, Detlev (Hg.) (2011): *Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. 251 Seiten. ISBN: 978-3-89691-797-3. Preis: 25,90 Euro

„Diversität“ ist in den gesellschaftswissenschaftlichen Diskussionen insbesondere über Städte und über Migranten in letzter Zeit in aller Munde. Der Begriff wird zumeist rein deskriptiv, ohne weiteren Erklärungsgehalt, verwendet. Im besten Fall wird er mit „Intersektionalität“ verbunden, also dem Versuch, der Vielfalt von ökonomischen Gegebenheiten, politischen Einflussgrößen und sozialen Verhaltenslinien und Gruppierungen mit einer Vielfalt von theoretischen Ansätzen zu entsprechen. Hierfür plädiert *Bürkner* in seinem Einstiegs-Beitrag; die weiteren Aufsätze des Sammelbandes kommen dem aber nicht nach. Der Diffusität, die durch Nutzung unterschiedlicher Theorien und Untersuchungsebenen droht, wird vielmehr in den meisten Beiträgen der Versuch entgegengesetzt, über strukturtheoretische Ansätze auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Offenbar deshalb wird von „Dispa-

ritäten“ in der Stadtentwicklung gesprochen, welche überregional und lokal in der Tat auf strukturelle Ursachen zurückgeführt werden können. Präsentiert werden also Wirtschafts- und Politikanalysen, häufig mit empirischen Einsichten verbunden, die auch die soziale Komponente ins Spiel bringen.

Dieser Ansatz schlägt sich in der plausiblen Gliederung des Bandes nieder: Im ersten Abschnitt werden Formen und Erklärungsmöglichkeiten städtischer Disparitäten diskutiert; im zweiten unter dem gemeinsamen Stichwort „Neoliberalismus“ Aspekte und Folgen von Politikzerfall und glatter Durchsetzung von Kapitalverwertungs-Interessen auf städtischer Ebene; im dritten Strukturtheorien, Ausprägungen und Konflikthaltigkeit auf überregionaler Ebene. So weit, so interessant. Allerdings sind die Texte von unterschiedlicher Qualität und Tragfähigkeit.

Bürkner behandelt zwei Verständnislinien von sozialräumlichen Disparitäten und sozialen (nein, nur ethnischen!) Mischungen und Grenzziehungen. Dem kulturalistischen Ansatz wirft er vor, strukturelle Gegebenheiten zu ignorieren. Dies ist sicher nur zum Teil treffend und gilt zum Beispiel nicht für die neueren Arbeiten der von ihm zitierten Glick Schiller. Bürkner ist jedoch zuzustimmen, wenn er schreibt, dass selbst kritische kulturbezogene Diskurse den kulturalistischen Ansatz bestärken: Denn er vertrage sich gut mit dem in der herrschenden Meinung bestehenden (Miss-) Verständnis, die Nicht-Integration von Migranten sei auf ihre mitgebrachte Kultur zurückzuführen. Im Gegensatz dazu gesteht er den strukturbezogenen Sichtweisen zwar zu, gesellschaftliche Benachteiligungen herauszuarbeiten – sie ignorierten aber die Alltagspraxis der Benachteiligten. Tatsächlich haben aber viele der an Armuts- oder Migrantenvierteln ansetzenden Untersuchungen der letzten zehn Jahre Gruppenbildung, Grenzziehungen, Alltagsbewältigung und nicht nur deren Strukturbedingungen fokussiert.

Der Beitrag von Floeting, Henckel & Meier bietet einen fundierten Überblick über Zusammenhänge von globalisierten, d.h. immer heterogeneren Arbeitsmärkten, der Polarisierung zwischen ‚Gewinner‘- und ‚Verlierer‘-Städten sowie der diese Polarisierung verschärfenden Politik einer ‚Stärkung der Stärken‘. Dies ist sehr lehrreich und erklärungs haltig! Allerdings wird Richard Floridas Verständnis kreativer Branchen und Kräfte etwas unkritisch übernommen. Noch unkritischer ist in dieser Hinsicht Brake. Er bejaht die Tendenz zur ‚Re-Urbanisierung‘ durch Verweis auf die „Stadtaffinität“ gerade der neuen flexiblen ‚kreativen‘ Lebensmuster und auf ihr Streben nach anregungsreichen Stadtvierteln. Es gebe „keine Alternative“ (82) zur politischen Unterstützung kreativer Industrien und Städte (Florida lässt grüßen!). Brake berücksichtigt aber gerade nicht die von Floeting et al. betonten Differenzierungen (besonders zwischen Verlierer- und Gewinnerstädten). Er verliert sich stattdessen immer wieder in hoch abstrakten bis leerformelhaften Begriffsreihungen. Nur in ein paar Stichworten zu Förderungsmaßnahmen scheint ein konkreter Zugriff auf.

Der zweite Abschnitt startet mit *Rosols* Ausführungen über städtische Freiraumpolitik. Sie entwickelt hierfür Beurteilungskriterien aus der heroischen Epoche der antikapitalistischen Freiraumplanungs-Kritik der 1980er Jahre. Oberschichts-Bewohner hatten immer einen privilegierten Zugang zu Freiräumen. Dem könne das Konzept der „Gemeinschaftsgärten“ zwar etwas entgegensetzen – aber nur wenige Unterschichtsbewohner profitierten davon. Angesichts des Rückzugs der Kommunalverwaltungen aus diesem Bereich sei dies aber nur eine „Selbstverwaltung der Benachteiligung“ (112, Zit. Selle) mit unverhältnismäßig hohem Eigenaufwand. Die allgemeinere Relevanz des doch recht schmalen Exempels aus Berlin wird nicht deutlich, zumal recht naiv eine eigene Befragung (n=44) generalisiert wird. *Belinas* kurzer und außerordentlich klarer Text greift aus dem Themenkreis ‚räumliche Ordnung im Kapitalismus‘ die heutzutage mehr ideologisch als durch reale Gefahren bestimmte Kriminalisierung unerwünschter Gruppen im städtischen öffentlichen Raum heraus. Am Beispiel von Video-Überwachungen und polizeilichen Platzverweisen zeigt er, wie „überflüssige“ Gruppen im Griff gehalten werden – und dass und wie weit Verselbständigungstendenzen der Exekutive durch Rechtsprechung begrenzt werden können, was ja auch ein Hoffnungsfunkte ist. *Müller & Sträter* liefern den zentralen Text dieses Abschnitts. Nach ihrer soliden Einführung in Geschichte und Funktionieren der kommunalen Selbstverwaltung wird die Welle der Neoliberalisierung gut verständlich erläutert. Sie hat die Städte – die die Mehrheit der öffentlichen Investitionen tätigen – seit den 1990er Jahren besonders intensiv erfasst. Privatisierung öffnet hier ein weites Feld für Kapitalanlagen, deren Formen gut erläutert werden (vorwiegend aus Zeitungsbeiträgen belegt – ein Hinweis auf den bislang dürftigen Forschungsstand!). Die Einbindung kommunaler Entscheidungsträger und die Ökonomisierung verbliebener kommunaler Aktivitäten endet in der Zergliederung von Politik – die so einem demokratischen Einfluss immer weiter entzogen wird. Die abschließend dargestellten Beispiele von Bürger-Opposition sollen wohl Mut machen. Der Stellenwert des Textes von *Martens* über die Münchener Armutsberichterstattung besonders unter Hartz-IV-Bedingungen wurde mir nicht klar. Seine Forderung nach Berücksichtigung lokaler Lebenshaltungskosten bei der Berechnung sozialstaatlicher Transfers ist sicherlich sinnvoll, besonders bezüglich Münchens; aber was ist damit über Disparitäten gesagt? Entwicklung und Ausmaß von Armut bleiben undeutlich, Versuche der Verallgemeinerung und Analyse sind wegen vieler unausgeführter Gedanken und Behauptungen (etwa die eines Armuts-„Wirtschaftssektors“, der ein Siebtel der Bevölkerung versorge; 178) kaum nachvollziehbar.

Im dritten Abschnitt entwickelt *Parnreiter* ein Theorie-Gerüst zur Erklärung der Polarisierung zwischen zentralen (v.a. globalen) und peripheren Städten. Von Wallerstein bezieht er den Gedanken, jede kapitalistische Akkumulation tendiere zu Monopolisierungen hochprofitabler Nutzungen, für

die staatlicher Schutz beansprucht werde – Parnreiter ergänzt: diese konzentrieren sich in zentralen Städten. Von Jacobs wird der recht simple Gedanke hinzugefügt, Stadtwirtschaften diversifizierten sich und erzeugten so Innovationen. Nach Harvey sind Städte konzentrierte Ressourcen und ziehen Investitionen auf sich; da diese baulich fixiert sind, können sie hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleiben. Die so angelegten Krisenmöglichkeiten und selektiven Investitionsströme führen zu Polarisierungen. Der substanzielle Text ist erfreulich klar entwickelt. Es fehlt allerdings ein Hinweis auf Städte und Stadtbereiche, deren Funktionen und Stabilisierungstendenzen nicht global, sondern regional bestimmt sind. Systematisch und übersichtlich ist auch *Holms* Darstellung der Privatisierung von Sozialwohnungsbeständen in drei Städten als Teil genereller Neoliberalisierung. In London und Amsterdam wurden die besseren Bestände gezielt an bisherige Bewohner verkauft – neben der liberal-ideologischen Überzeugung, Eigentümer seien gesellschaftsnützlich, kam in Großbritannien die Absicht hinzu, die wirtschaftspolitisch lästigen Gemeinden zu schwächen. In Berlin stand die Haushaltskonsolidierung im Vordergrund. Hier wurden teils ganze öffentliche Wohnungsunternehmen, teils große und qualitativ schlechtere Bestände mit vielen einkommensschwachen Personen und Familien an internationale Großinvestoren übereignet. Wie es dann diesen Investoren gelang, die Profitabilität deutlich zu verbessern, hätte eingehender erklärt werden sollen. Bemerkenswert, wenngleich im Text nicht formuliert: Bewohnerinteressen spielten in Berlin (dessen Kennzeichen einmal soziale Stadtpolitik war) eine weit geringere Rolle als in den doch so marktliberalen beiden anderen Ländern. *Keller* schließlich erläutert, dass und wie städtische Unruhen meist von Quartieren ausgehen, in denen ethnische und soziale Ausgrenzung sich überlagern. Eine erhebliche Rolle spielten „Machtasymmetrien“ v.a. in Form restriktiver Immigrations-, Sozial- und Sicherheitspolitiken. Der Artikel geriet etwas unübersichtlich: Da im Vergleich von sechs Ländern der historische Hintergrund (v.a. koloniale Vergangenheit) sowie unterschiedliche Segregationsentwicklungen und Politikausprägungen einbezogen wurden, wurde Manches zu verkürzt dargestellt.

In jedem Abschnitt des Sammelbands gibt es ein bis zwei substanzielle Beiträge, daneben aber auch wenig erklärungshaltige Artikel. Im ersten Abschnitt überschneiden sich die Texte mehr, als dass sie sich ergänzen. Im zweiten wird die Empirie recht unsystematisch eingestreut. Der dritte erscheint konsistenter, aber nur dem kundigen Leser. Zu viele Beiträge holen zu weit aus, zu oft werden konkrete Zusammenhänge nicht erläutert. Hier hätten die Herausgeber mehr am Erklärungsgehalt und der gegenseitigen Abstimmung arbeiten sollen. Ein allgemeinerer Einwand trifft nicht nur diesen Band. Städtische Disparitäten zu diskutieren, bedeutete eigentlich: Zwei oder mehr auseinander driftende Seiten urbaner Entwicklung zu analysieren. Das ‚Oben‘ wurde in diesem Band nur in der Politikanalyse thematisiert. Macht

und Reichtum von Groß-Akteuren, städtischen Eliten und Oberklassen wurden bestenfalls angedeutet. Die Mitte städtischer Entwicklungen, Gesellschaften und Wirtschaften taucht gar nicht auf. Hier hinkt allerdings die Forschung insgesamt hinterher – und das in einer Zeit, in der das breite Interesse wächst, den Herrschenden auf die Finger zu sehen.

Rainer Neef

Glick Schiller, Nina; Çağlar, Ayşe (eds.) (2010): *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca: Cornell University Press. 279 Seiten. ISBN: 978-0801476877. Preis: 23,50 Euro

Im Mittelpunkt dieses Sammelbands steht das Konzept der „city scale“. Mit diesem von den Herausgeberinnen Nina Glick Schiller und Ayşe Çağlar bereits an anderer Stelle (Glick Schiller/Çağlar 2009) vorgeschlagenen konzeptionellen Rahmen lassen sich Migrations- und Inklusionsprozesse in verschiedenen Städten vergleichen. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass sich die Situation von MigrantInnen in sogenannten „downscaled cities“ (bspw. Halle/Saale und Manchester/New Hampshire; Kap. 10) auch in unterschiedlichen nationalen Kontexten stark ähnelt und gleichzeitig deutlich von den Erfahrungen in „global“ bzw. „gateway cities“ (69) unterscheidet. Daran anknüpfend entwickelten die Herausgeberinnen eine Forschungsperspektive, mit der spezifische wechselseitige Konstitutionen von Migration und Stadt vor dem Hintergrund einer global wirksamen Restrukturierung des Städtischen in den Blick genommen werden können. Diese Perspektive wird in der Einleitung sowie in drei konzeptionellen Beiträgen vorgestellt und diskutiert und im Anschluss in sieben Fallstudien mehr oder weniger explizit aufgegriffen.

Konkret schlagen *Glick Schiller & Çağlar* (Kap. 1, 4 und 10) vor, Perspektiven aus der Migrations- und der Stadtforschung miteinander ins Gespräch zu bringen. Aus dem Bereich der Stadtforschung greifen sie vor allem Thesen zur neoliberalen Neuordnung des Städtischen auf (4): Infolge der weltweiten neoliberalen Restrukturierungsprozesse seit den 1970er Jahren sind Städte demnach zunehmend von veränderten räumlichen-hierarchischen Machtverhältnissen geprägt. Insbesondere in Folge des Rückbaus von Regulationen auf nationaler Ebene sowie der Verschiebungen auf supra-nationale und lokale Ebenen werden hierarchisch-skalare Ordnungen (also das Verhältnis von lokalen, regionalen, nationalen und globalen Rahmen) verändert. Im Prozess dieser Re-Skalierung (rescaling) werden Städte zunehmend direkt regionalen, transnationalen und globalen Beziehungen unterworfen, bspw. wenn sie sich im transnationalen Städtewettbewerb für die Attraktion von Investitionen vermarkten müssen. Auf diese Weise entstehen relative Positionierungen einzelner Städte innerhalb der neuen skalaren Ordnungen („Ge-

winner“ und „Verlierer“ des „Globalisierungsprozesses“). Diese Positionierungen – so die These der Herausgeberinnen – müssen einerseits als Einflussgröße für unterschiedliche lokale und transnationale Lebenschancen und Inklusionsmöglichkeiten von MigrantInnen untersucht werden. Andererseits gelte es, Migrationsprozesse selbst als Teil von Prozessen der Re-Skalierung zu untersuchen und somit die globalen, nationalen und lokalen Beiträge von MigrantInnen zur Transnationalisierung des Städtischen in den Blick zu nehmen (71ff.). Die Perspektive nimmt zunächst bewusst „Migration“ in ihrer ganzen Breite in den Blick. Sie macht jedoch die Vielfalt der dieser Kategorie zugeschriebenen Personen (bspw. hinsichtlich Bildung, Klasse, Nationalität, Ethnizität, Gender, Religion, Generation) zum Gegenstand der Analyse, indem die unterschiedlichen Rollen dieser Zuschreibungen in und für Restrukturierungsprozesse untersucht werden (9). So zeigen die Herausgeberinnen etwa, wie die spezifischen Bedingungen in „downscaled cities“ dazu führen, dass nicht-ethnisierte Organisations- und Repräsentationsformen von MigrantInnen sichtbar werden (191).

Ergänzt werden die konzeptionellen Überlegungen der Herausgeberinnen durch die Beiträge von *Neil Brenner* (Kap. 2) und *Michael Samers* (Kap. 3). *Brenner* arbeitet anhand der konzeptionellen Debatten zu scale und rescaling die analytischen Stärken und Grenzen entsprechender Perspektiven heraus: Einerseits würden damit de-essentialisierende und historisierende Analysen der sozioökonomischen Produktion von sozialräumlichen Beziehungen möglich. Andererseits bestehe die Gefahr, dass andere sozialräumliche Strukturierungen wie place-making, Lokalisierung oder Territorialisierung aus dem Blick geraten (36). Die anschließende Diskussion der konkreten analytischen Potentiale für den Zusammenhang von Migration und Stadt gerät etwas knapp, liefert aber dennoch eine Reihe von Präzisierungen möglicher Forschungsfragen an dieser konzeptionellen Schnittstelle (38ff.).

Samers schlägt demgegenüber vor, mit dem Begriff der Sozio-Territorialität zu arbeiten. Dies ist in seiner Begründung nachvollziehbar. Denn skalare Ordnungen können nur dann Macht entfalten, wenn sie in komplexen Beziehungen zwischen Akteurs-Netzwerken, Institutionen und Strukturen territorial performiert werden (46ff.). Überzeugend wendet Samers dieses Konzept auf die Frage der Inklusion von MigrantInnen in urbane Arbeitsmärkte vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sozio-Territorialitäten von gleichermaßen globalisierten Städten an. Der Unterschied zu den Vorschlägen von Brenner, Glick Schiller und Çağlar scheint allerdings vorwiegend begrifflicher Natur zu sein. Auch bleibt Samers' Kritik an der essentialistischen Konnotation des „scale“-Begriffs (43) mit Blick auf die jüngeren Debatten etwas unverständlich. Denn trotz der unterschiedlichen Positionierungen in der „scale“-Debatte und der Frage, ob man überhaupt an Begriff und Konzept festhalten solle (Marston/Jones/Woodward 2005), hat sich dort als kleinster gemeinsamer Nenner durchgesetzt, die Produktion von Skalen und Re-Skalierungspro-

zessen zu untersuchen. Insofern scheint Samers' Vorschlag mit einem entsprechend fokussierten „city scale“-Konzept gänzlich kompatibel zu sein.

Die anschließenden Fallstudien arbeiten alle an der fokussierten Schnittstelle von Stadt und Migration und behandeln alle die Frage des rescaling/restructuring. Die Auswahl folgte also klar diesem konzeptionellen Kriterium und nicht etwa einem geographischen oder thematischen Schwerpunkt. Inhaltlich auffällig ist dabei, dass ein Großteil der Beiträge sich nicht auf die Frage nach den Spielräumen der Inklusion von MigrantInnen unter den lokal spezifischen Bedingungen der Städte beschränkt (s. bspw. die Ausführungen von *Monika Salzbrunn* zum unterschiedlichen Umgang mit Migration im Kontext der Festivalisierung von Stadtpolitik in New York und Paris, Kap. 9). Vielmehr fokussieren sie auch, wie MigrantInnen und Migrationsprozesse selbst zu Akteuren bzw. Kräften des „scale making“ werden. So zeigt etwa *Caroline Brettell*, dass nicht zuletzt das „scale jumping“ ethnisch organisierter Berufsverbände zu einem höchst produktiven Prozess des „making place, claiming space, reembedding themselves, reterritorializing themselves and practicing citizenship“ führt und damit selbst zum Bestandteil der Restrukturierung sozioökonomischer Verhältnisse in der Dallas-Fort Worth Metropolitan Area beigetragen (Kap. 5: 102). Der abschließende Beitrag von *Günther Schlee* schließt die Klammer zur „city scale“-Perspektive und eröffnet mit der Diskussion des Zusammenhangs von „scale“ und „size“ zugleich eine weitere konzeptionelle Debatte. Dennoch markiert der Beitrag einen Abschluss, insofern er mit Bezug auf alle Aufsätze des Bandes noch einmal die Grenzen des „city scale“-Konzepts reflektiert. Er zeigt auf, dass sich innerhalb von Städten noch weitere sozialräumlich ausdifferenzierte Effekte finden und somit die Notwendigkeit besteht, zusätzliche analytische Werkzeuge zu suchen (241; vgl. den Beitrag von Brenner: 39).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Fallbeispiele insgesamt sehr gut im starken konzeptionellen Rahmen der einleitenden Beiträge entfalten. Somit umgeht dieser Sammelband eine typische Schwäche seiner Gattung, denn hier gelingt tatsächlich die Konstruktion eines argumentativen Gesamtzusammenhangs über das gesamte Buch hinweg. Dabei werden nicht nur überzeugend konzeptionelle Brücken an der Schnittstelle von Migrations- und Stadtforschung entwickelt, vielmehr führen die Beiträge auch vor, inwiefern die Analyse des empirischen Zusammenhangs von Migration und Stadt vor dem Hintergrund der These einer neoliberalen Neuordnung des Städtischen fruchtbar gemacht werden kann. Zu unterstreichen ist, dass die Schnittstelle nicht nur für die Migrationsforschung analytische Potentiale birgt, sondern die Analyse von Migrationsprozessen auch neue Erkenntnisse für die theoretisch-konzeptionelle Debatte um rescaling/restructuring in der Stadtforschung hervorbringen könnte. Allerdings – und überraschender Weise – wurde Migration in der entsprechenden Literatur bislang weitgehend ausgespart. Angesichts der ausschließlich (sozial-)anthropologischen Fallstudien im vor-

liegenden Band bleibt auch weiterhin abzuwarten, ob dieses Potential in der geographischen und stadtsoziologischen Restrukturierungs-Debatte aufgegriffen wird – zu wünschen wäre es, und der Band liefert dafür eine durchweg empfehlenswerte Vorlage.

Zitierte Literatur:

- Glick Schiller, Nina; Çağlar, Ayşe (2009): Towards a comparative theory of locality in migration studies: migrant incorporation and city scale, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35, 2, pp. 177-202.
- Marston, Sallie A; Jones III, John Paul; Woodward, Keith (2005): Human geography without scale, in: *Transactions of the Institute of British Geographers. New Series* 30, 4, pp. 416-432.

Mathias Rodatz

Kemper, Jan; Vogelpohl, Anne (Hg.) (2011): Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte. Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. 234 Seiten. ISBN: 978-3-89691-882-6. Preis: 24,90 Euro

Der von der Darmstädter Stadtsoziologin Martina Löw initiierte „LOEWE-Schwerpunkt ‚Eigenlogik der Städte‘“ hat es vermocht, über das Fach hinaus Aufmerksamkeit zu erlangen: durch Veröffentlichungen im Campus Verlag unter dem Titel „Die Eigenlogik der Städte“ von Martina Löw und Helmuth Berking (2008), die Herausgabe des *Newsletter Stadtforschung* sowie Forschungs- und Qualifizierungsprojekte auf der Basis dieses Ansatzes. Wie der Ausgabe 5/2011 des *Newsletter* zu entnehmen ist, sollen die bis 2013 bewilligten Forschungsmittel zum „Aufbau eines nachhaltig wirksamen interdisziplinären Forschungsverbunds“ und der Beantragung eines DFG-Sonderforschungsbereichs genutzt werden. Sollte dies gelingen, wäre das – nach der Sozialökologie der Chicago-Schule – die sichtbarste Verankerung und Repräsentation eines stadtsoziologischen Ansatzes.

Die bisher breiteste Kritik dieses Ansatzes enthält der vorzustellende Band. Er ist aus einer Tagung, die im November 2010 an der Technischen Universität Berlin stattfand und sich explizit der „Eigenlogik der Städte“ und ihren theoretischen, methodischen und empirischen Grundlagen widmete, hervorgegangen. Drei Themenblöcke – Konzepte, Traditionen, Forschungspraktiken – mit insgesamt 12 Beiträgen behandeln Absichten und Probleme des Ansatzes.

Um was geht es? Mit „Eigenlogik“ sollen „die verborgenen Strukturen der Städte als vor Ort eingespielte, zumeist stillschweigend wirksame Prozesse

der Sinnkonstitution“ aufgedeckt werden. Auf dieser Basis könnten vergleichende Stadtforschungsprojekte „zur systematischen Integration lokaler Differenzen und Potenziale in politische Strategien“ umgesetzt werden. Es gehe darum, „wie das, was ‚Charakter‘, ‚Habitus‘, ‚Eigenlogik‘, ‚lokale Gefühlsstruktur‘ etc. genannt wird, konzeptionell gefasst werden kann.“ So heißt es bei Martina Löw in ihrem hierfür zentralen Werk, „Soziologie der Städte“ (2010: 19f.).

Kemper & Vogelpohl machen in ihren einführenden „kritischen Anmerkungen zu einer Forschungsperspektive“ (15-39) neben anderen folgende Einwände geltend: Der Ansatz verführe dazu, „die soziale Welt so zu verarbeiten, wie diese sich in ihren symbolischen Repräsentationen und verräumlichten Objektivierungen“ gebe; als Erklärung würde benannt, was selbst der Erklärung bedürfe. Gleiche Verführungskunst wird dem Begriff „Eigenlogik“ zugeschrieben, der letztlich die behauptete Differenz der Städte, die bis ins Fühlen und Wahrnehmen reicht, auf eine empirisch nicht mehr überprüfbare Spitze treibe.

Im Themenblock *Konzepte* (40-87) finden sich drei Beiträge, die auf die begrifflichen und theoretischen Grundlagen des Eigenlogikansatzes eingehen. Der Stadtsoziologe *Norbert Gestring* untersucht die Relevanz und Stimmigkeit der Konzepte Handlung und Habitus, die für den Ansatz zentral sind. Er kommt zu dem Fazit, dass der verwendete Handlungsbegriff unklar ist und die Konzeptualisierungen von *Habitus* und *Doxa*, den unhinterfragten Überzeugungen, nicht in Einklang zu bringen sind mit Bourdieus Theorie, auf den man sich beruft. Als Leer- bzw. Schwachstellen des Ansatzes werden u.a. benannt: die soziale Differenzierung der Gesellschaft, der Bezug auf die räumliche Ebene der Städte, die Mobilität der Stadtbewohner und die Modi der Integration.

Stefan Höhne, Kulturtheoretiker und Stadtanthropologe, analysiert die „identitätslogischen Prämissen des eigenlogischen Denkens“. Ein Satz aus der „Soziologie der Städte“ kann die problematische Verwendung des Begriffs Eigenlogik verdeutlichen: Bei „Eigenlogik als Konzept“ sei „ein Blick auf die Struktur zu richten, die in der Eigenlogik steckt“ (2010: 65). An Hegel geschult, zeigt Höhne das Schwanken des Ansatzes zwischen Identitäts- und Eigenlogik. Die Absicht, sich „jeder Subsumtionslogik unter ein Universelles des Urbanen“ zu enthalten, könne letztlich als „Fluchtpunkt“ der Eigenlogik nicht reibungslos funktionieren, da auch die „radikale Individualisierung der Städte“ des Ansatzes nicht ohne Subsumtionen auskomme (54f.). Wie andere Beiträge kritisiert Höhne, dass im eigenlogischen Ansatz die Elemente von „räumlicher-sozialer Exklusion und territorialer Stigmatisierung“ zu kurz kommen.

Nikolai Roskamm, Stadt- und Regionalforscher an der TU Berlin, geht der Frage nach, welchen Stellenwert Dichte und Raum im Eigenlogikprojekt haben. Richtig ist der Hinweis, dass der Anthropogeograph Friedrich Ratzel

noch vor Émile Durkheim Dichte zu einem Schlüsselbegriff machte. Falsch ist, dass Durkheim in „Die Regeln der soziologischen Methode“ (frz. 1895) „seine eigene Dichtetheorie widerrufen“ habe (77). Durkheim hat sie modifiziert und den Begriff „materielle Dichte“ aus seinem Werk über die Arbeitsteilung ersetzt durch „dynamischen Dichte“. Nur so wurde Dichte zu einer „sozialen Tatsache“ (*fait social*) und heraus gelöst aus deterministischen Ursache-Wirkungs-Konstellationen. Roskamm bleibt vage im Hinblick auf seine Kritik des Dichte- und Raumkonzeptes im eigenlogischen Ansatz. So wird nicht deutlich, dass das Raumkonzept nur Sinn macht, wenn es qualitativ, nicht nur materiell-qualitativ benutzt wird. Und was das Raumkonzept im eigenlogischen Ansatz betrifft: Es ist nicht zu sehen, wo es über die Kategorien von Simmel in dessen Beiträgen zu einer Soziologie des Raumes (1908) hinausgeht.

Im Themenfeld *Traditionen* finden sich vier Beiträge. Es wird eingeleitet mit einem Beitrag über „Argumentationslinien der Klassischen Geographie in der neueren deutschsprachigen Stadtsoziologie“ (88-104). Autor ist *Peter Dirksmeier*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Dirksmeiers These ist, dass in der „sozialwissenschaftlich orientierten Geographie (...) die historischen Arbeiten von Herder, Ritter, von Humboldt, Ratzel oder Hettner“ kaum eine Rolle spielen, sie sich jedoch „interessanterweise (...) in einer neueren Spielart der deutschsprachigen Stadtsoziologie, die mit dem Schlagwort ‚Eigenlogik der Städte‘ operiert“, finden. Diese „reformulierte Regionale Geographie in einem modischen Vokabular“, nehme „den alten geographieinternen Streit zwischen idiographischer und nomothetischer Wissenschaft“ auf und optiere für Idiographie (88). Vor solchen willkürlich erscheinenden Konstruktionen ist zu warnen. In „Soziologie der Städte“ (Löw 2010) wird nicht einer der geographischen Klassiker genannt. Gleichwohl wäre es für die Stadtsoziologie ein Gewinn, sich intensiver mit stadtgeographischen Texten zu befassen.

Im Lichte des Eigenlogikansatzes widmet *Erhard Schütz*, Inhaber des Lehrstuhls für Neuere deutsche Literatur an der Berliner Humboldt-Universität, den Ausführungen Georg Simmels zur Stadt einen spannenden Beitrag: „Wie Georg Simmel eine Eigenlogik der Städte hätte begründen können. Und warum er es (wahrscheinlich) nicht getan hat“ (105-117). Schütz zitiert einleitend den österreichischen Schriftsteller Joseph Roth mit einer Skizze seiner österreichisch-galizischen Heimatstadt Lemberg aus dem Jahr 1924, die Martina Löw als Motto ihres Werkes hätte dienen können, allerdings ohne den einleitenden Satz: „Es ist eine große Vermessenheit, Städte beschreiben zu wollen. Städte haben viele Gesichter, viele Launen (...). Man müsste die Fähigkeit haben, die Farben, den Duft, die Dichtigkeit, die Freundlichkeit der Luft mit Worten auszudrücken“ (105). Andere Belege handeln von Farben (Max Brod) und Gerüchen und letztlich auch vom Gang (Robert Musil), nach dem sich Städte unterscheiden. Alle diese Elemente sind ja Thema einer die

Städte unterscheidenden „Eigenlogik“. Simmel, so die resümierende These von Schütz, hätte eine Differenzanalyse der Städte im Stile des Eigenlogikansatzes nicht unternommen, weil er nicht am Spezifischen, sondern nur am Verallgemeinerbaren, letztlich Gesellschaftlichen und an dem durch die Stadt bewirkten Prozess der Individualisierung interessiert war.

In den weiteren Beiträgen des Themenfeldes *Traditionen* fragt Boris Michel, Geograph in Erlangen-Nürnberg, ob es sich bei der „eigenlogischen Lesart der Neuen Stadtsoziologie“ um „fragwürdige Abstraktionen“ handle; und der Stadtgeograph Thomas Bürk unternimmt „Erkundungen zur Wanderung und Wandlung des Konzeptes ‚City-Habitus‘“.

Eine Rezension von Hartmut Häußermann zu Martina Löws „Soziologie der Städte“ steht am Beginn des Themenfeldes *Forschungspraktiken*. Es dürfte eine der letzten Arbeiten des im Oktober 2011 verstorbenen Berliner Stadtsoziologen sein. Häußermann nimmt den Eigenlogikansatz zum Anlass für die Frage: „Was ist Stadtsoziologie?“. Die Behauptung, dass „die Stadtsoziologie über Jahrzehnte hinweg die Stadt nicht zu ihrem Gegenstand gemacht“ habe (Löw 2010: 19), ist nach Häußermann nicht haltbar. Seine Ausführungen sind für Stadtsoziologen ein lesenswertes Repetitorium, für Studierende enthalten sie wichtige Hinweise, auch auf Vorläufer der heutigen stadtsoziologischen Forschung. Neben kritischen Einwänden kommt in Häußermanns Rezension aber auch vieles zur Sprache, was als Bereicherung in der Sicht auf Stadt und ihrer Paradigmen verstanden werden kann.

Die weiteren vier Beiträge können nur genannt, aber nicht gewürdigt werden: Derya Özkan, Soziologin und Ethnologin, untersucht den Eigenlogikansatz aus der Sicht ihrer empirischen Untersuchungen in Istanbul und zieht, im einzigen englischen Beitrag des Bandes, das Fazit: Neither Critical nor Affirmative. Sybille Bauriedl, die in Geographie promovierte, untersucht den Eigenlogikansatz aus diskursanalytischer Perspektive. Robert Lorenz, Ethnologe und Psychologe, befasst sich am Beispiel von „Görlitz, der schönen Stadt“, mit der Frage, ob der *cultural turn* in der Stadtsoziologie, für den der Eigenlogikansatz symptomatisch sei, nicht zu Verzerrungen führt. Im einführenden Zitat von Orhan Pamuk heißt es u.a. – wohl als Warnung gedacht – „Die Stadt hat kein anderes Zentrum als uns selbst“. Sirko Möge schließlich fragt in seinem Beitrag über „Aktuelle Ergebnisse der Eigenlogikforschung in Deutschland“ danach, ob es sich um „Eigenes oder Inszenierung des Eigenen“ handelt. In seinem Fazit heißt es u.a.: Der Ansatz „evoziert eine städtische Leitkultur, die letztlich der kritischen Auseinandersetzung mit Fragen der sozialen Exklusion ausweicht“ (229).

Der von Kemper & Vogelpohl herausgegebene Band verdient nicht zuletzt wegen seines interdisziplinären Fokus’ auf einen gegenwärtig viel diskutierten Theorieansatz in der soziologischen Stadtforschung Anerkennung. Dass es Beiträge gibt, die das Gesamtniveau drücken, ist wohl typisch für Sammelbände, die Tagungsergebnisse präsentieren.

So wie die Diskussion um die „richtige“ Theorie in der Soziologie das erwartbare Ergebnis zeigte, dass alle Paradigmen – von marxistischen bis zu phänomenologischen Ansätzen – ihren Eigenwert haben und deren Anwendung vor allem von der spezifischen Problemstellung abhängt, ist es auch hier. Die im Band versammelten Kritiken der im Eigenlogikansatz verwendeten Begriffe und theoretischen Referenzen zeigen, dass es sich nicht um eine neue Grundlegung der soziologischen Stadtforschung handelt, sondern um eine „lokalistische“ Zuspitzung auf „kulturalisierte Städte“. Bereits in ihrer Einleitung (8) verweisen die Herausgeber des Bandes auf den Reduktionismus des Ansatzes: Die „Zuschneidung des Forschungsinteresses auf das angeblich kulturell Eigene einer Stadt und die damit in Verbindung zu bringenden individuellen handlungs- und verhaltenssteuernden Effekte“ minimiere das Verständnis für den politisch-ökonomischen Kontext der Stadtentwicklung. Empirisch lässt sich ohnehin wenig einlösen. Insgesamt legen die Kritiken im vorgelegten Band von Kemper & Vogelpohl nahe, beim Eigenlogikansatz etwas mehr Bescheidenheit walten zu lassen, verbunden mit der Aufforderung, sich einzureihen in die Paradigmen der stadtsoziologischen Forschung.

Bernhard Schäfers

Salchner, Günter (2010): Strategisches Management in der Regionalentwicklung. Ein Managementmodell für LEADER-Gebiete. Saarbrücken: VDM Verlag. 108 Seiten. ISBN: 978-3-639-28042-5. Preis: 49,- Euro

In seinem Sonderbericht zur Umsetzung des LEADER-Konzepts zur Entwicklung des ländlichen Raums hat der Europäische Rechnungshof jüngst die mangelnde strategische Ausrichtung vieler Lokaler Aktionsgruppen kritisiert. Das Buch von Günter Salchner scheint hier genau zur rechten Zeit zu kommen. Erklärtes Ziel des Autors ist es, den Lokalen Aktionsgruppen ein Instrument für ihre künftige strategische Arbeit an die Hand zu geben. Salchner überprüft, inwiefern sich strategische Managementmodelle der Betriebswirtschaft auf die Regionalentwicklung übertragen lassen. Hierbei schöpft er aus seiner Erfahrung als Regionalmanager der LEADER-Region Außerfern (Bezirk Reutte).

Die Untersuchung beginnt mit einer Sammlung bestehender theoretischer Modelle für ein strategisches Management aus Betriebswirtschaft und Regionalentwicklung. Daran schließt sich eine Analyse der strategischen Qualität der derzeitigen Regionalentwicklungspraxis an. Der Autor kommt zu einer weitgehend pessimistischen Einschätzung und bescheinigt vielen Lokalen Aktionsgruppen einen eklatanten Verbesserungsbedarf in ihrer strategischen

Ausrichtung. Regionale Entwicklungskonzepte seien oft sehr allgemein gehalten und wenig innovativ. Dieses strategische Vakuum werde durch isolierte Projektideen gefüllt, die sich nur selten in ein Gesamtkonzept einfügten. Der Verfasser konstatiert: "Die Bewertung der LEADER-Tauglichkeit von Projekten ist in vielen Fällen mehr von einer offenen Verteilungsphilosophie als von einer strategischen Ausrichtung auf messbare Ziele geprägt" (48). Im Vordergrund stehe vielfach die Frage, was mit den zur Verfügung stehenden Mitteln angefangen werden könne, und weniger, was die Bedürfnisse der Besucher und Bewohner der Region seien.

Aufbauend auf dieser Analyse des Status quo entwirft der Autor ein strategisches Managementmodell für die Regionalentwicklung. Er kommt zu dem Schluss, dass der General Management Navigator nach Müller-Stewens und Lechner die vielversprechendsten Anknüpfungspunkte für diesen Zweck bietet. Der General Management Navigator besteht aus den Arbeitsfeldern Initiierung (Anregen von Innovationsprozessen), Positionierung (Verhältnis zu Externen), Wertschöpfung (interne Prozesse), Veränderung (Durchführung von Innovationsprozessen) und Performance-Messung (Evaluation). Alle Innovationsprozesse beginnen mit der Initiierung und enden mit der Performance-Messung, durchlaufen die übrigen Handlungsfelder aber in unterschiedlicher Reihenfolge. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Innovationsprozesse auf ganz unterschiedliche Weise zustande kommen können: durch klassische Planung, durch emergierende Projektideen oder durch das Aufbrechen überkommener Strukturen, wodurch erst die Voraussetzungen für Innovationen geschaffen werden. Auf diese Weise bietet das Modell einen strukturierenden Rahmen, ist jedoch gleichzeitig flexibel genug, um der Unterschiedlichkeit von Innovationsprozessen gerecht zu werden.

Im weiteren Verlauf des Buches wird dieses Modell weiter ausgebaut und stärker auf die Praxis der Regionalentwicklung bezogen. Der Autor versäumt es dabei nicht, auf entscheidende Unterschiede im Management von Unternehmen und Regionen hinzuweisen. So verfügen Regionalmanagements anders als Unternehmensmanagements in der Regel über keine hierarchischen Steuerungsmöglichkeiten, sondern sind auf Anreizwirkungen (etwa durch Fördermittel) und freiwillige Kooperationen angewiesen. Der Autor spricht sich dafür aus, in erster Linie Themenfelder mit hohem Steuerungspotential für Innovationsprozesse auszuwählen, denn nur wenn das Regionalmanagement die Möglichkeit zur Beeinflussung der weiteren Entwicklung hat, sei der Versuch einer Einflussnahme überhaupt sinnvoll. Die Untersuchung endet mit einer Diskussion der Realisierungsmöglichkeiten eines solchen strategischen Managementansatzes in der Regionalentwicklung.

Der wichtigste Beitrag des Buches liegt darin, dass es ein Thema aufgreift, das in der Literatur zur Regionalentwicklung bislang erst selten behandelt wurde, für das es in der Praxis jedoch einen sichtbaren Bedarf gibt. Anerkennung verdient auch die Nutzbarmachung von Erkenntnissen zum strategi-

schen Management aus der Betriebswirtschaftslehre für die Regionalentwicklung, die es in dieser Form bisher nicht gab.

Gemessen daran, dass das Buch sich ausdrücklich an Praktiker wendet, bleibt es allerdings über weite Strecken auf einer sehr theoretischen Ebene. Die Relevanz des entwickelten Managementmodells für die Praxis der Regionalentwicklung hätte sicher stärker herausgestellt werden können. Negativ fällt auch auf, dass trotz des Erscheinungsdatums 2010 nur Quellen berücksichtigt worden sind, die bis Mitte 2007 veröffentlicht wurden. Ärgerlich sind zudem redaktionelle Nachlässigkeiten wie beispielsweise die durchgängig falsche Nummerierung der Abbildungen. Hier hätte dem Books-on-Demand-Titel sicherlich eine stärkere editorische Überarbeitung gut getan.

Insgesamt jedoch bildet das Buch eine durchaus lohnende Lektüre, die eine wichtige Lücke schließt. Es bleibt zu hoffen, dass die genannten Mängel in der Zukunft noch ausgeräumt werden.

Jan M. Stielike

metroZones (Hg.) (2011): Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt. Berlin & Hamburg: Verlag Assoziation A. 280 Seiten. ISBN: 978-3-935936-78-1. Preis: 20,- Euro

Dieser aktuelle Reader zum Phänomen neuer und wachsender religiöser Bewegungen in den Metropolen unserer Welt ist eine Koproduktion von StadtforscherInnen, JournalistInnen und KünstlerInnen. Das interdisziplinäre Herausgeberteam „metroZones“ ist Teil des größeren Projektzusammenhangs „Global Prayers“ am Haus der Kulturen der Welt in Berlin sowie an der Vadrina-Universität Frankfurt/Oder, finanziert durch die Heinrich-Böll-Stiftung und das Forum transregionale Studien Berlin. Verwunderlich, dass dieser Arbeitszusammenhang erst im Nachwort expliziert wird. Immerhin hat er sich zum Ziel gesetzt, eine breitere Öffentlichkeit zum Thema herzustellen, eben nicht nur durch eine Publikation, sondern auch durch eine Ausstellung, durch Workshops und Thementage.

Nah am gesamten Projekt „Global Prayers“ liegt auch der Titel des nun vorliegenden Buches „Urban Prayers“. Die begriffliche Unschärfe dieses Titels setzt sich im Buch leider in Form einer konzeptionellen Unschärfe fort. Ein Beispiel: Nach dem Untertitel „Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt“ wartet man in der Einleitung vergeblich auf die Klärung, was die Autoren genauer unter einer globalen Stadt verstehen. Dass sich in Metropolen Prozesse der Globalisierung verdichten bzw. Städte als besondere Motoren von Globalisierung gelten, ist inzwischen ein Allgemeinplatz. Wohl deshalb wurde darauf verzichtet zu erklären, geschweige denn zu theoretisieren, wie diese besonderen Lokalitäten sich mit translokalen und transnationalen

Dynamiken verschränken (eine positive Ausnahme bildet der Artikel von *Delwar Hussain*).

Anlass des Buches ist die Beobachtung, dass insbesondere Megacities wie Kairo, Buenos Aires, Rio de Janeiro, Istanbul oder Berlin zu Zentren neuer religiöser Bewegungen geworden sind. Neu hieran ist, dass sich jenseits und unabhängig etablierter Amtskirchen und Welt-Religionen religiöse Netzwerke und Splittergruppen institutionalisieren und zu Massenbewegungen entwickeln. Mit dieser Entwicklung sei zunehmend auch eine politische Artikulation und Einmischung verbunden (11), die die Perspektive von Marginalen, Subalternen bzw. „Armen“ – so der dominante Begriff im Buch (13) – im städtischen Kontext transportiere.

Vor diesem Hintergrund geht es um die Frage, warum Städte zum bevorzugten Raum von religiösen Organisationen, Praxen und Repräsentationen werden (18f.): Fördert das Urbane mit seiner Komplexität und Kontingenz eine spezifische religiöse Pluralisierung, etwa die auffällige Differenzierung, Koexistenz und Konkurrenz, aber auch Expansion spezifischer Ideensysteme? Oder verleiht das Religiöse den urbanen Strukturen einen spezifischen Stempel, weil Enklavenbildung, Subkultur, Zentrums- und Peripheriestrukturen besonders geeignet für religiöse Gemeinschaftsbildung, für öffentliche Kultorte und somit auch für die Artikulation der Befreiung aus gesellschaftlichen Zwangsstrukturen und globalen Ungerechtigkeiten sind? Welche Bedeutung kommt hier der religiösen Transzendenzerfahrung zu? Handelt es sich um Formen des bewussten sozialen und politischen Widerstands, auch wenn er durch religiöse Netzwerke und Praxen formiert wird? Oder sind tendenziell Umdeutungen und Kompensationen der realen Verhältnisse erkennbar, denen man mit rationalen Politikformen nicht beikommt, weshalb Menschen verstärkt in religiöse Fundamentalismen oder in die Imagination flüchten?

Beide Thesen, erstere aus der Befreiungstheologie, letztere aus marxistisch-linker Tradition, werden im Buch verfolgt. Die Beitragenden kommen aus der Kultur- und Sozialanthropologie, der Soziologie und der Theologie, aber auch aus der Architektur, der Stadtplanung und der städtischen Sozialarbeit. In dieser Mischung von wissenschaftlicher und handlungsorientierter Expertise besteht eine besondere Stärke des Buches. Es handelt sich nicht nur um empirisch-qualitative Beobachtungen, sondern auch um theologische bzw. pädagogische Ansätze, denen die verstehende Perspektive gemein ist: Sie versuchen, durch die Annäherung an religiöse Akteure ihre Kosmologien zwischen Lebenswelt (etwa in der Favela), dem lokalpolitischen Kontext und universellen Fragen über Gott und die Welt zu erschließen. Lobend hervorzuheben ist der Anschluss an Diskurse der Befreiungstheologie, die in der akademischen Debatte über die Rückkehr und das Erstarken des Religiösen bislang kaum Gehör fanden (Beiträge von *Enrique Dussel* und *Leo Penta*). Sie werden im Band bewusst integriert, um die Zusammenhänge zwischen

Nationalisierung und Kapitalisierung, Post- und Deindustrialisierung sowie dem Scheitern von postkolonialen Entwicklungsversprechen zu erhellen. Dieses Bemühen zeigt sich auch im regionalen und thematischen Schwerpunkt des Bandes. Fokussiert werden Studien zum globalen Süden – aus Lateinamerika, Afrika und Indien – sowie evangelikale, christliche Bewegungen, die weltweit größeren Zuwachs aufweisen als etwa islamische (Beiträge von *Pablo Semán*, *Asonzeh Ukah*, *Patricia Birman*). Auf diese Weise gelingt eine Dezentrierung der sonst im Westen üblichen Fixierung auf islamisch-fundamentalistische Bewegungen, ohne dass diese ausgespart blieben (Beiträge von *Asef Bayat* sowie *Delwar Hussain*).

Während *Bayat* überzeugend zur Dekonstruktion der Vorstellung beiträgt, dass Islamismus ausschließlich in den Armenvierteln Kairo oder Teherans gedeihe, und stattdessen deutlich macht, wie stark hier die Einflüsse von Bildungsaufsteigern und Eliten sind, zeigt *Hussain* am Beispiel von Bangladesch in London auf, welch komplexes Identitätspotenzial in der Verschränkung religiöser, lokal-subkultureller und transnationaler Praxen und Netzwerke steckt, um Erfahrungen der ökonomischen oder politischen Marginalisierung zu bearbeiten.

Ähnlich klingt der Tenor in den überwiegend ethnografischen Analysen der lateinamerikanischen AutorInnen: Die Hinwendung zu religiösen Imaginationspraxen wie dem Wunderglauben gehe auf lange Traditionen zurück, Leid aus strukturell wie konkret erfahrener Gewalt zu lindern und durch oftmals übersteigerte Heilserwartung zu transformieren (Beiträge von *Pablo Semán* und *Patricia Birman*). Die Versprechen von Wiedergeburt und Glaubenserweckung im Kontext der Pfingstkirchen sind hier von besonderer Attraktivität, zumal damit nicht nur biografische Reinigungs-, sondern auch soziale Aufstiegsprozesse verbunden werden (Beitrag von *Asonzeh Ukah*).

Die Performativität der Rituale, das „doing religion“ im Sinne einer Verkörperung der ersehnten Transformation, hätte sicher noch stärker illustriert werden können. Denn für ein Buch von StadtforscherInnen über Religion gibt es erstaunlich wenige Analysen zur Materialität, architektonischen Symbolisierung und Lokalisierung der Praxen. Die Fotostrecke in der Mitte des Buches (175-186) kann diese Leerstelle nicht überzeugend schließen, weil die Schwarz-Weiss-Fotografien nur minimalistisch kommentiert und wahrscheinlich aus pragmatischen Gründen hintereinander gereiht wurden, statt sie sinnvoll in die einzelnen Beiträge zu integrieren.

Eine größere Schwäche des Bandes ist allerdings, dass der Begriff der „Armen“ (bzw. „Armut“) nicht grundsätzlich problematisiert oder differenziert wurde. Dies leisten leider auch nicht die übergreifenden Artikel von *Klaus Teschner* über religiöse Bewegungen in afrikanischen Städten, von *Yasmeen Arif* über humane Biopolitik und urbane Räume oder von *Leo Penta & Werner Schiffauer* über die politische Dimension von urbaner Religiosität. In fast allen Beiträgen wird mit dem Armutskonzept operiert, aber mehr all-

tagstheoretisch unterstellt als sozialwissenschaftlich argumentiert, dass es sich um die einkommensschwachen, besitzlosen, bildungsfernen und überhaupt unterprivilegierten Gruppen dieser Welt in den städtischen Peripherien oder Enklaven handele. So werden soziologische Kriterien der Stratifikation, Konzepte der „vulnerability“ aus der Entwicklungsforschung oder kultur-anthropologische Debatten über „Kulturen der Armut“ kaum detailliert diskutiert, um zu konkretisieren, über wen man jeweils spricht und welche Abgrenzungskriterien für die besser situierten Schichten, Klassen oder Gruppierungen gelten. Vielleicht zeigt sich hier eine methodologische Schwäche der Fokussierung von Mikrowelten: Beispielsweise kommen in der ansonsten überzeugenden Nabsicht im Beitrag von *Birman* über Drogenkriminalität in den Favelas und den Versuch ihrer Bändigung durch „spirituellen Krieg“ die Reflektion der gesellschaftsspezifischen Verhältnisse etwas zu kurz.

Mit der Betonung, dass neue religiöse Bewegungen im Sinne einer Massendynamik primär im urbanen Kontext gedeihen, wird auch das Verhältnis von Urbanität und Ruralität vernachlässigt. Im abschließenden Interview mit dem Ethnologen *Schiffauer* und dem Community Organizer *Penta* wird nochmals explizit, dass die Autoren Stadt nach wie vor als Ort der Moderne betrachten, in dem jenseits von sozialer Kontrolle und Loyalität der dörflichen Gesellschaft eine „freie“ Artikulation von religiösen oder anderen Ideen möglich werde (265f.). Dadurch entstünden überhaupt erst neue soziale Netzwerke und Institutionen, auch wenn diese nicht nur optimistisch gedeutet werden sollten. Insgesamt wird deutlich, dass der Untersuchungszusammenhang von Urbanität, Globalisierung und neuen religiösen Bewegungen erst am Anfang steht. Denn auffällig ist, dass in diesem Band spezifische religiöse Gruppierungen relativ isoliert betrachtet und die Konfliktdimensionen innerhalb der Religionen sowie zwischen ihnen nur peripher zum Thema wurden.

Insgesamt bietet das Buch einen guten Einblick in aktuelle, internationale Forschungen über den Zusammenhang von sozialen, politischen und religiösen Bewegungen im urbanen Kontext. Die Mischung aus wissenschaftlichen Essays, ethnografisch basierten Einzelstudien sowie Expertengesprächen und fotografischer Visualisierung gibt dem Buch einen popkulturellen Charme. Dennoch ist der Reader für nicht-akademische Einsteiger nicht unbedingt geeignet, da er grundlegende, d.h. theoretische Debatten über Urbanität, Globalisierung und religiöse Bewegungen voraussetzt.

Cordula Weißköppel

Dokumentation und Statistik

Jörg Pohlan und Tatjana Merger

Monitoring der Städte und Regionen

Ziel des ‚StadtRegionen-Monitoring‘ ist, der Leserin bzw. dem Leser regelmäßig aktualisiert einen schnellen Überblick über den gegenwärtigen sozio-ökonomischen Strukturwandel in ausgewählten Städten und Stadtregionen der Bundesrepublik zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden zentrale und möglichst zeitnah verfügbare Indikatoren aus den Veröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (2011) aufbereitet.

Für fünf Themenbereiche werden die Strukturen im Jahr 2009 und die jüngeren Entwicklungen seit 2005 betrachtet:

- Bevölkerung,
- Flächen- und Siedlungsentwicklung,
- Beschäftigung und Arbeitsmarkt,
- Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie
- Finanzen.

Im Rahmen der Aufbereitung wird zunächst unterschieden in die administrativen Einheiten der Landkreise und kreisfreien Städte¹ sowie nach der großräumigen Lage in den westdeutschen bzw. ostdeutschen Bundesländern. Daran anschließend erfolgt eine weitere Untergliederung in unterschiedliche Raumtypen. Dazu wurden zum einen die kreisfreien Städte nach Größenklassen gruppiert, um Städtegruppen mit vergleichbaren Aufgaben und Funktionen betrachten zu können. Ergänzend wurden ausgewählte Stadtregionen abgegrenzt, um bei dem ‚Monitoring‘ den starken Verflechtungen zwischen Kernstädten und den sie umgebenden Kreisen Rechnung zu tragen (s. dazu nächster Abschnitt). Die Indikatoren werden für die 18 ausgesuchten Stadtregionen einzeln dargestellt, wobei zusätzlich unterschieden wird nach der Ausprägung des jeweiligen Indikators in der Agglomeration insgesamt sowie

1 Bei dieser Aggregation wurde zur Vereinfachung die Region Hannover den Landkreisen und der Stadtverband Saarbrücken sowie die Städteregion Aachen den kreisfreien Städten zugeordnet.

untergliedert nach der ‚Kernstadt‘ und dem ‚Rand‘. Hierzu wurden für die Gebiete der alten und der sog. ‚neuen‘ Bundesländer die jeweils größten Stadtregionen ausgewählt. Die Tabellen zu den Indikatoren sind im Anschluss an den Textteil aufgeführt.

Räumliche Gliederung und Abgrenzung der Stadtregionen

Die Ballungsräume der alten Bundesländer Deutschlands sind seit mehr als vier Jahrzehnten von einem permanenten, wenn auch seit Mitte der 90er Jahre sich abschwächenden Suburbanisierungsprozess gekennzeichnet, der zu starken stadtreionalen Verflechtungen geführt hat. Dabei sind zwar die ‚Grenzen‘ der Gemeinde bzw. der Stadt politisch, fiskalisch und administrativ von Bedeutung, allerdings sind sie für die soziale und wirtschaftliche Struktur und Entwicklung der Stadtregionen – d.h. in erster Linie für das Verhalten der überwiegend privaten Akteure – nur von geringer Relevanz. Daher sind Stadtregionen – damit sind hier durch starke Verflechtungsbeziehungen gekennzeichnete Agglomerationen gemeint – die angemessene Ebene für die Betrachtung sozialer und ökonomischer Prozesse. Von Interesse sind dabei sowohl die interregionalen (Region-Region) als auch die intraregionalen (Kernstadt-Umland) Unterschiede der sozioökonomischen Strukturen und Entwicklungstrends.

Die Frage nach der räumlichen Abgrenzung solcher Wirtschafts- und Lebensräume kann für die vergleichende Einzelbetrachtung der Stadtregionen im Rahmen des ‚StadtRegionen-Monitorings‘ nur pragmatisch gelöst werden. Umfassendes relevantes Datenmaterial unterhalb der Ebene der Länder steht in Deutschland bisher nur auf Ebene der Kreise bundesweit aufbereitet zur Verfügung. Dargestellt werden die aktuellen sozioökonomischen Entwicklungstrends in den elf größten Stadtregionen der westdeutschen und den sieben größten der ostdeutschen Bundesländer (einschließlich Berlin). In diesen Räumen konzentriert sich auf gut einem Viertel der Gesamtfläche der Bundesrepublik etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Über die Gliederung und Abgrenzung der Stadtregionen² lässt sich sicherlich diskutieren. Jedoch kann davon ausgegangen werden, dass die Einbezie-

2 Die genaue Darstellung der Abgrenzung der Stadtregionen ist auf der Karte 1 (nächste Seite) und in der Übersicht 1 am Ende des Textes zu finden.

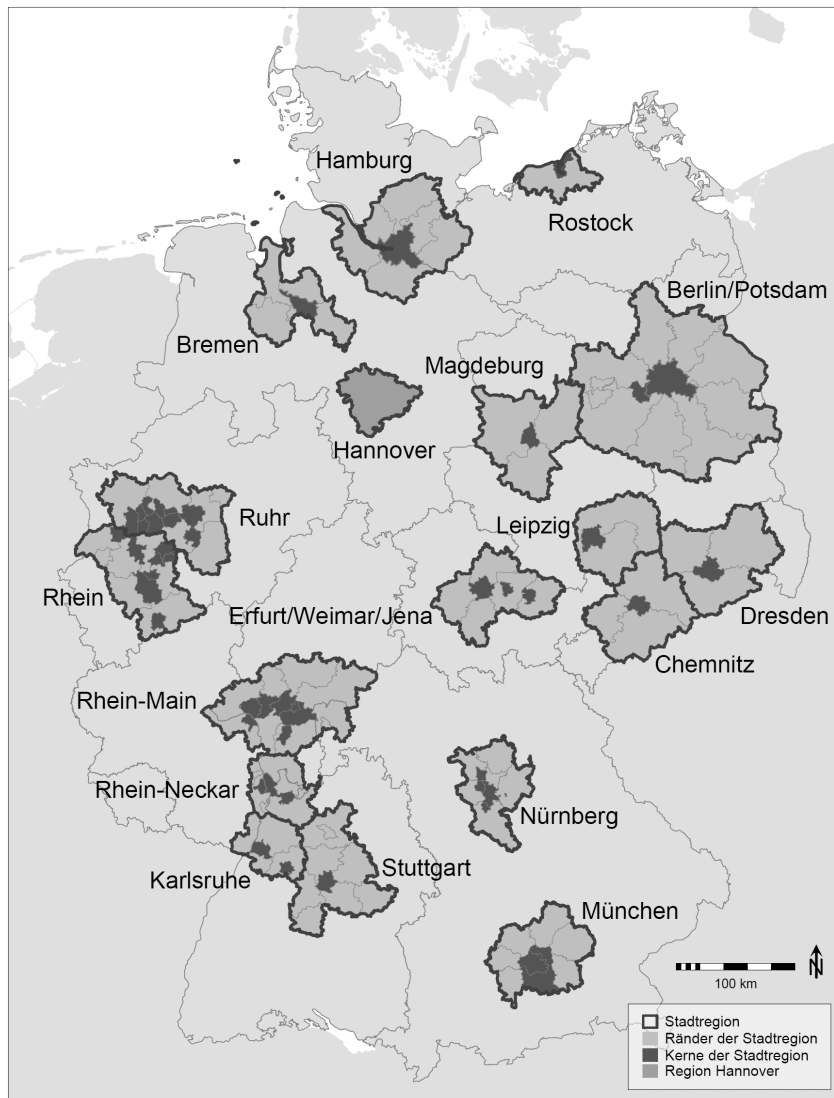
Anmerkung 1: 2001 wurde die Region Hannover als öffentlich-rechtliche Körperschaft gegründet. Sie ist Rechtsnachfolgerin des Landkreises und des Kommunalverbandes. Viele der hier verwendeten Daten wurden ausschließlich für die Gesamtregion ausgewiesen und nicht mehr separat für den Landkreis Hannover und die Kernstadt. Daher wurden die Daten ausschließlich für die Region Hannover berechnet und dargestellt.

hung oder der Ausschluss des einen oder anderen Landkreises am Rande der Zentren nichts Wesentliches an der sozioökonomischen Struktur und Entwicklung des jeweiligen Ballungs- bzw. Teilraumes ändert.

Anmerkung 2: Im Jahr 2007 wurde in Sachsen-Anhalt eine Gebietsreform durchgeführt, im Zuge derer die Zahl der Landkreise von 21 auf 11 reduziert wurde (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2007: 3). Entsprechend mussten zur Berechnung der Entwicklungs- und Differenzvariablen die Daten für die davorliegenden Jahre umgerechnet werden, indem die Kreise aggregiert wurden. Hiervon betroffen ist im Rahmen der vorliegenden Analysen die Region Magdeburg. Die Gemeinden des dort aufgelösten Kreises Anhalt-Zerbst wurden auf drei neue Kreise aufgeteilt (Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg und Jerichower Land). Für die Analysen wurden daher bei den Daten für die Zeitpunkte vor 2009 die Werte des Kreises Anhalt-Zerbst nach dem entsprechenden Umrechnungsschlüssel (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2010a: 12) umgerechnet. Für das Aggregat Kreisfreie Städte ist anzumerken, dass der neu gebildeten kreisfreien Stadt Dessau-Rosslau seit 2007 die vormals dem Landkreis Anhalt-Zerbst zugeordnete Stadt Rosslau zugerechnet wurde. Dies führt zu einer Vergrößerung um 62 km² und 14 000 Einwohner.

Anmerkung 3: Im Jahr 2008 wurde in Sachsen ebenfalls eine Gebietsreform durchgeführt, im Zuge derer die Zahl der Landkreise von 22 auf 10 und die Zahl der kreisfreien Städte von 7 auf 3 reduziert wurde (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2008). Entsprechend mussten zur Berechnung der Entwicklungs- und Differenzvariablen auch hier die Daten für die davorliegenden Jahre umgerechnet werden, indem die Kreise aggregiert wurden. Hiervon betroffen sind im Rahmen der vorliegenden Analysen die Regionen Leipzig, Dresden und Chemnitz. Die Aggregation ist zwar bei allen drei Regionen unproblematisch, führt jedoch zu erheblichen Vergrößerungen, sowohl von der Fläche als auch der Bevölkerung, der jeweiligen Regionen.

Anmerkung 4: In diesem Monitoring wird erstmalig die ehemalige Region Halle/Leipzig ohne die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis geführt, zum einen wegen der o.g. Kreisreform in Sachsen und der damit einhergehenden Vergrößerung der Region und zum anderen, da Halle und Leipzig sehr unterschiedliche Entwicklungen aufweisen.

Karte 1: Ausgewählte Stadtregionen

Kartographie: HCU Hamburg, Regiograph Februar 2012

Zusammenfassung

Bevölkerung: Die quantitative Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland war seit der Vereinigung von zwei dominanten Trends gekennzeichnet: Zum einen fand großräumig eine Ost-West-Verlagerung statt. Zum anderen war bis Mitte der 1990er Jahre kleinräumig generell eine deutliche Tendenz zur Dekonzentration innerhalb der im Monitoring betrachteten 18 Stadtregionen zu Gunsten der Randgebiete zu konstatieren.

Bis Mitte des letzten Jahrzehnts hielt das Bevölkerungswachstum durch Zuwanderungen in den Regionen an, jedoch mit permanent abnehmender Dynamik. Dieses Wachstum war in den Rändern der betrachteten Regionen stärker als in den Kernen. Seit Anfang der 2000er Jahre schrumpft die Bevölkerungsanzahl in Deutschland insgesamt sogar um 0,6% und der Trend der Suburbanisierung erlebt generell eine Umkehr: Die Kernstädte der ausgewählten Regionen wachsen nun stärker als die Randkreise.

Insgesamt verzeichneten zwischen 2005 und 2009 die Stadtregionen unterschiedliche Bevölkerungsentwicklungen. So weisen lediglich noch die Regionen der ‚Millionenstädte‘ Hamburg, München und Berlin insgesamt ein Bevölkerungswachstum auf. Zusätzlich zeigt sich, dass sich in jüngerer Zeit einige der dominanten Trends stark verändert, in einigen Fällen sogar umgekehrt haben: So hat sich inzwischen das Bevölkerungswachstum generell von den Landkreisen in die (Kern-)Städte verlagert, wovon zunehmend ebenso die Umlandgebiete der Stadtregionen, auch in Ostdeutschland, betroffen sind. Nach der negativen Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen kreisfreien Städten in der ersten Hälfte dieser Dekade findet dort wieder ein Bevölkerungsanstieg statt. In den westdeutschen kreisfreien Städten ist diese Entwicklung hingegen umgekehrt. Die Dynamik des Bevölkerungswachstums geht in der letzten Dekadehälfte wieder zurück. Somit stützen die Ergebnisse des Monitorings zunächst die Reurbanisierungsthese, da vor allem bei der Zeitreihenbetrachtung des Wanderungssaldos ein deutlicher Rückgang der Suburbanisierung zu Gunsten einer Tendenz zur Reurbanisierung zu beobachten ist. Während also in West- und Ostdeutschland die Dynamik der Kernstädte zunimmt, verlieren die Stadtregionen seit 2000 durch den stark negativen Wanderungssaldo der Umlandkreise deutlich Einwohner. In fast allen Regionen kann zudem der negative natürliche Bevölkerungssaldo wie in den Vorjahren nicht mehr durch Zuwanderungen aus dem Ausland oder dem übrigen Bundesgebiet kompensiert werden.

Die altersstrukturellen Veränderungen sind vor allem für die Infrastrukturplanung von großer Bedeutung. Allein im Zeitraum 2005 bis 2009 hat die Zahl der Einwohner über 64 Jahre in der Bundesrepublik um 6,5% zugenommen. Besonders stark betroffen von der Alterung der Bevölkerung sind in Ostdeutschland die (kreisfreien) Städte, während es in Westdeutschland die Umlandbereiche der großen Stadtregionen sind. Die Zahl der unter 18-

Jährigen dagegen nahm in den alten Ländern um fast 7% ab, in den neuen Ländern sogar um knapp 10%. Besonders stark betroffen sind die Landkreise und die kleineren Städte in Ostdeutschland mit einem Rückgang von über 10%.

Flächen- und Siedlungsentwicklung: Die regional sehr unterschiedlich ausgeprägten und teilweise sich überlagernden demographischen und wirtschaftlichen Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse, der sich ausdifferenzierende (teilweise sich umkehrende) Verlauf der Stadt-Umland-Wanderungen sowie die Veränderung der Haushaltstrukturen führen zu vielfältigen Entwicklungen: In den alten Ländern wird (auch bezogen auf den Bestand) wesentlich mehr gebaut als in den jungen. In West- als auch in Ostdeutschland ist die Bauintensität in den Randkreisen hinter die Dynamik in den Kernstädten zurückgefallen. Insgesamt hat die Dynamik beim Wohnungsbau stark abgenommen. Dies zeigt die Zahl der neu gebauten Wohnungen, die bundesweit im Durchschnitt 2009 gegenüber 2005 um fast die Hälfte zurückgegangen ist.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt: Insgesamt sind auf dem Arbeitsmarkt starke positive Entwicklungen zu verzeichnen. Im nationalen Durchschnitt stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2005 bis 2009 um fast 5%. Dabei zeigt die Entwicklung keine wesentlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei in Ostdeutschland lediglich ein Fünftel der Gesamtbeschäftigten leben.

Die Arbeitslosigkeit nahm in diesem Zeitraum dementsprechend ab, konzentriert sich aber weiterhin in den Kernstädten. Insgesamt fallen zwar die Disparitäten der regionalen Arbeitslosigkeit im Westen erheblich deutlicher aus als im Osten, wobei dort die Arbeitslosenquote 2009 im Durchschnitt fast doppelt so hoch liegt. Dabei hat sich jedoch zwischen 2005 und 2009 bei der Arbeitslosigkeit die Schere zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern geringfügig geschlossen.

Wirtschafts- und Sozialstruktur: Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung als Indikator für die Wirtschaftskraft zeigt die größte Dynamik in den östlichen Bundesländern und dort vor allem in den Kernstädten der hier betrachteten Regionen, allerdings auf äußerst geringem Ausgangsniveau. Vor allem die Bundeshauptstadt Berlin weist die höchste Zuwachsrate mit fast 16% auf und ist damit dabei, die vorhergehende schwache Dynamik der Vorjahre (2000-2006: 3%) aufzuholen. Grundsätzlich sind bei der Bruttowertschöpfung ein deutliches West-Ost-Gefälle sowie ein – erheblich schwächer ausgeprägtes – Süd-Nord-Gefälle zu erkennen. Dabei zeigt sich zwischen Ost und West auch bei der Entwicklung der Wirtschaftskraft eine sichtbare Tendenz zur Angleichung – bei allerdings noch bestehenden großen Disparitäten.

Finanzen: Der konjunkturell bedingte Aufschwung im Betrachtungszeitraum wirkt sich positiv auf die finanzielle Lage der Städte aus. Zwischen 2005 und 2009 sind überwiegend positive Entwicklungen der Gesamtsteuereinnahmen zu verzeichnen. Dabei ist – bei insgesamt für alle Teilräume erkennbaren Zuwächsen – eine deutlich höhere Dynamik in den ostdeutschen

Kommunen zu konstatieren – jedoch auf deutlich niedrigerem Ausgangsniveau. Im Durchschnitt erreichen die Pro-Kopf-Steuereinnahmen der neuen Länder nur 56% der ostdeutschen Länder. Insgesamt haben sich nicht nur die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (einschließlich der Umsatzsteuer) sehr positiv entwickelt, wobei es sich allerdings vor allem bei der Hauptkomponente ‚Gewerbesteuer auf den Ertrag‘ um eine ausgesprochen konjunkturrempfindliche Einnahmequelle handelt, sondern insbesondere auch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer. Die insgesamt günstige Entwicklung (unter anderem wieder Zunahmen bei den Sachinvestitionen) bedeutet keineswegs eine automatische Stabilisierung der kommunalen Haushalte, die jährlich steigende Einbrüche des Finanzierungssaldos zu tragen haben.

Bevölkerung

Für Deutschland geht die aktuelle (Ende 2009) vom Statistischen Bundesamt vorgelegte *12. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung* bei der mittleren Variante (jährliche Zuwanderung von 100 000 bis 200 000 Ausländern) von einer Bevölkerungsabnahme von 2008 bis 2060 um etwa 12 bis 17 Mio. Menschen aus (Statistisches Bundesamt 2009: 12). Bevölkerungsabnahme, Alterung, Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung werden langfristig die demographische Entwicklung in Deutschland prägen. Dabei vollziehen sich die Prozesse des demographischen Wandels in den Regionen Deutschlands mit unterschiedlicher Intensität und Ausrichtung, zudem treten die Entwicklungen auch zeitlich versetzt auf.

Bevölkerungswachstum findet fast nur noch auf Grund der Zuwanderung statt. Geburtenüberschüsse existieren kaum noch, Sterbeüberschüsse werden dagegen häufig so groß, dass sie durch Wanderungsgewinne kaum noch oder gar nicht mehr ausgeglichen werden können. Dies ist ein neueres Phänomen und hat eine andere Qualität als die seit langem bekannte Schrumpfung der strukturschwachen Abwanderungsregionen. Die Zahl der Kreise mit Bevölkerungsabnahme wird zukünftig immer größer werden. Die absehbare Dauerhaftigkeit des Trends erfordert in den betroffenen Kommunen eine neue Entwicklungsstrategie hin zur Planung der Schrumpfung.

Ende des Jahres 2009 lebten in der Bundesrepublik Deutschland in 412 Kreisen³ gut 81,8 Mio. Menschen (s. Tabelle 1.1). Ein Drittel der *Bevölkerung* wohnt in kreisfreien Städten. Werden diese Städte nach Größenklassen gruppiert, so zeigt sich, dass der größte Teil (31,8%) der in den kreisfreien Städten lebenden Menschen in der ‚mittleren‘ Größenklasse (100 000 bis unter 300 000 E.) wohnt. Der zweitgrößte Anteil (24,9%) lebt in den Großstädten zwischen 1 Mio. bis unter 500 000 E.

3 Vgl. zur Reduzierung der Zahl der Kreise von 429 (2007) auf 412 (2009) Fußnote 2.

Unter den hier betrachteten Stadtregionen sind die bevölkerungsreichsten die Agglomerationen Rhein (5,76 Mio. E.), Ruhr (5,61 Mio. E.) sowie Berlin / Potsdam (5,11 Mio. E.)⁴. Insgesamt lebt knapp die Hälfte (40,7 Mio. E.) der Bevölkerung der Bundesrepublik in den 18 ausgewählten Stadtregionen und davon wiederum jeweils etwa die Hälfte in den Kernstädten und in den dem ‚Rand‘ zugeordneten Kreisen.

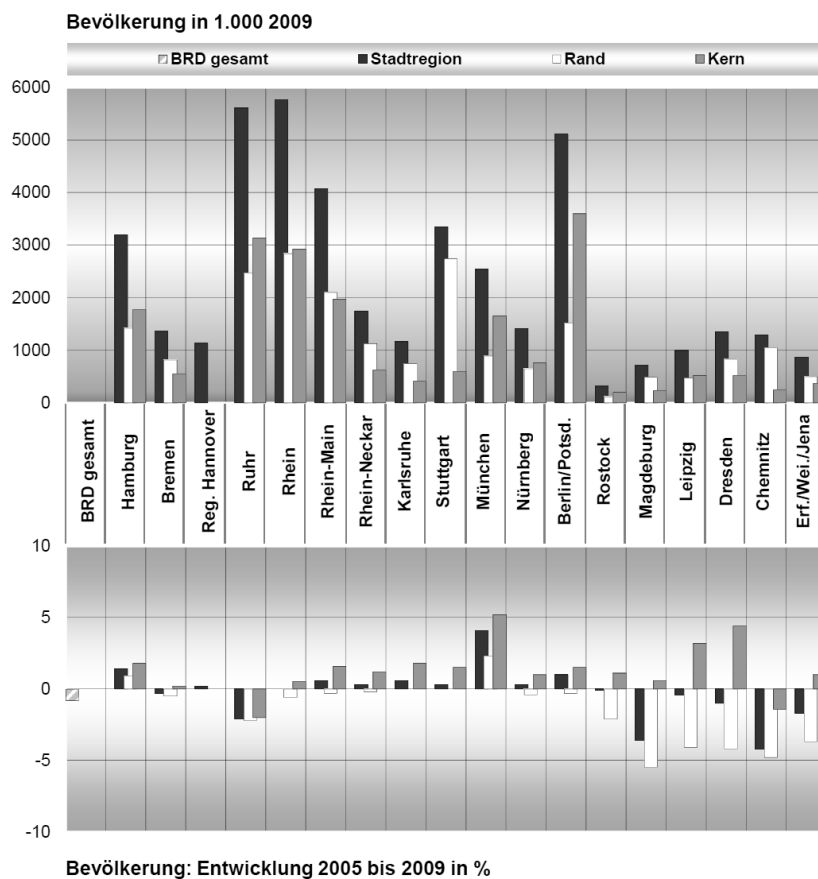
In Deutschland fand insgesamt zwischen 2000 und 2009 ein *Bevölkerungsrückgang* von -0,6% statt. Wird jedoch die Entwicklung im Zeitraum seit 2005 betrachtet, so ist ein Rückgang um -0,8% zu konstatieren. Laut dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2010b) (BBSR) zeigt die kleinräumig differenziert erstellte *Prognose der Bevölkerungsentwicklung zwischen 2008 und 2025*, dass die Schrumpfung weiterhin anhalten und die Bevölkerung bis 2025 um weitere 1,6% abnehmen wird. Inzwischen wird die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht mehr durch Wanderungsgewinne aus dem Ausland kompensiert. Allerdings gibt es unterschiedliche Entwicklungen in Ost und West. Während die alten Länder seit 2000 (noch) einen Zuwachs von 0,6% zu verzeichnen hatten, verloren die neuen Länder 4,9% ihrer Einwohner. Entsprechend setzte sich die seit der Vereinigung zu beobachtende Ost-West-Verlagerung der Bevölkerung auch zu Beginn des neuen Jahrtausends fort, allerdings mit deutlich abnehmender Tendenz. Während der Anteil der Einwohner der neuen Länder an der Gesamtbevölkerung Deutschlands im Jahr 1990 noch 22,8% betrug, sank er bis 2009 auf 20% ab. Auch perspektivisch soll nach der Prognose bis 2025 die Bevölkerung Ostdeutschlands um weitere 9,4% abnehmen.

Werden die Entwicklungen differenziert nach kreisfreien Städten und Landkreisen betrachtet, so zeigen sich hier sehr unterschiedliche Trends. Die *kreisfreien Städte* weisen somit weiterhin seit 2005 bis 2009 durchschnittlich ein Wachstum von 0,6% auf und in den *Landkreisen* nimmt die Bevölkerung dagegen weiterhin mit durchschnittlich -1,4% ab. Zwischen Ost und West sind erhebliche Unterschiede in der Entwicklung festzustellen. Sowohl in ost- als auch in westdeutschen kreisfreien Städten nahm die Bevölkerung zwischen 2005 und 2009 um jeweils 0,5% zu. Während in den kreisfreien Städten in den alten Ländern die Bevölkerungszahl 2009 gegenüber 2000 noch um 1,4% wuchs, nahm sie in den neuen Ländern um -0,2% ab. In diesen Zahlen spiegelt sich wider, dass die ostdeutschen kreisfreien Städte in jüngerer Zeit auf Grund deutlicher Wanderungsgewinne wieder Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen haben, wie weiter unten noch gezeigt werden wird. Die ostdeutschen Landkreise dagegen verloren 2009 gegenüber 2005 4,2% ihrer Einwohner. Hier hat sich die negative Dynamik gegenüber dem vorigen Zeitraum allerdings abgeschwächt. In den westdeutschen Landkreisen fand dagegen seit 2005 ein Rück-

4 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden die Zahlen gerundet. Die genaueren Werte können in den Tabellen abgelesen werden.

gang von 0,8% statt. Bei der Betrachtung der Prognose bis 2025 zeigt sich jedoch, dass Ostdeutschland sowohl bei den Landkreisen als auch bei den kreisfreien Städten mit voraussichtlicher Abnahme von über 11% der ‚Verlierer‘ sein wird (Westdeutschland: +1,1% bzw. -1,1%) und dort die Auswirkungen des ‚demographischen Echos‘⁵ spürbar werden. Nach der Prognose werden insbesondere die kleineren Städte (< 300 000 E.) Ostdeutschlands starke Verluste (mehr als 13%) zu tragen haben.

Grafik 1: Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 2005 bis 2009



5 „Wenig Geburten führen eine Generation später zu einem erneuten Rückgang der Geburtenzahlen“ (Neumann; Wiechmann 2008: 10).

In den alten Bundesländern verzeichneten fast nur die *Regionen* der ‚Millionenstädte‘ Hamburg, München und Berlin seit 2005 ein Wachstum (bis 2009: 1,4%, 4,1% bzw. 1%). Generell zeigten sich die Städte über 500 000 E. als die ‚Gewinner‘. Die stärksten Verluste sind mit -3,6% in der Region Magdeburg und mit -4,2% in der Region Chemnitz vor allem in den ostdeutschen Regionen zu beobachten. Erwähnenswert ist noch, dass im Betrachtungszeitraum seit 2005 nun mehrere der hier betrachteten ostdeutschen Kernstädte eine spürbare Bevölkerungszunahme aufweisen. Dies betrifft vor allem Leipzig (3,2%) sowie Dresden mit 4,4%. Dieser Trend setzt sich laut der Prognose des BBSR nicht dauerhaft fort, sondern es sind in allen ostdeutschen Regionen erhebliche Bevölkerungsverluste zu erwarten.

Zwischen 2005 und 2009 nahm die Bevölkerungszahl im Durchschnitt der *Kernstädte* der ausgewählten Stadtregionen um 1,1% zu, in den *Umlandkreisen* nahm sie jedoch um -1,0% ab. In den westdeutschen Stadtregionen vollzog sich seit 2005 die positive Bevölkerungsentwicklung nicht mehr in den Umlandbereichen (-0,3%), sondern in den Kernstädten (0,9%). Lediglich die Kernstädte der Stadtregion Ruhr sind weiterhin durch Bevölkerungsverluste gekennzeichnet (-2,0%). Die bis Mitte der 1990er Jahre starken und danach deutlich abgeschwächten Stadt-Rand-Wanderungen führten neben der anhaltenden räumlichen Ausdehnung der Stadtregionen vor allem zu einer überproportional zunehmenden Verdichtung des Umlandes der größeren Städte. Dieser Trend scheint inzwischen gebrochen, denn in den meisten Stadtregionen ist die Dynamik in den Kernstädten inzwischen (wieder) stärker als im Umland (s. Grafik 1). Am stärksten ist dieser Prozess in den alten Ländern in den prosperierenden Stadtregionen ausgeprägt: Z.B. wuchs die Einwohnerzahl Hamburgs seit 2005 um 1,8%, die der Umlandkreise lediglich noch um 0,9%. Das Kerngebiet München wuchs um 5,2%, das Umland ‚nur noch‘ um 2,3%. Auch hier zeigen die Prognosen, dass sich vermutlich der Reurbanisierungstrend nicht weiter fortsetzen wird. So sollen bis 2025 die Ränder der westdeutschen Regionen (mit Ausnahme von Bremen, Ruhr und Hannover) sowie in Berlin/Potsdam stärker wachsen als die Kernstädte.

Ebenfalls neu ist, dass sich nun in Ostdeutschland die Dynamik zu Gunsten der Kernstädte (+1,7%) und zu Ungunsten der Ränder (-3,2%) verlagert hat. Zwar haben in den ostdeutschen Ländern – außer Berlin/Potsdam – alle ausgewählten Stadtregionen insgesamt Bevölkerungsverluste zu verkraften, doch sind hiervon jetzt die Randbereiche betroffen. Selbst in den vormals noch extrem dynamisch wachsenden Umlandkreisen von Berlin/Potsdam ist seit 2005 ein Bevölkerungsrückgang von -0,3% zu identifizieren. In der Stadtregion Rostock ist die Bevölkerungssuburbanisierung ebenfalls zum Erliegen gekommen. Auch alle anderen Umlandgebiete der hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen sind von Schrumpfungsprozessen stark geprägt. Die ostdeutschen Kernstädte dagegen (außer Chemnitz) gewinnen an Bevölkerung. Perspektivisch (Prognose bis 2025) sollen die ostdeutschen Regionen

sowohl in den Rändern als auch in den Kernstädten mit erheblichen Bevölkerungsverlusten zu kämpfen haben werden (Magdeburg und Chemnitz mit Verlusten von über 10%).

Die natürlichen Bevölkerungsbewegungen sind gegenwärtig von zwei bedeutenden Tendenzen geprägt. Zum einen sinkt die Geburtenrate und zum anderen steigt die Lebenserwartung. Dementsprechend ist der *natürliche Saldo*, d.h. die Differenz aus Geburten und Sterbefällen bezogen auf 1 000 E., in der Bundesrepublik Deutschland 2009 insgesamt negativ (-2,3 ‰⁶; 2007: -1,7 ‰). Die höchsten negativen Werte weisen die Landkreise in Ostdeutschland auf (-5 ‰). Dies ist u.a. die Folge der selektiven Abwanderungsprozesse, bei denen überwiegend die jüngere Bevölkerung fortzieht, während die älteren Menschen zurückbleiben. Für die Landkreise und kreisfreien Städte der alten Bundesländer ist im Durchschnitt der natürliche Saldo 2009 mit -2,3 bzw. -1,6 ‰ ebenfalls negativ. In Ostdeutschland beträgt der Saldo im Durchschnitt -3,3 ‰. Positive Zahlen sind sowohl für alle Teilräume der Stadtregion München abzulesen sowie für die Kernstädte in Stuttgart (0,7 ‰), Rhein-Main (0,9 ‰), Berlin/Potsdam (0,2 ‰) und auch in Dresden (1,1 ‰). Dort ist somit das Bevölkerungswachstum durch Geburtenüberschüsse mit verursacht.

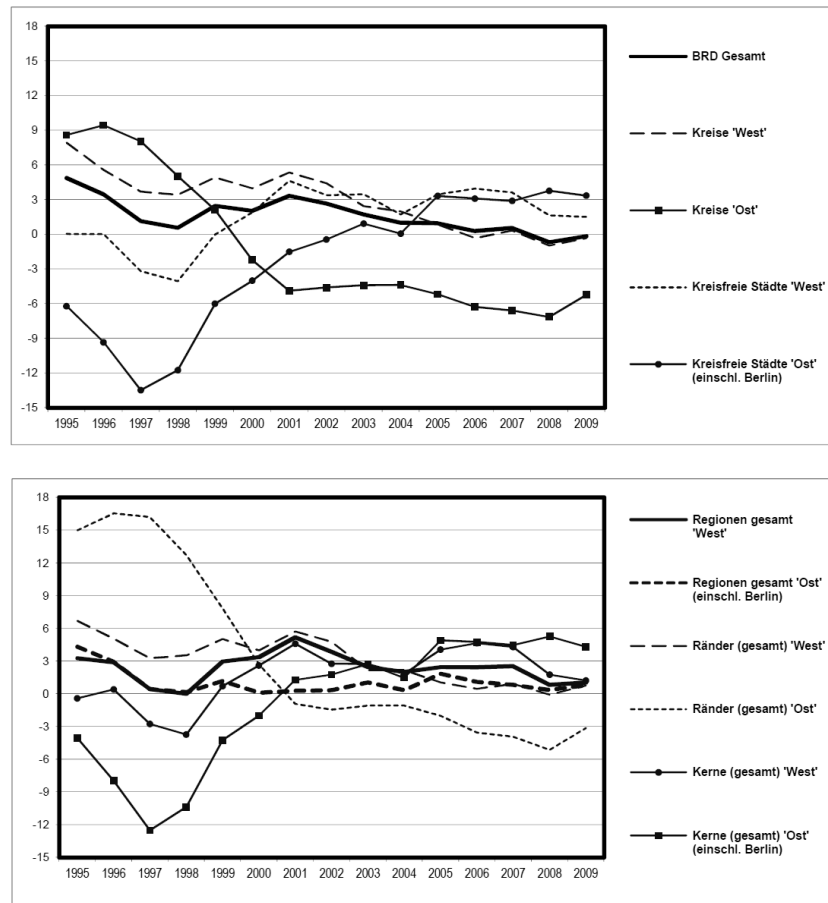
Dass die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nicht stärker abgenommen hat, ist allein auf die Wanderungsgewinne durch Ausländerinnen und Ausländer zurückzuführen. Der *Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung*⁷ blieb dabei seit 1995 bis 2009 mit knapp 9% konstant. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass seit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 allein bis 2003 mehr als 650 000 Ausländer in Deutschland eingebürgert wurden. Hinzu kamen allein in dem genannten Zeitraum 400 000 Kinder ausländischer Eltern, die auf Grund des Geburtsrechts die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben (Bundesregierung 2005: 338f.). Diese mehr als eine Million Menschen entsprechen gut einem Prozent der Bevölkerung. In den Jahren 2004 bis 2009 wurden weitere 672 600 Personen eingebürgert (Statistisches Bundesamt 2012b). Die meisten Ausländerinnen und Ausländer leben nach wie vor in den größeren (Kern-)Städten der alten Länder. Lediglich in den ostdeutschen kreisfreien Städten hat gegenüber 1995 eine nennenswerte Zunahme des Ausländeranteils um 1,8%-Punkte stattgefunden, wobei der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung dort jedoch weiterhin mit 4,3% im Vergleich zu den westdeutschen kreisfreien Städten mit 14,7% ausgesprochen niedrig ist⁸.

6 '‰' wird im Folgenden synonym für 'je 1.000 Einwohner' verwendet.

7 Datenquelle sind in diesem Falle die Fortschreibungen der Bevölkerungsstatistiken der Statistischen Landesämter. Zur Problematik der Ausländerstatistiken vgl. Petrowsky (2001).

8 Zudem hat unlängst das Statistische Bundesamt Daten aus dem Mikrozensus 2008 zur Bevölkerung in Deutschland mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und ihre Nachkommen) ausgewertet. Danach lebten 2008 15,6 Mio. (ca. 20 %) Menschen mit Migrationshin-

Grafik 2: Gesamtwanderungssaldo in der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2009



Werden die Entwicklungen des *Gesamtwanderungssaldos* (Zuzüge minus Fortzüge je 1 000 E.) seit 1995 an Hand von Zeitreihendaten betrachtet, so zeigt sich seit 1997/1998 ein deutlicher Trendbruch (s. Grafik 2). Offensicht-

tergrund in Deutschland, der Großteil davon in Agglomerationsräumen. Am höchsten ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Großstädten, vor allem in Frankfurt am Main mit 42 %, in Augsburg mit 39 % und in Nürnberg mit 38 % (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2008: 36ff.). Für eine nähere Betrachtung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland sei auf den an das Monitoring anschließenden Text ‚Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland – ein Überblick‘ verwiesen.

lich zeigt sich bei vielen größeren Städten sowohl in West- als auch in Ostdeutschland der Trend zu einer Reurbanisierung (vgl. hierzu auch Herfert 2007). Hier besteht noch erheblicher Forschungsbedarf, um etwa durch den Abgleich mit anderen Wanderungsströmen oder durch eine detailliertere Betrachtung der Wanderungen nach Altersgruppen die ‚Nachhaltigkeit‘ dieser Entwicklungen präziser einschätzen zu können. Generell hat sich in den Kernstädten der hier betrachteten Stadtregionen der negative Wanderungssaldo stark verringert, in den westdeutschen Kernstädten werden (durchschnittlich) seit 1999 sogar erstmals wieder positive Salden erreicht, in den ostdeutschen seit 2001. Seit 2003 ist der Saldo auch im Durchschnitt der ostdeutschen kreisfreien Städte wieder leicht positiv. Dagegen geht die Dynamik in den Umlandkreisen der neuen Länder seit 1998 kontinuierlich zurück und seit 2001 ist dort der Gesamtwanderungssaldo sogar negativ. 2009 liegt der dortige Wanderungssaldo bei -3,2 ‰. Auch in den westdeutschen Randkreisen geht der Wanderungssaldo seit 2001 kontinuierlich zurück und liegt 2009 bei 0,8 ‰; 2001 betrug er noch über 5,0 ‰. Insgesamt betrachtet, hat sich somit das Wachstum in die Kernstädte verlagert, mit einer anhaltend dramatischen Entwicklung in Ostdeutschland.

Insgesamt ist im Jahr 2009 der Gesamtwanderungssaldo für die Bundesrepublik mit -0,2 ‰ geringfügig negativ (2002: 2,7 ‰), in Westdeutschland ist er demgegenüber positiv (0,2 ‰) und in Ostdeutschland liegt er bei -1,7 ‰. Im Jahr 1999 lag der Saldo in den Städten über 100 000 bis 300 000 E. noch bei -20 ‰, ging seitdem kontinuierlich zurück und ist 2009 mit +1 ‰ wieder positiv. In Ostdeutschland hält 2009 die Abwanderung vor allem in den Kleinstädten (-1,8 ‰) und den Landkreisen (-5,2 ‰) an. Alle Kernstädte der hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen weisen inzwischen deutlich positive Gesamtwanderungssalden auf, alle Umlandbereiche (außer in Berlin/Potsdam) dagegen deutlich negative Wanderungssalden. In Westdeutschland zeigen sich nennenswert negative Werte lediglich für die Stadtregion Ruhr. Hohe Wanderungsgewinne (> 4 ‰) verzeichnet nur noch der Rand der Stadtregion Hamburg. Bezüglich des Stadt-Umland-Verhältnisses ist im Falle der ostdeutschen Stadtregionen inzwischen eine regelrechte Trendumkehr zu beobachten: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Dekonzentrationsprozesse der Bevölkerung zu Gunsten des Umlandes zum Erliegen gekommen, wobei sich gleichzeitig der Trend zur Abwanderung aus den ostdeutschen Kernstädten wieder in eine Zuwanderung umgekehrt hat.

Der *Außenwanderungssaldo* (Zuzüge minus Fortzüge über die Grenzen der Bundesrepublik je 1 000 E.) ist vor allem durch die Zu- und Abwanderung von ausländischer Bevölkerung geprägt. Der Saldo ist für die Bundesrepublik insgesamt mit -0,2 ‰ leicht negativ. Somit kann die Außenzuwanderung den negativen Trend bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung der Landkreise und kreisfreien Städte nicht mehr wie in den Vorjahren kompensieren. Zu den ‚Gewinnern‘ bezogen auf den Außenwanderungssaldo im Jahr

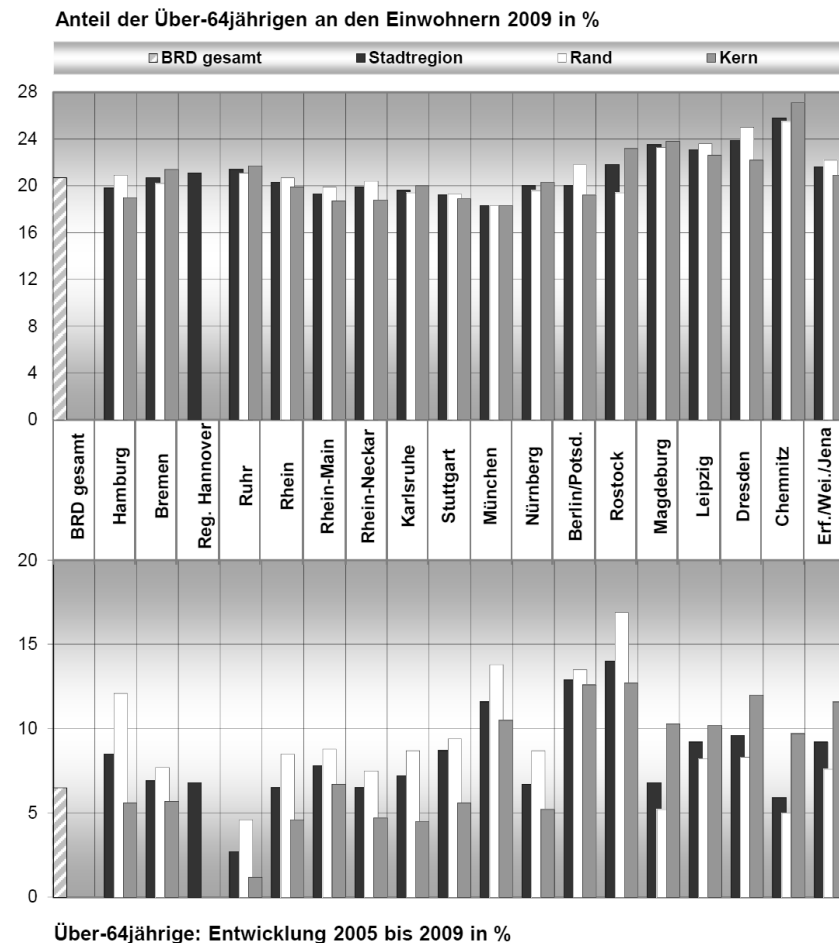
2009 gehören vor allem Kerne der Regionen Rhein-Neckar (3,2 ‰), Karlsruhe (6,5 ‰) und Chemnitz (4 ‰). Deutlich negative Werte (> -2 ‰) für diesen Saldo zeigen sich vor allem für die Kernstädte Hamburg, München, Nürnberg, Berlin/Potsdam sowie für Rostock und Leipzig.

Der *Binnenwanderungssaldo* (Zuzüge minus Fortzüge innerhalb der Bundesrepublik je 1 000 E.) gilt als ein Indikator für regionale Disparitäten und kennzeichnet die Anziehungskraft bzw. die Benachteiligung von (Teil-) Regionen. Bei der Betrachtung dieses Indikators (s. Tabelle 1.2) zeigt sich wieder im Jahr 2009 die Umkehr des ehemaligen Trends zu Gunsten der Landkreise und zu Ungunsten der kreisfreien Städte. Während in den westdeutschen Regionen die Umlandkreise einen im Vergleich zu den 1990er Jahren immer weiter zurückgehenden und nur noch leicht positiven Binnenwanderungssaldo ($> +0,9$ ‰) aufweisen, gewinnen nun wieder die Kernstädte sowohl in West- als auch in Ostdeutschland deutlich aus der Binnenwanderung. Ausnahmen sind 2009 lediglich noch die Kernstädte der Regionen Karlsruhe, Ruhr, Chemnitz und mit geringfügigen Verlusten auch Rhein-Neckar sowie die Gruppe der westdeutschen Städte mit 300 bis 500.000 E. und die kleineren ostdeutschen kreisfreien Städte. In den ostdeutschen Stadtregionen zeigen sich dagegen – mit der Ausnahme der Randkreise um Berlin/Potsdam – in den Umlandgebieten erhebliche Binnenwanderungsverluste zwischen $-2,9$ ‰ und $-5,9$ ‰. Konnten diese Umlandkreise 1998 im Durchschnitt noch einen Binnenwanderungsgewinn von $12,6$ ‰ verzeichnen, so wiesen sie 2009 Verluste von $-3,2$ ‰ auf. Dagegen kehrten sich die Binnenwanderungsverluste der hier betrachteten Kernstädte von $-15,5$ ‰ (1998) auf Gewinne von $+5,9$ ‰ im Jahr 2009 (2007: $+3,4$ ‰) um.

Entsprechend spiegeln sich die oben beschriebenen Entwicklungen auch in den Altersstrukturen und deren Veränderungen wider. Die *Entwicklung der Zahl der Einwohner bis unter 18 Jahren* verlief seit 2005 – bei einer durchschnittlichen Abnahme um $7,4$ ‰ – in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich. Während in den alten Ländern insgesamt eine Abnahme um über 7 ‰ zu verzeichnen war, nahm die Zahl der unter 18-jährigen in den neuen Ländern um knapp 10 ‰ ab. Besonders stark negativ betroffen sind die kleineren Städte ($-11,4$ ‰) und die Landkreise (-14 ‰) in Ostdeutschland. Zwar ist die Abnahme der Zahl der jungen Menschen weiterhin in Ostdeutschland weit ausgeprägter, doch zeigen sich diese demographischen Entwicklungen nun auch verstärkt in Westdeutschland.

Dagegen stabilisiert sich die *Entwicklung in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen*. Ging in dieser Gruppe die Zahl der Bevölkerung allein zwischen 1995 und 2005 in den ostdeutschen Ländern noch um knapp 20 ‰ zurück, in den westdeutschen um über 29 ‰, so konnte für den Zeitraum 2005 bis 2009 ein bundesweites Wachstum von knapp $2,6$ ‰ identifiziert werden, wobei dieses Wachstum gleichermaßen auf Entwicklung in West- ($+2,4$ ‰) und Ostdeutschland ($+3,4$ ‰) verteilt ist.

Grafik 3: Komponenten des demographischen Wandels



Der Anteil der Einwohner über 64 Jahre liegt 2009 im Durchschnitt der Landkreise und kreisfreien Städte bei ca. 20%. Die Zahl der Einwohner über 64 Jahren nahm seit 2005 in den neuen Ländern mit 9% deutlich stärker zu als in den alten mit gut 6%. In Ostdeutschland findet die Alterung in den kreisfreien Städten mit einer Zunahme um durchschnittlich 11% am stärksten statt. Deutlich zeigt sich in der Grafik 3, dass die Alterung der Bevölkerung vor allem in den Randbereichen der westdeutschen Stadtregionen die größte Dynamik aufweist. „Spitzenreiter“ sind hier die Umlandkreise Münchens mit einer Zunahme der Zahl der > 64-Jährigen um 13,8% und Hamburg (+12,1%). In Ostdeutschland

stieg die Zahl der älteren Einwohner grundsätzlich – mit der Ausnahme von Berlin/Potsdam und Rostock – am stärksten in den Kernstädten an. Die höchsten Werte wurden allerdings in der Stadtregion Rostock identifiziert, wo die Zahl der > 64-Jährigen allein in den 4 Jahren bis 2009 um knapp 17% zugenommen hat.

Der Anteil der ‚Hochbetagten‘ (75 Jahr und Älter) liegt 2009 bundesweit bei 8,9%. Dabei hat die Zahl der dieser Altersgruppe angehörigen Bevölkerung seit 2005 um 8,1% zugenommen. Besonders ausgeprägt war hier das Wachstum in Ostdeutschland, wo die Zunahme bei 11,3% lag. Die Region Rostock verzeichnet sogar Wachstumsraten von über 20%, sowohl in der Kernstadt als auch in den Randkreisen. Im Allgemeinen zeigt die Betrachtung der Werte für die Teilräume der Stadtregionen, dass die Entwicklungsrate in den Umlandkreisen mit durchschnittlich fast 11% doppelt so hoch liegt wie in den Kernstädten (5,6%). Generell vollziehen sich demnach die stärksten Alterungsprozesse der Bevölkerung in den ostdeutschen kleinen und mittelgroßen Städten sowie in den Umlandkreisen der Stadtregionen. Kombiniert betrachtet mit der gleichzeitigen Abnahme der unter 18-jährigen Bevölkerung in dem Zeitraum von vier Jahren, wird die Verschiebung der Alterspyramide zur Urne besonders deutlich: Während in den ostdeutschen Landkreisen die unter 18-Jährigen um 14% verloren habe, nahmen dort die über 74-Jährigen um knapp 12% zu.

Flächen- und Siedlungsentwicklung

Die regional sehr unterschiedlich verlaufenden und sich überlagernden demographischen und wirtschaftlichen Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse, der sich ausdifferenzierende Verlauf der Stadt-Umland-Wanderung sowie die ständig steigenden Ansprüche bezüglich der *Wohnfläche* (in m² je E.) – mit bedingt durch die Zunahme der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte – spiegeln sich ebenso in der *Anzahl der fertig gestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden* 2009 wie in der *prozentualen Entwicklung der Zahl der fertig gestellten Wohnungen* von 2005 bis 2009 wider (s. Tabelle 2). Die durchschnittliche Wohnfläche je E. stieg in der Bundesrepublik allein seit 2005 um 1,3 m² auf knapp 42 m² an. Dabei ist auf Grund der höheren Anteile von Eigenheimen und einem niedrigeren Preisniveau in den ländlichen Räumen die Pro-Kopf-Wohnfläche deutlich höher als in den Agglomerationen. In den kreisfreien Städten nehmen die Zuwächse mit zunehmender Größe ab. Während bei der durchschnittlichen Wohnfläche 2009 für die Kernstädte in den ausgewählten Stadtregionen der alten und neuen Länder mit jeweils etwa 38 m² keine nennenswerten Unterschiede (mehr) zu beobachten sind, liegt sie in den Randkreisen der neuen Länder um gut 3 m² niedriger als in den alten (42 m²). Am ‚großzügigsten‘ (ab 42 m²) wohnen die Einwohner der Randkreise in den Stadtregionen Hamburg, Bremen, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Karlsruhe und Nürnberg. Über die geringste durchschnittliche Fläche (< 37 m²) verfügen dagegen

die Einwohner der Kernstädte Hamburg, Stuttgart, Rostock, Dresden und Erfurt/Weimar/Jena. Durchschnittlich ist jedoch in den östlichen Bundesländern die Pro-Kopf-Fläche seit 2005 um 1,2 m² ähnlich stark gestiegen wie in den westlichen (+1,4 m²). Auch zukünftig ist mit einer weiteren Ausdehnung der Wohnflächeninanspruchnahme pro Kopf der Bevölkerung zu rechnen. Dafür spricht zum einen die Alterung der Gesellschaft, zum anderen die deutliche Tendenz zu kleineren Haushalten mit ein oder zwei Personen.

Das stärkere Wachstum der Wohnfläche in den neuen Ländern wurde bis 1997 durch das dort relativ höhere Wohnungsbauvolumen ermöglicht, ist jedoch auch zu einem wesentlichen Teil durch die starken Bevölkerungsverluste mit bedingt⁹. Denn seit 1998 wurde der Wohnungsbau in der Bundesrepublik insgesamt stark zurückgefahren, am stärksten in Ostdeutschland. Von in Deutschland im Jahr 2009 insgesamt 136 500 neu gebauten Wohnungen (1998: 500 000 Wohnungen) entfielen ca. 86% auf die alten Länder. Allein gegenüber 2005 ist die Zahl der neu gebauten Wohnungen in Deutschland um durchschnittlich fast 45% zurückgegangen. Doch der Wohnungsbau ist nicht nur in Ostdeutschland rückläufig, sondern mittlerweile ebenso in den westdeutschen Bundesländern. Die *Zahl der fertig gestellten Wohnungen je 1 000 Wohnungen des Bestandes* liegt mit 3,8 ‰ (1998: 12,7 ‰) relativ knapp unter dem Wert für Ostdeutschland mit 2,1 ‰ (1998: 15,4 ‰).

Der Schwerpunkt des Wohnungsbaus lag nach wie vor in den Landkreisen. Dort wurden 2009 gut 94 600 (1998: 372 000) Wohnungen erstellt. Intraregional ist zwischen 2005 und 2009 der stärkste Rückgang in den ostdeutschen Landkreisen (-54,6%) zu beobachten. Bezogen auf den Bestand zeigte sich die stärkste Dynamik 2009 in den westdeutschen Stadtregionen mit 4,2 ‰ (ostdeutsche Randkreise: 2,7‰). Besonders niedrig ist die Dynamik in den Kernstädten in Ostdeutschland (+1,8 ‰). Insgesamt fand für 2009 die größte Dynamik (> 7‰) in den Randkreisen der Stadtregionen München und Rostock statt.

Erheblich sind auch die intra- und interregionalen Disparitäten bei den *Baulandpreisen in € je m²* (gemittelte Werte für die Jahre 2007 bis 2009). Mit durchschnittlich rd. 138 € je m² sind die Preise in den alten Ländern gegenüber den Werten zwei Jahre zuvor um 2 € je m² gestiegen und liegen immer noch um etwa das Dreifache höher als in den neuen Ländern (ca. 44 € je m²). Werden zunächst die Werte für die verschiedenen Größenklassen der kreisfreien Städte betrachtet, so zeigt sich der deutliche Anstieg des Preisniveaus

9 Da die zur Verfügung stehende Wohnfläche einer Gemeinde auf die dort gemeldete Wohnbevölkerung bezogen wird, können insbesondere bei starken Bevölkerungsverlusten Verzerrungen entstehen, welche die Aussagekraft dieses Indikators stark beeinträchtigen. Denn in die Berechnungen fließen auch die nicht vermieteten bzw. zum Verkauf stehenden Wohnflächen mit ein, sodass bei großen Leerständen die statistisch dem Einwohner zur Verfügung stehende Fläche künstlich hochgerechnet wird, obwohl sie von den Einwohnern nicht genutzt wird. Dies muss bei der Interpretation der Werte mit berücksichtigt werden.

mit zunehmender Stadtgröße. In den Kernen der ausgewählten Stadtregionen in den alten Ländern sind die Baulandpreise mit durchschnittlich 283 € je m² um das 1,5fache höher als in den Randkreisen mit 187 € je m². Dabei sind die Preise gegenüber dem vorigen Betrachtungszeitraum (gemittelte Werte für die Jahre 2005 bis 2007) in Kernstädten (um 23 € je m²) gestiegen, in den Randkreisen jedoch fast unverändert geblieben (+3 € je m²). In den neuen Ländern liegen in den Kernstädten die Baulandpreise mit 112 € (zuvor 116 €) auf inzwischen knapp 40% des Westniveaus. Die Umlandkreise in Ostdeutschland bieten Bauland zu 40 € je m² (zuvor 41 € je m²) an, was gut einem Fünftel des durchschnittlichen Preisniveaus in den Randkreisen der alten Länder entspricht. Insgesamt sind somit die Baulandpreise generell leicht gestiegen, am stärksten war der Anstieg in den westdeutschen kreisfreien Städten.

Den Zusammenhang zwischen der Siedlungsstruktur und der Verfügbarkeit von Automobilen wird an der *Zahl der Pkw je 1 000 E.* in den verschiedenen Raumtypen deutlich. Im Jahr 2009 betrug der Wert in der Bundesrepublik durchschnittlich 510 ‰ und lag mit 548 ‰ in den Landkreisen erheblich höher als in den kreisfreien Städten (432 ‰)¹⁰. Dabei verfügt inzwischen auch in den neuen Ländern bereits nahezu jede zweite Person (465 ‰) über einen PKW.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die *Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten*¹¹ insgesamt stieg seit 2005 bis 2009 im Durchschnitt der Bundesrepublik um knapp 4,6% auf 27,4 Mio. (s. Tabelle 3). Dabei ist seit 2005 eine Trendumkehr zu verzeichnen, denn von 1995 bis 2005 sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt im Durchschnitt um knapp -7%, in Westdeutschland ‚nur‘ um -2,6% und in Ostdeutschland sogar um -21,8%.¹² Die Zunahme der Beschäftigten seit 2005 ist in West- und Ostdeutschland zwar fast gleichermaßen ausgeprägt (4,5% bzw. 4,9%), jedoch machen die sozialversiche-

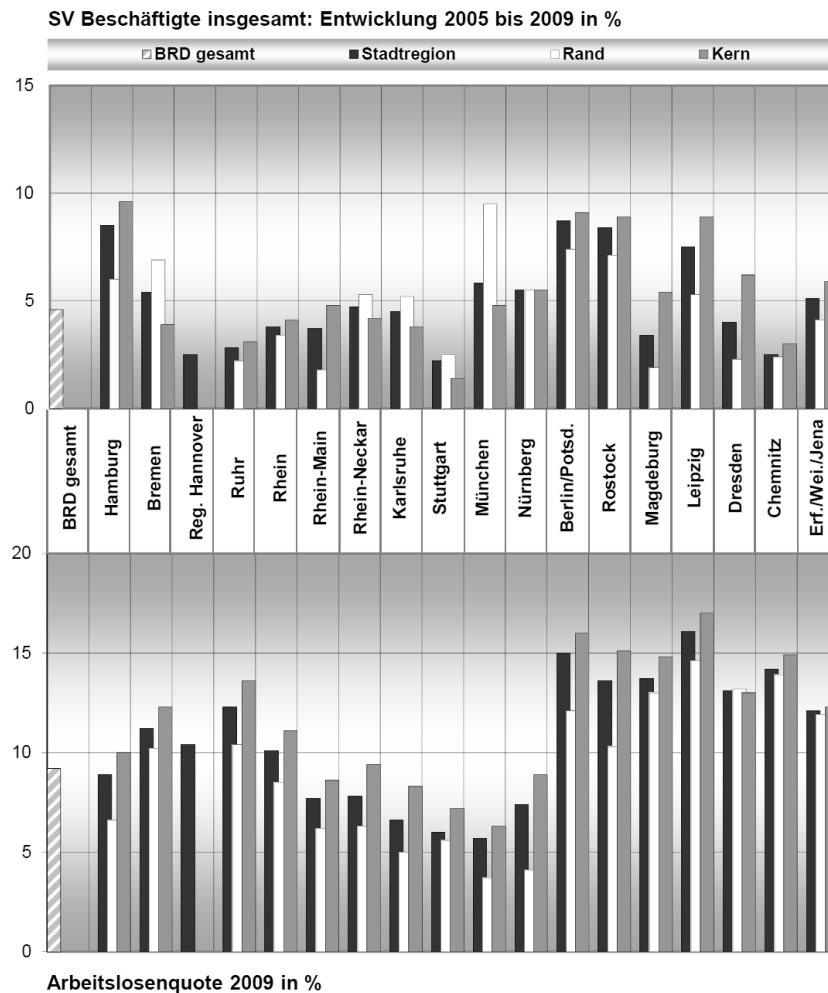
10 Diese Werte können nicht mit den Werten aus 2005 verglichen werden, da ab dem 1. Januar 2008 nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen/ Außerbetriebsetzungen gezählt (Kraftfahrt-Bundesamt 2009: 6f.) werden. Dies führt zu einer – rein statistisch bedingten – Abnahme der berechneten PKW Dichte je E..

11 Erfasst werden hierbei ausschließlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, genauer: Beschäftigtenfälle. Das bedeutet, dass Personen mit mehreren Beschäftigungen mehrfach gezählt werden. Nicht berücksichtigt werden Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterlagen bzw. keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bezahlten. Nach Angaben des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gehen etwa 77% der erwerbstätigen Deutschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, während es bei den Ausländern etwa 67% sind (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2007: 5).

12 Diese Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten folgt, vor allem in Westdeutschland, dem Konjunkturverlauf (Bechmann et al. 2010: 37).

runbspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland lediglich ein Fünftel der Gesamtbeschäftigten aus. Getragen wird die Zunahme der Beschäftigung vor allem durch die Kerne der Regionen Hamburg, Berlin/Potsdam, Rostock und Leipzig (von 8,9% bis 9,6%). Die schwächste Zunahme (> 2%) ist in den Randkreisen der Regionen Rhein-Main und Magdeburg sowie in der Kernstadt Stuttgart zu verzeichnen.

Grafik 4: Beschäftigtenentwicklung und Arbeitslosigkeit in den ausgewählten Stadtregionen



Dabei liegt der *Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit* an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2009 im Bundesdurchschnitt bei 19% und ist seit 2005 um 3,3% gestiegen, dabei in Ost- stärker als in Westdeutschland (4,5% bzw. 3,0%). Insgesamt ist der Anstieg geringer als die Zunahme der Gesamtbeschäftigten von 4,6%. Die höchsten Anteile der Teilzeitbeschäftigten (> 20%) verzeichnen die kleinen Städte bis 300 000 E. sowohl in West- als auch Ostdeutschland. Jedoch ist der Anstieg der Teilzeitbeschäftigten um über 5% in den kreisfreien ostdeutschen Städten am stärksten. Der Anteil der atypischen Beschäftigten¹³ beträgt im Jahr 2009 jedoch knapp 29%, wobei hier ein großer Unterschied zwischen den männlichen (11,5%) und weiblichen (34,1%) Beschäftigten herrscht (Statistisches Bundesamt 2012a). Die Anzahl der Beschäftigten in diesem Bereich ist in den letzten zehn Jahren (1998–2008) um 2,4 Millionen Personen auf 7,7 Millionen angestiegen (Wagner 2010: 9).

Der *Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* liegt im Jahr 2009 in den östlichen Bundesländern mit knapp über 50% (2000: 48%) deutlich höher als in den westlichen mit knapp 45% (2000: 43%). Entsprechend dem Anstieg der Gesamtbeschäftigung stieg sowohl in den alten (+4,8%) als auch in den neuen Ländern (+5,7%) die *Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen seit 2005*.

Der *Saldo der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Pendler je 1 000 Beschäftigte* (Einpendler minus Auspendler je 1 000 Beschäftigte) charakterisiert das Angebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung. Dabei wird besonders deutlich, dass die Kernstädte die Arbeitsplätze insbesondere auch für die Bevölkerung der jeweiligen Umlandkreise bereitstellen. Dieser Sachverhalt ist zum Teil durch die Wohnsuburbanisierung mit bedingt, bei der viele Menschen in das Umland von Kernstädten gezogen sind, gleichzeitig aber ihren Arbeitsplatz in der Stadt behalten haben. Die Landkreise (insgesamt) – sowie sämtliche Umlandbereiche – weisen eine deutlich geringere Zahl an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung auf. Besonders auffallend tritt die zentrale Arbeitsplatzversorgung durch die Kernstädte (> 250 ‰) – bei gleichzeitig starken Defiziten im Umlandbereich (> -250 ‰) – in den Stadtregionen Hamburg, Rhein-Main, Rhein-Neckar, München, Nürnberg, Magdeburg sowie Erfurt/Weimar/Jena hervor¹⁴. Insgesamt hat sich der positive Saldo der kreisfreien Städte 2009 gegenüber 2000 deutlich erhöht (von 260 ‰ auf 271 ‰), wohingegen er in den Landkreisen

13 „Zu den atypischen Beschäftigungsformen werden – im Unterschied zum Normalarbeitsverhältnis – befristete und geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit bis zu 20 Wochenstunden sowie Zeitarbeit gezählt“ (Statistisches Bundesamt 2012).

14 Wobei anzumerken ist, dass auf Grund der Abgrenzung der Stadtregionen auf Kreisebene keine exakte Vergleichbarkeit der Stadtregionen möglich ist. Des Weiteren können die Regionen Leipzig, Dresden sowie Chemnitz aufgrund fehlender Daten für die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht berücksichtigt werden.

noch geringfügig stärker negativ berechnet wurde (von -190 auf -193 ‰). Relativ haben somit die Städte als Arbeitsmarktzentren weiterhin an Bedeutung gewonnen.

Die massiven Arbeitsmarktprobleme West- und Ostdeutschlands haben Anfang des neuen Jahrtausends noch einmal zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, die jedoch ab dem Jahr 2006 durch den konjunkturellen Aufschwung wieder spürbar zurückging. Lag die *Zahl der Arbeitslosen insgesamt* 2005 noch bei etwa 4,86 Mio., so waren es 2007 noch 3,78 Mio. und 2009 3,4 Mio. Personen.¹⁵ Ca. 1,8 Mio. arbeitslose Menschen lebten 2009 in den ausgewählten Stadtregionen, wobei sich in den alten Ländern die Arbeitslosigkeit eher in den Kernstädten konzentriert, während in den neuen Ländern die Differenzen zwischen den Kernstädten und den Umlandkreisen deutlich geringer ausgeprägt sind. Das zeigt ebenso die Höhe der *Arbeitslosenquoten* (Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen in%) (s. Grafik 4).

Auch 19 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Arbeitsmarktsituation immer noch deutlich durch Ost-West-Disparitäten gekennzeichnet. Während Mitte 2009 die Arbeitslosenquote in den alten Ländern bei 8% (2005: 11,1%) liegt, beträgt sie in den neuen Ländern 4,6% (2005: 20,6%). Insgesamt fallen die Disparitäten der regionalen Arbeitslosigkeit im Westen erheblich ausgeprägter aus als in den neuen Ländern. So liegt die Quote in der süddeutschen Stadtregion München bei 5,7% (2005: 7,8%) und in Stuttgart bei 6,0% (2005: 7,7%). Dagegen erreicht die Arbeitslosenquote in den besonders stark von der Erosion der traditionellen industriellen Basis geprägten Stadtregionen Ruhr 12,3% (2005: 16%) und Bremen 11,2% (2005: 15,3%). In den ausgewählten ostdeutschen Stadtregionen liegen die Zahlen zwischen gut 12 und nahezu 17% (2005: 19 bis 22%). Überlagert von dem noch erheblich stärker ausgeprägten West-Ost-Gefälle, zeigt sich bei der Betrachtung der Arbeitslosenquoten in den Regionen der alten Länder ein deutliches Süd-Nord-Gefälle.

In Deutschland sank die Arbeitslosenquote durch den Konjunkturaufschwung seit 2006 zwischen 2005 und 2009 im Durchschnitt um 4,1%-Punkte, wobei sie in Westdeutschland um 3,3%-Punkte und in Ostdeutschland sogar um 7,7%-Punkte abgenommen hat. Besonders stark abgenommen hat die Arbeitslosenquote vor allem in den ostdeutschen Landkreisen (-9,5%-Punkte), dagegen sank sie in Westdeutschland in gleichem Maße in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen um ca. -3%-Punkte. Trotz allem

15 Zum Zeitpunkt der Erstellung des Monitorings (Januar 2012) wurde vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) prognostiziert, dass im Jahr 2012 die Arbeitslosenzahlen, selbst bei einer „unteren Variante“ mit einer BIP-Abnahme von -0,2%, die Arbeitslosenzahl noch unter 3 Mio. Personen bleiben wird (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2011: 10).

verzeichnet allein die Bundeshauptstadt Berlin mit 237 000 arbeitslosen Menschen 2009 eine Quote an den Erwerbspersonen über 16%.

Wirtschafts- und Sozialstruktur

Es zeigt sich für Deutschland insgesamt, dass sich die Deindustrialisierungsprozesse fortsetzen. Der *Anteil der SV-Beschäftigten im produzierenden Gewerbe*¹⁶ liegt im Jahr 2009 im Durchschnitt der Bundesrepublik bei 31%. Die Zahl der dort Beschäftigten hat im Zeitraum 2000 bis 2007 um über -11% abgenommen.¹⁷ Während der Anteil der SV-Beschäftigten im produzierenden Gewerbe in Westdeutschland im Jahr 2009 bei ca. 32% lag, betrug er in Ostdeutschland lediglich noch 26,2%.

Dem niedrigeren Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe entspricht in den neuen Ländern ein höherer *Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungsbereichen*¹⁸. Dort beträgt der Anteil 2009 72,1%, wobei auch hier die Zahl der Beschäftigten zwischen 2000 und 2007 um knapp -4% abgenommen hat.¹⁹ In Westdeutschland erreicht der Anteil 67,3% bei einer Zunahme der Beschäftigtenfälle um 3%. Dabei verweisen hier jedoch die höheren Werte nicht (unbedingt) auf modernere Wirtschaftsstrukturen. Der Dienstleistungsbereich gewinnt schon allein durch den Einbruch der industriellen Produktion relativ an Bedeutung. Zudem müssen viele tertiäre Leistungen (beispielsweise die des öffentlichen Dienstes) unabhängig von der industriellen Basis angeboten werden.

Die prozentualen Anteile der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe an den gesamten Beschäftigten nehmen mit zunehmender Stadtgröße ab. Entsprechend ist die Wirtschaftsstruktur der größeren Städte stärker durch Dienstleistungen geprägt. Generell liegt der Anteil der Beschäftigten im pro-

16 Das produzierende Gewerbe setzt sich zusammen aus dem verarbeitenden Gewerbe und dem Baugewerbe.

17 Durch eine im Jahr 2008 durch das Statistische Bundesamt durchgeführte Neugliederung der Wirtschaftszweige (Statistisches Bundesamt 2008), kann eine genaue Entwicklung zum Jahr 2005 nicht dargestellt werden. Jedoch entspricht das produzierende Gewerbe in etwa dem Sekundären Sektor der vormaligen Berechnungen des Jahrbuchs StadtRegion.

18 Zu den Dienstleistungsbereichen zählen die folgenden Wirtschaftsbereiche: Handel, Gastgewerbe, Verkehr; Information und Kommunikation; Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen; Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht; freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige Dienstleistungen; Kunst, Unterhaltung, Erholung, Private Haushalte.

19 Vgl. dazu Fußnote 17.

duzierenden Gewerbe in den Kernen der ausgewählten Stadtregionen mit knapp 20,5% um knapp 15%-Punkte niedriger als in den Randkreisen.

Die *Bruttowertschöpfung (BWS)* stellt eine zusammenfassende Leistungsgröße dar, in der die wirtschaftliche Leistung aller Wirtschaftsbereiche grundsätzlich gleichartig gemessen wird. Bei der BWS zu Herstellungspreisen²⁰ werden durch Nichterfassung der Vorleistungen Doppelzählungen vermieden. Somit eignet sich die BWS zu Herstellungspreisen besonders gut als Indikator der lokalen wirtschaftlichen Leistungskraft und Wirtschaftsentwicklung (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 1994: 9ff.).

Für das Monitoring der Städte und Regionen wurden für die BWS insgesamt drei unterschiedliche Maßzahlen berechnet. Zunächst ist von Bedeutung die jeweilige *Gesamtsumme*, die in der Region bzw. im jeweiligen Teilraum (Kernstadt – Rand) erwirtschaftet wurde sowie deren prozentuale Entwicklung seit 2005 bis 2009. Diese Maßzahl wurde ausschließlich für die Gesamtsumme BWS berechnet. Hierdurch wird gezeigt, was in der jeweiligen Raumeinheit insgesamt erwirtschaftet wurde und wie sich die Wirtschaftskraft der Region/des Teilraumes seit 2005 verändert hat. Zweitens wurde für alle Indikatoren die *Gesamtsumme auf die Einwohnerzahl bezogen*, um zu ermitteln, welche wirtschaftliche Leistungskraft je Einwohner erzielt werden konnte. Drittens wurde die jeweilige *Gesamtsumme bezogen auf die Erwerbstätigen*. Hierdurch werden die regionalen Unterschiede der Produktivität und deren Entwicklungsdynamik zwischen 2005 und 2009 erfasst.

Bundesweit betrug im Jahr 2009 die *BWS zu Herstellungspreisen insgesamt* rd. 2,1 Billionen €, davon entfielen knapp 16% auf die neuen Länder (s. Tabelle 4). Das Wachstum seit 2005 betrug bundesweit durchschnittlich (mit den jeweiligen Preisen gerechnet, also nominal²¹) knapp 6%, wobei die Dynamik in den östlichen Bundesländern mit 8,8% deutlich vor der Entwicklung im Westen (5%) lag, jedoch bei einem niedrigen Ausgangsniveau. Der deutlich stärkste Zuwachs der Wirtschaftskraft (> 10%) fand in Ostdeutschland in den im Kern von Berlin/Potsdam, in den Umlandkreisen der Stadtregion Rostock und sowie in der Region Leipzig sowohl in der Kernstadt als auch im Umland statt.

20 Die Herstellungspreise liegen zwischen den Marktpreisen und den Faktorkosten. Die Bewertung der Wertschöpfung zu Herstellungspreisen ist in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorteilhaft, da die bislang in den Marktpreisen enthaltenen produktbezogenen Steuern – insbesondere die Mineralölsteuer – die tatsächliche regionale Wirtschaftsleistung teilweise stark verzerren (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2002).

21 Grundsätzlich ist bei allen Entwicklungsvariablen in Preisen – d.h. auch bei den Finanzdaten – zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um das nominale, also nicht um das reale (inflationsbereinigte) Wachstum handelt. Nach dem Verbraucherpreisindex für die Bundesrepublik lag in der Zeit von 2005 bis 2009 die Teuerungsrate bei 7% (Statistisches Bundesamt 2011: 6).

Zentren der Wirtschaftskraft ($BWS > 100$ Mrd. €) sind die Stadtregionen Rhein-Main, Ruhr, Berlin/Potsdam, München, Hamburg und Stuttgart; Spitzenreiter bezüglich der Wirtschaftskraft ist die Agglomeration Rhein (BWS fast 180 Mrd. €). Die fünf hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen (ohne Berlin/Potsdam) weisen dagegen mit Werten für die BWS zwischen 7,1 Mrd. € (Rostock) und 28 Mrd. € (Dresden) eine erheblich geringere Wirtschaftskraft auf. Gegenüber dem vorigen Betrachtungszeitraum 2000 bis 2006, bei denen die Entwicklungsraten der Kernstädte der Regionen in den neuen Ländern hinter der Dynamik im Westen zurück lag, ist 2005 bis 2009 ein Aufholprozess zu konstatieren: In diesem Zeitraum nahm die Wirtschaftskraft in den ostdeutschen Kernstädten um knapp 12% zu, in den westdeutschen um 5,4%. In diesen Zahlen spiegelt sich auch die gesamte positive Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands in diesem Zeitraum wider (siehe Beschäftigtenentwicklung). Besonders günstig verlief die Entwicklung der Wirtschaftskraft in Berlin mit einem nominalen Wachstum von 12,9%.

Im Jahr 2009 lag die durchschnittliche *BWS je E.* in den alten Bundesländern mit 27 600 € um 36% höher als in den neuen Ländern. Werden die beiden Gruppen der administrativen Einheiten betrachtet, so weisen die westdeutschen kreisfreien Städte mit 38 000 € je E. die höchste einwohnerbezogene Wirtschaftskraft auf, die niedrigste mit 17 600 € die Landkreise der östlichen Bundesländer.

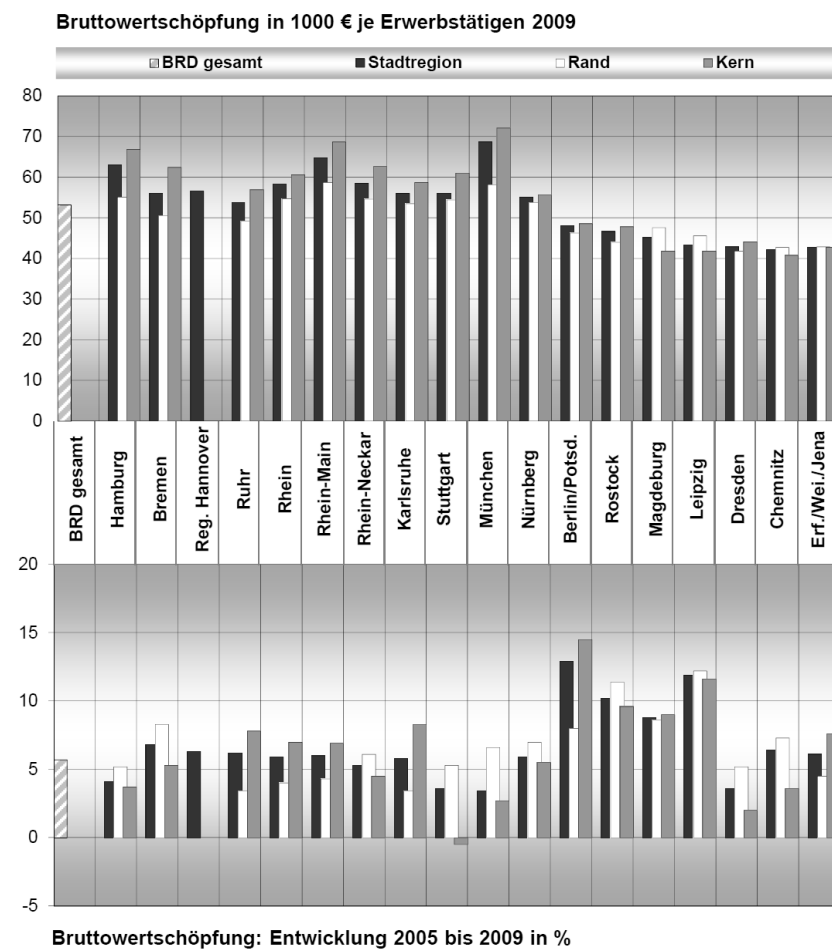
Bei der Betrachtung der ausgewählten Stadtregionen zeigt sich, dass in den alten Ländern das Gefälle zwischen Kern und Rand besonders stark ausgeprägt ist (durchschnittlich 65% höhere Wirtschaftskraft je E. in den Kernen). Deutlich sind die Unterschiede zwischen den Kernen je nach großräumlicher Lage. So liegt die *BWS je E.* in den Kernstädten der alten Länder mit 40 300 € um 66% höher als in den neuen. Dieser große Unterschied ist allerdings mit durch den grundsätzlich vorhandenen ‚Stadtgrößeneffekt‘ bedingt. So ist die lokale Wirtschaftskraft –bezogen auf die Bevölkerungszahl– in den Städten über 500 000 E. deutlich höher als in den kleineren Stadtgrößeklassen, wobei die Stadtregionen in den östlichen Bundesländern – mit der Ausnahme Berlin/Potsdams – lediglich zwei Kernstädte über 500 000 E. aufweisen (Leipzig und Dresden).

Die wirtschaftlich (einwohnerbezogen) stärksten Stadtregionen (ab 30 000 €/E.) sind Rhein-Main, Hamburg, Hannover, Rhein, Nürnberg, Stuttgart und als Spitzenreiter München mit 42 800 €/E. Die Stadtregionen der östlichen Länder (einschließlich Berlin/Potsdam) weisen ausnahmslos eine unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft auf (alle < 23 000 €/E.). Dort sind die Unterschiede zwischen Kern und Rand in der Regel deutlich geringer ausgeprägt als in den westdeutschen Stadtregionen.

Die durchschnittliche *BWS je Erwerbstätigen (EWT)* lag im Jahr 2009 in den alten Bundesländern mit 55 000 € um 22% höher (2000: 38%) als in den neuen Ländern (44 900 €). Die höchste Produktivität weisen die westdeut-

schen kreisfreien Städte mit 58 500 € je EWT auf, die niedrigste mit 42 300 € die kreisfreien Städte der östlichen Bundesländer (ohne Berlin), deren Durchschnittswert sogar unter dem der ostdeutschen Landkreise liegt. Jedoch kann festgestellt werden, dass sich die ostdeutschen Regionen langsam an die westdeutsche Produktivität nähern (s. Grafik 5).

Grafik 5: Produktivität in den ausgewählten Stadtregionen



Werden die einwohnerbezogenen mit den auf die Erwerbstätigen bezogenen Werten verglichen, so zeigt sich ein deutlich ‚günstigeres‘ Bild zum einen für die Struktur und Entwicklung der Produktivität in den östlichen Stadtregio-

nen sowie zum anderen für die Randkreise generell. Grundsätzlich sind die Unterschiede bei der BWS je Erwerbstätigen bei weitem nicht so stark ausgeprägt wie bei der einwohnerbezogenen Wirtschaftskraft. Die niedrigsten Werte in den westdeutschen Stadtregionen wurden für Hannover, Stuttgart, Bremen, Karlsruhe, Nürnberg und Ruhr ermittelt (alle < 57 000 €/EWT). Die höchste Produktivität (> 66 000 €/EWT) unter den Kernstädten wurde für München, Rhein-Main und Hamburg identifiziert (s. Grafik 5). Mit der Ausnahme von Berlin/Potsdam und Rostock (48 100 bzw. 46 600 €/EWT) wurden für alle Regionen der neuen Länder Werte unter 45 000 €/EWT ermittelt.

Die geringere Wirtschaftskraft Ostdeutschlands spiegelt sich im *durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommens in € je E.* wider. Mit 15 820 € je E. haben die ostdeutschen Haushalte im Durchschnitt ca. ein Fünftel weniger zur Verfügung als die westdeutschen. Die einkommensschwächsten (< 15 500 € je E.) sind dabei die Kernstädte der Regionen Rostock, Leipzig und Erfurt/Weimar/Jena. Die höchsten Einkommen im Durchschnitt (> 22 000 € je E.) erzielten 2009 die Haushalte der Kerne der Regionen Hamburg, Stuttgart und München. Im Vergleich zum Jahr 2005 haben die ostdeutschen kreisfreien Städte etwas aufholen können, dort ist das Haushaltseinkommen um 6,8% gestiegen. Die stärksten Zunahmen (> 9%) sind jedoch in den Rändern der Regionen Nürnberg und Berlin/Potsdam sowie dem Kern von Rhein/Main zu verzeichnen.

Finanzen

Die Einnahmen mit der größten Finanzautonomie sind die Steuern. Auf Grund ihrer großen Bedeutung für den finanziellen und politischen Handlungsspielraum der Gemeinden und Kreise werden die fiskalisch wichtigsten Steuerarten hier getrennt betrachtet. Die Berechnung der verschiedenen Steuereinnahmen in € je E. ermöglicht es, die Entwicklung der Einnahmequellen im Zeitvergleich und den für die Versorgung jedes Einwohners zur Verfügung stehenden Betrags zu identifizieren.

Generell sind die Steuereinnahmen (sowie die zu finanzierenden Aufgaben) der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte insbesondere abhängig von der Einwohnerzahl und steigen mit ihr überproportional an. Dementsprechend sind auch 2009 die *Steuereinnahmen (insgesamt, einschließlich steuerähnlicher Einnahmen) in € je E.* der größeren westdeutschen Städte über 500 000 E. im Durchschnitt mit 1 777 € etwa doppelt so hoch wie die der kleineren Städte mit bis zu 100 000 Einwohner (893 €)²² (s. Tabelle 5.1).

²² Da in der Gruppe der Großstädte über 500 000 E. lediglich zwei ostdeutsche Städte (Leipzig und Dresden) vertreten sind und die Niveaus der Steuereinnahmen zwischen

Dabei veranschaulichen die Steuereinnahmen besonders drastisch das auch 2009 noch immer bestehende West-Ost-Gefälle. Denn innerhalb der kreisfreien Städte erreichen die Pro-Kopf-Steuereinnahmen der Städte der neuen Länder nur die Hälfte der vergleichbaren Weststädte; bei den Landkreisen liegt das Niveau bei 58% (2007: 53%). Somit ist bezüglich der Steuereinnahmen insgesamt im Durchschnitt eine leichte ‚Aufholtendenz‘ der ostdeutschen Kommunen zu konstatieren.²³

Desweiteren lässt sich ein deutliches Gefälle zwischen den Kernen der Regionen und den Umlandkreisen identifizieren (s. Grafik 6). Die Pro-Kopf-Steuereinnahmen liegen in einigen Kernen um mehr als die Hälfte höher als in den Randgebieten, in München fast doppelt so hoch. Die *Entwicklung der Steuereinnahmen in € je E. zwischen 2005 und 2009* betrug im Bundesdurchschnitt 18,9% (2000 bis 2007: gut 31,1%) und lag damit deutlich über der Inflationsrate von etwa 7%.²⁴ Insbesondere in Ostdeutschland war die Zunahme des gesamten Steueraufkommens (je E.) mit einem Wert von ca. 30% äußerst positiv. Vor allem fällt die Region Rostock mit einer Zunahme um 50% (auf einem niedrigen Ausgangsniveau) in diesem Zeitraum auf.²⁵

Diese Entwicklungen sind unter anderem durch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (einschließlich Umsatzsteueranteil) bedingt, die 2009 je E. in Ostdeutschland gegenüber 2005 um knapp 22% zunahmen.

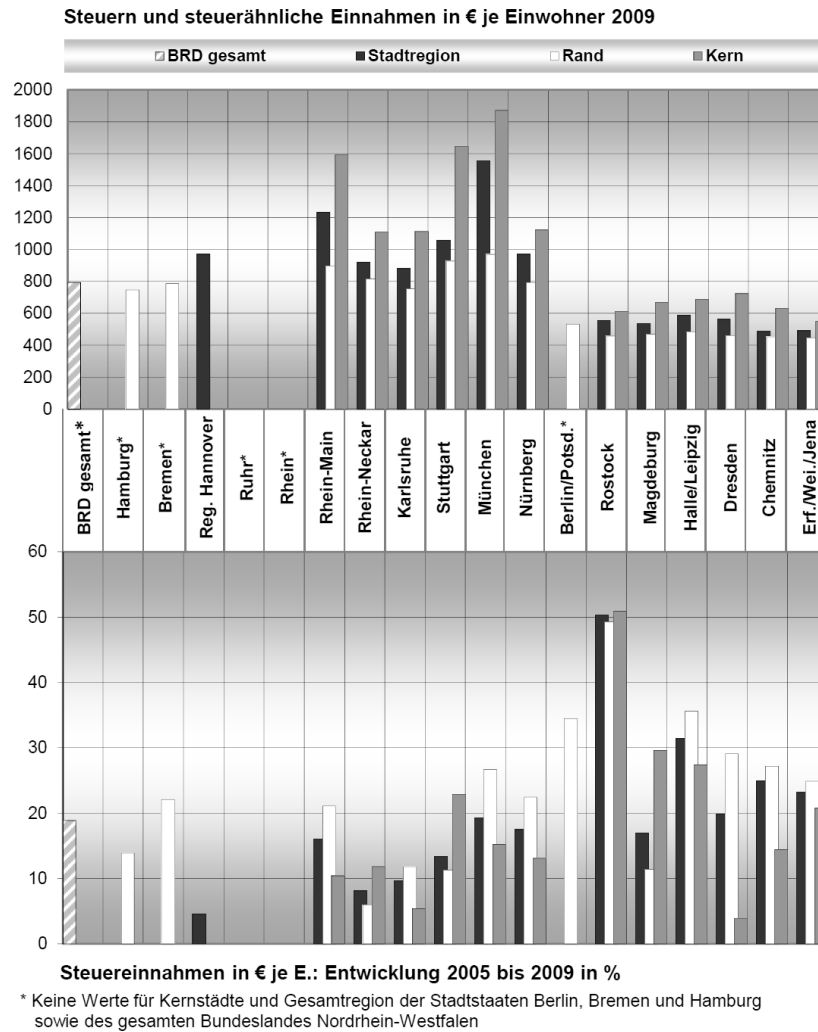
den neuen und alten Ländern nur bedingt komparabel sind, wurden die Werte für die beiden Stadtgrößenklassen der westdeutschen Städte miteinander verglichen.

23 Bei dieser Berechnung werden aufgrund fehlender Daten die Werte für die Kernstädte Hamburg, Bremen und Berlin sowie die gesamten Werte für das Bundesland Nordrhein-Westfalen nicht berücksichtigt. Daher können die Werte für 2009 nur bedingt mit den vorigen Werten verglichen werden.

24 Vgl. Fußnote 21.

25 Nach Auskünften des Kämmerei- und Finanzverwaltungsamtes Rostock sowie der Entwicklungsgesellschaft Bad Doberan (EGDmbH) wurde diese stark positive Entwicklung von mehreren unterschiedlichen Faktoren beeinflusst. Es kann beispielsweise u.a. auf die Rückläufigkeit der Abschreibungen und weiteren den Gewerbeertrag mindern- den Faktoren und der dadurch gestiegenen Anzahl der Gewerbesteuerzahler, die Veränderung der Struktur der Gewerbesteuerpflichtigen (viele Einzelunternehmen und Personengesellschaften) sowie die unterdurchschnittlichen Auswirkungen der Finanz- sowie Wirtschaftskrise im Vergleich zum Bundesdurchschnitt zurückgeführt werden.

Grafik 6: Steuereinnahmen in den ausgewählten Stadtregionen



Für die Steuereinnahmen der Landkreise und kreisfreien Städte stellen die *Gewerbesteuer (netto) einschließlich der Umsatzsteuer*²⁶ sowie der *Gemeinde-*

26 Mit der Aufhebung der Gewerbesteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der Umsatzsteuer beteiligt. Da diese Umschichtung in der Literatur als „Ausgleich“ (Hidien 1998: 617) angesehen wird, wird die Umsatzsteuer mit einbezogen.

*anteil an der Lohn- und Einkommensteuer*²⁷ mit einem Anteil von 47% bzw. 40% an den gesamten Steuern die wichtigsten Steuereinnahmequellen dar. Dabei hat die Gewerbesteuer für die kreisfreien Städte mit einem Anteil von 54% an den Gesamtsteuereinnahmen eine erheblich größere Bedeutung als für die Landkreise (42%). Seit 2005 konnten die neuen Länder mit +21,6% bei der Gewerbesteuer zwar gegenüber Westdeutschland – wo die Gewerbesteuereinnahmen je E. um 8,6% stiegen – eine deutlich höhere Wachstumsrate erzielen. Da diese auf der Basis erheblich niedrigerer Ausgangswerte entstanden, erreichten die ostdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte 2009 einschließlich der Umsatzsteuer im Durchschnitt mit 257 € lediglich 63% (2007: 57%) des Pro-Kopf-Betrages der westdeutschen (407 €). Im Jahr 2002 lag allerdings der Anteil bei 54%, 1998 bei 36%.

Die Kernstädte der ausgewählten ostdeutschen Agglomerationen erreichen durchschnittlich knapp 46% des Pro-Kopf-Betrages der alten Länder, wobei bei dieser wirtschaftsbezogenen Steuer die innerdeutschen Disparitäten zwischen den kreisfreien Städten am stärksten ausgeprägt sind. Die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen aus der Gewerbesteuer einschließlich der Umsatzsteuer (> 800 €) können 2007 die Kernstädte der Stadtregionen Stuttgart, München, Rhein-Main und Hamburg verbuchen. Im Westen Deutschlands fließen die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen (< 550 €) aus der wirtschaftsbezogenen Steuerquelle den Kernstädten der traditionell altindustriell geprägten Regionen Bremen und Ruhr zu sowie Nürnberg. Im Gebiet der neuen Länder verzeichnet die Kernstädte der Region Erfurt/Weimar/Jena die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen (< 300 €). Am höchsten (> 350 €) liegen die Erträge aus dieser Steuer in den Kernstädten der Stadtregionen Dresden, Magdeburg und Leipzig. Mehr als verdoppeln (+58%) konnte die Pro-Kopf-Einnahmen aus der wirtschaftsbezogenen Steuer die Stadt Rostock gegenüber dem Jahr 2005 (2009: 291 €).²⁸ ‚Verlierer‘ (Abnahme von > 5%) waren dagegen die Region Hannover, die Kernstädte von Hamburg und Dresden sowie die Randkreise der Regionen Rhein-Neckar und Karlsruhe. Nach dem aktuellen Gemeindefinanzbericht (Anton; Diemert 2011) ist das Aufkommen der Gewerbesteuer im Jahr 2010 weiterhin gewachsen und soll laut Prognose weiterhin ansteigen (ebd.: 12ff.).

Die Hebesätze blieben bundesweit im Zeitraum 2005 bis 2009 insgesamt fast unverändert (+1%-Punkt). Einen leichten Anstieg um 6%-Punkte ver-

27 Seit der Gemeindefinanzreform 1970 werden die Gemeinden an dem Aufkommen aus der Einkommensteuer beteiligt. Der Einkommensteueranteil fließt derjenigen Gemeinde zu, in der der einkommensteuerpflichtige Bürger seinen Wohnsitz hat. Dies führt für viele Kernstädte zu negativen finanziellen Auswirkungen der Bevölkerungssuburbanisierung. Besonders hoch sind die negativen Verluste für die Stadtstaaten, da hier neben dem Gemeindeanteil von 15% auch der Länderanteil (42,5%) an den Einnahmen aus der Einkommensteuer verloren geht.

28 Vgl. Fußnote 25.

zeichnen die ostdeutschen Landkreise und mit einem Anstieg von 30%-Punkten sticht die Kernstadt der Region Rostock heraus, was einen Teil der positiven Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen erklärt. Am stärksten gesenkt wurde der Hebesatz in diesem Zeitraum in der Kernstadt München um 13%-Punkte (s. Tabelle 5.2).

Zwar ähneln die Strukturen in der Höhe des Aufkommens bei dem *Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer* grundsätzlich denen der Gewerbesteuer, jedoch sind sie im Gebiet der alten Länder inter- und intraregional weitaus weniger disparat ausgeprägt. Diese einwohnerbezogene Steuer ist mit einem Anteil von 44% (2007: 39%) für die gesamten Steuereinnahmen der Landkreise von erheblich größerer Bedeutung als für die kreisfreien Städte mit 30% (2007: 27%). In den neuen Ländern erreichen die Einnahmen aus der Einkommensteuer in den kreisfreien Städten mit durchschnittlich 174 € je E. 48% des Aufkommens der westdeutschen Städte (363 € je E.) und in den ostdeutschen Landkreisen mit 149 € je E. lediglich 43% des Westniveaus (343 €). Dabei hat sich das Pro-Kopf-Aufkommen seit 2005 um durchschnittlich 35,5% erhöht, wobei die ostdeutschen Länder mit +73% ein deutlich stärkeres Wachstum verzeichnen konnten als die westdeutschen (+26%). Dort lag die Zunahme damit in beiden Fällen weit über der Inflationsrate von 7%. Ein wesentlicher Grund für die höheren Einnahmen aus dieser Steuerart ist die Zunahme der Beschäftigten und die Folgewirkungen des Konjunkturaufschwungs seit 2005. Laut Gemeindefinanzbericht sind diese im Jahr 2010 im Vergleich zu 2009 wieder um 3,6% gesunken (ebd.: 11).

Aufgrund der seit 2005 insgesamt sehr günstigen Entwicklungen der Steuereinnahmen wurden im bundesweiten Durchschnitt die *Ausgaben für Sachinvestitionen in € je E.* 2009 gegenüber 2005 um 31% erhöht, wobei die Erhöhung in den ostdeutschen Ländern – auf nur noch geringfügig höherem Ausgangsniveau – sogar noch knapp 19% betrug. Doch diese Entwicklung ist insbesondere in Ostdeutschland sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während in den Kernen der Regionen Rostock und Magdeburg die Sachinvestitionen seit 2005 um mehr als die Hälfte gesunken sind sie in den Rändern dieser Regionen um mehr als 30% gewachsen. Die höchsten Zuwachsraten (< 70%) sind in den Randkreisen der Region Erfurt/Weimar/Jena sowie die Kerne der Region Rhein-Neckar zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist zum einen Teil dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG)²⁹ geschuldet sowie dem bisher niedrigsten Ausgangsniveau der Sachinvestitionen im Jahr 2005 (2010 € je E.) (Anton; Diemert 2010: 18). Trotz der positiven Entwicklung existiert in

29 Das Zukunftsinvestitionsgesetz sichert den Ländern und Kommunen für die Jahre 2009 und 2010 vom Bund 10 Mrd. € für Investitionen zu, verteilt nach einem bestimmten Schlüssel. 3,3 zusätzliche Mrd. kommen aus den Haushalten der Länder und Kommunen und 70% der Mittel sollen als kommunalbezogene Investitionen dienen (Bundesrepublik Deutschland 2009).

Gesamtdeutschland ein erheblicher Investitionsrückstand und Investitionsbedarf, den das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) für den Zeitraum 2006 bis 2020 auf über 700 Mrd. € schätzt (Deutsches Institut für Urbanistik 2008: 12).

Offenbar konnte jedoch durch die seit 2005 relativ günstige Entwicklung auf der Steuereinnahmenseite und trotz gleichzeitiger Zunahme der Investitionstätigkeit eine Abnahme der *Schulden in € je E.* im Durchschnitt aller 429 Kreise und kreisfreien Städte mit gut -8,4% erreicht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch die kumulierten Haushaltsfehlbeträge aus den Vorjahren sich viele Städte und Gemeinden gezwungen sahen, große Teile ihrer laufenden Ausgaben über Kassenkredite zu finanzieren. Der Stand der kommunalen Kassenkredite ist in einem Jahr (2009 bis 2010) um mehr als 5,5 Mrd. € gewachsen. Mit über 37,3 Mrd. € haben sie sich seit dem Jahr 2000 in nur sieben Jahren fast verfünffacht (Anton; Diemert 2010: 11f.).

Die positive Entwicklung bei den in der Tabelle 5.2 ausgewiesenen Kreditmarktschulden gilt vor allem für die ostdeutschen Kommunen. In den ostdeutschen kreisfreien Städten hat die Pro-Kopf-Verschuldung um gut 15% abgenommen, während sie in den westdeutschen (nominal) stagnierten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Zahlen nicht ‚die ganze Wahrheit‘ wiedergeben, da neben den Kernhaushalten lediglich die fundierten Schulden der Eigenbetriebe und kommunalen Krankenhäuser einbezogen werden. Unberücksichtigt bleiben aber weitere Rechtsformen, von denen die Kommunen auch umfassend Gebrauch machen und für deren Verschuldung sie mit bürgen. Zu nennen wären z. B. die als Aktiengesellschaft (AG) geführten Stadtwerke oder eine Wohnungsgesellschaft, die privatrechtlich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) organisiert ist. Bei den kommunalen Unternehmen fallen mittlerweile etwa genauso viele Schulden an wie im Kernhaushalt.³⁰

Perspektivisch stehen die Städte vor gewaltigen Herausforderungen, denn trotz einer im Allgemeinen volkswirtschaftlichen Stabilisierung geht nicht automatisch eine Stabilisierung der kommunalen Haushalte einher. Denn bei perspektivisch sinkenden Einnahmen (im Jahr 2010 -2,4% der Gesamteinnahmen gegenüber 2009) steigen die Gesamtausgaben der kommunalen Ausgaben um insgesamt 2%, insbesondere im Bereich der sozialen Ausgaben und Zinsen. Zusätzlich besteht seitens der Kommunen die Befürchtung, dass die Länder durch die seit 2009 im Grundsatz verankerte sog. ‚Schuldenbremse‘³¹ die Schulden auf die kommunale Ebene verlagern werden.

30 Für eine erste umfassende Analyse der kommunalen Verschuldungssituation sei auf die Publikation von Junkernheinrich/Micosatt (2008) verwiesen.

31 Die Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auskommen (Bundesministerium für Finanzen 2012).

Tabelle 1.1: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km ² 2007	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2007	Bevölkerung Entw. 1995-2007 in %	Bevölkerung Entw. 2000-2007 in %	Gesamtwanderungs- saldo 2007 je 1 000 E.	Außenwanderungs-saldo 2007 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2007 in %
BRD insgesamt		429	357089	82217,	0,5	-0,1	0,5	0,5	8,8
Westdeutschland		326	248494	65664,	2,3	1,0	1,3	0,6	9,8
Ostdeutschland		103	108595	16553,	-6,2	-3,9	-2,6	0,3	4,8
Landkreise		312	340158	55508,	1,2	-0,6	-0,9	0,3	6,6
Westdeutschland		236	236332	45913,	3,3	0,8	0,3	0,3	7,6
Ostdeutschland		76	103826	9594,7	-7,9	-6,7	-6,6	-0,1	1,7
Kreisfreie Städte		117	16931	26709,	-0,9	1,0	3,4	1,1	13,5
Westdeutschland		90	12162	19750,	0,1	1,4	3,6	1,1	15,0
Ostdeutschland		26	3877	3542,6	-5,7	-0,8	2,3	0,5	4,2
Berlin Ost/West		1	892	3416,3	-1,6	1,0	3,5	1,4	14,0
<i>Kreisfreie Städte</i>									
> 1 Mio. E.		3	1957	6498,5	1,3	3,0	6,5	2,0	16,0
Westdeutschland		2	1066	3082,2	4,7	5,4	9,9	2,8	18,2
Berlin Ost/West		1	892	3416,3	-1,6	1,0	3,5	1,4	14,0
< 1 Mio. E.		10	2706	6070,7	1,7	2,1	5,2	0,8	15,3
Westdeutschland		8	2080	5052,6	0,5	1,6	4,3	0,8	17,2
Ostdeutschland		2	626	1018,0	8,3	4,8	9,8	0,8	5,6
< 500.000 E.		7	1501	2522,6	-3,1	-1,2	-0,2	0,9	15,0
Westdeutschland		7	1501	2522,6	-3,1	-1,2	-0,2	0,9	15,0
Ostdeutschland		—	—	—	—	—	—	—	—
< 300.000 E.		51	6922	8899,7	-2,2	0,5	2,0	0,9	11,8
Westdeutschland		42	5297	7329,0	-0,5	0,9	2,1	1,0	13,4
Ostdeutschland		9	1625	1570,7	-9,2	-1,2	1,6	0,5	4,0
< 100.000 E.		46	3844	2717,9	-5,4	-2,0	0,2	0,4	7,5
Westdeutschland		31	2218	1764,1	-1,2	0,0	2,8	0,6	10,0
Ostdeutschland		15	1626	953,8	-12,3	-5,6	-4,6	0,1	3,1

Noch Tabelle 1.1: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km² 2007	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2007	Bevölkerung Entw. 1995-2007 in %	Bevölkerung Entw. 2000-2007 in %	Gesamtwanderungs- saldo 2007 je 1 000 E.	Außenwanderungs- saldo 2007 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2007 in %
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg		7	7304	3184,6	5,9	3,0	7,1	1,8	10,3
Kern		1	755	1770,6	3,7	5,4	9,5	3,1	14,3
Rand		6	6549	1414,0	8,9	1,0	4,1	0,1	5,3
Bremen		8	3893	1363,0	1,0	2,1	1,6	1,3	9,3
Kern		1	325	547,8	-0,3	1,6	1,8	1,7	13,1
Rand		7	3568	815,2	1,8	4,8	1,4	1,0	6,7
Region Hannover		1	2291	1130,0	1,9	-1,2	2,5	1,1	10,4
Ruhr		16	5494	5675,3	-3,8	-2,4	-1,3	0,8	11,7
Kern		10	1455	3178,9	-5,2	-2,6	-0,6	1,1	13,6
Rand		6	4039	2496,4	-1,9	-2,3	-2,1	0,3	9,4
Rhein		15	5325	5775,2	2,0	1,2	2,1	0,4	12,6
Kern		8	1312	2923,7	0,5	1,3	3,2	0,6	15,9
Rand		7	4013	2851,5	3,5	1,0	0,8	0,1	9,3
Rhein-Main		16	7567	4059,3	3,2	1,7	1,7	-0,7	14,0
Kern		7	1296	1955,5	3,0	2,4	3,3	-0,6	18,0
Rand		9	6271	2103,8	3,3	1,0	0,2	-0,8	10,4
Rhein-Neckar		9	2613	1747,5	2,1	1,5	2,8	1,7	13,8
Kern		3	331	618,9	0,2	1,6	4,3	4,5	21,2
Rand		6	2281	1128,6	3,2	1,4	1,9	0,1	9,8
Karlsruhe		5	2393	1161,1	5,0	2,6	3,9	2,1	11,5
Kern		2	271	408,3	3,5	3,2	7,7	5,0	16,2
Rand		3	2122	752,8	5,8	2,3	1,8	0,5	8,9
Stuttgart		9	5373	3341,9	4,6	2,4	0,7	-0,6	15,2
Kern		1	207	597,2	2,0	2,3	4,6	-0,3	23,1
Rand		8	5166	2744,8	5,1	2,5	-0,1	-0,6	13,5
München		8	4700	2509,9	9,2	7,3	9,3	1,3	17,3
Kern		2	978	1627,0	7,4	8,1	10,6	1,9	21,4
Rand		6	3722	882,9	12,7	5,8	6,9	0,3	9,8

Noch Tabelle 1.1: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km² 2007	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2007	Bevölkerung Entw. 1995-2007 in %	Bevölkerung Entw. 2000-2007 in %	Gesamtwanderungs- saldo 2007 je 1 000 E.	Außenwanderungs- saldo 2007 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2007 in %
Nürnberg		9	3577	1412,1	3,1	2,0	3,5	0,4	11,1
Kern		4	367	760,6	2,8	3,1	5,5	0,0	16,0
Rand		5	3210	651,4	3,4	0,8	1,1	0,9	5,5
Berlin/Potsdam		11	17615	5083,1	2,0	1,4	3,3	1,0	10,2
Kern		2	1079	3567,1	-1,1	1,6	3,8	1,4	13,6
Rand		9	16536	1516,1	10,1	1,0	2,2	0,1	2,3
Rostock		2	1544	319,1	-2,8	0,1	0,7	0,4	3,2
Kern		1	181	200,4	-11,9	0,0	4,0	0,7	3,9
Rand		1	1362	118,7	17,7	0,5	-4,7	-0,2	2,0
Magdeburg		4	5570	734,5	-9,7	-6,2	-5,0	-0,1	2,0
Kern		1	201	230,1	-10,7	-0,6	4,8	-0,3	3,5
Rand		3	5369	504,4	-9,2	-8,5	-9,4	0,0	1,4
Halle/Leipzig		6	4365	1344,1	-5,2	-2,4	0,1	0,3	3,9
Kern		2	432	744,8	-1,2	0,5	5,1	1,0	5,6
Rand		4	3933	599,3	-9,8	-5,8	-6,2	-0,4	1,8
Dresden		7	4864	1211,8	-3,5	-1,6	0,6	-0,2	3,2
Kern		1	328	507,5	8,2	6,2	10,7	0,0	4,8
Rand		6	4536	704,3	-10,5	-6,6	-6,7	-0,3	2,0
Chemnitz		6	3106	819,9	-10,7	-6,8	-4,8	0,3	2,4
Kern		1	221	245,0	-8,2	-5,5	1,8	1,6	4,7
Rand		5	2885	574,9	-11,7	-7,4	-7,7	-0,2	1,4
Erfurt/Wei./Jena		8	4671	877,0	-3,6	-2,5	-2,5	0,9	2,7
Kern		3	468	370,4	-1,0	2,1	2,4	1,2	4,1
Rand		5	4203	506,6	-5,5	-5,6	-6,0	0,6	1,7
Stadtregionen (ges.)		146	89972	40619,5	1,1	0,8	2,1	0,6	11,3
Kerne gesamt		50	10209	20253,9	0,1	1,6	4,3	1,2	14,7
Westdeutschland		39	7299	14388,6	0,8	1,7	4,3	1,3	16,5
Ostdeutschland		11	2911	5865,3	-1,5	1,4	4,5	1,1	10,1
Ränder gesamt		96	79763	20365,6	2,2	0,0	-0,2	0,0	7,9
Westdeutschland		63	40940	15841,4	3,8	1,3	0,9	0,0	9,6
Ostdeutschland		33	38823	4524,2	-3,1	-4,1	-3,9	-0,1	1,9

Tabelle 1.2: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator Binnenwanderungssaldo insgesamt 2007 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 E. 2007	Einwohner im Alter von 0-<18 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren 2007 in %	Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 64 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 74 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 74 Jahren Entw. 2000-2007 in %
BRD insgesamt	0,0	-1,7	-9,9	6,1	0,9	20,1	20,6	8,5	17,6
Westdeutschland	0,7	-1,4	-6,4	6,0	-1,4	19,7	19,4	8,5	16,6
Ostdeutschland	-2,9	-2,9	-24,6	6,5	10,2	21,6	25,2	8,6	21,3
Landkreise	-1,1	-2,0	-11,0	5,4	-4,9	20,2	22,3	8,5	21,0
Westdeutschland	0,0	-1,5	-7,3	5,4	-6,1	19,7	22,1	8,3	20,3
Ostdeutschland	-6,5	-4,3	-29,4	5,5	1,2	22,5	23,2	9,1	24,4
Kreisfreie Städte	2,4	-1,1	-7,1	7,4	11,1	20,0	17,2	8,5	11,0
Westdeutschland	2,5	-1,2	-3,9	7,3	7,9	19,8	13,6	8,7	9,2
Ostdeutschland	1,8	-2,0	-21,5	7,7	26,7	22,5	29,3	8,9	23,8
Berlin Ost/West	2,2	0,1	-11,8	7,8	14,9	18,4	26,9	7,0	8,8
<i>Kreisfreie Städte</i>									
> 1 Mio. E.	4,5	0,5	-5,5	8,1	16,1	18,3	21,6	7,3	6,2
Westdeutschland	7,1	1,0	2,2	8,5	17,3	18,2	16,0	7,7	3,7
Berlin Ost/West	2,2	0,1	-11,8	7,8	14,9	18,4	26,9	7,0	8,8
< 1 Mio. E.	4,5	-0,7	-3,8	7,7	13,7	20,0	15,9	8,6	11,0
Westdeutschland	3,5	-0,8	-2,4	7,5	8,8	19,6	13,7	8,5	9,4
Ostdeutschland	9,1	-0,1	-11,6	8,9	40,3	21,8	27,1	8,9	19,2
< 500.000 E.	-1,0	-2,3	-6,6	6,6	2,5	20,6	11,4	9,2	12,2
Westdeutschland	-1,0	-2,3	-6,6	6,6	2,5	20,6	11,4	9,2	12,2
Ostdeutschland	—	—	—	—	—	—	—	—	—
< 300.000 E.	1,1	-1,6	-8,0	7,2	9,2	20,3	16,1	8,8	12,5
Westdeutschland	1,1	-1,5	-5,1	7,2	6,1	19,9	13,3	8,8	10,2
Ostdeutschland	1,1	-2,2	-22,3	7,6	25,7	22,3	29,6	8,8	24,8
< 100.000 E.	-0,3	-3,4	-15,0	6,5	5,9	22,3	19,9	9,5	14,4
Westdeutschland	2,1	-3,1	-7,7	6,4	2,3	21,5	14,2	9,7	8,8
Ostdeutschland	-4,7	-3,8	-29,0	6,6	12,9	23,8	31,0	9,2	27,4

Noch Tabelle 1.2: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator Binnenwanderungssaldo insgesamt 2007 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 E. 2007	Einwohner im Alter von 0-<18 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren 2007 in %	Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 64 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 74 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 74 Jahren Entw. 2000-2007 in %
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg	5,3	-0,7	-1,0	6,6	4,8	19,2	22,3	7,9	9,9
Kern	6,4	-0,2	-1,1	8,0	10,8	18,6	13,9	8,0	3,1
Rand	4,0	-1,3	-0,9	4,8	-6,0	20,0	33,8	7,7	20,3
Bremen	0,3	-2,2	-5,5	6,1	0,4	20,2	19,9	8,5	9,8
Kern	0,2	-2,1	-4,8	7,1	10,3	21,0	16,3	9,2	7,5
Rand	0,4	-2,3	-5,9	5,4	-7,1	19,6	22,6	8,1	11,7
Region Hannover	1,4	-1,4	-2,7	6,5	2,3	20,6	19,9	8,7	12,3
Ruhr	-2,0	-3,5	-9,7	5,7	-4,7	21,1	13,0	9,2	18,1
Kern	-1,7	-3,8	-8,4	6,0	-1,3	21,5	9,7	9,6	14,9
Rand	-2,4	-3,2	-11,2	5,2	-9,3	20,5	17,6	8,8	22,7
Rhein	1,7	-1,1	-4,6	6,1	1,2	19,8	20,6	8,2	17,3
Kern	2,6	-0,7	-3,5	7,0	6,4	19,6	15,6	8,4	11,5
Rand	0,7	-1,5	-5,6	5,1	-5,3	20,0	26,1	8,0	24,2
Rhein-Main	2,4	0,1	-2,1	6,3	0,8	18,7	20,2	8,0	14,6
Kern	3,9	1,2	1,6	7,3	6,3	18,3	15,9	7,9	9,6
Rand	1,0	-0,9	-5,0	5,4	-5,4	19,1	24,2	8,0	19,7
Rhein-Neckar	1,1	-1,0	-5,7	6,3	3,2	19,4	19,6	8,3	18,4
Kern	-0,2	0,2	-4,0	7,8	7,6	18,6	13,5	8,3	11,0
Rand	1,8	-1,6	-6,5	5,5	0,1	19,8	23,0	8,3	22,8
Karlsruhe	1,8	-0,7	-5,6	6,2	2,7	19,2	22,1	8,2	21,7
Kern	2,7	-0,7	-2,2	7,5	8,8	19,8	14,1	9,0	10,7
Rand	1,2	-0,6	-7,0	5,5	-1,3	18,8	27,3	7,8	29,7
Stuttgart	1,3	0,7	-4,3	6,4	-0,8	18,7	25,2	7,8	20,7
Kern	4,9	0,9	-1,5	8,2	5,8	18,8	16,3	8,2	6,9
Rand	0,5	0,6	-4,8	6,0	-2,6	18,6	27,3	7,7	24,5
München	8,0	2,1	5,4	7,5	14,9	17,7	26,6	7,2	12,4
Kern	8,7	2,3	7,8	8,4	22,0	17,9	23,2	7,3	7,9
Rand	6,7	1,7	2,1	5,7	-0,6	17,5	33,5	6,9	22,1

Noch Tabelle 1.2: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator Binnenwanderungssaldo insgesamt 2007 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 E. 2007	Einwohner im Alter von 0-18 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren 2007 in %	Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 64 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 74 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 74 Jahren Entw. 2000-2007 in %
Nürnberg	3,1	-1,3	-6,1	6,3	5,6	19,5	20,5	8,3	16,4
Kern	5,5	-1,0	-2,0	7,4	12,7	20,0	15,6	8,8	11,2
Rand	0,2	-1,7	-9,7	5,1	-4,6	18,9	27,2	7,7	24,3
Berlin/Potsdam	2,4	-0,7	-14,5	7,1	15,2	19,1	30,8	7,2	16,9
Kern	2,5	0,2	-14,5	7,8	16,0	18,4	27,6	7,0	10,0
Rand	2,2	-2,8	-21,4	5,4	12,7	20,7	38,0	7,5	35,6
Rostock	0,4	-1,6	-26,4	7,2	33,1	20,8	42,2	7,4	41,5
Kern	3,2	-1,2	-26,0	8,4	42,1	22,4	41,5	8,0	43,0
Rand	-4,5	-2,1	-27,0	5,2	13,4	18,1	43,9	6,5	38,6
Magdeburg	-4,9	-4,8	-29,0	6,2	9,3	22,5	22,6	9,0	21,3
Kern	5,1	-3,4	-22,6	7,5	33,5	22,9	27,8	8,9	20,4
Rand	-9,4	-5,4	-31,4	5,5	-1,7	22,4	20,3	9,0	21,7
Halle/Leipzig	-0,2	-2,7	-22,5	7,1	19,4	22,1	24,4	9,0	22,3
Kern	4,2	-1,8	-17,0	8,4	33,1	22,2	25,4	9,0	19,6
Rand	-5,7	-3,8	-28,1	5,5	-0,1	22,1	23,1	9,0	25,8
Dresden	0,8	-1,6	-21,5	7,0	18,3	22,8	26,1	9,3	20,3
Kern	10,7	1,0	-10,7	9,0	38,8	21,5	28,5	8,8	18,6
Rand	-6,4	-3,5	-27,6	5,6	1,0	23,8	24,5	9,7	21,3
Chemnitz	-5,2	-5,0	-26,1	5,9	5,3	24,8	17,3	10,8	19,6
Kern	0,3	-4,8	-22,7	6,5	17,0	25,7	22,2	10,8	17,5
Rand	-7,5	-5,1	-27,4	5,7	0,4	24,4	15,2	10,8	20,6
Erfurt/Wei./Jena	-3,3	-2,3	-24,1	7,0	15,1	20,7	26,0	8,2	21,9
Kern	1,2	-0,4	-18,2	8,4	28,6	20,0	29,9	7,9	22,6
Rand	-6,6	-3,8	-27,9	5,9	3,7	21,2	23,4	8,5	21,5
Stadtregionen	1,5	-1,2	-8,1	6,4	5,2	19,8	21,8	8,2	17,0
Kerne gesamt	3,1	-0,6	-5,7	7,5	11,9	19,6	18,2	8,3	11,4
Westdeutsch-	3,0	-0,7	-2,5	7,2	7,8	19,5	14,6	8,5	10,2
Ostdeutschland	3,4	-0,4	-13,8	8,0	22,3	19,9	27,7	7,7	14,7
Ränder gesamt	-0,2	-1,7	-10,1	5,4	-2,8	20,0	25,6	8,2	23,2
Westdeutsch-	0,9	-1,1	-5,8	5,4	-4,7	19,5	25,2	8,0	22,4
Ostdeutschland	-3,9	-3,7	-26,1	5,5	4,6	22,0	26,5	8,7	26,0

Tabelle 2: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m ² je E. 2007	Wohnfläche Differenz 2000-2007 in m ² je E.	Baulandpreise 2005/06/07 in € je m ²	Fertiggestellte Woh- nungen in 1 000 2007	Entw. der Zahl der fertig gestellten Woh- nungen 2000-2007 in %	Fertig gestellte Woh- nungen je 1 000 des Bestandes insg. 2007	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2007	PKW je 1 000 E. 2007
BRD insgesamt		41,0	2,4	112,8	210,7	-50,2	5,3	2,2	501
Westdeutschland		41,7	2,3	134,2	183,8	-44,8	5,9	2,4	512
Ostdeutschland		38,3	2,6	44,9	26,9	-70,1	3,0	1,7	457
Landkreise		42,3	3,0	95,1	155,0	-52,1	6,0	2,2	536
Westdeutschland		43,1	2,8	115,1	138,1	-47,7	6,6	2,4	539
Ostdeutschland		38,5	3,9	32,8	16,9	-71,6	3,4	1,6	523
Kreisfreie Städte		38,5	1,1	160,0	55,7	-44,1	3,9	2,2	428
Westdeutschland		38,6	1,2	184,3	45,7	-33,7	4,4	2,3	449
Ostdeutschland		37,8	0,9	68,1	6,4	-70,8	3,1	2,1	412
Berlin Ost/West		38,4	0,6	356,6	3,7	-59,0	2,0	1,4	319
<i>Kreisfreie Städte</i>									
> 1 Mio. E.		37,5	0,3	614,9	11,4	-47,4	3,3	2,3	371
Westdeutschland		36,5	-0,1	744,1	7,7	-39,1	4,7	3,2	428
Berlin Ost/West		38,4	0,6	356,6	3,7	-59,0	2,0	1,4	319
< 1 Mio. E.		38,0	0,6	301,3	13,1	-40,6	4,0	2,7	425
Westdeutschland		37,9	0,9	341,2	11,8	-24,4	4,4	2,8	435
Ostdeutschland		38,3	-1,1	141,4	1,3	-79,4	2,2	1,8	376
< 500.000 E.		38,8	1,7	131,9	5,0	-29,7	3,8	1,6	464
Westdeutschland		38,8	1,7	131,9	5,0	-29,7	3,8	1,6	464
Ostdeutschland		–	–	–	–	–	–	–	–
< 300.000 E.		38,6	1,4	163,5	20,4	-41,7	4,4	2,1	446
Westdeutschland		38,9	1,4	182,1	17,3	-33,1	4,6	2,0	452
Ostdeutschland		37,2	1,1	76,8	3,1	-66,0	3,4	2,4	416
< 100.000 E.		41,0	2,2	99,9	5,8	-57,9	3,9	2,0	476
Westdeutschland		42,7	2,1	122,5	3,9	-49,4	4,2	2,0	493
Ostdeutschland		38,0	2,4	53,2	1,9	-68,6	3,4	2,0	444

Noch Tabelle 2: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m² je E. 2007	Wohnfläche Differenz 2000-2007 in m² je E.	Baulandpreise 2005/06/07 in € je m²	Fertiggestellte Woh- nungen in 1 000 2007	Entw. der Zahl der fer- tig gestellten Woh- nungen 2000-2007 in %	Fertig gestellte Woh- nungen je 1 000 des Bestandes insg. 2007	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2007	PKW je 1 000 E. 2007
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg		38,4	1,2	168,8	8,0	-50,2	5,2	2,7	462
Kern		35,5	0,4	480,5	3,2	-51,2	3,6	2,6	403
Rand		42,1	2,2	116,9	4,8	-49,5	7,4	2,9	537
Bremen		42,5	2,0	88,9	2,7	-60,0	4,0	1,9	453
Kern		39,9	0,7	165,8	0,9	-42,0	3,3	1,7	393
Rand		44,2	2,8	77,9	1,8	-65,7	4,5	2,1	493
Region Hannover		42,0	1,5	150,4	2,0	-51,1	3,4	1,3	448
Ruhr		37,9	2,4	155,4	9,8	-50,2	3,5	1,5	471
Kern		37,8	2,1	163,9	4,5	-48,4	2,7	1,3	448
Rand		38,1	2,7	141,2	5,3	-51,7	4,6	1,8	501
Rhein		39,4	1,6	195,6	14,4	-41,8	5,1	2,4	486
Kern		38,4	1,1	210,6	7,2	-30,2	4,7	2,5	451
Rand		40,5	2,2	178,5	7,2	-50,1	5,6	2,3	521
Rhein-Main		40,9	1,8	255,0	12,1	-31,0	6,2	3,1	535
Kern		38,8	1,1	303,3	6,4	-19,2	6,5	3,5	499
Rand		42,8	2,4	217,5	5,7	-40,8	6,0	2,7	569
Rhein-Neckar		41,9	1,6	180,5	4,4	-40,2	5,3	1,9	506
Kern		38,6	0,7	118,0	1,3	-24,1	4,1	1,3	421
Rand		43,8	2,1	211,8	3,2	-45,0	6,0	2,3	552
Karlsruhe		41,7	1,4	195,5	3,6	-30,2	6,8	2,2	515
Kern		38,9	0,2	218,2	1,0	-29,7	5,0	1,9	448
Rand		43,2	2,1	180,3	2,6	-30,3	7,9	2,4	551
Stuttgart		39,7	1,7	320,3	10,8	-35,8	6,9	3,0	528
Kern		36,0	0,3	754,2	1,3	-28,1	4,3	2,1	454
Rand		40,6	2,0	266,1	9,5	-36,7	7,6	3,2	544
München		39,5	0,7	446,1	10,8	-31,6	8,5	4,2	526
Kern		38,5	-0,1	790,0	6,5	-29,9	7,4	4,3	523
Rand		41,2	2,3	331,5	4,3	-34,1	11,3	4,2	532

Noch Tabelle 2: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m ² je E. 2007	Wohnfläche Differenz 2000-2007 in m ² je E.	Baulandpreise 2005/06/07 in € je m ²	Fertiggestellte Woh- nungen in 1 000 2007	Entw. der Zahl der fertig gestellten Woh- nungen 2000-2007 in %	Fertig gestellte Woh- nungen je 1 000 des Bestandes insg. 2007	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2007	PKW je 1 000 E. 2007
Nürnberg		41,4	1,8	188,7	4,2	-30,2	6,2	3,0	508
Kern		38,9	0,7	231,2	2,1	2,5	5,4	3,2	453
Rand		44,3	3,1	154,7	2,1	-47,6	7,1	2,7	572
Berlin/Potsdam		38,4	1,5	88,0	9,7	-62,6	3,6	2,1	382
Kern		38,3	0,6	250,4	4,3	-56,0	2,2	1,6	323
Rand		38,5	3,5	51,9	5,4	-66,5	7,3	3,3	520
Rostock		36,9	3,3	62,8	1,2	-60,2	7,1	3,9	432
Kern		34,7	2,0	65,7	0,6	-50,7	5,2	1,5	367
Rand		40,5	5,6	59,8	0,6	-66,4	10,7	8,1	541
Magdeburg		39,4	3,4	37,5	1,0	-76,6	2,4	1,2	488
Kern		36,8	0,6	64,0	0,3	-74,9	1,8	1,3	421
Rand		40,5	4,5	28,6	0,7	-77,2	2,6	1,2	519
Halle/Leipzig		38,7	1,4	60,4	2,2	-79,4	3,0	1,5	437
Kern		40,0	-0,3	86,5	1,3	-77,3	2,9	1,6	365
Rand		37,1	3,4	47,4	0,9	-81,8	3,1	1,3	528
Dresden		36,2	1,4	63,3	1,6	-77,7	2,4	1,6	465
Kern		36,3	-1,4	197,0	0,6	-77,0	2,0	2,2	389
Rand		36,2	3,2	41,0	1,0	-78,0	2,8	1,2	520
Chemnitz		37,2	2,7	31,6	0,9	-75,1	1,9	1,0	521
Kern		39,5	0,9	45,0	0,2	-83,7	1,2	1,4	481
Rand		36,3	3,5	29,0	0,7	-70,9	2,2	0,8	539
Erfurt/Wei./Jena		37,5	2,3	49,5	1,6	-70,1	3,5	1,9	472
Kern		36,0	0,7	78,3	1,0	-61,9	4,9	2,9	411
Rand		38,5	3,4	32,2	0,6	-78,1	2,3	1,1	516
Stadtregionen (ges.)		39,3	1,7	169,7	99,0	-49,4	4,9	2,4	479
Kerne gesamt		38,0	0,8	228,4	42,6	-43,4	4,0	2,3	426
Westdeutschland		38,0	1,0	260,0	34,4	-33,0	4,6	2,5	456
Ostdeutschland		38,1	0,4	116,4	8,2	-65,8	2,5	1,7	351
Ränder gesamt		40,6	2,6	139,2	56,3	-53,2	5,9	2,5	532
Westdeutschland		41,3	2,3	190,5	46,4	-45,2	6,4	2,6	535
Ostdeutschland		38,0	3,6	41,1	9,9	-72,2	4,4	2,0	523

Tabelle 3: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2007	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 2000-2007 in % ³²	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2007 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 2000-2007 in % ³³	Pendlersaldo je 1 000 SVB am Arbeitsort 2007 ³⁴	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2007	Arbeitslosenquote 2007	Arbeitslosenquote Differenz 2001-2007 in %-Punkten
BRD insgesamt		26854,	-3,2	45,0	-1,3	6,3	3776,4	10,1	-0,1
Westdeutschland		21737,	-1,6	43,9	0,4	19,0	2485,8	8,4	0,4
Ostdeutschland		5117,3	-10,4	49,5	-8,2	-67,2	1290,6	16,8	-1,9
Landkreise		15430,	-3,3	43,8	-1,9	-194,1	2241,1	8,8	-0,5
Westdeutschland		12828,	-1,5	43,1	0,1	-180,2	1486,2	7,2	0,0
Ostdeutschland		2601,7	-13,3	47,1	-11,7	-290,8	754,9	16,4	-2,7
Kreisfreie Städte		11424,	-3,0	46,6	-6	278,7	1535,3	12,9	0,8
Westdeutschland		8908,9	-1,8	45,1	0,9	305,8	999,6	11,3	1,3
Ostdeutschland		1467,8	-7,0	52,3	-5,2	227,9	274,6	16,8	-1,3
Berlin Ost/West		1047,8	-8,0	51,5	-5,0	89,7	261,0	17,9	0,0
<i>Kreisfreie Städte</i>									
> 1 Mio. E.		2493,2	-3,3	48,4	-1,0	196,9	386,9	13,7	0,7
Westdeutschland		1445,4	0,5	46,2	2,4	274,6	125,9	9,0	1,5
Berlin Ost/West		1047,8	-8,0	51,5	-5,0	89,7	261,0	17,9	0,0
< 1 Mio. E.		2915,1	-2,1	45,6	1,2	363,3	354,1	13,0	1,3
Westdeutschland		2496,0	-2,3	44,6	1,5	363,3	279,1	12,2	1,7
Ostdeutschland		419,0	-1,3	51,2	-0,3	-	75,1	16,6	-0,9
< 500.000 E.		955,6	-6,0	44,1	-2,4	208,4	139,5	12,4	1,0
Westdeutschland		955,6	-6,0	44,1	-2,4	208,4	139,5	12,4	1,0
Ostdeutschland		-	-	-	-	-	-	-	-
< 300.000 E.		3825,9	-2,8	46,4	-0,6	282,0	491,8	12,2	0,8
Westdeutschland		3165,7	-1,9	45,0	0,4	291,9	373,5	11,4	1,3
Ostdeutschland		660,3	-8,4	53,0	-6,2	225,5	118,3	16,2	-1,4
< 100.000 E.		1234,7	-3,0	48,2	-2,1	321,3	162,9	13,2	-0,2
Westdeutschland		846,2	0,9	46,3	1,6	351,7	81,6	10,3	0,5
Ostdeutschland		388,5	-11,4	52,3	-9,0	232,4	81,3	18,3	-1,4

32 Für Sachsen-Anhalt fehlen die Daten für die SVB für das Jahr 2000

33 Für Sachsen-Anhalt fehlen die Daten für die weiblichen SVB für das Jahr 2000

34 Für Sachsen fehlen die Daten für das Pendlersaldo 2007

Noch Tabelle 3: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator							
	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2007	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 2000-2007 in %	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2007 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 2000-2007 in %	Pendlersaldo je 1 000 SVB am Arbeitsort 2007	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2007	Arbeitslosenquote 2007	Arbeitslosenquote Differenz 2001-2007 in %-Punkten
<i>Stadtregionen</i>								
Hamburg	1124,5	0,6	45,3	1,9	78,1	128,5	9,1	0,6
Kern	772,0	1,3	45,2	2,3	269,2	81,3	10,5	1,2
Rand	352,5	-0,7	45,3	1,1	-340,5	47,2	7,3	-0,3
Bremen	472,5	-1,5	44,2	0,4	116,6	71,8	11,8	0,4
Kern	234,3	-1,8	42,7	1,7	300,1	30,9	12,7	0,1
Rand	238,1	-1,3	45,6	-0,7	-64,0	40,9	11,1	0,6
Region Hannover	418,7	-6,8	46,0	-4,0	138,9	57,6	11,0	0,3
Ruhr	1632,8	-6,2	43,0	-2,5	-30,6	326,8	13,0	1,1
Kern	992,3	-5,6	43,1	-2,1	73,1	207,8	14,8	1,8
Rand	640,5	-7,0	42,9	-3,2	-191,2	118,9	10,7	0,3
Rhein	2021,3	-4,2	44,0	-1,1	100,2	279,7	10,7	1,7
Kern	1272,6	-4,6	44,9	-1,5	278,0	163,2	12,2	2,0
Rand	748,7	-3,6	42,3	-0,5	-201,9	116,5	9,1	1,4
Rhein-Main	1571,1	-2,1	44,4	1,0	122,6	149,8	8,1	1,6
Kern	998,7	-2,5	45,0	1,2	340,1	83,7	9,5	2,5
Rand	572,4	-1,5	43,3	0,7	-257,1	66,1	6,8	0,9
Rhein-Neckar	610,6	-1,8	43,7	1,7	63,0	59,0	7,6	0,0
Kern	321,0	-5,1	43,2	-0,2	408,3	25,4	9,4	0,1
Rand	289,6	2,1	44,2	3,7	-319,8	33,7	6,5	-0,1
Karlsruhe	417,4	2,2	43,9	3,1	40,3	32,8	6,1	0,1
Kern	200,6	0,3	47,6	2,4	341,1	15,3	8,3	0,8
Rand	216,8	3,9	40,4	3,9	-237,9	17,5	4,9	-0,2
Stuttgart	1256,1	-1,5	42,5	0,2	71,4	86,0	5,6	0,6
Kern	340,6	-2,7	44,7	1,2	427,0	19,5	7,3	1,0
Rand	915,5	-1,0	41,7	-0,3	-60,9	66,5	5,2	0,5
München	1074,6	2,8	45,7	5,2	158,5	66,7	5,7	1,3
Kern	843,4	1,3	45,8	3,9	298,7	50,3	6,6	1,6
Rand	231,2	8,9	45,5	10,2	-352,9	16,4	4,1	0,6

Noch Tabelle 3: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator							
	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2007	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 2000-2007 in %	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2007 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 2000-2007 in %	Pendlersaldo je 1 000 SVB am Arbeitsort 2007	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2007	Arbeitslosenquote 2007	Arbeitslosenquote Differenz 2001-2007 in %-Punkten
Nürnberg	544,0	0,5	44,8	2,2	88,9	50,8	7,8	0,3
Kern	390,3	0,0	44,6	1,4	336,3	35,2	10,1	0,8
Rand	153,7	1,8	45,4	4,3	-539,4	15,6	5,2	-0,3
Berlin/Potsdam	1508,5	-7,8	50,4	-5,0	-15,4	374,5	16,7	-0,8
Kern	1117,8	-7,4	51,7	-4,3	99,0	268,8	17,6	0,0
Rand	390,6	-8,9	46,5	-7,1	-342,7	105,7	14,7	-2,6
Rostock	106,0	-10,0	51,2	-5,8	-7,2	23,6	15,7	-1,0
Kern	74,9	-10,0	52,4	-6,7	153,7	16,1	17,4	0,5
Rand	31,1	-10,1	48,5	-3,3	-394,6	7,5	12,9	-3,4
Magdeburg	237,6	-	49,8	-	-65,1	56,2	15,9	-3,9
Kern	100,1	-	53,6	-	257,8	18,5	17,0	-2,5
Rand	137,5	-	47,0	-	-300,3	37,7	15,3	-4,5
Halle/Leipzig	455,4	-7,5	49,9	-5,1	37,8	108,9	17,6	-2,2
Kern	287,3	-3,4	53,0	-2,9	170,1	61,7	18,7	-0,9
Rand	168,1	-14,4	44,7	-9,6	-142,1	47,2	16,2	-3,7
Dresden	419,7	-7,3	49,3	-4,7	-	82,3	14,6	-3,1
Kern	219,0	0,7	50,7	2,3	-	32,4	14,1	-1,9
Rand	200,7	-14,6	47,7	-11,7	-	49,9	14,9	-3,9
Chemnitz	272,2	-9,0	47,8	-8,1	-	59,3	15,4	-2,8
Kern	105,3	-10,8	49,5	-9,2	-	18,2	16,4	-1,7
Rand	166,9	-7,9	46,8	-7,3	-	41,1	15,0	-3,2
Erfurt/Wei./Jena	306,4	-8,9	48,4	-9,0	16,3	60,4	14,4	-1,9
Kern	160,9	-8,1	51,8	-7,6	260,5	25,2	14,8	-1,2
Rand	145,5	-9,7	44,6	-10,8	-253,7	35,2	14,1	-2,3
Stadtregionen (ges.)	14030,	-3,4	45,4	-0,9	63,1	2017,0	11,0	0,3
Kerne gesamt	8431,2	-3,4	46,4	-0,6	250,0	1153,6	12,8	1,0
Westdeutschland	6365,8	-2,4	44,7	0,6	278,4	712,6	11,0	1,6
Ostdeutschland	2065,4	-6,5	51,8	-4,1	132,9	441,0	17,2	-0,5
Ränder gesamt	5599,5	-3,3	43,9	-1,4	-225,0	863,4	9,2	-0,4
Westdeutschland	4359,1	-1,4	43,1	0,6	-211,2	539,2	7,5	0,5
Ostdeutschland	1240,4	-10,6	46,4	-8,7	-303,7	324,3	14,9	-3,3

Tabelle 4: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Raumbezug	Indikator SV Beschäftigte im Sekundären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte Im Sekundären Sektor Entw. 2000- 2007 in %	SV Beschäftigte im Tertiären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Tertiä- ren Sektor Entw. 2000- 2007 in %	Bruttowertschöpfung 2006 in Mrd. €	BWS 2000-2006 in %	BWS in 1 000 € je E. 2006	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2006
BRD insgesamt	31,9	-11,4	66,8	1,4	2094,2	12,8	25,4	53,6
Westdeutschland	33,3	-10,7	65,7	2,7	1781,5	13,1	27,1	55,9
Ostdeutschland	26,2	-15,2	71,5	-3,9	312,8	11,0	18,8	43,4
Landkreise	38,4	-9,5	59,8	1,9	1192,3	13,7	21,4	51,9
Westdeutschland	39,2	-9,0	59,5	3,4	1036,4	13,8	22,5	53,5
Ostdeutschland	34,4	-12,4	61,5	-6,6	155,9	13,1	16,0	43,1
Kreisfreie Städte	23,2	-15,3	76,2	1,0	901,9	11,7	33,9	56,0
Westdeutschland	24,7	-14,3	74,7	1,9	745,0	12,3	37,8	59,6
Ostdeutschland	18,4	-16,6	81,0	-1,7	84,2	14,9	23,9	41,6
Berlin Ost/West	16,6	-23,9	83,0	-2,3	72,7	3,0	21,3	46,2
<i>Kreisfreie Städte</i>								
> 1 Mio. E.	18,9	-15,8	80,7	-0,5	212,3	10,8	32,9	59,6
Westdeutschland	20,6	-10,2	79,1	0,9	139,7	15,3	45,8	70,1
Berlin Ost/West	16,6	-23,9	83,0	-2,3	72,7	3,0	21,3	46,2
< 1 Mio. E.	19,7	-17,4	79,9	1,3	246,1	15,1	40,7	61,3
Westdeutschland	19,9	-18,4	79,8	1,1	221,2	14,1	43,9	64,3
Ostdeutschland	18,8	-10,3	80,8	2,4	25,0	25,7	24,7	43,0
< 500.000 E.	27,2	-18,5	72,4	-0,2	75,8	9,9	30,0	55,0
Westdeutschland	27,2	-18,5	72,4	-0,2	75,8	9,9	30,0	55,0
Ostdeutschland	–	–	–	–	–	–	–	–
< 300.000 E.	26,2	-14,6	73,1	2,2	284,4	10,0	32,0	52,7
Westdeutschland	28,3	-14,0	71,0	2,9	246,9	9,8	33,7	55,1
Ostdeutschland	16,2	-21,0	83,3	-2,1	37,5	11,1	23,9	41,3
< 100.000 E.	27,3	-9,6	71,3	1,3	83,2	12,2	30,7	47,7
Westdeutschland	29,8	-6,8	68,5	5,1	61,5	12,8	34,8	50,8
Ostdeutschland	21,9	-17,7	77,4	-5,9	21,8	10,5	23,0	40,7

Noch Tabelle 4: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Raumbezug	Indikator SV Beschäftigte im Sekundären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte Im Sekundären Sektor Entw. 2000- 2007 in %	SV Beschäftigte im Tertiären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Tertiä- ren Sektor Entw. 2000- 2007 in %	Bruttowertschöpfung 2006 in Mrd. €	BWS 2000-2006 in %	BWS in 1 000 € je E. 2006	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2006
<i>Stadtregionen</i>								
Hamburg	22,5	-9,6	76,5	2,3	107,0	17,0	33,8	66,7
Kern	18,6	-10,0	81,0	2,2	76,7	17,5	43,7	72,2
Rand	31,1	-9,1	66,5	2,8	30,3	15,7	21,5	56,0
Bremen	26,4	-12,1	72,4	2,8	37,9	12,7	27,8	55,4
Kern	26,9	-15,8	72,9	2,7	19,6	14,9	35,8	61,1
Rand	25,9	-7,9	71,9	2,8	18,3	10,4	22,5	50,4
Region Hannover	22,7	-16,5	76,7	0,2	34,4	17,6	30,5	57,0
Ruhr	31,5	-16,9	67,8	0,2	130,7	12,7	22,9	53,3
Kern	26,8	-17,9	72,7	-0,4	81,4	11,9	25,5	55,5
Rand	38,7	-15,8	60,3	1,4	49,4	14,2	19,7	50,1
Rhein	25,6	-19,5	73,7	1,7	174,3	11,0	30,2	58,9
Kern	21,9	-22,1	77,7	1,2	111,1	9,3	38,1	61,3
Rand	31,9	-16,2	66,9	2,9	63,1	14,0	22,1	55,0
Rhein-Main	22,7	-17,3	76,6	1,0	141,7	12,8	35,0	64,8
Kern	16,3	-22,2	83,2	-0,3	91,2	11,6	46,9	68,3
Rand	33,7	-12,7	65,1	4,0	50,5	15,2	24,0	59,3
Rhein-Neckar	34,6	-11,2	64,2	3,9	51,3	13,5	29,4	59,6
Kern	35,0	-13,3	64,3	-0,4	27,5	11,5	44,6	64,5
Rand	34,1	-8,6	64,1	9,0	23,9	15,9	21,1	54,8
Karlsruhe	36,4	-7,9	62,9	5,7	33,0	13,6	28,5	55,9
Kern	24,2	-14,8	75,3	4,3	15,8	10,6	38,9	55,9
Rand	47,7	-4,3	51,5	7,5	17,3	16,5	23,0	55,9
Stuttgart	39,6	-11,8	59,7	4,2	103,7	13,1	31,1	58,5
Kern	26,7	-18,9	72,9	3,2	30,5	18,5	51,4	65,7
Rand	44,5	-10,1	54,8	4,7	73,1	10,9	26,6	56,0
München	24,6	-7,7	74,9	2,3	109,8	16,7	44,2	72,5
Kern	23,7	-8,0	76,0	0,6	88,3	15,6	55,0	76,4
Rand	27,7	-6,8	70,9	9,7	21,5	21,4	24,5	59,9

Noch Tabelle 4: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Raumbezug	Indikator SV Beschäftigte im Sekundären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Sekundären Sektor Entw. 2000- 2007 in %	SV Beschäftigte im Tertiären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Tertiären Sektor Entw. 2000-2007 in %	Bruttowertschöpfung 2006 in Mrd. €	BWS 2000-2006 in %	BWS in 1 000 € je E. 2006	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2006
Nürnberg	34,8	-7,9	64,3	3,3	41,8	11,1	29,6	55,1
Kern	30,4	-11,4	68,8	3,8	29,3	9,8	38,8	55,7
Rand	46,0	-1,3	52,8	1,9	12,4	14,2	19,1	53,7
Berlin/Potsdam	19,1	-21,0	79,6	-1,4	101,5	6,1	20,0	45,8
Kern	16,1	-24,1	83,5	-1,7	76,6	3,7	21,6	45,9
Rand	27,8	-15,1	68,3	-0,4	24,9	14,3	16,4	45,6
Rostock	18,0	-21,2	80,5	-3,2	6,4	7,1	20,1	44,1
Kern	14,9	-23,5	84,7	-3,3	4,6	5,7	22,8	45,6
Rand	25,3	-17,7	70,5	-3,1	1,9	10,5	15,5	40,8
Magdeburg	26,5	-	71,2	-	14,0	13,2	18,8	44,0
Kern	15,6	-	84,2	-	5,3	10,8	23,2	41,0
Rand	34,5	-	61,8	-	8,6	14,8	16,8	46,1
Halle/Leipzig	22,4	-16,5	76,2	0,2	27,1	15,8	20,1	42,9
Kern	15,9	-19,8	83,8	3,1	16,4	16,7	22,1	40,4
Rand	33,6	-12,9	63,2	-6,4	10,7	14,4	17,6	47,3
Dresden	28,3	-8,3	70,0	-2,2	24,9	20,6	20,5	43,2
Kern	20,4	-1,4	79,2	1,8	13,4	29,9	26,5	45,1
Rand	36,8	-12,0	59,9	-7,4	11,6	11,3	16,3	41,2
Chemnitz	33,3	-10,7	64,6	-2,6	15,8	19,5	19,1	42,1
Kern	22,9	-16,3	76,7	-4,4	5,9	14,9	24,1	40,7
Rand	39,9	-8,5	56,9	-1,0	9,9	22,5	16,9	42,9
Erfurt/Wei./Jena	28,6	-10,1	69,2	-4,8	18,1	17,2	20,5	42,8
Kern	18,7	-20,2	80,7	-2,6	9,4	14,0	25,6	42,7
Rand	39,6	-3,8	56,5	-8,1	8,6	20,9	16,8	42,9
Stadtregionen (ges.)	27,4	-14,2	71,6	1,2	1138,9	13,0	28,1	56,8
Kerne gesamt	21,8	-17,1	77,8	0,5	703,1	12,1	34,8	59,5
Alte Länder	23,3	-16,4	76,2	1,0	571,4	12,9	39,9	64,6
Junge Länder	17,0	-20,2	82,6	-1,1	131,7	9,0	22,5	44,3
Ränder gesamt	35,9	-11,3	62,3	2,5	435,8	14,4	21,4	52,8
Westdeutschland	36,6	-11,3	62,1	4,1	359,7	14,2	22,7	55,1
Ostdeutschland	33,7	-11,3	62,7	-3,6	76,1	15,5	16,7	44,4

Tabelle 5.1: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Steuern (insgesamt) in € je E. 2007 ³⁵	Steuern (insgesamt) in € je E. 2000-2007 in %	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2007	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2000-2007 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2007	Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2000-2007 in %
BRD insgesamt		868	31,1	302	12,4	402	41	443	60,3
Westdeutschland		951	25,5	340	5,1	443	42	485	53,7
Ostdeutschland		469	56,4	151	40,2	240	37	277	85,1
Landkreise		758	33,3	297	17,2	313	31	344	68,0
Westdeutschland		825	26,2	335	7,6	336	32	368	57,2
Ostdeutschland		434	64,7	119	60,0	203	29	232	116,0
Kreisfreie Städte		1163	25,2	311	2,4	587	62	649	43,9
Westdeutschland		1286	23,6	352	-0,7	691	67	758	45,5
Ostdeutschland		563	32,6	146	32,6	253	53	306	48,9
Berlin Ost/West		–	–	245	-12,0	329	43	373	29,5
<i>Kreisfreie Städte</i>									
> 1 Mio. E.		–	–	359	-6,2	650	61	711	35,1
Westdeutschland		2033	38,1	485	0,6	1005	81	1086	41,5
Berlin Ost/West		–	–	245	-12,0	329	43	373	29,5
< 1 Mio. E.		1521	27,2	321	3,6	868	83	951	42,5
Westdeutschland		1720	26,5	357	-0,7	981	89	1070	44,2
Ostdeutschland		644	30,6	144	25,9	306	56	362	33,5
< 500.000 E.		987	23,8	301	-3,1	435	52	487	46,8
Westdeutschland		987	23,8	301	-3,1	435	52	487	46,8
Ostdeutschland		–	–	–	–	–	–	–	–
< 300.000 E.		968	20,9	290	5,8	456	55	511	44,8
Westdeutschland		1059	18,8	319	-1,3	501	56	557	44,0
Ostdeutschland		551	30,6	151	37,9	245	54	299	48,3
< 100.000 E.		808	30,3	250	13,2	378	49	427	61,4
Westdeutschland		977	26,1	309	3,2	469	49	518	59,5
Ostdeutschland		496	37,7	140	30,6	210	47	257	64,7

³⁵ In sämtlichen Raumbezügen ohne die Werte der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

Noch Tabelle 5.1: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Steuern (insgesamt) in € je E. 2007	Steuern (insgesamt) in € je E. 2000-2007 in %	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2007	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2000-2007 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2007	Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2000-2007 in %
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg		–	–	398	-1,2	595	52	648	39,1
Kern		–	–	447	-6,3	841	73	914	32,2
Rand		776	21,9	338	5,3	287	27	314	47,8
Bremen		–	–	276	2,1	368	42	410	37,9
Kern		–	–	302	2,2	491	58	549	30,5
Rand		730	19,6	258	2,1	286	31	317	42,9
Region Hannover		1079	21,8	292	1,8	523	54	576	39,8
Ruhr		907	28,0	299	-0,2	409	40	449	61,9
Kern		979	31,7	290	-3,8	468	44	512	74,3
Rand		815	23,3	309	4,4	334	35	369	46,1
Rhein		1237	23,7	367	1,3	613	56	670	38,7
Kern		1461	21,7	354	-3,8	795	74	869	31,8
Rand		1008	25,7	381	6,5	428	37	465	45,9
Rhein-Main		1412	25,1	453	5,8	742	67	810	56,4
Kern		1893	23,1	454	3,4	1131	102	1233	43,4
Rand		965	26,9	452	8,0	382	34	416	68,3
Rhein-Neckar		1038	26,7	358	3,7	501	48	549	73,1
Kern		1327	18,1	312	-2,0	752	81	833	35,5
Rand		880	31,4	383	6,7	364	30	394	93,6
Karlsruhe		961	24,8	369	4,8	433	45	479	55,0
Kern		1185	12,8	346	-2,8	632	73	705	29,4
Rand		839	31,2	381	8,8	326	30	356	68,8
Stuttgart		1145	22,1	417	7,4	528	51	579	43,4
Kern		1679	23,2	402	1,4	994	89	1083	38,6
Rand		1028	21,9	421	8,7	427	42	469	44,5
München		1662	34,8	527	15,7	923	66	989	52,5
Kern		2018	36,5	538	12,3	1230	88	1318	51,2
Rand		1004	31,8	508	21,8	358	24	382	54,7

Noch Tabelle 5.1: Finanzen

Raumbezug	Indikator							
		Steuern (insgesamt) in € je E. 2007	Steuern (insgesamt) in € je E. 2000-2007 in %	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2007	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2000-2007 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2007	Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2007
Nürnberg		946	14,5	407	11,3	352	48	401
Kern		1107	9,2	390	4,5	460	72	531
Rand		758	20,5	426	19,1	227	21	248
Berlin/Potsdam		-	-	217	14,3	297	40	337
Kern		-	-	242	-10,5	328	44	372
Rand		503	54,8	159	72,3	224	30	254
Rostock		476	27,4	138	41,6	198	38	236
Kern		491	-5,3	140	15,0	196	48	244
Rand		450	82,9	135	86,6	201	22	223
Magdeburg		517	45,7	134	78,2	246	39	285
Kern		607	18,7	148	50,6	284	59	343
Rand		475	57,1	128	89,8	229	29	258
Halle/Leipzig		539	42,0	134	45,8	258	47	305
Kern		565	28,5	138	29,6	251	55	306
Rand		507	57,6	129	64,7	267	38	304
Dresden		553	58,1	135	39,9	266	42	309
Kern		668	29,7	156	30,8	316	54	370
Rand		470	76,0	120	45,6	231	34	264
Chemnitz		497	69,0	118	46,1	253	37	290
Kern		574	41,8	142	28,5	262	57	319
Rand		465	80,4	107	53,4	249	29	278
Erfurt/Wei./Jena		491	65,2	131	63,0	237	37	274
Kern		565	54,7	152	52,7	268	50	318
Rand		436	72,2	116	70,0	214	27	241
Stadtregionen (ges.)		1021	30,9	331	11,7	494	49	544
Kerne gesamt		1306	26,1	333	1,7	653	66	719
Westdeutschland		1451	25,4	385	-0,4	796	73	869
Ostdeutschland		589	29,4	205	7,1	304	48	352
Ränder gesamt		818	34,3	329	21,5	336	33	369
Westdeutschland		914	25,0	385	7,9	365	34	399
Ostdeutschland		481	64,9	134	66,7	233	31	264

Tabelle 5.2: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Hebesätze Gewerbesteuer 2007 in %	Hebesätze Gewerbesteuer Differenz 2000 bis 2007 in %-Pkt.	Sachinvestitionen in € je E. 2007	Sachinvestitionen in € je E. 2000 bis 2007 in %	Schulden in € je E. 2007	Schulden in € je E. 2000 bis 2007 in %	Quote Schulden an Steuer- einnahmen in € je E. 2007 in %
BRD insgesamt		365	7	228	-16,1	1081	1,3	147,3
Westdeutschland		368	6	225	-14,2	1092	3,5	124,1
Ostdeutschland		355	9	245	-24,5	1027	-8,4	258,7
Landkreise		347	8	235	-19,2	982	2,8	145,3
Westdeutschland		351	8	231	-18,8	969	4,9	118,8
Ostdeutschland		334	6	254	-20,8	1045	-6,7	272,5
Kreisfreie Städte		415	4	210	-7,8	1343	-2,6	152,4
Westdeutschland		415	1	208	-2,1	1419	-0,3	138,3
Ostdeutschland		415	18	221	-35,2	976	-13,4	221,5
Berlin Ost/West		410	0	–	–	–	–	–
<i>Kreisfreie Städte</i>								
> 1 Mio. E.		457	0	–	–	–	–	–
Westdeutschland		480	0	381	7,4	2215	27,1	85,7
Berlin Ost/West		410	0	–	–	–	–	–
< 1 Mio. E.		449	-2	220	-7,8	1453	-29,1	158,9
Westdeutschland		448	-4	215	-2,0	1578	-25,1	133,8
Ostdeutschland		455	8	243	-34,4	901	-47,6	269,9
< 500.000 E.		442	-1	159	16,0	1234	32,7	181,9
Westdeutschland		442	-1	159	16,0	1234	32,7	181,9
Ostdeutschland		–	–	–	–	–	–	–
< 300.000 E.		425	4	176	-16,9	1246	1,2	144,8
Westdeutschland		426	1	177	-10,4	1305	1,8	135,3
Ostdeutschland		422	19	168	-46,0	973	-1,5	188,2
< 100.000 E.		389	7	266	-7,9	1116	-8,1	168,8
Westdeutschland		382	1	257	-1,6	1145	-13,3	138,5
Ostdeutschland		405	18	283	-19,0	1061	0,9	224,7

Noch Tabelle 5.2: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Hebesätze Gewerbe- steuer 2007 in %	Hebesätze Gewerbe- steuer Differenz 2000 bis 2007 in %-Pkt.	Sachinvestitionen in € je E. 2007	Sachinvestitionen in € je E. 2000 bis 2007 in %	Schulden in € je E. 2007	Schulden in € je E. 2000 bis 2007 in %	Quote Schulden an Steuereinnahmen in € je E. 2007 in %
<i>Stadtregionen</i>								
Hamburg		355	18	-	-	-	-	-
Kern		470	0	-	-	-	-	-
Rand		336	21	145	-34,7	745	-1,0	102,7
Bremen		388	12	-	-	-	-	-
Kern		440	20	-	-	-	-	-
Rand		381	11	164	-22,5	963	-10,3	158,7
Region Hannover		441	5	107	-53,1	1337	-9,6	137,1
Ruhr		456	9	143	-11,0	1382	2,2	159,3
Kern		466	6	141	-12,5	1449	-9,5	173,5
Rand		441	15	147	-9,2	1297	17,1	141,2
Rhein		440	7	158	-10,9	1282	16,1	128,2
Kern		448	1	178	-1,0	1380	32,3	135,8
Rand		431	14	137	-21,0	1181	-0,6	120,4
Rhein-Main		373	-3	224	-6,8	1588	8,7	121,4
Kern		407	-12	219	1,7	1747	1,7	105,9
Rand		347	3	228	-14,6	1440	15,1	135,8
Rhein-Neckar		371	-7	207	-12,9	1099	9,7	100,1
Kern		392	-12	216	-0,6	1555	14,6	103,4
Rand		361	-5	202	-19,7	848	7,0	98,2
Karlsruhe		362	2	254	-5,6	609	-5,5	71,1
Kern		395	0	255	17,4	662	-13,8	72,0
Rand		341	4	253	-18,0	579	-1,0	70,6
Stuttgart		362	2	283	-7,1	451	-30,2	60,6
Kern		420	0	270	51,0	520	-60,5	78,4
Rand		354	3	285	-19,8	436	-23,6	56,8
München		341	-3	387	-1,0	1487	16,3	73,0
Kern		395	-11	433	5,6	1849	16,7	73,5
Rand		323	0	304	-12,9	821	15,5	72,2

Noch Tabelle 5.2: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Hebesätze Gewerbesteuer 2007 in %	Hebesätze Gewerbesteuer Differenz 2000 bis 2007 in %-Pkt.	Sachinvestitionen in € je E. 2007	Sachinvestitionen in € je E. 2000 bis 2007 in %	Schulden in € je E. 2007	Schulden in € je E. 2000 bis 2007 in %	Quote Schulden an Steu- ereinnahmen in € je E. 2007 in %
Nürnberg		368	5	230	-9,4	1311	7,6	125,2
Kern		418	0	186	3,6	1760	9,9	144,8
Rand		329	8	281	-24,2	787	5,1	102,3
Berlin/Potsdam		335	20	-	-	-	-	-
Kern		422	17	-	-	-	-	-
Rand		315	20	280	-23,3	609	-3,9	135,7
Rostock		372	16	147	-47,2	1013	16,8	190,7
Kern		440	30	102	-51,9	1043	34,1	158,4
Rand		303	2	222	-39,4	964	-12,6	245,2
Magdeburg		358	6	193	-40,1	1107	-1,6	229,9
Kern		450	0	159	-53,6	912	-5,1	158,2
Rand		328	8	208	-34,4	1196	-0,1	262,6
Halle/Leipzig		387	3	202	-40,8	1427	1,4	260,5
Kern		455	32	163	-61,4	1581	1,3	275,3
Rand		352	-12	251	-16,9	1234	1,5	242,0
Dresden		407	16	288	-10,7	600	-48,5	262,3
Kern		450	3	311	-7,5	36	-97,9	258,7
Rand		400	18	271	-12,7	1006	-17,2	264,9
Chemnitz		391	9	239	-22,9	936	-21,3	247,1
Kern		450	30	183	-57,7	1260	-8,6	240,2
Rand		380	4	263	-8,4	799	-26,6	250,0
Erfurt/Wei./Jena		350	11	235	-23,2	1247	-7,7	287,8
Kern		398	15	171	-43,3	1020	-11,9	211,4
Rand		321	9	281	-9,6	1413	-4,8	343,7
Stadtregionen (ges.)		384	7	216	-14,1	1145	0,2	137,7
Kerne gesamt		432	3	214	-7,4	1402	1,4	143,4
Westdeutschland		432	-1	219	0,6	1487	5,6	126,4
Ostdeutschland		431	19	189	-47,2	982	-19,1	227,5
Ränder gesamt		359	8	217	-18,8	961	-0,7	133,6
Westdeutschland		366	7	204	-18,7	966	1,6	107,3
Ostdeutschland		347	10	263	-18,9	943	-8,2	224,7

Übersicht 1: Abgrenzung der ausgewählten Stadtregionen

Stadtregion	Kreis	Schlüssel	Stadtregion	Kreis	Schlüssel
Hamburg (Kern)	Hamburg	2000	noch Rhein (Rand)	Viersen	5166
Hamburg (Rand)	Herzogt. Lauenb.	1053		Erftkreis	5362
	Pinneberg	1056		Rheinisch.-Berg. K.	5378
	Segeberg	1060		Rhein-Sieg-Kreis	5382
	Stormarn	1062	Rhein-Main (Kern)	Frankfurt a. M.	6412
	Harburg	3353		Darmstadt	6411
	Stade	3359		Offenbach a. M.	6413
Bremen (Kern)	Bremen	4011		Wiesbaden	6414
Bremen (Rand)	Oldenburg (Ol.)	3403		Mainz	7315
	Bremerhaven	4012		Main-Taunus-K.	6436
	Delmenhorst	3401		Offenbach	6438
	Osterholz	3356	Rhein-Main (R.)	Aschaffenburg	9661
	Verden	3361		Darmstadt-Dieb.	6432
	Oldenburg (Ol.)	3458		Groß-Gerau	6433
	Wesermarsch	3461		Hochtaunuskreis	6434
Region Hannover	Hannover	3241		Main-Kinzig-Kr.	6435
				Rheing.-Tau.-K.	6439
Ruhr (Kern)	Duisburg	5112		Wetteraukreis	6440
	Essen	5113		Mainz-Bingen	7339
	Dortmund	5913		Aschaffenburg	9671
	Bochum	5911	Rhein-Neckar (K.)	Mannheim	8222
	Mülheim a.d.R.	5117		Ludwigsh. a. Rh.	7314
	Oberhausen	5119		Heidelberg	8221
	Bottrop	5512	Rhein-Neckar (R.)	Frankenthal (Pf.)	7311
	Gelsenkirchen	5513		Speyer	7318
	Hagen	5914		Worms	7319
	Herne	5916		Bergstraße	6431
Ruhr (Rand)	Hamm	5915		Ludwigshafen	7338
	Wesel	5170		Rhein-Neckar-K.	8226
	Recklinghausen	5562	Karlsruhe (Kern)	Karlsruhe	8212
	Ennepe-Ruhr-Kr.	5954		Pforzheim	8231
	Märkischer Kreis	5962	Karlsruhe (Rand)	Germersheim	7334
	Unna	5978		Karlsruhe	8215
Rhein (Kern)	Düsseldorf	5111		Enzkreis	8236
	Köln	5315	Stuttgart (Kern)	Stuttgart	8111
	Wuppertal	5124	Stuttgart (Rand)	Heilbronn	8121
	Bonn	5314		Böblingen	8115
	Krefeld	5114		Esslingen	8116
	Remscheid	5120		Göppingen	8117
	Solingen	5122		Ludwigsburg	8118
	Leverkusen	5316		Rems-Murr-K.	8119
Rhein (Rand)	Mönchengladb.	5116		Heilbronn	8125
	Mettmann	5158		Tübingen	8416
	Neuss	5162			

noch Übers. 1: Abgrenzung der ausgewählten Stadtregionen

Stadtregion	Kreis	Schlüssel	Stadtregion	Kreis	Schlüssel
München (Kern)	München	9162	Chemnitz (Kern)	Chemnitz	14511
	München, Landkr.	9184	Chemnitz (Rand)	Erzgebirgskreis	14521
München (Rand)	Dachau	9174		Mittelsachsen	14522
	Ebersberg	9175		Vogtlandkreis	14523
	Erding	9177	Erf./Weim./Je. (K.)	Erfurt	16051
	Freising	9178		Jena	16053
	Fürstenfeldbruck	9179		Weimar	16055
	Starnberg	9188	Erf./Weim./Je. (R.)	Gotha	16067
Nürnberg (Kern)	Nürnberg	9564		Sömmerda	16068
	Erlangen	9562		Ilm-Kreis	16070
	Fürth	9563		Weimarer Land	16071
	Schwabach	9565		Saale-Holzland-Kr.	16074
Nürnberg (Rand)	Forchheim	9474		Weimarer Land	16071
	Erlangen-Höchs.	9572		Saale-Holzland-Kr.	16074
	Fürth	9573			
	Nürnberger Land	9574			
	Roth	9576			
Berlin/Potsd. (K.)	Berlin	11000			
	Potsdam	12054			
Berlin/Potsd. (R.)	Brandbg. a.d.H.	12051			
	Barnim	12060			
	Dahme-Spreew.	12061			
	Havelland	12063			
	Märkisch Oderl.	12064			
	Oberhavel	12065			
	Oder-Spree	12067			
	Potsd.-Mittelm.	12069			
	Teltow-Fläming	12072			
Rostock (Kern)	Rostock	13003			
Rostock (Rand)	Bad Doberan	13051			
Magdeburg (Kern)	Magdeburg	15003			
Magdeburg (Rand)	Börde	15083			
	Jerichower Land	15086			
	Salzland	15089			
Leipzig (Kern)	Leipzig	14713			
Leipzig (Rand)	Leipzig, Landkreis	14729			
	Nordsachsen	14730			
Dresden (Kern)	Dresden	14612			
Dresden (Rand)	Bautzen	14625			
	Meißen	14627			
	Sächs. Schw.-Ost.	14628			

Literatur

- Anton, Stefan; Diemert, Dörte (2010): Kommunale Finanzen: Kein Licht am Ende des Tunnels! Gemeindefinanzbericht 2010 im Detail, in: der städtetag 5, S. 11-7.
- Anton, Stefan; Diemert, Dörte (2011): Weniger Defizite – aber die Strukturkrise bleibt. Gemeindefinanzbericht 2011 im Detail, in: der städtetag 5, S. 11-0.
- Bechmann, Sebastian et al. (2010): 20 Jahre Deutsche Einheit – Ein Vergleich der west- und ostdeutschen Betriebslandschaft im Krisenjahr 2009. <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2010/fb0610.pdf>: 26.01.2012.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2002): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Ausgabe 2002. Bonn.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2010a): Gebietsreformen – politische Entscheidungen und Folgen für die Statistik.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2010b): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung [Elektronische Ressource]. Bonn.
- Bundesministerium für Finanzen (2012): Schuldenbremse. http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_82/DE/BMF/_Startseite/Service/Glossar/S/031__Schuldenbremse.html: 30.01.2012.
- Bundesregierung (2005): Bericht der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland. Berlin.
- Bundesrepublik Deutschland (2009): Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder. ZuvG.
- Deutsches Institut für Urbanistik (2008): Der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis 2020. Endbericht – Kurzfassung. http://www.bdzentrum.de/fileadmin/gruppen/bdz/newsletter/Pressemitteilungen__Anhang/Kurzfassung_f_r_Kommunalkongress.pdf: 30.01.2012.
- Herfert, Günter (2007): Ostdeutschland. Von der Suburbanisierung zur Reurbanisierung? http://www.demographie-online.de/fileadmin/Ak_staedte/2007/herfert_dgd-bbr_061207.pdf: 25.01.2012.
- Hidien, Jürgen W. (1998): Die Quadratur der Umsatzsteuer – Zur Kritik der „kleinen“ Gemeindefinanzreform, in: Deutsches Verwaltungsblatt Bd. 113, S. 617-26.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2007): Verkehrte Welt: Spätaussiedler mit höherer Bildung sind öfter arbeitslos. <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb0807.pdf>: 26.01.2012.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2011): Prognose 2011/2012: Schwerere Zeiten für den Arbeitsmarkt. <http://doku.iab.de/kurzber/2011/kb1911.pdf>: 26.01.2012.
- Junkernheinrich, Martin; Micosatt, Gerhard (2008): Kommunaler Finanz- und Schuldenreport Deutschland 2008. Ein Ländervergleich. http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_26507_26508_2.pdf: 30.01.2012.
- Kraftfahrt-Bundesamt (2009): Fahrzeugzulassungen. http://www.kbashop.de/wcsstore/KBA/Attachment/Kostenlose_Produkte/b_alter_fahrzeuge_2009.pdf: 26.01.2012.
- Neumann, Ingo; Wiechmann, Thorsten (2008): Demographie konkret – Regionalreport Sachsen, Sachsen-Anhalt & Thüringen. http://www.rop.tu-dortmund.de/cms/Medienpool/Downloads/Regionalreport_Sachsen_Sachsen-Anhalt_Th_ringen.pdf: 14.02.2012.
- Petrowsky, Werner (2001): Die Einwanderungsstatistik und die amtliche Statistik, in: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlen, Jörg. Jahrbuch StadtRegion. Opladen: Leske + Budrich, S. 179-204.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2008): Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Ergebnisse des Mikrozensus 2008. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/>

- MigrationIntegration/ BevoelkerungMikrationsstatus5125203087004,property=file.pdf: 31.01.2012.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011): Regionaldatenbank Deutschland. www.regionalstatistik.de: 24.01.2012.
- Statistisches Bundesamt (2008): Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008). Mit Erläuterungen. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Klassifikationen/GueterWirtschaftsklassifikationen/klassifikationwz2008__erl,property=file.pdf: 26.01.2012.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2009/Bevoelkerung/pressebroschuere__bevoelkerungsentwicklung2009,property=file.pdf: 24.01.2012.
- Statistisches Bundesamt (2011): Verbraucherpreisindizes für Deutschland – Eilbericht -. Fachserie 17 Reihe 7. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Preise/Verbraucherpreise/VerbraucherpreiseMEPDF/VerbraucherpreiseME2170700112124,property=file.pdf>: 27.01.2012.
- Statistisches Bundesamt (2012): Atypische Beschäftigung. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/AtypischeBeschaeftigung.psml>: 27.02.2012.
- Statistisches Bundesamt (2012a): Atypische Beschäftigung. Anteile Erwerbstätiger in unterschiedlichen Erwerbsformen nach soziodemografischen Merkmalen und Wirtschaftsabschnitten 2009 in %. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Arbeitsmarkt/content75/AtypischeBeschaeftigung.templateId=renderPrint.psml>: 27.02.2012.
- Statistisches Bundesamt (2012b): Einbürgerungen 1990 bis 2010. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Eingebuergerte/Tabellen/Content75/EinbuergierungenEinbuergierungsquoteLR.templateId=renderPrint.psml>: 25.01.2012.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (1994): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder – Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte, der Landkreise und der Arbeitsmarktregionen in der Bundesrepublik Deutschland 1980 und 1990. Stuttgart.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2008): Kreisneugliederung im Freistaat Sachsen am 1. August 2008. http://www.statistik.sachsen.de/download/010_GB-Gebiet/Gebreform_01082008.pdf: 24.01.2012.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2007): Verzeichnis. Sachsen-Anhalt nach der Kreisgebietsreform am 1. 7. 2007. Halle (Saale).
- Wagner, Alexandra (2010): Atypische Beschäftigung. Eine wissenschaftliche Bilanzierung. http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-327-3-1.pdf: 27.02.2012.

Tatjana Merger

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland – ein Überblick

Für das voranstehende „Monitoring der Städte und Regionen“ dieses Jahrbuchs ist grundsätzlich auch die vertiefende Betrachtung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von großem Interesse. Im Jahrbuch StadtRegion 2001 zum Thema „Einwanderungsstadt“ beschreibt Petrowsky (2001) allerdings eine charakteristische Problematik, die im Zusammenhang mit der Datenverfügbarkeit der amtlichen Ausländerstatistiken entsteht:

„Aufgrund [...] der] ungenügenden Erfassung von Migranten in der amtlichen Statistik wird [...] in aller Regel auf die Ausländerstatistiken zurückgegriffen. Dies ist je nach Fragestellung als Hilfskonstrukt nur dann akzeptabel, wenn sehr genau festgehalten wird, inwieweit die Verwendung dieser Daten tatsächlich belegen kann, was untersucht werden soll“ (ebd.: 181).

Seitdem hat es durchaus Fortschritte in diesem Bereich gegeben. Durch die seit 2005 vorliegenden Erhebungen des Mikrozensus¹ ist es möglich, neben den Ausländerstatistiken die Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutschlandweit auf diverse Aspekte wie Alters- und Geschlechterverteilung, Wohn-, Arbeits- und Lebenssituation hin auszuwerten. Jedoch ist es durch die Stichprobenhochrechnung des Mikrozensus nicht möglich, diese Daten auch auf Kreisebene, die im „Monitoring der Städte und Regionen“ erforderlich wäre, zu erhalten. Dennoch soll in diesem Beitrag auf der Basis der Mikrozensus-Daten ein grober Überblick zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegeben werden, um die Struktur dieses relevanten Teils der Wohnbevölkerung in Deutschland zumindest bundesweit, z.B. nach Alter oder Herkunftsländern, abzubilden. Die Struktur der Migranten nach Herkunftsländern resultiert überwiegend aus den Einwanderungsphasen nach dem zweiten Weltkrieg. Diese sollen daher neben der Datenverfügbarkeit der Migrationsdaten im Folgenden ebenfalls kurz beschrieben werden.

¹ „Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1% aller Haushalte in Deutschland beteiligt [ist] (laufende Haushaltstichprobe). Insgesamt nehmen rund 390.000 Haushalte mit 830.000 Personen am Mikrozensus teil“ (Statistisches Bundesamt 2012b).

Die Bevölkerungsentwicklung eines Landes wird von drei Faktoren bestimmt: Sterblichkeit, Geburtenhäufigkeit und Migration, also Zu- und Abwanderung. Durch den negativen natürlichen Bevölkerungssaldo (Geborene abzgl. Gestorbene 2009: -2,3 je 1 000 Einwohner) könnte Deutschland eine Bevölkerungszunahme lediglich durch einen positiven Wanderungssaldo aus dem Ausland erreichen. Doch die Wanderungsgewinne reichen mittlerweile nicht mehr aus, um den negativen natürlichen Saldo auszugleichen und seit 2003 schrumpft Deutschlands Bevölkerungszahl stetig (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 21). Neben der Schrumpfung sowie der Alterung der Bevölkerung ist die ethnische Ausdifferenzierung durch anhaltende Zuwanderung ein weiterer wichtiger Aspekt des demographischen Wandels.

Mittlerweile gilt Deutschland als ein Einwanderungsland mit verschiedenen Einwanderungsphasen und -hintergründen. In den 1950er und 60er Jahren schloss Deutschland aufgrund des Wirtschaftsbooms und des Mangels an einheimischen Arbeitskräften u.a. mit Italien, Spanien und der Türkei sog. Anwerbeabkommen, um ausländische „Gastarbeiter“ nach Deutschland zu holen. Bis 1973 stieg der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung auf 6,4% (1961: 1,2%) (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 12f.). Entgegen der Annahme der Politik blieben die derart rekrutierten Arbeitskräfte und holten zudem ihre Angehörigen nach oder gründeten Familien in Deutschland. Nach dem Anwerbestopp Anfang der 1970er Jahre stabilisierte sich die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer auf ca. vier Millionen. Die nächste Zuwanderungswelle begann Ende der 1980er Jahre mit der Einwanderung der sog. Ostblockflüchtlinge, die in Deutschland Asylanträge stellten – insbesondere aufgrund des Bürgerkrieges im ehemaligen Vielvölkerstaat Jugoslawien. In den Jahren 1991 bis 1994 beantragten über eine Million Menschen Asyl in Deutschland (ebd.: 14). Der nächste „Einwanderungsboom“ begann mit dem Fall des Eisernen Vorhangs sowie dem Ende der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre und der damit verbundenen Einwanderung der sog. (Spät-)Aussiedler². Insgesamt wanderten zwischen 1991 und 2006 ca. 1,9 Millionen Aussiedler nach Deutschland ein. Darunter waren sowohl Deutschstämmige als auch ihre nicht-deutschstämmigen Familienange-

2 „Die Spätaussiedlermigration wurzelt in der Geschichte der jungen Bundesrepublik. Noch 1950 – nach dem Ende der Flucht- und Vertreibungsmigration als Folge des Zweiten Weltkriegs – lebten rund vier Millionen Deutsche außerhalb der alten Reichsgrenzen von 1937 im Osten Europas, viele von ihnen in der Sowjetunion, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei. Das Grundgesetz der Bundesrepublik bezeichnet diese Menschen und ihre Nachkommen als „deutsche Volkszugehörige“. Unter bestimmten Voraussetzungen sind sie berechtigt, als Aussiedler (seit einer Gesetzesänderung 1993 „Spätaussiedler“) nach Deutschland einzureisen. Sie erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft und können verschiedene Integrationshilfen in Anspruch [...] nehmen“ (Schneider 2005).

hörigen. Seit 2007 liegt die Zahl der einwandernden Aussiedler jährlich bei unter 6 000 Personen mit abnehmender Tendenz (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: 42). Insgesamt verzeichnet Deutschland folgende Formen der Migration:

- EU-Binnenmigration,
- Spätaussiedlerzuwanderung,
- Zuwanderung zum Zweck des Studiums und der Ausbildung,
- Werkvertrags-, Saison- und Gastarbeitnehmermigration und weitere zeitlich begrenzte Arbeitsmigration,
- Zugang von Asylbewerbern sowie jüdischen Zuwanderern,
- Familien- und Ehegattennachzug,
- Rückkehr deutscher Staatsangehöriger und
- Zuwanderung aus sonstigen Gründen (ebd.: 40).

Insgesamt sind von 1991 bis 2010 18 Millionen Menschen nach Deutschland gezogen und 13,7 Millionen aus Deutschland fortgezogen, was einen positiven Saldo von insgesamt 4,3 Millionen Menschen in diesem Zeitraum ergibt. Der Gesamtwanderungssaldo war in diesen Jahren stets positiv – mit den Ausnahmen der Jahre 2008 und 2009, was auf die Bereinigung der Melderegister zurückzuführen ist. Seit den 2000er Jahren ist die Tendenz jedoch abnehmend (ebd.: 18).

Dieser kurze historische Überblick über die Einwanderungsströme nach Deutschland verdeutlicht die Diversität der in Deutschland lebenden, unterschiedlichen ethnischen Bevölkerungsgruppen. Daher reicht heutzutage eine schlichte Unterscheidung zwischen ‚Deutschen‘ und ‚Ausländern‘³ nicht mehr aus; Ausländer wurden eingebürgert, oder Deutsche sind Kinder von Zugewanderten. Zu den Deutschen, die einen sog. Migrationshintergrund haben, zählen laut Statistischem Bundesamt „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (2011: 6). In den folgenden Auswertungen werden diese als ‚Migranten‘ und die Personen ohne Migrationshintergrund als ‚Einheimische‘ bezeichnet.

Die Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland war nicht politisch geplant, und die daraus resultierenden Herausforderungen bezüglich der Integration der Zuwanderer wurden erst spät erkannt. Deutlich wird dies u.a. auch daran, dass es bis 2005 statistisch nicht möglich war, die Bevölkerung in Deutschland nach ihrem Migrationsstatus zu erfassen, da lediglich

3 Ausländer sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind, also Personen, die dauerhaft (länger als 3 Monate) in Deutschland leben und keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (einschließlich Staatenlose).

Zahlen über Ausländer, aber keine Daten über die in Deutschland lebenden Migranten und ihre Herkunftsländer zur Verfügung standen. Erstmals wies der Mikrozensus 2005 Personen mit Migrationshintergrund aus. Seitdem werden folgende statistische Unterscheidungen getroffen:

Grafik 1: Zuordnung der Bevölkerung nach Migrationsstatus

Bevölkerung insgesamt
1 Deutsche ohne Migrationshintergrund
2 Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn insgesamt
2.1 Personen mit nicht durchweg bestimmbarem Migrationsstatus
2.2 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn insgesamt
2.2.1 Zugewanderte (Personen mit eigener Migrationserfahrung) insgesamt*
2.2.1.1 Ausländer*
2.2.1.2 Deutsche*
2.2.1.2.1 Deutsche Zuwanderer ohne Einbürgerung (ab 2007: (Spät-)Aussiedler)
2.2.1.2.2 Eingebürgerte**
2.2.2 Nicht Zugewanderte (Personen ohne eigene Migrationserfahrung) insgesamt*
2.2.2.1 Ausländer* (2. und 3. Generation)
2.2.2.2 Deutsche*
2.2.2.2.1 Eingebürgerte**
2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil
2.2.2.2.2.1 mit beidseitigem Migrationshintergrund
2.2.2.2.2.2 mit einseitigem Migrationshintergrund

* Zusätzlich nach Staatsangehörigkeit gliederbar;

** Zusätzlich nach früherer Staatsangehörigkeit gliederbar;

(Quelle: ebd.: 387)

„Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn“ lassen sich in Personen mit eigener und ohne eigene Migrationserfahrung einteilen. Zusammen mit „Personen mit einem nicht durchweg bestimmbareren Migrationsstatus“ ergeben sie die Kategorie „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn“. In der aktuellen Erhebung von 2010 wird wie auch im nachfolgenden Text lediglich der Migrationshintergrund im engeren Sinn betrachtet.

Zwar liegen die migrationsbezogenen Daten seit 2005 jährlich im Rahmen des Mikrozensus vor, jedoch ist eine tiefergehende regionale Untergliederung auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte, die für das „Monitoring der Städte und Regionen“ von Interesse wäre, nicht möglich. Dies beruht auf der Tatsache, dass für den Mikrozensus eine 1%-Stichprobe gezogen wird. In den Fällen, in denen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr niedrig ist, also bei sehr kleinen Fallzahlen, kann keine repräsentative Hochrechnung erfolgen. Dies ist vor allem auf einer kleinräumigen Ebene wie derjenigen der Kreise und kreisfreien Städte der Fall. Desweiteren darf aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Ausweisung kleiner Fallzahlen erfolgen. Das Statistische Bundesamt weist aufgrund dieser Problematik in Ostdeutschland sogar auf der Ebene der Bundesländer keine Daten aus und veröffentlicht diese stattdessen zusammengefasst für die fünf Länder. Durch eine Zusammenarbeit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (2008) liegt eine Ausweisung dieser Daten auf der Ebene von eigens definierten Re-

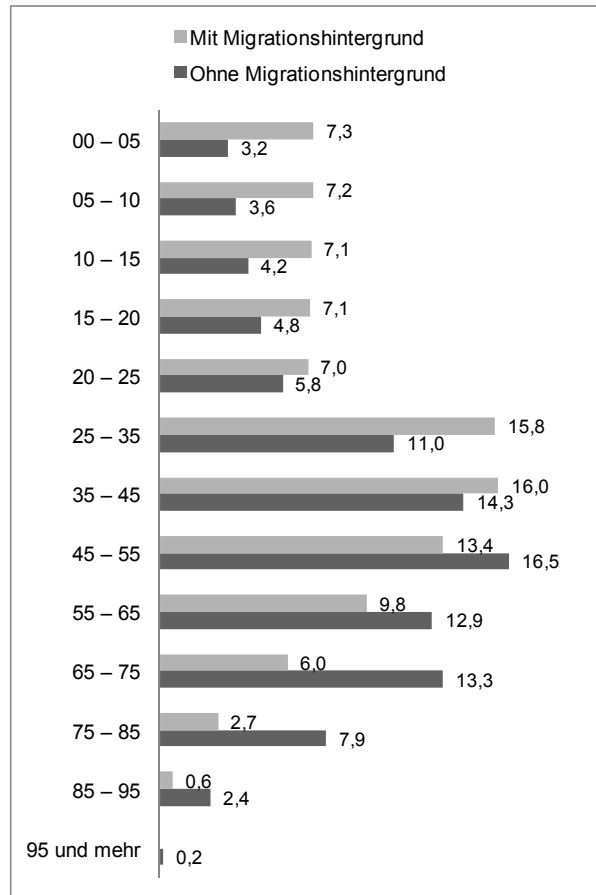
gionen vor, die mehrere Kreise umfassen. Dies ist damit die räumlich am tiefsten gehende verfügbare Gliederung der Migrationsdaten. Diese Regionen sind jedoch nicht mit den Regionen des „Monitoring der Städte und Regionen“ kompatibel und können daher nicht in obigem Rahmen ausgewertet werden.

Insgesamt lebten im Jahr 2010 15,7⁴ Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund in Deutschland. Dies entspricht knapp einem Fünftel der deutschen Bevölkerung. Seit der ersten Erhebung im Jahr 2005 ist dieser Teil der Bevölkerung um 4,6% gewachsen (Statistisches Bundesamt 2012c). Knapp 55% der 15,7 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund haben die deutsche Staatsangehörigkeit, und ca. ein Drittel hat keine eigene Migrationserfahrung, ist also in Deutschland geboren. Daran wird abermals deutlich, dass der in den meisten Statistiken verwendete Ausländeranteil (2010: ca. 9%) nicht aussagekräftig ist, wenn es um die aus dem Ausland stammende oder durch Migration geprägte Bevölkerung geht.

Bei der Betrachtung der Altersverteilung der Personen mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass die Migranten in Deutschland im Jahr 2010 mit einem Durchschnittsalter von 35 Jahren knapp 11 Jahre jünger sind als die einheimische Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2012a). Fast 68% der Migranten sind sogar jünger als 45 Jahre (Einheimische: 47%) und nur ca. 9% sind über 65 Jahre (Einheimische: 24%) (s. *Grafik 2*).

4 Falls nicht anders vermerkt, sind die folgenden Daten aus der Fachserie 1, Reihe 2.2: „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, des Statistischen Bundesamtes (2011) entnommen.

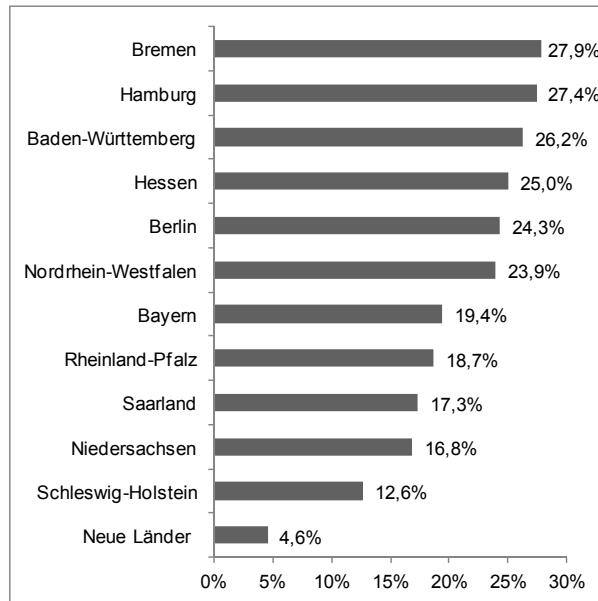
Grafik 2: Altersverteilung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund anteilig an dem jeweiligen Migrationsstatus 2010 in%



(Quelle: Statistisches Bundesamt 2011: 32f.; eigene Darstellung)

Über ein Viertel der Migranten lebt im Jahr 2010 in Nordrhein-Westfalen (27%), gefolgt von Baden-Württemberg mit knapp 18% und Bayern mit 15%. Werden dagegen die prozentualen Zahlen der Migranten an der Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes betrachtet, so zeigt sich, dass die höchsten Migrantenanteile mit über 26% die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie Baden-Württemberg aufweisen. Am geringsten ist der Anteil mit unter 5% in den neuen Bundesländern (s. *Grafik 3*).

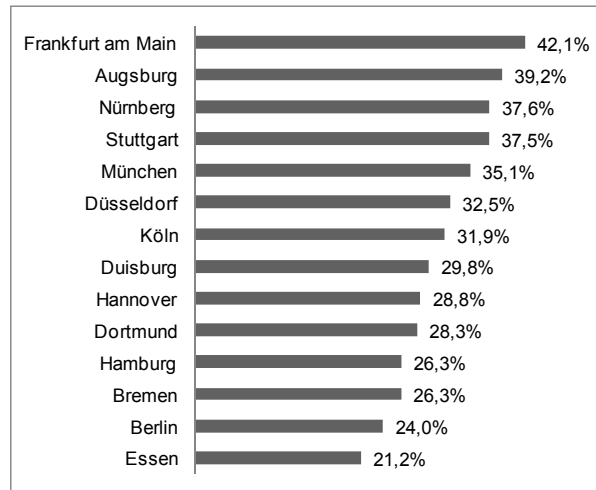
Grafik 3: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern 2010 in%



(Quelle: ebd.: 36f.; eigene Darstellung)

Migranten wohnen überwiegend in den Stadtregionen: In Agglomerationsräumen sind 23% der Bevölkerung Migranten, in ländlichen Räumen sind es lediglich 11%. In den Städten ab 100 000 Einwohnern beträgt der Anteil der Migranten an der Wohnbevölkerung über ein Viertel, mit abnehmender Stadtgröße nimmt dieser Anteil ab. Bei der Betrachtung ausgewählter Großstädte zeigen sich (im Jahr 2008) Anteile von über 30% in Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, München, Düsseldorf sowie Köln und sogar über 40% in Frankfurt am Main (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2008: 36ff.) (s. *Grafik 4*).

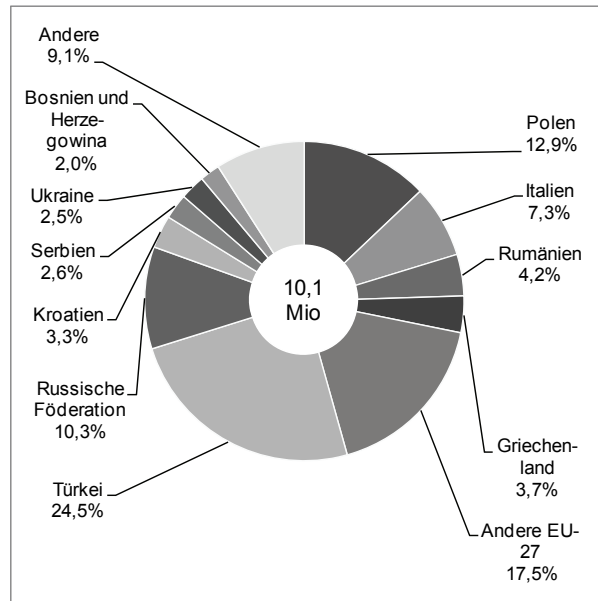
Grafik 4: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in ausgewählten Großstädten 2008 in%



(Quelle: ebd.: 36f.; eigene Darstellung)

Wie in der Geschichte der Einwanderung nach Deutschland deutlich wird, sind die Migranten in Deutschland ethnisch sehr heterogen und kommen den aus unterschiedlichen Regionen der Welt. Mit 64% (10,1 Mio.) stammt (im Jahr 2010) der Großteil der Migranten in Deutschland aus Europa und nahezu die Hälfte (4,6 Mio.) davon aus den 27 Ländern der Europäischen Union. 14% (2,1 Mio.) haben ihren Ursprung in den Ländern Asiens, in Australien oder Ozeanien, wobei Kasachstan in dieser Gruppe den größten Anteil darstellt (34% der 2,1 Mio.). Die restlichen Migranten stammen zu je 3% aus Afrika und Amerika. Für 16% der Migranten in Deutschland kann keine Angabe zur Herkunft gemacht werden. Bei näherer Betrachtung der europäischen Migranten zeigt sich, dass der größte Teil (24%) aus der Türkei kommt. Knapp 13% stammen aus Polen und ca. 10% aus den Ländern der russischen Föderation. Migranten italienischen Ursprungs haben einen Anteil von ca. 7% (s. *Grafik 5*).

Grafik 5: Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund aus Europa nach Herkunftsländern 2010 in%



(Quelle: Statistisches Bundesamt 2011: 64f.; eigene Darstellung)

Diese Zahlen spiegeln die historischen Einwanderungswellen der türkischen und italienischen Gastarbeiter sowie der Aussiedler aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland wider. Diese Einwanderergruppen stellen den Großteil der Migranten in Deutschland dar.

Es ist zu begrüßen und zeitgemäß, dass mittlerweile statistische Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland vorliegen. Bedauerlich bleibt, dass eine tiefergehende regionale Gliederung noch nicht möglich ist. Erwähnenswerte Fortschritte gibt es in dieser Hinsicht in einzelnen Bundesländern bzw. Stadtstaaten – in Hamburg werden beispielsweise die Daten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf Stadtteilebene veröffentlicht (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2011). Für eine bundesweit vergleichende, kleinräumige Betrachtung der Bevölkerungsstruktur mit Migrationshintergrund besteht jedoch noch erheblicher Datenbedarf.

Literatur

- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschland. http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Zuwanderung/Integration_RZ_online.pdf: 22.02.2012.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012): Migrationsbericht 2010. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2010.pdf;jsessionid=295F05EB4F74A0B9D8D0C8015FE65305.1_cid251?__blob=publicationFile: 23.02.2012.
- Petrowsky, Werner (2001): Die Einwanderungsstadt und die amtliche Statistik, in: Gestring, Norbert: Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Opladen: Leske + Budrich, S. 179–204.
- Schneider, Jan (2005): Aussiedler. <http://www.bpb.de/themen/96ORR8,0,0,Aussiedler.html>: 23.02.2012.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2008): Bevölkerung nach Migrationsstatus regional 2008. Ergebnisse des Mikrozensus. http://www.statistikportal.de/statistikportal/migration_regional_2008.pdf: 23.02.2012.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011): Demografischer Wandel in Deutschland. Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungsHaushaltentwicklung5871101119004.property=file.pdf>: 27.02.2012.
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2011): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2010 Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2010. http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SI_SPEZIAL_VII_2011.pdf: 26.02.2012.
- Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220107004.property=file.pdf>: 22.02.2012.
- Statistisches Bundesamt (2012a): Bevölkerung nach Migrationshintergrund. Bevölkerung 2010 nach Migrationsstatus und Altersgruppen. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Tabellen/Content100/MigrationshintergrundAlter.templateId=renderPrint.psml>: 25.02.2012.
- Statistisches Bundesamt (2012b): Mikrozensus. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Wissenschaftsforum/MethodenVerfahren/Mikrozensus/SUFMikrozensus.psml>: 23.02.2012.
- Statistisches Bundesamt (2012c): Personen mit Migrationshintergrund. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Migrationshintergrund.psml>: 25.02.2012.

English Abstracts

Cities and Religion. Religion and Urbanity

WOLFGANG GRÜNBERG

City is one of the oldest and most successful inventions of mankind. Its story is verifiable since 10 Millennium BC in European Asia Minor cultural space, for example in Jericho (Gaza). More than half of the seven billion world population live in cities. Urban history is religious history as well, because temples as sacred places for communication with the gods were equally important as were markets for trading goods. The city forms its own protected interior (intra muros) within the city walls and forms a typical urban lifestyle. This can be called urbaneness. The gods are changing, the religious diversity is transforming, but still outliving the so called secularization. The occidental city (Max Weber) implies a diversity which can be understood as a productive struggle by political, economic and religious – cultural powers and energies. This thesis is based on a variety of meanings as will be illustrated by looking at exemplary religious places and prominent churches such as the Rome Pantheon, Cologne Cathedral, St. Nikolai church in Leipzig, Frauenkirche in Dresden.

Urbanity and Mission

JENS WIETSCHORKE

The paper deals with the relationship between religion and the big city in the late nineteenth and early twentieth century with regard to the spatial practices of a mission. In the view of the actors of social protestantism and social gospel, the modern city was a 'dark continent' which had to be developed and colonized. The institutions of Inner Mission formed an urban 'topography of salvation' which shows central aspects of the protestant imagination of the city. This 'evangelical city' materialized in a specific architecture and significant spatial figure. Nowadays, this historical structure has radically changed, analogously to the role of religion in society. Nevertheless, some patterns of missionary action are still present in the discourse about cities and social welfare. From this point of view, 'mission' turns out to be a fundamental issue of modern urban history.

From presence to articulation: Islamic communities in Hamburg and Berlin from an urban research perspective

ALEXA FÄRBER, RIEM SPIELHAUS, BEATE BINDER

On the basis of a contrasting comparison of the mosque landscapes in two German cities, Berlin and Hamburg, this paper suggests an analysis of Islam as an urban phenomenon. Muslims, according to the hypothesis, live in different historically grown city spaces, which they reflect and shape, to which they adapt and react. Taking latest concepts in urban research for the study of the specificity of the city into consideration we plead for an understanding of Muslim's presence in European cities that is not exclusively the result of migration. Islamic life is a situative articulation that is product of negotiations about the legitimate translation of presence in society. We therefore suggest a typology of mosques that reflects the reach and complexity of negotiations connected to planning, realization and the everyday life of the communities: the neighborhood mosque, the district mosque and the city mosque. Before that background the field „Islam“ in a city may be understood as both urban and specific.

Post-secular Bucharest? The Politics of Space in the Case of the 'Cathedral of National Redemption'

SERGIU NOVAC

The aim of this article is to critically engage with the recent debate on the notion of 'post-secular cities', which will be applied in the context of the project for a patriarchal cathedral in Bucharest. It will be argued that the cathedral project in Bucharest, and ultimately the city's 'post-secularity', is the product of a shifting configuration of political alliances between the self-proclaimed 'national' Orthodox Church and the Romanian state. This re-emerging constellation of power affects in a direct manner the production of urban space, by imposing an official narrative which refuses other actors' claims towards urban diversity in the public sphere.

„Muslim Gypsies“: The Interplay of three Established-Outsider Figurations in a Multi-Cultural Inner-City Neighbourhood – The Example of Migrants of Turkish Origin, Migrants of Western Thrace Origin and of Turkish-Speaking Roma

RAUF CEYLAN

The recent development of multi-cultural neighbourhoods in Germany has been accompanied by two processes.

One process involves religious imprinting, primarily by Islamic institutions which have been influencing social life in these neighborhoods in several different ways. The other process relates to the influx of new Muslim and Turkish-speaking Eastern European immigrant groups, which are trying to integrate into existing religious and cultural structures established by previous migrants of Turkish Muslim origin. Based on interviews and participant observations in Duisburg Hochfeld, the article outlines the relationships between the youngest immigrant group, namely Turkish-speaking Muslims from Bulgaria, and other ‘long-established’ Muslim and Turkish-speaking groups. The figuration of the established and the outsiders is used for the analysis and explication of these complex group relations.

Smart Cities or: How intelligent is smart?

HEINZ FASSMANN, YVONNE FRANZ

The concept of smart cities is currently a very popular and debated topic. The European Union’s present financing of a broad variety of projects and research activity related to smart cities is also on the increase. The consensus is that the future viability of cities will depend predominantly on the implementation of smart information and communication technology, resource-efficient technologies within smart grids and broad attempts at implementing smart e-governance.

But how smart is the term smart and what does this vague concept really mean? It still lacks a comprehensive definition, and the inflationary and often arbitrary employment thereof is of little help too. Yet the discourse on smart cities isn’t as recent as it would appear. In the past, there were many discussions of intelligent and innovative strategies for the future of cities and regions in the context of smart growth and an innovative society. The latest restriction of the term to connote solely technocratic planning understanding is definitely too short-sighted. The self-congratulatory intention inherent in all things smart cannot go unreflected, as the industrial interests related to the concept of smart cities seem all too obvious.

This article is a critical reflection of the terminology and the concept of smart cities in order to illustrate the complexity of the concept and to stimulate a more differentiated consideration of this term.

Reurbanisation as a new era of urban development? An analysis of demographic and employment developments in Germany from 1999 to 2009

FRANK OSTERHAGE, STEFAN KAUP

For some years now there has been an intensive discussion in Germany about a trend reversal to reurbanisation. In fact some empirical studies show that this trend is visible. Despite this, reviews of the findings differ from speaking of a new chapter of urban development to having a selective, instable and temporal phenomenon. Against this background this article shows a quantitative-analytical research study that gives a general idea of German trends in the past decade. The output shows that concerning population development there is a notable change from decentralization to centralization in German city regions. At the same time the overall picture shows some less clear facets. But paying attention to these limitations it is possible to speak of a trend reversal in the intraregional population development in the course of the last years.

Monitoring systems of social urban development – Current state and future challenges

JAN DOHNKE

The observation of small-scale urban development by means of an integrated monitoring system permits the identification of local need for action as well as the deduction of corresponding local policy measures on an empirical basis. Many cities have developed strong capacities in this field by now, linking distinct topics of urban developments and thus granting a base for data based urban policies.

In the course of an urban cooperation project eight existing monitoring systems have been examined and systematically analysed. In their entirety they offer an over view of the scope of up to date standards of integrated coverage and analysis and permit the discussion of current prospects and limitations of the methodology applied and the indicators used.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Beate Binder, Humboldt-Universität zu Berlin
E-Mail: beate.binder@rz.hu-berlin.de

Prof. Dr. Rauf Ceylan, Universität Osnabrück
E-Mail: rauf.ceylan@uni-osnabrueck.de

Dipl. Geograph Jan Dohnke, Stadt:Werk:Statt Berlin
E-Mail: dohnke@stadtwerkstatt.eu

Prof. Dr. Alexa Färber, HafenCity Universität Hamburg
E-Mail: alexa.farber@hcu-hamburg.de

Prof. Dr. Heinz Faßmann, Universität Wien
E-Mail: heinz.fassmann@univie.ac.at

Mag. Yvonne Franz, Universität Wien
E-Mail: yvonne.franz@univie.ac.at

Prof. em. Dr. theol. Wolfgang Grünberg, Universität Hamburg
E-Mail: wolfgang.gruenberg@uni-hamburg.de

Dipl. Geograph Stefan Kaup, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwick-
lungsforschung Dortmund
E-Mail: stefan.kaup@ils-forschung.de

Tatjana Merger (B.Sc. Stadtplanung), HafenCity Universität Hamburg
E-Mail: tatjana.merger@googlemail.com

Sergiu Novac, Bauhaus-Universität Weimar
E-Mail: sergiu.novac@uni-weimar.de

Dipl.-Ing. Frank Osterhage, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Dortmund
E-Mail: frank.osterhage@ils-forschung.de)

Dr. Jörg Pohlen, HafenCity Universität Hamburg
E-Mail: joerg.pohlen@hcu-hamburg.de

Dr. Riem Spielhaus, University of Copenhagen
E-Mail: rsp@teol.ku.dk

Dr. Jens Wietschorke, Universität Wien
E-Mail: jens.wietschorke@univie.ac.at

Rezensentinnen und Rezensenten

Prof. Dr. Ingrid Breckner, HafenCity Universität Hamburg
E-Mail: ingrid.breckner@hcu-hamburg.de

Dr. Herbert A. Glasauer, Universität Kassel
E-Mail: glasauer@uni-kassel.de

Laura Haddad (Mag. Soziologie), Universität Osnabrück
E-Mail: laura.haddad@uni-osnabrueck.de

Christine Lang (M.A. Soziologie), Universität Osnabrück
E-Mail: christine.lang@uni-osnabrueck.de

Dr. Rainer Neef, Universität Göttingen
E-Mail: rneef@gwdg.de

Mathias Rodatz (Dipl.-Politologe), Goethe Universität Frankfurt am Main
E-Mail: rodatz@em.uni-frankfurt.de

o. Prof. em. Dr. Bernhard Schäfers, Universität Karlsruhe (TH)
E-Mail: schaefers.bernhard@gmx.de

Jan M. Stielike (Dipl.-Ing., Master of Planning), Regional- und Touristikmanagement Region Kassel-Land e.V.
E-Mail: jan.stielike@gmx.de

PD Dr. Cordula Weißköppel, Universität Bremen
E-Mail: cweisskoeppel@uni-bremen.de

Jahrbuch StadtRegion

Das Jahrbuch StadtRegion, das 2001 erstmals erschienen ist, ist ein interdisziplinäres Forum für Arbeiten über stadt- und regionalspezifische Themen. Das Jahrbuch will wissenschaftliche, politische und planerische Diskussionen anregen und den Wissenstransfer und Austausch zwischen Wissenschaft und politisch-planerischer Praxis befördern. Publiziert werden deshalb sowohl theoretische Aufsätze und Befunde der angewandten Forschung als auch aktuelle politische Stellungnahmen. Es wendet sich an Professionelle und Studierende, die sich mit diesem Themenfeld theoretisch wie praktisch in der Stadt- und Regionalsoziologie, der Geographie, der Ökonomie, den Politikwissenschaften, der Stadtgeschichte sowie der Stadt-, Regional- und Raumplanung in Verwaltungen, Kommunen und privaten Büros beschäftigen. Alle Beiträge durchlaufen ein peer-review-Begutachtungsverfahren.

Neben einem *Schwerpunktthema* beinhaltet das Jahrbuch die Rubriken *Analysen und Kommentare*, *Rezensionen* sowie *Dokumentation und Statistik*. Im *Schwerpunkt* wird ein aktuelles stadt- und regionalpolitisches Thema von Autoren und Autorinnen unterschiedlicher Disziplinen diskutiert. In der Rubrik *Analysen und Kommentare* erscheinen Aufsätze zu anderen stadtpolitisch relevanten Themen sowie kürzere Kommentare und politische Stellungnahmen. Bei den *Rezensionen* handelt es sich um Besprechungen aktueller Bücher aus den Bereichen der Forschung und Politik über Stadt und Region. Die Rubrik *Dokumentation und Statistik* beinhaltet zum einen Daten und Informationen zum jeweiligen Schwerpunktthema und zum anderen Daten zur Stadt- und Regionalentwicklung, die tabellarisch und grafisch aufbereitet, kommentiert und jährlich aktualisiert werden. Das Jahrbuch bietet somit nicht nur Information und Diskussion, sondern auch einen Service, den alle diejenigen schätzen werden, die die Mühen kennen, nach Regionen oder Städten differenzierte Daten zu finden.

Bisher Erschienen:

Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunktthema: **Einwanderungsstadt**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski 2001. Opladen: Leske + Budrich.

Jahrbuch StadtRegion 2002. Schwerpunktthema: **Sichere Stadt**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski 2003. Opladen: Leske + Budrich.

Jahrbuch StadtRegion 2003. Schwerpunktthema: **Urbane Regionen**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski, Werner 2004. Opladen: Leske + Budrich.

Jahrbuch StadtRegion 2004/2005. Schwerpunktthema: **Schrumpfende Städte**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski 2005. Wiesbaden: VW Verlag für Sozialwissenschaften.

Jahrbuch StadtRegion 2007/2008. Schwerpunktthema: **Arme reiche Stadt**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski 2008. Leverkusen-Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Jahrbuch StadtRegion 2009/2010. Schwerpunktthema: **Stadtkultur und Kreativität**, hrsg. von Christine Hannemann, Herbert Glasauer, Jörg Pohlan, Andreas Pott und Volker Kirchberg 2010. Leverkusen-Opladen: Verlag Barbara Budrich.